

Stenographisches Protokoll

42. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 14. September 1972

Tagesordnung

1. Interimsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
2. Interimsabkommen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
3. Interimsabkommen-Durchführungsgesetz
4. Änderung des Ausgleichsabgabegesetzes
5. Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden
6. Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dkfm. Gorton

Inhalt

Nationalrat

Beschluß auf Beendigung der außerordentlichen Tagung (S. 3681)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend Durchführung der Gratis-schulbuchaktion (790/J) (S. 3658)

Begründung: Dr. Marga Hubinek (S. 3659)

Mündliche Beantwortung durch Bundesminister Dr. Sinowatz (S. 3662)

Debatte: Dr. Gruber (S. 3664), Dr. Schnell (S. 3667), Zeillinger (S. 3670), Edith Dobesberger (S. 3675), Ofenböck (S. 3677) und Dipl.-Ing. Hanreich (S. 3679)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (441 d. B.): Interimsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (451 d. B.)

Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (442 d. B.): Interimsabkommen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (452 d. B.)

Berichterstatter: Mühlbacher (S. 3591 und S. 3655)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (439 d. B.): Interimsabkommen - Durchführungsgesetz (453 d. B.)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (450 d. B.): Änderung des Ausgleichsabgabegesetzes (454 d. B.)

Berichterstatter: Jungwirth (S. 3593)

Redner: Bundesminister Dr. Androsch (S. 3594 und S. 3602), Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner (S. 3598), Peter (S. 3603), Lanc (S. 3609), Ing. Sallinger (S. 3615), Bundesminister Dr. Staribacher (S. 3620), Dr. Broesigke (S. 3625), Sekanina (S. 3628), Minkowitsch (S. 3635), Dr. Stix (S. 3640), Pfeifer (S. 3644), Wedenig (S. 3648), Dr. Serinzi (S. 3649) und Dr. Lanner (S. 3652)

Entschließungsantrag Dr. Stix betreffend landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte (S. 3641) — Ablehnung (S. 3656)

Genehmigung der beiden Abkommen und Annahme der zwei Gesetzentwürfe (S. 3655)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (396 d. B.): Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden (455 d. B.)

Berichterstatter: Ortner (S. 3656)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3657)

Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren gegen den Abgeordneten Dkfm. Gorton (449 d. B.)

Berichterstatter: Frodl (S. 3657)

Annahme des Ausschlußantrages (S. 3657)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Neuhauser und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Maßnahmen bei Errichtung und Betrieb von Abstellplätzen für Autowracks (Autofriedhöfe) (787/J)

Hahn, Dr. Marga Hubinek, Dr. Bauer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Wiener Stadtautobahnnetz (788/J)

Burger und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Auftragvergabe von Großturbinen für das im Bau befindliche Speicherkraftwerk in Malta, Kärnten (789/J)

Dr. Marga Hubinek, Dr. Gruber und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Durchführung der Gratisschulbuchaktion (790/J)

Dr. Fiedler, Staudinger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Bundesbeteiligung an einer Fernsehkassettengesellschaft (791/J)

Ofenböck, Vetter und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Förderung des Fahrradverkehrs (792/J)

Melter, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend angebliche Unregelmäßigkeiten im Finanzamt Steyr (793/J)

Dr. Scrinzi, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Verseuchung der Donau (794/J)

Peter, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schulbuchaktion (795/J)

Koller, Dr. Kaufmann, Ing. Letmaier und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Einführung der Mehrwertsteuer (796/J)

Dr. Scrinzi, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Verseuchung der Donau (797/J)

Dr. Scrinzi, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Ausbildung von Gewässerforschern (798/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gruber und Genossen (732/A.B. zu 757/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Ing. Letmaier und Genossen (733/A.B. zu 728/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Ing. Letmaier und Genossen (734/A.B. zu 729/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Suppan und Genossen (735/A.B. zu 763/J)

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Sandmeier und Genossen (736/A.B. zu 750/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Dr. Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 40. und 41. Sitzung des Nationalrates vom 12. September 1972 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten als genehmigt.

Die eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Anfragstellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Vor Eingang in die Tagesordnung schlage ich im Einvernehmen mit den Parteien vor, gemäß § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung von der 24stündigen Auflagefrist der bereits auf der Tagesordnung stehenden Ausschlußberichte 451 bis einschließlich 455 der Beilagen Abstand zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig bei der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Es ist mir weiters der Vorschlag zugekommen, die Debatte über die Punkte 1 bis einschließlich 4 der heutigen Tagesordnung unter einem abzuführen. Falls dieser Vorschlag angenommen wird, werden zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben, sodann wird die

Debatte über die vier Punkte gemeinsam abgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diese vorgeschlagene Zusammenfassung ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Ich werde so vorgehen.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (441 der Beilagen): Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (451 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (442 der Beilagen): Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (452 der Beilagen)

3. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (439 der Beilagen): Bundesgesetz über die Durchführung der Zollbestimmungen des Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Interimsabkommen — Durchführungsgesetz) (453 der Beilagen)

4. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (450 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabengesetz geändert wird (454 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen nun in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 bis einschließlich 4, über die die Debatte unter einem abgeführt wird.

Es sind dies die Berichte des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über

die Regierungsvorlage (441 der Beilagen): Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (451 der Beilagen), und

die Regierungsvorlage (442 der Beilagen): Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (452 der Beilagen), sowie

die Berichte des Finanz- und Budgetausschusses über

die Regierungsvorlage (439 der Beilagen): Bundesgesetz über die Durchführung der Zollbestimmungen des Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Interimsabkommen-Durchführungsgesetz) (453 der Beilagen), und

die Regierungsvorlage (450 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabengesetz geändert wird (454 der Beilagen).

Der Berichterstatter zu den Punkten 1 und 2 ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher. Ich ersuche um seine beiden Berichte.

Berichterstatter Mühlbacher: Herr Präsident! Hohes Haus! Namens des Ausschusses für wirtschaftliche Integration berichte ich über die Regierungsvorlage (441 der Beilagen): Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Das Abkommen zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften zur Schaffung einer Freihandelszone für den EWG-Bereich wurde am 22. Juli 1972 in Brüssel unterzeichnet. Am gleichen Tag wurde von Österreich und den Europäischen Gemeinschaften ein Interimsabkommen für den gleichen Bereich unterzeichnet.

In Erkenntnis der Tatsache, daß der Außenhandel, der für einen Kleinstaat von wesentlich größerer Bedeutung als für einen Großstaat ist, in zunehmendem Maße im Rahmen

von multilateralen beziehungsweise Integrationsregelungen abgewickelt wird, war es für Österreich nur selbstverständlich, daß es an allen europäischen wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen seit Kriegsende teilgenommen hat.

Bereits am 16. April 1948, also noch während der Zeit der Viermächtebesetzung, unterzeichnete Österreich mit 15 anderen westeuropäischen Staaten in Paris die „Konvention für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“, mit der die OEEC gegründet wurde. Seit 1955 wurden Diskussionen über die Gründung einer Großen Europäischen Freihandelszone geführt, für die sich Österreich ausgesprochen hatte. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen und der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erfolgte am 20. November 1959 die Paraphierung des EFTA-Vertrages. Österreich hat dabei neuerlich zum Ausdruck gebracht, daß ihm in erster Linie an einem umfassenden Europäischen Markt gelegen ist.

Ende 1961 suchte auch Österreich, wie die beiden anderen neutralen Staaten, die Schweiz und Schweden, um die Aufnahme von Verhandlungen über ein Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.

Nichts beweist die Zielstrebigkeit Österreichs besser, als daß es auch nach 1963, nach dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Großbritannien — im Gegensatz zu allen übrigen Beitritts- und Assoziationskandidaten — seinen Wunsch nach einer baldigen Regelung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufrechterhielt beziehungsweise erneuert hat.

Die langandauernden Bemühungen Österreichs um ein EWG-Arrangement fanden gewissermaßen eine Würdigung in der Bereitschaft der Europäischen Gemeinschaften, mit Österreich ein Interimsabkommen abzuschließen. Diesbezügliche Kontaktgespräche fanden am 17. und 18. Dezember 1969 statt. 1970 begannen die formellen Verhandlungen.

Nach zwei Verhandlungsrunden am 25. und 26. November 1970 und 17. Februar 1971 zeichnete sich das Interimsabkommen in seinen Umrissen ab. Nach Einigung über die noch offenen Fragen im Rahmen des Globalabkommens war der Weg für die endgültige Paraphierung des Interimsabkommens frei. Als Termin für das Inkrafttreten wurde der 1. Oktober 1972 in Aussicht genommen.

Damit ergibt sich für die österreichische Wirtschaft im Wettbewerb auf den EWG-Märkten ein Vorsprung von sechs Monaten

Mühlbacher

gegenüber der EWG-Regelung für die Schweiz, Schweden, Portugal, Island und voraussichtlich Finnland.

Dieser kurze Termin zwingt gleichzeitig zu einer extrem raschen Behandlung des Vertrages durch die beschließenden Stellen der EWG und Österreich.

Das Abkommen ist in einer Reihe von Punkten gesetzesändernd beziehungsweise gesetzsergänzend und bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Bundes-Verfassungsgesetz. Darüber hinaus liegen folgende verfassungsändernde Bestimmungen vor:

Artikel 8 Abs. 1; Artikel 11 Abs. 1 erster Unterabsatz und Abs. 2; Artikel 23 Abs. 3 lit. a dritter Unterabsatz, Artikel 23 Abs. 3 lit. b erster Satz; Artikel 25 Abs. 1 dritter Satz sowie im Protokoll Nummer 3 Artikel 17 Abs. 2 und Artikel 24.

Das gegenständliche Abkommen wurde dem Nationalrat von der Bundesregierung am 8. September 1972 zugeleitet.

Der Herr Bundespräsident hat auf Antrag der Bundesregierung den Nationalrat gemäß Artikel 28 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 zu einer mit 11. September 1972 beginnenden außerordentlichen Tagung einberufen.

Der Nationalrat hat das gegenständliche Interimsabkommen in seiner Sitzung vom 12. September 1972 dem Ausschub für wirtschaftliche Integration zur Vorberatung zugewiesen.

Im Zuge der eingehenden Debatte in der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Integration vom 13. September 1972 ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ermacora, Mitterer, Doktor Lanner, Czernetz, Brandstätter, Dkfm. Gorton, Dr. Karasek, Teschl, Fachleitner sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Doktor Weihs und Sektionschef Dr. Loebenstein sowie Ministerialrat Dr. Steiger das Wort.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des vorliegenden Interimsabkommens zu empfehlen.

Der Ausschub ist der Meinung, daß im vorliegenden Falle keine Notwendigkeit besteht, vom Grundsatz der generellen Transformation abzugehen. Durchführungsgesetze erscheinen nur insoweit notwendig, als das Abkommen Bestimmungen enthält, die nicht unmittelbar vollzogen werden können.

Der Ausschub für wirtschaftliche Integration stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — dessen Artikel 8 Abs. 1; Artikel 11 Abs. 1 erster Unterabsatz und Abs. 2; Artikel 23 Abs. 3 lit. a dritter Unterabsatz, Artikel 23 Abs. 3 lit. b erster Satz; Artikel 25 Abs. 1 dritter Satz verfassungsändernde Bestimmungen enthalten — samt Anhang sowie den Protokollen Nummer 1, 2 und 3, dessen Artikel 17 Abs. 2 und Artikel 24 verfassungsändernde Bestimmungen enthalten, samt Anhängen (441 der Beilagen) die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

Ich darf namens des Ausschusses für wirtschaftliche Integration weiters berichten über die Regierungsvorlage (442 der Beilagen): Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Das Abkommen zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften zur Schaffung einer Freihandelszone für den EGKS-(Kohle und Stahl)-Bereich wurde am 22. Juli 1972 in Brüssel unterzeichnet. Am gleichen Tag wurde von Österreich und den Europäischen Gemeinschaften ein Interimssabkommen für den gleichen Bereich unterzeichnet.

Hinsichtlich der Entstehungsgeschichte des Abkommens sowie der allgemeinen rechtlichen Überlegungen wird auf die ausführlichen Erläuterungen und auf meinen Vorbericht verwiesen.

Das Abkommen ist in einer Reihe von Punkten gesetzesändernd beziehungsweise gesetzsergänzend und bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Bundes-Verfassungsgesetz. Darüber hinaus liegen folgende verfassungsändernde Bestimmungen vor:

Artikel 6; Artikel 20 Abs. 3 lit. a dritter Unterabsatz; Artikel 20 Abs. 3 lit. c; Artikel 22 Abs. 1 dritter Satz.

Das gegenständliche Abkommen wurde dem Nationalrat von der Bundesregierung am 8. September 1972 zugeleitet.

Der Herr Bundespräsident hat auf Antrag der Bundesregierung den Nationalrat gemäß Artikel 28 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 zu einer mit 11. September 1972 beginnenden außerordentlichen Tagung einberufen.

Der Nationalrat hat das gegenständliche Interimsabkommen in seiner Sitzung vom 12. September 1972 dem Ausschub für wirt-

Mühlbacher

schaffliche Integration zur Vorberatung zugewiesen.

Im Zuge der eingehenden Debatte in der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Integration vom 13. September 1972 ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ermacora, Mitterer, Doktor Lanner, Czernetz, Brandstätter, Dkfm. Gorton, Dr. Karasek, Teschl, Fachleutner sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher, der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Weihs und Sektionschef Dr. Loebenstein sowie Ministerialrat Dr. Steiger das Wort.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des vorliegenden Interimsabkommens zu empfehlen.

Der Ausschuß ist der Meinung, daß im vorliegenden Falle keine Notwendigkeit besteht, vom Grundsatz der generellen Transformation abzugehen. Durchführungsgesetze erscheinen nur insoweit notwendig, als das Abkommen Bestimmungen enthält, die nicht unmittelbar vollzogen werden können.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Integration stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle dem Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — dessen Artikel 6; Artikel 20 Abs. 3 lit. a dritter Unterabsatz; Artikel 20 Abs. 3 lit. c; Artikel 22 Abs. 1 dritter Satz verfassungsändernde Bestimmungen enthalten — samt Anhang und Protokoll (442 der Beilagen) die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

Vom Ausschuß wurde ich ermächtigt, für beide Vorlagen zu beantragen, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen.

Präsident: Berichterstatter zu den Punkten 3 und 4 ist der Herr Abgeordnete Jungwirth. Ich ersuche um seine Berichte.

Berichterstatter **Jungwirth:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im Auftrage des Finanz- und Budgetausschusses berichte ich über 439 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates der XIII. Gesetzgebungsperiode:

Bundesgesetz über die Durchführung der Zollbestimmungen des Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Interimsabkommen-Durchführungsgesetz).

Am 22. Juli 1972 wurden in Brüssel das „Interimsabkommen (EWG)“ zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie das „Interimsabkommen (EGKS)“ zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet. Die Zollbestimmungen dieser Interimsabkommen bedürfen, um innerstaatlich vollzogen werden zu können, eines eigenen Bundesgesetzes. Die Bundesregierung hat daher am 5. September 1972 den genannten Gesetzentwurf im Nationalrat eingebracht.

Das „Interimsabkommen-Durchführungsgesetz“ ist in vier Abschnitte gegliedert, deren erster die Begriffsbestimmungen enthält, der zweite die Zollsondervorschriften und Zollverfahren, der dritte die Schutzbestimmungen und der vierte die Schlußbestimmungen. Außerdem umfaßt der Gesetzentwurf eine Anlage zu § 2 Abs. 1 lit. c.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Regierungsvorlage am 13. September 1972 der Vorberatung unterzogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters ergriffen die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Doktor Broesigke, Lanc und Dr. Keimel sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch das Wort.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage unverändert einstimmig angenommen.

Der Ausschuß stellt als Ergebnis seiner Beratung den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf samt Anlage (439 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich erlaube mir nun, den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (450 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabegesetz geändert wird, zu erstatten.

Das Ausgleichsabgabegesetz 1967 führte für bestimmte Verarbeitungserzeugnisse aus landwirtschaftlichen Rohstoffen eine Abgabe besonderer Art ein, die zum Teil die österreichischen Verarbeitungsbetriebe schützen und zum anderen Teil die Preisdifferenz bestimmter, in diesen Verarbeitungserzeugnissen enthaltener landwirtschaftlicher Vorprodukte ausgleichen soll.

Im Abkommen vom 22. Juli 1972 zwischen der Republik Österreich und der EWG ist nun für eine Reihe landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse eine Regelung getroffen, die unter schrittweisem Abbau des Schutzelementes (fester Teilbetrag) das Preisausgleichselement (beweglicher Teilbetrag) unberührt läßt. Es erscheint daher notwendig, das

Jungwirth

österreichische Ausgleichsabgabegesetz dem erwähnten Abkommen anzupassen, weshalb die Bundesregierung am 12. September 1972 den genannten Gesetzentwurf im Nationalrat eingebracht hat. Hinsichtlich der Einzelheiten der Regierungsvorlage wird auf die ausführlichen Erläuterungen derselben verwiesen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. September 1972 der Vorberatung unterzogen. Nach dem Berichterstatter ergriffen der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch das Wort.

Die Regierungsvorlage wurde vom Finanz- und Budgetausschuß unverändert mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Ausschuß stellt daher den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (450 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Weiters wurde ich vom Finanz- und Budgetausschuß ermächtigt, dem Hohen Hause den Antrag zu unterbreiten, falls Wortmeldungen vorliegen, General- und Spezialdebatte unter einem abführen zu lassen.

Präsident: Es ist beantragt, über alle vier Berichte General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Es ist nicht der Fall. Wir werden so vorgehen.

Wir gehen nun in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der 22. Juli 1972 ist ein historisches Datum für ganz Europa. Die Unterzeichnung der Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften, von denen heute die Interimsabkommen dem Hohen Haus zur Behandlung vorliegen, hat für Österreich eine ganz besondere Bedeutung. Sie markiert den Endpunkt mehr als zehnjähriger Bemühungen um ein Naheverhältnis zur EWG.

Trotz unleugbarer Fortschritte, die die Europäische Freihandelsassoziation dem österreichischen Außenhandel gebracht hat, war unserer Volkswirtschaft der Zutritt zum größeren europäischen Markt unter gleichen Startbedingungen, wie sie ein großer Teil unserer Konkurrenten vorfand, bisher verwehrt gewesen, und unsere Wirtschaft mußte empfindliche Handelshemmnisse in Kauf nehmen.

Durch das Arrangement mit den Europäischen Gemeinschaften wird Österreich die Schwelle zu einem Wirtschaftsraum, in dem rund 300 Millionen Menschen leben, überschreiten und sich damit in einer politischen und ökonomischen Umwelt befinden, in der härtere Lebensbedingungen wirtschaftlicher Art, gleichzeitig aber ungleich größere Möglichkeiten wirtschaftlichen Aufstieges gegeben sind.

Mit dem Inkrafttreten der Interimsabkommen am 1. Oktober dieses Jahres wird der Anfangspunkt einer Entwicklung gegeben sein, an deren Ende Österreich eine wesentlich größere weltwirtschaftliche Verflechtung aufweisen wird als bisher.

Hohes Haus! Mit der am 22. Juli dieses Jahres erfolgten Unterzeichnung der Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, die österreichische Wirtschaft in den großen europäischen Wirtschaftsraum einzugliedern. Damit ist aber eine Fülle wirtschaftspolitischer ebenso wie auch administrativer Aufgaben verbunden.

Lassen Sie mich zunächst auf die technisch-administrativen Probleme eingehen:

Um die reibungslose Durchführung der Interimsabkommen am 1. Oktober zu gewährleisten, haben die damit befaßten Beamten während des Sommers unter größtem persönlichen Einsatz die nötigen Vorarbeiten geleistet. Dafür gebührt ihnen Dank und uneingeschränkte Anerkennung. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich möchte damit aber gleichzeitig die Bitte verbinden, eventuell anfangs auftretenden Unklarheiten mit größtmöglichem Verständnis zu begegnen. Die Finanzverwaltung wird jedenfalls alles tun, derartige Übergangsschwierigkeiten so rasch wie möglich zu beseitigen.

Im einzelnen erlaube ich mir, dem Hohen Haus dazu folgendes zu berichten:

Die erforderliche Durchführungsverordnung zum Interimsabkommen ist vorbereitet und steht unmittelbar nach Beschlußfassung der Gesetze zur Verfügung.

Für die mit der Abwicklung befaßten Beamten wurde ein Dienstbehelf geschaffen, der die äußerst komplizierten Vertragsbestimmungen der Interimsabkommen, die ergänzenden Vorschriften des Durchführungsgesetzes und der Durchführungsverordnung sowie der einschlägigen autonomen Bestimmungen des Zollgesetzes in einfacher und übersichtlicher Form zusammenfaßt.

Bundesminister Dr. Androsch

Neben den im Abgabenverfahren zu beachtenden Vorschriften, insbesondere den Ursprungsregeln, den Verarbeitungslisten und der Handhabung der Ursprungsnachweise, wird in diesem Behelf auch ein Tarifteil eingebaut werden, der die tatsächliche Zollbelastung jeder einzelnen Ware ersichtlich macht und den Abfertigungsdienst in Verwaltung und Wirtschaft von komplizierten Berechnungen entlastet.

Es ist beabsichtigt, diesen Dienstbehelf durch Austauschblätter auf dem laufenden Stand zu halten und ihn bei Inkrafttreten der Globalabkommen entsprechend zu ergänzen. Dieser Dienstbehelf wird in den nächsten Tagen in gedruckter Form erscheinen. Er steht nicht nur der Zollverwaltung, sondern auch den Sachbearbeitern der Produktions-, Import- und Exportbetriebe zur Verfügung.

Damit ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Zollverwaltung und Wirtschaft gesichert. Sie berechtigt zu der Hoffnung, die zu erwartenden Übergangsprobleme auf ein Minimum reduzieren zu können.

Die für die Ausfuhr von Erzeugnissen österreichischen Ursprungs äußerst wichtigen Formulare der Ursprungsnachweise (Warenverkehrsbescheinigungen und Ursprungserklärungen) werden gegenwärtig in der Österreichischen Staatsdruckerei gedruckt und ebenfalls in den nächsten Tagen auslieferungsbereit sein. Damit ist vorgesorgt, daß die österreichischen Exporteure schon vor dem 1. Oktober dieses Jahres für ihre Ausfuhrwaren die Erteilung einer Warenverkehrsbescheinigung beantragen können.

Die Erzeugnisse österreichischen Ursprungs können somit bereits mit 1. Oktober in den Ländern der EWG in den Genuß der Vorzugszollbehandlung gelangen. Allerdings möchte ich feststellen, daß die neuen Ursprungsregeln auf Grund der mit der EWG abgeschlossenen Abkommen restriktiver sind, als es jene der EFTA waren, und auch hinsichtlich der Formalerfordernisse für die Zollverwaltung wie für die exportierende Wirtschaft eine zusätzliche Belastung mit sich bringen.

In Hinkunft muß für jede Ein- und Ausfuhrabfertigung ein vom Zollamt bestätigter Ursprungsnachweis in Form der Warenverkehrsbescheinigung vorliegen.

Unsere Bemühungen sind deshalb darauf gerichtet, alle möglichen Maßnahmen auf legislativer oder administrativer Ebene vorzubereiten beziehungsweise zu treffen, um diese zusätzlichen Belastungen soweit wie möglich zu vermindern.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir noch festzustellen, daß auch die Vorbereitungsarbeiten zur Durchführung der Globalabkommen in vollem Gange sind. Das hiezu erforderliche Durchführungsgesetz wird in den nächsten Wochen fertiggestellt und im Laufe des Monats Oktober zusammen mit dem Globalabkommen dem Hohen Haus zur verfassungsmäßigen Behandlung zugeleitet werden können.

Hohes Haus! Die Bundesregierung war immer bemüht, für die österreichischen Integrationsbestrebungen mit den Europäischen Gemeinschaften die größtmögliche politische Basis zu finden. Daher wurden anlässlich der Beratungen und der Beschlußfassung über die Umstellung unseres gegenwärtigen Umsatzsteuersystems auf das europakonforme Mehrwertsteuersystem mit der Freiheitlichen Partei Österreichs eine Reihe flankierender Maßnahmen vereinbart.

Von den über das Mehrwertsteuergesetz hinausgehenden Punkten erlaube ich mir nur die exportfördernden Bestimmungen in Erinnerung zu rufen. So sind bei der Einkommensteuer folgende Maßnahmen vorgesehen:

Steuerfreiheit der Ausbildungskosten,

Erleichterung bei der Besteuerung von Einkommen aus Erfindungen,

Erhöhung des Ausmaßes für die Bildung der Investitionsrücklage von 20 Prozent auf 25 Prozent des Gewinnes und Ausdehnung der Frist für die Verwendung der Rücklage von drei auf vier Jahre,

die Absetzbeträge gemäß § 18 für Freie Berufe werden von 10.000 S auf 15.000 S und für Ärzte von 20.000 S auf 25.000 S erhöht,

die Wertpapierbegünstigung wird auf neu emittierte Aktien bei einer zehnjährigen Behaltedauer ausgedehnt.

Bei der Körperschaftsteuer wird die Herabsetzung des Spitzensatzes von derzeit brutto 57,64 Prozent auf 55 Prozent durchgeführt.

Bei der Gewerbesteuer erfolgt die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer von derzeit 30.000 S auf 40.000 S.

Bei der Vermögensteuer ist die Herabsetzung der Vermögensteuerbelastung von derzeit 0,765 Prozent auf 0,75 Prozent und die Erhöhung der Freibeträge für natürliche Personen von 80.000 S auf 100.000 S vorgesehen.

Beim Gewerbestrukturverbesserungsgesetz erfolgt die Erhöhung der Mittel für die Maßnahmen nach diesem Gesetz von derzeit 3 Prozent auf 5 Prozent der Bundesgewerbesteuer.

Bundesminister Dr. Androsch

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der parlamentarischen Behandlung der Interims- und Globalabkommen haben seitens der Regierung mit der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs Gespräche stattgefunden. Dabei wurden mit der Österreichischen Volkspartei folgende Maßnahmen vereinbart:

Die Förderung von Inlandsinvestitionen durch parallele Inanspruchnahme von vorzeitiger Abschreibung und des Investitionsfreibetrages, die Verbindung der Investitionsrücklage mit dem Investitionsfreibetrag und die Beibehaltung der degressiven Abschreibung.

Die Förderung bestimmter österreichischer Kapitalinvestitionen im Ausland für Vertrieb, Montage oder Service durch einen Bewertungsabschlag.

Die Verlängerung der Geltungsdauer beziehungsweise die Ergänzung des Strukturverbesserungsgesetzes.

Außerdem sind der Ausbau der Finanzierungshilfen in Form der Schließung der Haftungslücken und die Errichtung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft vorgesehen.

Ferner werden integrationsbedingte und bestimmte andere strukturverbessernde Investitionen als Schwerpunkte in bestehende kreditpolitische Förderungsaktionen aufgenommen werden.

Die Bemühungen um eine Regelung hinsichtlich der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte,

die Verlängerung der Wirtschaftsgesetze um zwei Jahre,

die Bemühungen hinsichtlich des Absatzes österreichischer Milch und Milchprodukte,

die Erweiterung der Qualitätskontrollen bei Obst und Gemüse,

die neuerliche Erhöhung der Mittel für die Arbeitsmarktpolitik,

die Bemühungen, bei der Papierindustrie und der salzverarbeitenden Industrie Lösungen zu finden, und schließlich

die Anpassung des Kartellgesetzes bilden weitere Gegenstände der Vereinbarung.

Hohes Haus! Lassen Sie mich nunmehr auf die wirtschaftspolitischen Auswirkungen und die damit verbundene Aufgabenstellung eingehen.

Als Folge einer Entwicklung, die eine größere internationale Arbeitsteilung mit sich bringt, wird in Zukunft ein größerer Teil der auf dem österreichischen Binnenmarkt angebotenen Waren aus dem Ausland stammen und andererseits ein steigender Anteil der öster-

reichischen Produktion außerhalb unserer Grenzen abzusetzen sein.

Diese Entwicklung ist in ihrer Tendenz nicht neu, wird sich aber beschleunigen. Von 1954 bis 1971 ist der Anteil der ausländischen Waren an dem in Österreich verfügbaren Güter- und Leistungsvolumen von 18,2 Prozent auf 25,1 Prozent und der Anteil der Exporte am Bruttonationalprodukt von 16,9 Prozent auf 19 Prozent gestiegen.

Infolge der Handelshemmnisse verlief die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zum EWG-Raum nicht gleichschrittig mit der Gesamtentwicklung.

Während sich der Anteil der EFTA-Einfuhren an den Gesamteinfuhren von 11 Prozent im Jahre 1958 auf 19 Prozent im Jahre 1971 erhöhte, stieg der Anteil der EWG-Importe in der gleichen Periode nur um zwei Prozentpunkte, nämlich von 54 Prozent auf 56 Prozent.

Bei der Ausfuhr erhöhte sich der EFTA-Anteil am Gesamtexport von rund 11 Prozent im Jahre 1958 auf 27 Prozent im Jahre 1971, wogegen die Exporte in die EWG-Staaten im gleichen Zeitraum um zehn Prozentpunkte, nämlich von 49 Prozent auf 39 Prozent der gesamten österreichischen Ausfuhren, sanken.

In der absoluten Größenordnung ergibt sich im Jahre 1971 ein Einfuhrvolumen aus der EWG von 58 Milliarden Schilling. Der Vergleich des ersten Halbjahres 1972 mit dem ersten Halbjahr 1971 zeigt eine Erhöhung von 28,4 auf 32,2 Milliarden Schilling. Die Ausfuhr in die EWG betrug im Jahre 1971 30,6 Milliarden Schilling. Der Vergleich der beiden ersten Halbjahre 1971 und 1972 zeigt eine Erhöhung von 14,8 auf 16,3 Milliarden Schilling.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Auswirkungen bei den Zolleinnahmen verwiesen. Allein für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1972 wird die 30prozentige Zollsenkung einen Entgang von Eingangsabgaben in der Höhe von 500 Millionen Schilling zur Folge haben.

Die österreichische Wirtschaft steht auf Grund dieser Entwicklung und ihrer Auswirkungen vor der Aufgabe, sich einerseits auf dem Binnenmarkt gegen den Konkurrenzdruck des Auslandes zu behaupten und andererseits die Absatzchancen zu nützen, die sich im Ausland nunmehr bieten.

Jedenfalls aber wird der Zollabbau für die österreichische Exportwirtschaft größere Bedeutung haben als für unsere Lieferanten aus der EWG. Die Verbesserung der Exportchancen wird den verstärkten Importdruck

Bundesminister Dr. Androsch

produktions- und beschäftigungsmäßig mehr als wettmachen. Dies trifft jedoch nicht für jede Branche und nicht für jedes Unternehmen in gleichem Maße zu.

Ebensowenig wird uns mit dem Arrangement ein Ruhebett der Wohlstands- und Wachstumsgarantie geboten.

Was uns aber geboten wird, ist eine große Chance. Diese Chance zu nützen bleibt ausschließlich uns, nämlich der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Wirtschaftspolitik überlassen. Dazu bedarf es der besten Nutzung unserer Begabungsreserven ebenso wie der bestmöglichen Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials, der Förderung der beruflichen Mobilität ebenso wie der Aus- und Fortbildung des Nachwuchses, der Anpassung der Betriebsausstattung und Produktionsprogramme an die dynamischen Märkte ebenso wie der Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität, der Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur ebenso wie der zunehmenden zwischenbetrieblichen Kooperation und des verstärkten Kapitaleinsatzes zur laufenden Strukturanpassung.

Die Bundesregierung ist sich dieser Aufgabe in Blickrichtung Europa bewußt. Die Wirtschafts-, Budget- und Steuerpolitik der letzten Jahre war bereits darauf ausgerichtet, die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu fördern, um Europareife zu erreichen. Das kommt auch in der umfangreichen Palette der Maßnahmen, die die Schillingaufwertung begleiteten und der österreichischen Exportwirtschaft sprübar halfen, dem verstärkten Konkurrenzdruck zu begegnen, zum Ausdruck.

Die wohl entscheidendste Vorleistung für die Aufnahme als gleichberechtigter Partner in die große Europäische Gemeinschaft hat die Bundesregierung aber mit der rechtzeitig vor Inkrafttreten des Globalabkommens erfolgten Fertigstellung des neuen Umsatzsteuerrechtes erbracht.

Die Bundesregierung wird ihre europäorientierte Wirtschaftspolitik fortsetzen und mit folgenden zusätzlichen Maßnahmen die österreichische Wirtschaft bei der ihr gestellten Aufgabe unterstützen:

1. Die Mittel der Bundesbudgets für Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktförderung werden zur Sicherstellung eines koordinierten, auf die Integrationsbedürfnisse abgestellten Einsatzes in ihrer Wirkung in einem Wirtschafts- und Sozialfonds der Bundesregierung zusammengefaßt werden. Seine besondere Aufgabe wird es sein, bei Anpassungsschwierigkeiten finanzielle Hilfestellung zu leisten und zu einer besseren Ausnützung des Arbeits-

kräftepotentials sowie der Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur beizutragen.

2. Der ERP-Fonds sowie sämtliche anderen derartigen Einrichtungen werden in ihrer Gestalt in den nächsten Jahren vorrangig zur Unterstützung der Umstellung auf den größeren Markt eingesetzt werden, wobei diese Maßnahmen durch das Budget unterstützt werden, wie dies bereits im Fremdenverkehrsbereich bei der Finanzierung der Hotelbauten und der Errichtung von Seilbahnen seit heuer der Fall ist.

3. Die Exportförderung wird weiter ausgebaut. In Erweiterung der in den beiden letzten Jahren getroffenen Regelungen und zusätzlich zu den flankierenden Maßnahmen im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer wird getrachtet, die Zinskostenbelastung im Rahmen der Ausfuhrfinanzierung zu verringern und damit die Konkurrenzfähigkeit österreichischer Exporte zu heben.

4. Neben der vorzeitigen Abschreibung soll für die Übergangsjahre 1973 bis 1975 beim beweglichen Anlagevermögen eine Sonderabschreibung von 30 Prozent eingeräumt werden.

5. Für Forderungen aus Exportgeschäften wird eine auf drei Jahre befristete pauschale Wertberichtigung vorgesehen.

6. Die bei Schachtelgesellschaften geltende Befreiung von der Körperschaftsteuer soll künftig über die Grenze wirken.

7. Die Wertpapiersteuer soll auch für ausländische Wertpapiere künftig nicht mehr erhoben werden.

Hohes Haus! Das Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist keine Einbahnstraße und bietet keine Garantie für Wohlstandsmehrung und Wirtschaftswachstum. Es stellt aber — ich möchte dies noch einmal betonen — eine ganz große Chance dar. Die österreichische Wirtschaft ist heute in ungleich höherem Maße in der Lage, sich den Anforderungen des größeren europäischen Marktes zu stellen als zu Beginn unserer Bemühungen um eine Teilnahme. Die Wirtschaftspolitik wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, unter den neuen Bedingungen diese Entwicklung weiterzuführen, mit dem Ziel, die Aufhol- und Überholentwicklung gegenüber anderen Ländern hinsichtlich Produktivität, Pro-Kopf-Quote des Bruttonationalproduktes, Realeinkommen und — ganz allgemein gesagt — der Qualität des Lebens fortzusetzen. Wir sehen darin keinen Selbstzweck, sondern die Aufgabe, die österreichischen Lebensverhältnisse an das Niveau des größeren Europa heranzuführen. Darin er-

Bundesminister Dr. Androsch

blicken wir die europäische Herausforderung an Österreich, die wir mit kritischem Selbstvertrauen annehmen wollen. (*Starker Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Wir haben uns am 25. Juli in einer Sondersitzung mit den Verhandlungen in Brüssel, mit den Ergebnissen nach der Unterzeichnung der Verträge in einer sehr eingehenden und gründlichen Diskussion auseinandergesetzt. Damals haben der Herr Bundeskanzler, der Herr Handelsminister und der Herr Außenminister mündliche Berichte erstattet, die uns etwa um die Mittagszeit des Vortages zur Kenntnis übermittelt worden sind. Wir haben die Form der mündlichen Berichterstattung durchaus respektiert, weil wir wissen, daß man nicht am Dienstag die Vorlage eines umfassenden und fundierten schriftlichen Berichtes erwarten kann, wenn erst am Samstag zuvor die Verträge unterzeichnet wurden.

Meine Damen und Herren! Heute liegen die Dinge etwas anders. Der Herr Finanzminister hat auch einen mündlichen Bericht erstattet. Er hat am gestrigen Abend — ich glaube fünf Minuten vor zehn — unserem Herrn Klubobmann einige Exemplare zugeleitet. Ich habe auf die Weiterleitung dieser Exemplare an mich verzichtet, weil ich es für ungehörig betrachte, daß Berichte in einer solchen Weise, angesichts des seitherigen Zeitablaufes und auch angesichts vorangegangener Verhandlungen erstattet werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich hätte, meine Damen und Herren, es ansonsten unterlassen darauf hinzuweisen, daß die schweizerische Bundesregierung, nämlich der Bundesrat, an das dortige Parlament mit Datum vom 16. August 1972 einen 150 Seiten umfassenden Bericht erstattet hat. In einer außerordentlich gediegenen Art und Weise wurden der ganze Hergang der Verhandlungen, das Ergebnis dieser Verhandlungen, die Auswirkungen, die Qualifizierung dieser Verhandlungsergebnisse und auch notwendige Begleitmaßnahmen, die sich aus dieser Verhandlungsführung ergeben, dargestellt.

Meine Damen und Herren! Dieser Bericht des Schweizer Bundesrates bildet angesichts des Stils, wie er hier geübt wird, einen Kontrast, auf den ich hier einmal deutlich hinweisen möchte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich mache Ihnen den Vorwurf, daß Sie sich offenbar Ihre Aufgabe, was diese Dinge be-

trifft, zu leicht machen. Sie haben sich nicht die Mühe gemacht, einen annähernd ähnlichen schriftlichen Bericht unserem Nationalrat vorzulegen. Sie sind ohne eigenes Konzept in die Verhandlungen über die Begleitmaßnahmen mit uns eingetreten. Sie haben solche Maßnahmen weder vorher bei der Sondersitzung im Juli noch bei unseren Verhandlungen mit zur Sprache gebracht; mit Ausnahme des Herrn Justizministers — das möchte ich ausdrücklich betonen —, der eine Novellierung des Kartellgesetzes mit in diese Besprechungen eingebracht hat. Das war substantiell alles, was Ihrerseits als Beitrag bei diesen Verhandlungen über die Begleitmaßnahmen geleistet wurde.

Offenbar ist sich der Herr Finanzminister der Peinlichkeit der Situation hinterher bewußt geworden, weil er heute in seinem mündlichen Bericht Dinge ausführt, die seinerzeit verlangt wurden oder die bei unseren Verhandlungen als budgetär unzumutbar bezeichnet wurden.

Hohes Haus! Ich habe heute genauso wie im Juli die Überzeugung, daß die Regierung einen besseren Vertrag hätte unterzeichnen können, wenn sie rechtzeitig intensivere Kontakte auf Regierungsebene hergestellt hätte und wenn sie ihre Verhandlungsposition nicht durch überflüssige Erklärungen belastet oder vorzeitig aufgegeben hätte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir haben uns mit dem Vertrag als solchem bei der Sondersitzung im Juli auseinandergesetzt. Heute geht es um das Interimsabkommen als eine Vorstufe zu diesem Globalvertrag. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß dieses Interimsabkommen die Frucht von Bemühungen ist, die seinerzeit Minister Mitterer und der seinerzeitige Außenminister Waldheim unternommen haben, um angesichts der schwierigen Situation vor dem Beitritt Englands zur EWG in den Integrationsbemühungen einen Schritt weiterzukommen. Ich möchte dafür heute noch einmal Dank sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir sind uns im klaren: Die Verträge, wie sie ausgehandelt wurden, bringen unserer Wirtschaft nicht nur Vorteile, sondern es sind auch schwere Benachteiligungen damit in Kauf genommen worden. Es ist auf der einen Seite das Problem der sensiblen Produkte, bei denen es zu einem verzögerten Zollabbau und zu einer einseitigen Begünstigung der EWG kommt. Es ist auf der anderen Seite der Bereich der Landwirtschaft, der im Globalabkommen lediglich

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

mit einer Good-will-Erklärung im Artikel 15 Berücksichtigung fand. Außerdem hat die EWG für sich Ausnahmen auf landwirtschaftlichem Gebiet verlangt und auch durchgesetzt, ohne entsprechende Gegenleistung zu erbringen. Insbesondere bei Milch- und Molkereiprodukten war nicht die geringste Konzession für die heimische Landwirtschaft zu erhalten.

Meine Damen und Herren! Wir sind uns im klaren, daß das Schicksal der österreichischen Wirtschaft letzten Endes das Schicksal auch der Menschen ist, die in den Betrieben unserer Wirtschaft tätig sind.

Das gilt für die gesamte Wirtschaft. Das gilt aber besonders für die 93.000 Beschäftigten in jenen Betrieben der Stahl-, Metall- und Papierindustrie, in deren Produktionsprogrammen die sensiblen Produkte eine sehr große Rolle spielen. Es geht hier insgesamt um Exportaufträge, die im vergangenen Jahr ein Gesamtvolumen von etwa 3 Milliarden Schilling betragen haben. Das gilt auf der anderen Seite auch für die annähernd 40.000 Beschäftigten in jenen Industriebetrieben, die landwirtschaftliche Produkte, wie Zucker, Stärke, Getreide oder Milch, verarbeiten. Der Produktionswert dieser Betriebe machte im vergangenen Jahr rund 15 Milliarden Schilling aus.

Dabei ist in diesen beiden Bereichen doch ein qualitativer Unterschied insoweit gegeben, als bei den sensiblen Produkten für Gewerbe und Industrie — wenn auch mit Verzögerung und einer gewissen Diskriminierung — am Ende einer verlängerten Übergangsphase die Wettbewerbsgleichheit im Sinne von wechselseitiger Zollfreiheit besteht.

Anders liegen die Dinge bei der Nahrungsmittelindustrie, bei den landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten, wo einfach vom System her der Weg nach einer Wettbewerbsgleichheit gesucht und auch gefunden werden muß.

Wir haben uns nach Vorliegen der Verhandlungsergebnisse die Frage vorgelegt, unter welchen Voraussetzungen wir in der Lage sein können, diesen Verträgen zuzustimmen. Wir haben uns insbesondere die Frage vorgelegt, welche Voraussetzungen notwendig sind, um unserer Wirtschaft eine entsprechende Ausgangsposition für diesen stufenweisen Eintritt in den Gemeinsamen Markt zu sichern. Solche Maßnahmen, meine Damen und Herren, wären selbst bei einem sehr guten Vertrag notwendig gewesen, und sie sind es erst recht bei einem Vertrag, der diese Qualifikation für sich nicht in Anspruch nehmen kann.

Das war der Grund, warum wir am 25. Juli, aber auch schon vorher dem Herrn Bundes-

kanzler in acht Punkten jene Begleitmaßnahmen unterbreitet haben, die wir für notwendig erachten, um diese Voraussetzungen für den ersten Schritt des Eintritts in diesen vergrößerten Markt zu schaffen.

Wir haben uns mit unseren Vorschlägen von keinen Gruppeninteressen leiten lassen. Wenn wir „Wirtschaft“ sagen, meine verehrten Damen und Herren, dann denken wir an alle Beschäftigten in den Betrieben, und dann denken wir vor allem an die Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich. Das ist die entscheidende Frage, auf die es ankommt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir denken dabei an die Arbeiter und die Angestellten genauso wie an die Wirtschaftstreibenden und nicht zuletzt an jene, die als Empfänger öffentlicher Leistungen und sozialer Hilfen vom Steuer- und Sozialabgabenertrag einer vollbeschäftigten und weiter wachsenden Wirtschaft abhängig sind. Wir denken natürlich auch an die Bauern, die vom Ergebnis des Vertrages mit der EWG in besonderer Weise berührt werden.

Wir können deshalb für unsere Wirtschaft diese notwendigen Begleitmaßnahmen gar nicht ernst genug nehmen. Je mehr wir heute tun, um die kommende Bewährungsprobe für unsere Wirtschaft wohl vorbereitet zu bestehen, umso eher werden sich morgen auch die Hoffnungen erfüllen, die mit der Teilnahme am größeren europäischen Markt verknüpft werden. Denn würden wir heute nichts tun, würden wir warten, bis erst einmal Absatzchancen vertan, Märkte verloren und bisher leistungsfähige Betriebe unter dem Wettbewerbsdruck geschlossen sein sollten, dann wäre es für vernünftige Begleitmaßnahmen auf diesem Gebiet zu spät.

Noch ein deutliches Wort: Wir wissen, daß diese Verträge der Zweidrittelmehrheit des Nationalrates bedürfen und daher nur mit den Stimmen der Volkspartei beschlossen werden können. Wir würden es wesentlich einfacher haben, wenn diese Verträge der Zweidrittelmehrheit nicht bedürften. Sicherlich würden wir uns in dieser entscheidenden Frage nicht so salvieren, wie Sie es seinerzeit in der Südtirolfrage getan haben.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß mit diesen Verträgen entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft erfolgen. Wir stehen auch vor der verantwortungsvollen Frage: Können wir einen für uns nicht hinreichenden Vertrag etwa ablehnen und gleichzeitig das Risiko und die Verantwortung auf uns nehmen, daß im Hinblick auf die multilateral geführten internationalen Verhandlungen in absehbarer Zeit ein besserer Vertrag

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

womöglich überhaupt nicht erreicht werden kann?

Es wird auch unsere Verantwortung, die wir tragen, nicht kleiner, wenn wir wissen, daß in anderen europäischen Staaten Volksbefragungen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Entscheidungen durchgeführt werden. So wird Norwegen am 24. und 25. September ein solches Referendum durchführen. Sie brauchen für die Ratifizierung ihres Beitrittsvertrages zur EWG die Dreiviertelmehrheit ihres Parlamentes. Dänemark wird ein solches Referendum am 2. Oktober durchführen, und sie sind auf eine Fünftelmehrheit für ihre Vertragsratifizierung angewiesen. In der Botschaft des schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung wird von diesem Bundesrat ebenfalls die Durchführung eines Referendums vorgeschlagen, das angeblich Anfang Dezember stattfinden soll.

Meine Damen und Herren! Ich will mich hier mit der Zweckmäßigkeit einer Volksbefragung in diesem Zusammenhang nicht auseinandersetzen, sondern ich will in diesem Zusammenhang nur deutlich machen, welche Verantwortung alle für die Beschlußfassung dieser Verträge tragen; nicht nur die Regierung, sondern natürlich auch wir, weil Sie auf die Zustimmung der Volkspartei bei diesen Verträgen angewiesen sind.

Sie werden deshalb verstehen, daß für uns die Verhandlungen über notwendige Begleitmaßnahmen ein ganz entscheidender Punkt gewesen sind, und Sie werden daher begreifen, warum ich am 25. Juli gesagt habe: Sagen Sie ja zu den notwendigen Begleitmaßnahmen, dann werden wir ja sagen zu diesen Verträgen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir sind in diese Verhandlungen eingetreten mit einem verantwortungsbewußten Programm, wir haben auf Gags verzichtet. Uns ist es darum gegangen, daß wir durch notwendige Begleitmaßnahmen einen wirksamen ersten Schritt tun, um die Voraussetzungen für die Teilnahme am größeren Markt sicherzustellen.

Wir haben uns bei diesen Verhandlungen von drei Dingen leiten lassen: Es ging uns erstens um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft; zweitens um die Sicherstellung der Chancengleichheit für wichtige Teilbereiche unserer Wirtschaft, die diese Chancengleichheit auf Grund der Vertragssituation nicht besitzen; und drittens um eine intensivere Förderung der Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes, die angesichts der zu erwartenden

größeren wirtschaftlichen Dynamik einfach unerläßlich werden.

Was die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft betrifft, haben wir bei den Verhandlungen deutlich darauf hingewiesen, daß die Produktivität das Entscheidende für die Wettbewerbsfähigkeit ist, daß wir heute mit der Produktivität, dem Nationalprodukt pro Beschäftigten sehr deutlich unterhalb der EWG liegen, daß im Durchschnitt die EWG-Länder gegenüber Österreich eine um 30 Prozent höhere Produktivität haben, mit Ausnahme eines einzigen Landes, nämlich Italien, das im Durchschnitt in der Produktivität etwa um 10 Prozent unter Österreich liegt.

Meine Damen und Herren! Investitionen sind die Voraussetzung für die Produktivitätsförderung. Stärkere Produktivität ist die Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit, und die Wettbewerbsfähigkeit ist die Grundlage der Sicherung der Arbeitsplätze. Wir brauchen eine europareife Wirtschaft, damit wir europareife Löhne bezahlen können, und wir brauchen europareife Löhne, um das Abwandern qualifizierter Arbeitskräfte in das Ausland zu verhindern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Finanzminister hat in seinem Bericht die Ergebnisse der Beratungen über die Begleitmaßnahmen dargelegt, er erwähnte die Investitionsförderungsmaßnahmen, die Verlängerung des Strukturverbesserungsgesetzes mit dem Ausbau desselben in bestimmten Bereichen, die zusätzlichen Finanzierungshilfen vor allem für die kleineren und mittleren Betriebe, die Schließung der Haftungslücke, die Frage der Schaffung einer Kapitalgesellschaft. Bei den Kreditaktionen sollen folgende Investitionen als besonders förderungswürdig berücksichtigt werden: integrationsbedingte Investitionen, Investitionen in innerösterreichischen Entwicklungsgebieten und Investitionen zum Ausgleich der Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte.

Was die intensivere Arbeitsmarktförderung betrifft, wurde Übereinstimmung erzielt über eine Verstärkung der Mittel. Diese Mittel sollen besonders der zusätzlichen Förderung von Schulungsmaßnahmen dienen und die Probleme älterer Arbeitnehmer besonders berücksichtigen. Einvernehmen besteht auch darüber, daß das Teilzeitbeschäftigungsgesetz, das die Volkspartei als Initiativantrag einbrachte, nach Beratungen mit den Interessenvertretern ehe baldigst in Behandlung genommen wird.

Und was nun den dritten Bereich betrifft, nämlich die Sicherung der Chancengleichheit für bestimmte Bereiche der Wirtschaft, so

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

möchte ich unter diesem Gesichtspunkt folgende Ergebnisse festhalten:

Erstens einmal, daß die Geltungsdauer der Wirtschaftsgesetze um zwei Jahre unverändert verlängert wird, also bis 31. 12. 1974; daß im Frühjahr nächsten Jahres über allenfalls notwendige Anpassungen Verhandlungen aufgenommen werden. Ich glaube aber, daß diese Verhandlungen auch mit dem Ziel geführt werden müssen, sich darüber klar zu werden, daß die EWG auf diesem Gebiet über außerordentlich entwickelte und dauerhafte Marktordnungen verfügt und daß es auch unsere Aufgabe sein müßte, die österreichischen Regelungen auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um die Chancengleichheit sicherzustellen, wurden auch Vereinbarungen getroffen über den Ausbau der Qualitätskontrolle insbesondere bei Obst und Gemüse, über die notwendigen Verordnungen, die erlassen werden müssen, und vor allem auch darüber, daß auch die Durchführung dieser Qualitätskontrolle, soweit Bundesorgane damit befaßt sind, in einer entsprechenden Weise sichergestellt wird.

Ein weiteres Problem der Chancengleichheit für die österreichische Landwirtschaft, das viele Klein-, Mittel- und Bergbauern insbesondere berührt, betrifft die Exportsicherung für Milch- und Molkereiprodukte. Hier geht es um die Frage: Kann der englische Markt für Österreich gesichert werden? Wir sind aus dem EWG-Markt nach dem Inkrafttreten der Marktordnungen hinausgeflogen, haben uns damals mühsam den englischen Markt aufgebaut, und es steht hier die Frage vor uns, inwieweit es der Bundesregierung tatsächlich gelingen wird, den englischen Markt ohne Diskriminierung offenzuhalten. Das ist eine große Sorge für die österreichische Landwirtschaft.

Wir haben bei den Verhandlungen über die Begleitmaßnahmen sichergestellt, daß im Bedarfsfalle zur Sicherung des englischen Marktes oder zur Erschließung neuer Märkte die nach § 9 des Marktordnungsgesetzes für Absatzförderungsmaßnahmen bestimmten Mittel auch im Sinne dieses Gesetzes verwendet werden. Ich glaube, daß damit zumindest für die nächste Zeit eine Sicherheit auch für den Fall gegeben ist, daß Verhandlungen in Brüssel oder Bemühungen in England zunächst zu keinen Ergebnissen führen.

Und nun zu den Fragen der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte und damit zu den Problemen der Verarbeitungsindustrie.

Meine Damen und Herren! Die EWG verfügt über ein wohldurchdachtes Einfuhr- und

Ausfuhrregime bei landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten. Die EWG hat Abschöpfungen bei der Einfuhr und gibt Erstattungen beim Export. Bei der Einfuhr werden im Verarbeitungsprodukt enthaltene landwirtschaftliche Produkte mit den Abschöpfungen vom Weltmarktpreis auf den EWG-Preis heraufgeschleust, und bei den Exporten wird durch Erstattungen der gleiche Anteil an landwirtschaftlichen Produkten im Verarbeitungsprodukt auf den Weltmarktpreis heruntergeschleust. Dies geschieht, um die Wettbewerbsgleichheit für die Verarbeitungsindustrie, vor allem für die Nahrungsmittelindustrie, sicherzustellen.

Was das Importregime betrifft, ist eine Übereinstimmung erzielt worden durch eine Novelle zum Ausgleichsabgabegesetz, das mit zur Verhandlung steht. Damit ist die eine Seite des Problems gelöst.

Was nun unsere Verarbeitungsindustrie betrifft, der man die Wettbewerbschancen im erweiterten Wirtschaftsraum der EWG offenhalten muß, konnte über die Frage des Exportregimes bei den Verhandlungen ein abschließendes Ergebnis nicht erzielt werden, und wir haben im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen folgendes vereinbart — das Protokoll über diesen Verhandlungsgegenstand lautet —:

„Was die durch dieses Importregime nicht abgedeckten Härtefälle und das Exportregime betrifft, werden die Verhandlungen mit dem Ziel weitergeführt, daß spätestens gemeinsam mit dem Globalabkommen eine entsprechende Regelung beschlossen wird. Hierbei sollen die in den EWG-Staaten gültigen und in Österreich vergleichbaren Staaten angewandten oder geplanten Regelungen geprüft werden.“

Meine Damen und Herren! Wir haben uns bei den Verhandlungen — von denen ich betonen möchte, daß sie auch der Bedeutung des Problems entsprechend sachlich geführt worden sind — auf diesen Passus gemeinsam festgelegt. Was die Regierung als Lösungsvorschläge anbot, war für uns nicht akzeptabel. Und wir sind auseinandergegangen in der fairen Gesinnung, das endgültige Ergebnis in diesem Bereich weder in dieser noch in jener Richtung zu präjudizieren. Wir glauben, daß eine Denkpause vielleicht nötig ist, um Gelegenheit zu bieten, die Sachproblematik zu vertiefen, um letzten Endes auch sachgerechte Lösungen für dieses spezielle Problem herbeizuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir uns, Herr Handelsminister, von der Zielsetzung leiten lassen, daß diese Verhandlungen mit dem Ziel weitergeführt werden sollen, daß spätestens mit dem Globalabkommen eine entsprechende Regelung be-

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

geschlossen werden kann, und wenn es weiter heißt, daß hiebei die in den EWG-Staaten gültigen und auch andere Regelungen geprüft werden sollen, dann, Herr Handelsminister, möchte ich im Geiste unserer Gesprächsführung dieses Protokoll dahin interpretieren, daß die Prüfung dieser Regelungen am Beginn und nicht am Ende der Verhandlungen zu stehen hätte, die im Sinne unserer Vereinbarungen spätestens mit Wirkung der Beschlußfassung über das Globalabkommen eine Regelung herbeiführen soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch einmal betonen, meine Damen und Herren: Wir haben uns bei den Verhandlungen, die wir als große Oppositionspartei mit der Regierung geführt haben, nicht von kleinlichen Interessen leiten lassen. Es geht uns einfach darum, mit der Verantwortung, die schließlich mit der Zustimmung zu diesen Verträgen verbunden ist, auch die Sicherheit zu haben, daß die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um im größeren europäischen Raum bestehen zu können. Und daran sind Hunderttausende Arbeitnehmer in Österreich interessiert.

Was wir mit diesen Begleitmaßnahmen tun können — auch darüber sind wir uns im klaren —, war ein erster Schritt zur Sicherung der entsprechenden Ausgangsposition Österreichs. Damit werden die eigentlichen Aufgaben sicherlich noch nicht erfüllt sein, sondern erst beginnen. Ich glaube, daß es eine der entscheidenden Aufgaben sein wird, daß wir alle wichtigen politischen Entscheidungen, die auf uns zukommen, unter dem Blickwinkel der Vorbereitung Österreichs auf den größeren europäischen Wirtschaftsraum sehen. Das gilt für alle wichtigen politischen Entscheidungen, vom Budget bis zur Lohn- und Einkommensteueränderung, mit der wir uns in den nächsten Wochen noch zu beschäftigen haben werden.

Wir haben schon seinerzeit verlangt, daß die Regierung weiterführende Maßnahmen für die Zukunft in einem Europaplan zusammenfassen sollte. Es wäre wünschenswert, daß dies geschieht. Wir haben uns den Kopf zerbrochen im Zusammenhang mit den Begleitmaßnahmen zu diesen Gesetzen. Wir werden uns auch den Kopf zerbrechen über das, was wir für die Zukunft für nötig halten. Aber wir glauben, daß wir damit der Regierung die Verantwortung weder abnehmen können noch abnehmen sollen.

Wir müssen uns darüber auch im klaren sein, daß die wirksamste Integrationspolitik im Grunde genommen immer noch eine sehr verantwortungsbewußte Stabilisierungspolitik

ist. Ich habe den Eindruck, daß wir auf diesem Gebiet noch vor sehr großen Problemen stehen und daß es sich bedauerlicherweise zu rächen beginnt, daß Vorschläge und Vorstellungen, die wir vor Jahresfrist gemacht haben, damals einfach nicht in Beratung gezogen wurden.

Meine Damen und Herren! Ohne konsequente Anstrengungen zur Förderung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit könnte das Abkommen, das mit der EWG getroffen wird, unter Umständen mehr Risiken als Chancen bedeuten, Risiken für die Betriebe und für die dort beschäftigten Menschen. Und das war der Grund, warum wir auf diese Begleitmaßnahmen so großen Wert gelegt haben.

Deshalb begrüßen wir es — ich möchte es betonen —, daß die Regierung in diesen Verhandlungen unsere Vorschläge angenommen hat und daß die vorliegenden Vereinbarungen getroffen werden konnten.

Und deshalb, meine Damen und Herren, gehen wir auch von der sicheren Erwartung aus, daß das gemeinsam festgelegte Ziel für das Exportregime bei den landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten, spätestens mit dem Globalabkommen eine gemeinsame Regelung zu beschließen, auch in sachgerechter Weise und in zufriedenstellender Weise verwirklicht wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich teile durchaus die Auffassung des Herrn Finanzministers: Das Abkommen mit der EWG öffnet uns einen Weg, und es liegen große Möglichkeiten vor uns, für jeden einzelnen und für ganz Europa.

Es wird uns aber sicherlich kein Erfolg in den Schoß fallen. Wir wenden uns in wachsendem Maße im Wettbewerb mit den tüchtigsten und fähigsten Konkurrenten Europas befinden. Wir stehen, wie gesagt, nicht am Ende des Weges, sondern an seinem Anfang. Es ist nicht der Augenblick zu sorgloser Feststimmung, sondern die Stunde zur Entschlossenheit, mit Zuversicht unsere Kräfte zu sammeln und auf die neuen Anforderungen auszurichten. Unsere Zukunft, meine Damen und Herren, wird durch unsere Leistungen bestimmt werden und letztlich durch die Politik, die die notwendigen Voraussetzungen dazu schaffen muß. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Bundesminister Androsch.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich zu den Vorwürfen des Herrn Bundesparteibomannes in aller Kürze Stellung nehme.

Bundesminister Dr. Androsch

Der Hinweis auf die Botschaft des schweizerischen Bundesrates unterscheidet sich schon deswegen von dem, was heute hier erklärt wurde, weil es sich bei der Schweiz um das Globalabkommen mit einem viel späteren Inkrafttretenszeitpunkt handelt, während hier das Interimsabkommen vorliegt. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Und dann werde ich Ihnen den Inhalt sagen. Es handelt sich um 150 Maschinschreibseiten, die durch ein entsprechendes Verfahren auf die halbe Größe zurückgeführt wurden, die sich wie folgt zusammensetzen:

Seiten 3 bis 30: eine Übersicht und Geschichte der Integrationsbemühungen. — Diesbezüglich gibt es eine gedruckte Broschüre, die noch der Herr Vizekanzler Dr. Bock herausgegeben hat und die weitergeführt wurde.

Zweitens über das Abkommen und den Inhalt die Seiten 31 bis 101. — Diese Dinge wurden bereits in der Debatte am 25. Juli etwa in diesem Umfang vorgelegt.

Drittens: die Bedeutung der EFTA, die Seiten 107 bis 112. — Diese Problematik wurde vom Herrn Bundeskanzler bei dieser Debatte gewürdigt. Die Würdigung des Abkommens wurde ebenfalls im Integrationsausschuß am Freitag, dem 21. Juli, also vor der Unterzeichnung am darauffolgenden Samstag und dann in der Debatte vorgenommen.

Und schließlich die Seiten 137 bis 144, Darstellung der schweizerischen Genehmigungspraxis. Kein einziges Wort, welche Begleitmaßnahmen, wenn die Schweiz überhaupt welche vorsieht, hier in Aussicht genommen sind.

Das ist der substantielle Unterschied, Herr Bundesparteiobmann, daß es meine Bemühungen waren, in der Erklärung heute erstens einmal schon die Problematik der unmittelbaren Durchführung in wenigen Tagen darzulegen und das Hohe Haus zu informieren, welche Vorbereitungen hinsichtlich dessen getroffen sind — gar keine Erwähnung in der von Ihnen zitierten Botschaft —, und zweitens darzutun, was insgesamt bereits an Begleitmaßnahmen fixiert beziehungsweise in Aussicht genommen ist. Das ist der substantielle Unterschied, den ich doch bitte zu berücksichtigen.

Ich bitte um Verständnis und um Ihre Entschuldigung, daß ich aus Termingründen — Sie wissen selbst, wie die Verhandlungen gelaufen sind, wie gerade ich mit Ihren Herren Vorverhandlungen zu tätigen hatte —, weil ich natürlich eine solche Erklärung selber mache, nicht früher fertig werden und erst um

10 Uhr die entsprechenden Exemplare übermitteln konnte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nun bitte ich Herrn Abgeordneten Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An der Auseinandersetzung der Herren Dr. Schleizer und Dr. Androsch über die zeitgerechte Zurverfügungstellung des Textes der Rede des Herrn Finanzministers möchte ich mich nicht beteiligen. Dieser Redetext ist uns für gestern nachmittag angekündigt worden. An Stelle des Textes kam ein Anruf des Herrn Finanzministers mit dem Hinweis, er befände sich in zeitlichen Schwierigkeiten und wäre erst am späteren Abend in der Lage, die Rede zur Verfügung zu stellen. Ich erklärte mich bereit, diese am Abend in der Bundesgeschäftsstelle der Freiheitlichen Partei in Empfang zu nehmen.

Ich habe heute nicht die Absicht, mich mit der EWG-Entwicklung in den sechziger Jahren auseinanderzusetzen, und ich habe schon gar nicht die Absicht, in eine Polemik mit der anderen Oppositionspartei einzutreten.

Wir Freiheitlichen sind mit einer absoluten Mehrheitspartei in diesem Parlament konfrontiert, die derzeit mit 93 SPÖ-Mandaten eine Alleinregierung stellt. Nur in einem, Herr Abgeordneter Dr. Schleizer, kann ich Ihnen nicht folgen: Auf der einen Seite inkriminieren Sie die EWG-Verhandlungsführung der derzeitigen Alleinregierung und sehen darin eine der Hauptursachen dafür, daß kein optimales Verhandlungsergebnis erzielt werden konnte. Auf der anderen Seite bezogen Sie den Standpunkt, daß Sie den Verträgen mit den Europäischen Gemeinschaften zustimmen können, weil die Alleinregierung Ihre Begleitmaßnahmen akzeptiert hat und weil die Verhandlungsführung der ÖVP-Minister Waldheim und Mitterer seinerzeit so gut gewesen wäre. Ich möchte hier keine Kritik an der Arbeit der Minister ... (*Abg. Dr. Schleizer: Sie interpretieren mich falsch, Herr Abgeordneter Peter, das muß ich ausdrücklich betonen! Das ist nicht fair!*) Ich bin sehr fair (*Abg. Graf: Das kann die ÖVP nicht behaupten, daß die Freiheitliche Partei fair ist!*), ich habe genau aufgepaßt und möchte Ihnen in Erinnerung rufen: Die EWG-Gleichgültigkeit der ... (*Abg. Dr. Schleizer: Ich habe erklärt, daß der Gedanke des Interimsabkommens auf den seinerzeitigen Minister Mitterer und auf Außenminister Waldheim zurückgeht! Ich habe erklärt, daß wir der Auffassung sind, daß ein besseres Ergebnis hätte erzielt werden können und daß wir vor der Verantwortung standen, einen solchen Vertrag ent-*

Peter

weder abzulehnen und damit die Verantwortung zu übernehmen, daß in absehbarer Zeit ein besserer nicht erzielt werden kann! Das war mein Standpunkt, und daher unsere Verhandlungen über die Begleitmaßnahmen! — Lebhaftige Zustimmung bei der ÖVP.)

Dennoch, Herr Abgeordneter Schleizer, darf ich Sie an jene Gleichgültigkeit erinnern, welche die Österreichische Volkspartei in der ersten Hälfte der sechziger Jahre gegenüber den Problemen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an den Tag gelegt hat. (Abg. Dr. Schleizer: Ich habe gedacht, Sie wollen sich mit den sechziger Jahren nicht mehr auseinandersetzen! Da sind Sie inkonsequent! — Abg. Meller: Die ÖVP hat den Haupt-„Bock“ geschossen!) Ich schreibe Ihnen nicht vor, was Sie sagen. (Abg. Dr. Schleizer: Das war Ihre eigene Erklärung, Herr Abgeordneter!)

Ich werde in diesem einen Punkt auf Ihre Rede eingehen und Ihnen in Erinnerung rufen, daß eine eklatante EWG-Gleichgültigkeit die Österreichische Volkspartei in der ersten Hälfte der sechziger Jahre auszeichnete. Das hat Ihnen, der Österreichischen Volkspartei, Dr. Ritschel in den „Salzburger Nachrichten“ mit folgenden Worten ins Stammbuch geschrieben:

„Der ÖVP-Sprecher, Abgeordneter Doktor Tončić, bekannte sich zur EFTA, als zur offiziellen Linie“ der Bundesregierung. „Wer gab“ ihm dazu „den Auftrag? Die ÖVP des Bundeslandes Salzburg, die ihn in den Nationalrat entsandte, gab ihn nicht. Vielleicht der Klub der ÖVP-Nationalräte? Wenn, dann nur ein Teil der Abgeordneten. Privat steht der Großteil jener ÖVP-Abgeordneten, die selbst dem Integrationssausschuß des Parlaments angehören, mit dem Herzen auf der EWG-Seite. Aber kaum einer“ aus der Fraktion der Österreichischen Volkspartei „traut sich — sagen wir es doch offen —“, so fuhr Ritschel damals in seinem Leitartikel fort, „seine echte Meinung auszusprechen.“

So war es, und damit schließe ich dieses Kapitel ab.

Hohes Haus! Die freiheitlichen Abgeordneten setzen zum Interims- und Globalabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften kein Ja mit Bedingungen. Das Ja der freiheitlichen Abgeordneten ist eines aus Überzeugung zur Sache und zu Europa. Wir unterstreichen heute mit Nachdruck, was wir bereits am 25. Juli dieses Jahres anlässlich der Sondersitzung des Nationalrates zum Ausdruck brachten. Wir halten an unserer Meinung fest, daß mit den EWG-Verträgen ein erster und entscheidender Schritt in Richtung

der europäischen Integration gelungen ist. Wir Freiheitlichen meinen aber ebenso, daß die Bundesregierung die Pflicht hat, alle gegebenen Möglichkeiten wahrzunehmen und auszuschöpfen, um das bisher Erreichte auszubauen und zu vertiefen.

Wir führten daher von unserem Standpunkt das Gespräch mit der sozialistischen Alleinregierung nicht auf der Grundlage von Bedingungen, sondern im Sinne eines Gedankenaustausches, der seinen Anfang genommen hat und fortgesetzt werden soll. Ziel dieses Gedankenaustausches soll nach freiheitlicher Ansicht die ständige, aber fortlaufende Verbesserung des Europa-Instrumentariums Österreichs sein.

Wenn der Bundesminister für Finanzen heute die beiden Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften als die große Chance Österreichs bezeichnete, so kann man ihm in dieser Beurteilung folgen. Man kann ihm ebenso in der Beurteilung der Situation folgen, wenn er sagt, das Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist kein Ruhebett der Wohlstands- und der Wachstumsgarantie, daher wird es die Aufgabe der Bundesregierung sein, die Blickrichtung Europa nicht aus dem Auge zu verlieren, sondern die notwendigen Maßnahmen ziel führend zu planen, zu kontrollieren, sie aber auch zeitgerecht dem Parlament zur Kenntnis zu bringen.

„Europareife“ ist ein Terminus technicus, der jetzt auch von der Sozialistischen Partei immer mehr übernommen wird. Ich nehme an, daß diese Bezeichnung eine umfassende Bedeutung hat.

Vergegenwärtige ich mir die Situation auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik, dann wird sich die sozialistische Alleinregierung die Kritik gefallen lassen müssen, daß Österreich in diesem Bereich von einer Europareife weit entfernt ist.

Daher ist ein Wort an die Adresse der Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz zu richten. Gesundheitspolitik ist nach Auffassung von uns Freiheitlichen meilenweit von einer Europareife entfernt. Der „Kurier“ verweist heute mit allem Nachdruck darauf, daß derzeit 11.500 Spitalbetten in Österreich leer stehen. Das bedeutet, daß 15 Prozent der Spitalbettenkapazität Österreichs nicht ausgelastet werden können, weil es an Pflegepersonal mangelt. Aufgabe der sozialistischen Alleinregierung ist es, im Bereich des Pflegewesens eine Lücke zu schließen. Man kann diese Lücke sicher nicht mit Wehrdienstverweigerern schließen, wie das sowohl die sozialistische als auch die ÖVP-

Peter

Seite gefordert hat. Wir Freiheitlichen fordern daher die Frau Bundesminister Dr. Leodolter auf, sich einer Fernsehdiskussion mit dem freiheitlichen Abgeordneten Dr. Scrinzi zu stellen, um diesen Mißstand in aller Öffentlichkeit zu erörtern.

Die EWG-Konformität der Entscheidungen darf nicht im Bereich des Schlagwortes steckenbleiben. Das Ziel „Europareife“ kann nicht nur verbal angestrebt werden, sondern muß in allen Bereichen dieses Staates auf realistische Grundlagen gestellt werden.

Wenn Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, von einer „umfassenden Europareife“ in Ihrem heutigen Bericht sprachen, so kann ich Ihnen nicht folgen, bin aber der Meinung, daß wir in wesentlichen Bereichen unseres gesamtstaatlichen Lebens eine „Teil-Europareife“ bis jetzt erzielt haben. Österreich steht am Anfang eines weiten Weges, sicher auch eines schwierigen Weges, für den es viele Maßnahmen und Vorbereitungen zu treffen gilt, will es ihn erfolgreich zurücklegen.

Wir Freiheitlichen haben in den Gesprächen mit der Bundesregierung der Meinung Ausdruck verliehen, daß diese einschneidende Zäsur in der weiteren Entwicklung der Republik Österreich, wie sie nun einmal die beiden Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften darstellen, der Bundesregierung auch Anlaß sein müßte, der österreichischen Wirtschaft eine EWG-Eröffnungsbilanz zu ermöglichen. Wir haben bis zur Stunde zu diesem Vorschlag den Beifall der sozialistischen Alleinregierung nicht gefunden, halten aber an dieser Forderung fest.

In einem Punkt — das entnehmen wir der heutigen Rede des Herrn Bundesministers für Finanzen — ist die sozialistische Alleinregierung sehr wohl auf die freiheitlichen Vorschläge eingegangen, nämlich hinsichtlich der Verbesserung der Förderung der Umstellungsfinanzierung. Hier sind in der Rede des Herrn Finanzministers Saiten angeklungen, die wir gutheißen können, nämlich wenn er meint, die Mittel der Bundesbudgets für Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktförderung werden zur Sicherstellung eines koordinierten, auf die Integrationserfordernisse abgestellten Einsatzes in ihrer Wirkung in einem Wirtschafts- und Sozialfonds der Bundesregierung zusammengefaßt werden. Nicht nur, Herr Bundesminister, in der Wirkung, sondern überhaupt in einer konkreten Form muß man darüber reden und verhandeln, wie die heute schon bestehenden Förderungsmaßnahmen zum Zwecke der Erlangung der EWG-Reife der Wirtschaft koordiniert und konzentriert werden können.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, wenn man ja zu Europa sagt, wenn man ja zu den beiden Verträgen mit den Europäischen Gemeinschaften sagt, dann darf man das Ja zur Mehrwertsteuer nicht nur allgemein formulieren, dann muß man auch bereit sein, mit dem 1. Jänner 1973 dieser europakonformen Maßnahme bei allen Schwierigkeiten, die sich in der Realisierung ergeben, den Weg zu bereiten.

Wenn man das Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei, erarbeitet von 1400 Fachleuten, zur Hand nimmt, dann findet man darin die besten Beweise für die Richtigkeit der freiheitlichen Argumentation. Im sozialistischen Wirtschaftsprogramm wird auf Seite 84 ein neues Außenhandelskonzept verlangt, weil nach Ansicht der sozialistischen Wirtschaftsexperten mit dem bisherigen Außenhandelsinstrumentarium nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann.

Darf ich nun an Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, die konkrete Frage richten: Wie schaut das neue Außenhandelskonzept der Sozialistischen Partei, das hier nur verbal angedeutet ist und gefordert wird, in der Praxis aus?

Bei jenen EWG-konformen Maßnahmen, die nach Ansicht von uns Freiheitlichen notwendig sind, kann man sich auch auf eine Reihe von Forderungen stützen, die seinerzeit Herr Dr. Kreisky in seiner Eigenschaft als Außenminister erhoben hat. Diese Gedanken sind im Ritschel-Buch „Wiener Charme ist zuwenig“ für die Realisierung der EWG-Frage festgehalten. Damals brachte der Außenminister Dr. Kreisky zwei besondere Sorgen, die ihn bewegten, zum Ausdruck. Für den Fall — so sagte seinerzeit Außenminister Dr. Kreisky —, daß ein Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelingt, besteht die Gefahr — die heute auch Herr Dr. Schleinzer bereits angedeutet hat —, daß wir wertvolle, qualitative Arbeitskräfte an das Ausland verlieren. Einen solchen Verlust eines weiteren qualitativ wertvollen Arbeitskräftepotentials an das Ausland kann sich Österreich nicht leisten.

Damals machte Außenminister Dr. Kreisky konstruktive Vorschläge, an die ich ihn heute erinnern möchte, verbunden mit der Frage, ob er auch heute noch bereit ist, nunmehr als Chef einer sozialistischen Alleinregierung, seinen eigenen Vorschlägen den Weg zu bereiten.

Dr. Kreisky forderte erstens eine Anhebung der Löhne, damit österreichische Arbeitnehmer annähernd so viel verdienen wie in der Bundesrepublik Deutschland, in Belgien, in

Peter

Holland und in anderen EWG-Staaten, und zweitens forderte damals der Außenminister Dr. Kreisky eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in Österreich. Die Begründung Dr. Kreisky dafür lautete wörtlich:

„Wenn ein junger Mensch in einem anderen Land besser verdient und leichter heiraten kann, weil er eine Wohnung bekommt, wird natürlich sein Interesse, im Inland zu bleiben, erlahmen.“

Diese zwei Probleme, Herr Bundeskanzler, sind nach wie vor ungelöst geblieben, ungelöst durch vorangegangene Regierungen, aber ungelöst auch durch die sozialistische Alleinregierung. Halten Sie an Ihren eigenen Zielvorstellungen fest? Wenn ja, wie sollen sie von dieser sozialistischen Alleinregierung verwirklicht werden?

Das besondere Sorgenkind im Zusammenhang mit den beiden EWG-Verträgen ist die Landwirtschaft. Herr Dr. Schleinzer ist auf dieses Problem bereits eingegangen. Gerade auf dem Gebiet der Landwirtschaft war es die Sozialistische Partei, die in der Entwicklungsgeschichte des Weges zu den Europäischen Gemeinschaften nicht das notwendige Verständnis aufbrachte. Vor allem hat der damalige Hauptverantwortliche der Sozialistischen Partei, Vizekanzler Dr. Pittermann, eine Reihe von Erklärungen abgegeben, die zu dem geführt haben, das heute eingetreten ist, nämlich dazu, daß die Landwirtschaft aus dem EWG-Abkommen ausgeklammert wurde.

Es sind — und diese Schuld trifft die Sozialisten — die Ausgangsbedingungen und die Ausgangsgrundlagen, was die Landwirtschaft anlangt, von Österreich von Anfang an stark eingengt worden.

Dr. Pittermann wurde eines Tages in einem Interview folgendes gefragt:

„Österreich würde also Wert darauf legen, seine Landwirtschaft aus einem EWG-Abkommen auszuklammern?“

Die vorangegangene Argumentation Pittermanns hatte nämlich expressis verbis die Ausklammerung der österreichischen Landwirtschaft aus einem EWG-Abkommen verlangt, etwa in Anlehnung an die EFTA-Regelung. Dr. Pittermann sagte darauf wörtlich: Landwirtschaft, Energie und Kohle sollen aus dem Abkommen ausgeklammert bleiben.

Das waren von Haus aus falsche Weichenstellungen, für die maßgeblich — auch heute — die Sozialisten die Verantwortung übernehmen müssen.

In der weiteren Entwicklung der Integrationspolitik hat in einer Parlamentsdebatte der

Herr Abgeordnete Czernetz konstruktive Vorschläge unterbreitet, die man bejahen und unterstreichen kann, aber zu denen man auch die Frage erheben muß, wann sie von einer sozialistischen Alleinregierung verwirklicht werden. Wörtlich forderte Herr Abgeordneter Czernetz:

„Wir brauchen eine gut durchdachte Rationalisierung, eine größere Spezialisierung der Produktion und eine Typisierung auf Grund einer entsprechenden internationalen Marktanalyse.“

Wann, Herr Bundeskanzler, wird die Bundesregierung dem Nationalrat diese internationale Marktanalyse zur Beratung vorlegen, und wann wird die Bundesregierung Vorschläge unterbreiten, welche Konsequenzen aus einer solchen internationalen Marktanalyse zum Zeitpunkt des Abschlusses der Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften zu ziehen sind?

Weiters meinte Abgeordneter Czernetz:

„Das wird große Investitionen, eine weitblickende Produktionsplanung, mehr Initiative, viel Unternehmungsgeist und große Wettbewerbsbereitschaft erfordern. Das wird in der Privatwirtschaft sowie im verstaatlichten Sektor unserer Industrie notwendig sein.“

Gerade zu dieser Thematik, meinen wir Freiheitlichen, sollte sich die Bundesregierung zu konkreteren Vorschlägen aufraffen, als sie es bisher getan hat.

Wir bekommen heute durch die Ratifizierung dieser Vertragswerke eine für uns Freiheitliche erste, noch nicht umfassende, aber positive Antwort auf die Integrationsbedürfnisse Österreichs in den sechziger Jahren.

Es war den Bundesregierungen nicht möglich, die offenen EWG-Fragen in den sechziger Jahren zu beantworten, sondern erst am Beginn der siebziger Jahre ist eine verspätete Antwort erfolgt. Wir Freiheitlichen wollen das heute nicht kritisieren, sondern als Realität zur Kenntnis nehmen und eine Folgerung aus den Erfahrungen ableiten: Weil die Antwort auf offene Integrationsprobleme verspätet für Österreich erfolgt ist, dürfen wir andererseits mit gutem Grund von der Bundesregierung verlangen, mit der notwendigen Umsicht und Energie an die Lösung der Probleme heranzugehen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich Ihnen, Herr Bundesminister für Finanzen, einige Meinungsäußerungen in Erinnerung rufen, die Sie seinerzeit als Oppositionsabgeordneter zur Thematik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von sich gegeben haben.

Peter

In der 81. Sitzung der XI. Gesetzgebungsperiode am 15. Dezember 1967 setzten Sie sich mit der Beseitigung der Wachstumsschwierigkeiten und mit dem Abbau der strukturellen Schwächen unserer Wirtschaft auseinander und führten aus:

„Unsere Wachstumsschwierigkeiten haben nämlich ihre hauptsächlichen Ursachen in strukturellen Schwächen unserer Wirtschaft“.

Ferner sagten Sie:

„Die EWG ist also sicher kein Allheilmittel zur Beseitigung unserer Strukturschwächen. Diese können nur durch eine Strukturpolitik beseitigt werden, die gleichzeitig unsere Wirtschaft integrationsreif machen würde.“

„Eine solche gibt es aber nicht“, warfen Sie 1967 der OVP-Alleinregierung vor. Bis jetzt geschah von Seite der sozialistischen Alleinregierung auch nicht mehr, als das seinerzeit beschlossene Strukturverbesserungsgesetz zu verlängern. Ich glaube also, wenn man hier beim Oppositions-Androsch prüft, dann wird der Finanzminister Androsch von heute zugeben müssen, daß die SPO-Alleinregierung in Verzug ist und eine Lücke zu schließen hätte.

Sie sprachen damals davon, daß Umstellungsschwierigkeiten überhaupt vermieden werden sollten. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß sie gemildert, daß sie abgeschwächt werden sollen, um sie bewältigen zu können.

Was Sie seinerzeit vorgeschlagen haben, Herr Bundesminister Dr. Androsch, finden Sie in jenem Entschließungsantrag, den Sie zusammen mit dem Abgeordneten Dr. Staribacher eingebracht haben, der aber damals von der absoluten Mehrheit der Österreichischen Volkspartei verworfen wurde. Heute hätten Sie die absolute Mehrheit der SPO im Nationalrat, und bei diesen Strukturverbesserungs-Initiativen werden Sie sicher auch die Zustimmung der freiheitlichen Abgeordneten erhalten; also eine ausgeprägte Mehrheit für zielführende EWG-Begleitmaßnahmen ist im Parlament gesichert.

Sie sprachen am selben Tag, dem 15. Dezember 1967, nicht nur von der Integration im größeren Raum, von der Integration in Richtung Europa, sondern Sie forderten vehement die Integration Österreichs nach innen, im Sinne der Bewältigung offener Strukturprobleme, offener Investitionsprobleme der Wirtschaft, und meinten:

„Unsere Hauptaufgabe wird es aber nach wie vor künftighin sein, eine planmäßige Politik zur Verbesserung unserer Wirtschaftsstruktur herbeizuführen. Was wir benötigen,

ist nicht nur eine Integration in einem größeren Raum, was wir benötigen, ist auch eine Integration nach innen, die es gilt herbeizuführen, und eine Politik, die alle Hemmnisse von der Wirtschaft fernzuhalten in der Lage ist.“

Hier besteht nach unserer Ansicht ein Nachholbedarf, den die sozialistische Alleinregierung bewältigen soll und muß.

Ich darf jetzt zu einer bis jetzt gültigen Maßnahme des Nationalrates kommen, von der ich der Meinung bin, daß sie durch den Abschluß der Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften überholt ist und durch eine neue Initiative ersetzt werden sollte.

Am 23. März 1960 stellte der damalige FPÖ-Abgeordnete Dr. van Tongel den Antrag, die Bundesregierung aufzufordern, dem Nationalrat in der Regel vierteljährlich Bericht über den Stand der wirtschaftlichen Integration Europas zu erstatten. Diesem Tongel-Antrag sind dann die beiden anderen Fraktionen mit den Abgeordneten Kranzlmayr und Mark beigetreten. Er wurde zum Beschluß erhoben und hat bis zum heutigen Tag Gültigkeit.

Nun sind wir der Meinung, daß der Integrationsbericht bisheriger Art seiner Aufgabe nicht mehr gerecht wird und daß er durch eine neue Initiative ersetzt werden soll. Wie sehr wir seinerzeit mit diesem Antrag recht gehabt haben, wird uns ja auch inzwischen durch den Ablauf des Geschehens bestätigt.

Aber, Herr Dr. Androsch, Sie gingen damals, als Sie in der Opposition waren, noch einen Schritt weiter und forderten als Sozialistische Partei bei der Budgetdebatte des Jahres 1969 die Vorlage eines alljährlichen Wirtschaftsberichtes durch die Bundesregierung an den Nationalrat.

Diese sozialistische Forderung aus dem Jahre 1969 möchte ich zum Anlaß nehmen, ein Problem zu diskutieren, das uns auch in der letzten Präsidialsitzung beschäftigt hat.

Über Wunsch der Sozialisten soll bereits die kommende Budgetdebatte gestrafft und auf einen kürzeren Zeitraum zusammengedrängt werden. Gesprächsbereitschaft über die Reform der Budgetdebatte wurde von den Klubobmännern der beiden Oppositionsparteien schon in der letzten Präsidialsitzung bekundet. Herr Abgeordneter Dr. Koren, ich weiß nicht, ob es den Tatsachen entspricht — die „Kronen-Zeitung“ berichtet heute darüber —, daß die Österreichische Volkspartei der Verkürzung der Budgetdebatte bereits zugestimmt hat. (Abg. Dr. Koren: Das ist eine frei schwebende Diskussion!) Es scheint also nicht der Fall zu sein und wäre überraschend für mich gewesen.

Peter

Aber wenn nun dieser Wunsch der SPO-Mehrheitsfraktion vorliegt, dann, Herr Abgeordneter Gratz, bitte ich, im Rahmen Ihrer Fraktion bis zur nächsten Präsidialkonferenz die Prüfung folgenden Sachverhaltes vorzunehmen:

Würden die zwei Oppositionsfraktionen einer Rationalisierung der Budgetdebatte im Sinne der Verkürzung zustimmen, dann wäre das zweifelsohne ein Entgegenkommen, das die heutigen Oppositionsparteien der Mehrheitsfraktion gegenüber bekunden würden: ein Entgegenkommen, das von den Oppositionsparteien zu dem Zeitpunkt, da sich die Sozialistische Partei mit uns Freiheitlichen in Opposition befand, der ÖVP-Alleinregierung nicht gewährt wurde.

Verkürzung der Budgetdebatte bedeutet also Benachteiligung der Opposition durch Einschränkung der Kontrollmöglichkeit.

Nun könnte ich mir vorstellen, daß man gleichrangig an die Lösung dieses Problems herangeht und eine Benachteiligung der Oppositionsparteien ausschließt. Es ist vorstellbar, daß man Parteienverhandlungen führt und ein Parteienübereinkommen mit dem Ziel schließt, die Budgetdebatte unter ganz bestimmten Voraussetzungen zu rationalisieren und zu verkürzen. Man bräuchte nur zu verwirklichen, was ein sozialistischer Sprecher anlässlich der Budgetdebatte 1969 verlangt hat.

Wörtlich lautet die Forderung der sozialistischen Fraktion von 1969:

„Eine wichtige Voraussetzung für eine moderne Wirtschaftspolitik ist ein alljährlicher Wirtschaftsbericht über die voraussichtliche Entwicklung in den einzelnen Zweigen der Industrie, des Gewerbes, des Handels, der Energie, der Landwirtschaft, des Kreditwesens, des Verkehrs und des Fremdenverkehrs.“

Aber das Verlangen nach dem Bericht war dem sozialistischen Budgetsprecher zuwenig. Er erweiterte dasselbe durch die Forderung nach Beschlußfassung über eine gesetzliche Grundlage zur Vorlage des Wirtschaftsberichtes.

Wenn die Mehrheitsfraktion also bereit ist, eine Vereinbarung mit der freiheitlichen Opposition zu schließen, wonach eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, welche die Bundesregierung verpflichtet, am Beginn der Frühjahrsession dem Nationalrat den Wirtschaftsbericht vorzulegen, und wenn vorgekehrt wird, daß eine ausreichende und umfassende Debatte über diesen Wirtschaftsbericht gesetzlich garantiert ist, dann könnten sich die freiheitlichen Abgeordneten ein Eingehen auf den SPO-Wunsch nach Verkürzung der Budget-

debatte vorstellen. Gewährleistet muß aber bleiben, daß ein Entgegenkommen der Oppositionsparteien an die Regierungspartei ebenso ein Entgegenkommen der Regierungspartei gegenüber den Oppositionsparteien nach sich zieht.

Nun möchte ich mich noch mit jenen Vorstellungen auseinandersetzen, die seinerzeit der damals neue Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Dr. Kreisky, zur Integrationspolitik vertreten hat. Ich meine den Kreisky-Dreistufenplan für den Weg Österreichs in die Europäischen Gemeinschaften.

Die Grundidee des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei war die stufenweise Annäherung Österreichs an die Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften. Dazu meinte Doktor Kreisky, daß die dritte Stufe eine maximale Verbindung Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften vorsehen solle. Aber — und das war die Einschränkung, die Dr. Kreisky damals einfügte — nach diesem Vorschlag sollte man mit der maximalen Verbindung zwischen Österreich und der EWG solange warten, „bis in Europa eine weitere Normalisierung und Entspannung eintritt“.

Und jetzt richte ich an den Herrn Bundeskanzler die Frage: Ist seit dem Jahre 1967 jene Normalisierung und Entspannung in Europa eingetreten, die Sie als Voraussetzung für die dritte Stufe Ihres Planes charakterisieren? — Ich höre aus dem Hintergrund ein Nein; ich weiß nicht, ob ich richtig gehört habe. Aber falls es ein Nein gewesen sein sollte, Herr Bundeskanzler, möchte ich auf Grund einer Erklärung, die Sie aus Anlaß der Ratifizierung der deutschen Ost-Verträge abgegeben haben, das Gegenteil behaupten. In dieser Erklärung sagten Sie wörtlich:

„Die Ratifizierung der Verträge Deutschlands mit der Sowjetunion und Polen sind Ergebnisse, deren Auswirkungen von europäischer, ja ich möchte fast sagen, von globaler Relevanz sind. Was hier“ — so führte Bundeskanzler Dr. Kreisky weiter aus — „unser Freund Willi Brandt und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie zustande gebracht hat, ist von historischer Bedeutung und hat de facto ein Maximum an relativer Entspannung in Europa herbeigeführt.“

Nimmt man Sie also beim Wort, Herr Bundeskanzler, dann ist die Zeit reif für die dritte Stufe des Kreiskyschen Stufenplanes, für eine optimale Annäherung Österreichs an die Europäischen Gemeinschaften.

Bleibt also, Herr Bundeskanzler, diese Erklärung im Raume stehen? — Wenn ja, darf man sie guten Gewissens als die entschei-

Peter

dende Voraussetzung für eine optimale Annäherung Österreichs an die Europäischen Gemeinschaften bezeichnen. Wenn nein, dann bitte ich um eine Interpretation oder Neuformulierung Ihrer Vorstellung.

Also stehen wir, meine Damen und Herren, um mit Bundeskanzler Dr. Kreisky zu reden, vor der dritten Stufe des Kreiskyschen Stufenplanes, der optimalen Annäherung Österreichs an die Europäischen Gemeinschaften. Aber das, was die Bundesregierung uns heute für die Realisierung der dritten Stufe des Kreiskyschen Stufenplanes zur optimalen Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften an Vorschlägen unterbreitet hat, ist unseres Erachtens zuwenig, um Ihre dritte und entscheidende Stufe Ihres Planes zu verwirklichen.

Es fehlt die geistig-gedankliche Vorbereitung auf die Realisierung dieser Aufgabe in breitesten Bevölkerungskreisen. Das ist eine Aufgabe, deren Lösung maßgeblich im Verantwortungsbereich der Bundesregierung liegt.

Es fehlt aber auch, Herr Bundeskanzler, ein langfristiges Integrationskonzept, das diese Alleinregierung unterbreiten müßte.

Es fehlt ein Plan über die schrittweise Intensivierung der währungspolitischen Kooperation, so sie von Österreich als neutralem Staat als realistisch und möglich erachtet wird.

Und es fehlt das umfassende Europa-Konzept, das eine gleichberechtigte Beteiligung der Neutralen an allen europäischen Institutionen gewährleistet.

Dieses Versäumnis, Herr Bundeskanzler, sollte die sozialistische Alleinregierung in allernächster Zeit aufholen, damit nicht nur der österreichische Nationalrat, sondern darüber hinaus die gesamte österreichische Öffentlichkeit konkretere Vorstellungen über die letzte Stufe des Kreiskyschen Dreistufenplanes zur optimalen Annäherung Österreichs an die Europäischen Gemeinschaften erhält.

Meine Damen und Herren! Alles, was der optimalen Annäherung Österreichs an die Europäischen Gemeinschaften dient, wird auch die vollinhaltliche Unterstützung der freiheitlichen Abgeordneten erhalten.

Ich schließe mit dem Hinweis, daß unser freiheitliches Ja zu den Verträgen mit den Europäischen Gemeinschaften, zum Interims- und zum Globalabkommen, kein Ja der Bedingungen, sondern ein Ja der Überzeugung auf dem Weg Österreichs in das größere Europa ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta** *(den Vorsitz übernehmend)*: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete **Lanc**. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Lanc (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei hat heute in seinen Ausführungen zu den zur Debatte stehenden Interimsabkommen mit der EWG und mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf die Rolle, die seine Partei bei den sogenannten Begleitmaßnahmen gespielt hat, verständlicher Weise hingewiesen. Verständlicher Weise deswegen, weil sich ja in Wahrheit — und das kam natürlich in den Ausführungen von Herrn Dr. Schleinzer nicht zum Ausdruck — die Österreichische Volkspartei in einem gewissen Dilemma befunden hat und befindet, nämlich in dem Dilemma — ich habe dafür menschlich sehr viel Verständnis —, daß also jetzt das eintritt, was seinerzeit selbst angestrebt, aber nicht erreicht wurde, nur eben nach Ansicht Schleinzers unter falschen, verkehrten Feldzeichen.

Ich glaube aber, daß diese verständliche Sicht des Sprechers der ÖVP in der heutigen Debatte doch nicht von der Tatsache ablenken darf, daß die Begleitmaßnahmen, die nunmehr vereinbart worden sind, nicht nur notwendig waren und nicht nur einer Forderung der Österreichischen Volkspartei entsprochen haben, sondern daß selbstverständlich die Bundesregierung sehr wohl und schon sehr lange sehr konkrete Vorstellungen hatte, was zu tun sein wird, wenn die Verträge, deren Inhalt sich sehr konkret in der ersten Jahreshälfte abgezeichnet hatte, in Kraft treten sollen. Ich stelle das vor allem deswegen fest, weil ich meine, daß hier keine Geschichtsklitterung betrieben werden sollte.

Vor allem aber erstaunte mich in den Ausführungen des Obmannes der Österreichischen Volkspartei doch die eine oder andere Bemerkung, die er hier angebracht hat, etwa wenn er meinte, daß die Problematik des Kartellgesetzes und seiner notwendigen Adaptierung so irgendwie in die Diskussion um die Begleitmaßnahmen in letzter Minute vom Ressortminister beziehungsweise vom Handelsminister mit zur Diskussion gestellt worden ist.

Jeder, der die Verträge verhandelt hat, und jeder, der die Problematik kennt, weiß, daß ein wesentlicher Bestandteil der Bedenken der Europäischen Gemeinschaft gegenüber einem Freihandelszonenähnlichen Vertrag mit uns und den anderen nicht beitragswilligen EFTA-Staaten ja darin bestanden hat, daß man unter anderem auch die Wiedereinführung von Wettbewerbsverzerrungen befürchtet hat und daß man ein Abgehen vom freien Wettbewerb in einem erweiterten, aufgeschlosseneren Gemeinsamen Markt befürchtet hat, wenn von außen her — von dem Stand-

Lanc

ort und dem Gesichtswinkel der EWG her gesehen — zusätzlich neue Staaten beitreten oder gar Staaten in einer Freihandelszone mit dieser Gemeinschaft vereinigt werden, die nicht voll beitreten, die auch nicht Verpflichtungen hinsichtlich einer Anpassung ihrer Rechtsordnung an die der EWG eingehen wollen oder können, oder beides.

Es war daher von Haus aus klar, daß auch in der Kartellrechtsfrage hier Überlegungen im autonomen Bereich der österreichischen Gesetzgebung anzustellen sind, um jene die Wettbewerbsbestimmungen der EWG betreffenden Vertragsteile zu erfüllen und überhaupt deren Durchführung in der inneren Rechtsordnung zu gewährleisten, die sowohl im Vertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als auch im Vertrag mit der Montanunion, mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, enthalten sind.

Der Herr Bundesparteiobermann der ÖVP hat sich auch noch an einer anderen Stelle sehr schwer getan, sein „Jein“ hier zu begründen. Ich glaube, am sinnfälligsten ist diese schwierige Position in einer Formulierung zum Ausdruck gekommen, die ich wörtlich mitgeschrieben habe, nämlich als er sagte: „in dem für uns nicht hinreichenden Vertrag“, womit die beiden Interimsabkommen gemeint waren.

Hier erhebt sich doch auch die Frage, von welchem Standort her man beurteilt, ob ein Vertrag hinreichend ist oder nicht, und damit auch, ob diese beiden zur Diskussion stehenden Interimsabkommen samt den Durchführungsgesetzen hinreichend sind oder nicht.

Wesentlich für diese Beurteilung kann doch nur sein: Was war bei den Verhandlungen drinnen und was ist herausgekommen? — Ich glaube, eines ist unbestritten und ist auch in den Diskussionsbeiträgen der bisherigen Redner der Oppositionsparteien unbestritten geblieben, nämlich die Tatsache, daß von dem, was drinnen war, auch wirklich alles herausgeholt worden ist, daß also auch die Interimsabkommen und die in wenigen Wochen zur Diskussion stehenden Globalabkommen jene für Österreich notwendigen und von ihm angestrebten Bestimmungen und Regelungen enthalten, die eben im gegenwärtigen Zeitpunkt und in der gegenwärtigen europäischen politischen und wirtschaftlichen Konstellation zu erreichen waren.

Daher ist es kein Gnadenakt der Österreichischen Volkspartei — so hat es heute manchmal fast geklungen —, wenn diese Partei erklärt, den Gesetzen und den Abkommen ihre Zustimmung zu geben, sondern es ist der Akt, der für Österreich notwendig ist und der daher von der Österreichischen Volks-

partei — und das wußte sie sicher intern von Anfang an — einfach zu setzen war.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist es eine Einschätzungsfrage, ob und inwieweit man negative Auswirkungen für die österreichische wirtschaftliche Entwicklung aus diesen Verträgen erwartet oder nicht. Aber man sollte zumindest bei der Begründung seiner eher pessimistischen Erwartungen — diese hat ja der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer besonders hervorgestrichen — doch vorsichtig sein und nicht Dinge sagen, die nicht stimmen und deren Unrichtigkeit somit leicht beweisbar ist.

Er meinte nämlich als Begründung für seine pessimistischen Aussichten und Ansichten, daß wir, nämlich die österreichische Wirtschaft, in der Produktivitätsskala gegenüber den Staaten der Gemeinschaft mit Ausnahme Italiens an letzter Stelle stünden und daher unsere Ausgangslage eine besonders triste wäre.

Nun stimmt das nur insofern, wenn man die ganze österreichische Wirtschaft, also einschließlich der Landwirtschaft, in eine solche Betrachtung involviert.

Es stimmt jedoch für den Fall nicht, der für diese Abkommen relevant ist, nämlich für den gewerblich-industriellen Sektor und seinen Stand an Produktivität im Vergleich zu dem der Produktivität im gewerblich-industriellen Sektor der bisherigen sechs EWG-Länder. Denn hier hat erst kürzlich eine Studie, die beileibe nicht von einem Jungsozialisten erstellt worden ist, sondern von einem seriösen und bekannten Wirtschaftsforscher, nämlich Dr. Kausel vom Wirtschaftsforschungsinstitut, klar erwiesen, daß wir im gewerblich-industriellen Bereich die durchschnittliche Produktivität der EWG-Länder erreicht, ja sogar in der letzten Phase bereits geringfügig überschritten haben.

Und somit ist es, wenn es ein Produktivitätsproblem im Zusammenhang mit diesen Interimsabkommen für die österreichische Wirtschaft gibt, das Problem der unverhältnismäßig hohen Quote, die die Landwirtschaft in Österreich im Vergleich zu den sechs EWG-Staaten noch immer darstellt, und deren an sich strukturell niedrigere Produktivität damit die Gesamtproduktivität der österreichischen Wirtschaft drückt. Ich glaube, gerade darauf sollte man im Zusammenhang mit den immer wiederkehrenden Forderungen gerade der von Dr. Schleinzer geführten Österreichischen Volkspartei erinnern, die in Wirklichkeit alle im Wesen darauf hinauslaufen, diese unverhältnismäßig hohe Quote der österreichischen Landwirtschaft möglichst für alle Zeiten zu konservieren, koste es der übrigen österreichischen Bevölkerung, was es wolle.

Lanc

Das muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, damit hier die richtigen Proportionen hergestellt werden und damit man, wenn man für die Rettung der Existenzfähigkeit der Landwirtschaft etwas tut, auch weiß, um welchen Preis man es tut, und was das die anderen, die nicht in der Landwirtschaft tätig sind, letzten Endes kostet.

Ich möchte mich — und dafür wird sicherlich Verständnis bestehen — nicht an dem vorhin beim Debattenbeitrag des Herrn Abgeordneten Peter ausgebrochenen Hahnenkampf der Obmänner der Oppositionsparteien beteiligen, bin ich doch weder Parteiobermann noch Oppositionsabgeordneter. Aber wenn hier immer wieder der Streit aufbricht, wer denn wann was versäumt hat, daß wir nicht früher schon mehr und besser mit der EWG ins Geschäft gekommen sind, da möchte ich doch mit ein paar Erinnerungen abhelfen, was denn die wirklichen Ursachen dafür gewesen sind, daß wir nunmehr 14 Jahre vor der Türe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stehen, ehe sie uns in dem Ausmaß, in dem es der Wirtschaftsgemeinschaft und uns möglich und nützlich erscheint, geöffnet wird.

Da war zuerst einmal in der ersten Periode der Gegensatz Frankreich — Großbritannien, der von Haus aus eine große Freihandelszonenlösung, wie sie damals angestrebt wurde, verhindert hat. In den späteren Jahren, anfangs der sechziger Jahre, war es nicht nur etwa die Gruppe unserer osteuropäischen Kontrahenten im europäischen Kräftespiel, sondern war es beispielsweise auch die Politik der Kennedy-Administration, der eine GATT-Zollrunde, nämlich die Kennedy-Runde, wesentlich wichtiger war als irgendwelche Annäherungen oder Erweiterungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Richtung auf die damals bereits gegründete EFTA und deren Mitglieder hin.

Ich erinnere an die im Ton zwar herzlich gehaltenen, aber inhaltlich unzweideutigen Worte, die seinerzeit der damalige Ministerpräsident und KPdSU-Generalsekretär der Sowjetunion, Chruschtschow, gefunden hat, als der damalige Bundeskanzler Dr. Gorbach ihm seine Ideen beziehungsweise die Ideen Österreichs und der österreichischen Bundesregierung für eine vertragliche Regelung zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgetragen hat.

Ich erinnere an die immer wieder periodisch vorgenommenen und leider erfolgreichen Versuche des damaligen Staatschefs Frankreichs, General de Gaulle, alle Phasen einer Wiedernäherung zwischen Großbritannien und den Staaten der Gemeinschaft zu torpedieren.

Und ich erinnere nicht zuletzt an das italienische Veto im Zusammenhang mit den Differenzen, die es in der Frage der Südtirolpolitik gegeben hat. In Wirklichkeit waren das die Gründe, meine Damen und Herren, die verhindert haben — und das muß man auch einmal mit aller Deutlichkeit sagen —, daß in Europa jene Atmosphäre entstanden ist, die nun einmal notwendig ist, um ein solches Vertragswerk unter Dach und Fach zu bringen und Österreich in einem größeren Zusammenhang jenes Nahverhältnis mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu ermöglichen, das wir nun mit den Interimsabkommen und in wenigen Wochen mit den Globalabkommen eingehen wollen und werden.

Wir verhandeln heute mit den Abkommen selbst auch die Begleitgesetze, das Durchführungsgesetz, eine Änderung des Ausgleichsabgabengesetzes, und wir werden noch in den nächsten Sitzungen eine Reihe von Maßnahmen gesetzlicher Natur hier im Hohen Hause zu beraten und zu beschließen haben, die alle zur wirtschaftlichen Bewältigung dieser Abkommen dazugehören.

Es mag nun sehr wohl sein, daß gerade die Interimsabkommen jemandem in Österreich als zu spät abgeschlossen und in Kraft tretend erscheinen. Und ich will gar nicht leugnen, daß man diese Abkommen im wesentlichen auch mit einer Inkraftsetzung um ein halbes Jahr früher, nämlich mit 1. April dieses Jahres, hätte haben können. Und ich will auch nicht verhehlen, daß dieses halbe Jahr früheres Interimsabkommen etwa gerade in der heurigen Periode eines verstärkten Preisauftriebes sehr günstige Auswirkungen gehabt hätte, nämlich eine Zollersparnis für aus dem EWG-Raum nach Österreich eingeführte Waren in der Größenordnung von fast einer Milliarde Schilling — nach meiner Schätzung —, die dem Konsumenten in Form von Preisdämpfung bei solchen Waren sicherlich zugute gekommen wäre.

Meine Damen und Herren! Daß das nicht der Fall ist, ist aber wahrhaftig nicht die Schuld der Regierungspartei oder gar der Bundesregierung selbst, und man kann hier also weder der Sozialistischen Partei noch dem zuständigen Ressortminister oder der Bundesregierung Schuld unterschieben, es sei denn, man betrachtet die diesbezüglichen Wünsche der Bundeswirtschaftskammer auf einen späteren Abschluß des Interimsabkommens als eine Schuld. Wir jedenfalls sind nicht dieser Meinung, denn es war das Prinzip der gegenwärtigen Bundesregierung, beim Abschluß dieser Verträge, vor allem aber bei den Verhandlungen, in der Endphase für diese Verträge sicherzustellen, daß nicht nur die Be-

Lanc

amten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Akkord mit unseren Beamten im Außendienst diese Verhandlungen betreuen und durchführen, sondern daß auch, direkt in das Verhandlungsteam einbezogen, die Vertreter der einzelnen Interessenvertretungen Gelegenheit hatten, selbst am Verhandlungstisch zu sitzen, selbst die Schwierigkeiten und Notwendigkeiten bei diesen Verhandlungen zu erkennen.

Ich glaube daher, daß dieses in Österreich und mit Brüssel akkordierte Interimsabkommen sowohl für die EWG als auch für die Gemeinschaft für Kohle und Stahl uns in Österreich, der österreichischen Wirtschaft einen Vorgriff und damit einen Vorsprung gegenüber den anderen nicht beitragswilligen EFTA-Staaten sichert, der, wenn er von unserer Wirtschaft, wenn er von uns allen richtig genützt wird, uns auch eine verbesserte Chance bietet, auf dem Markt der 300 Millionen der erweiterten Gemeinschaft zu reüssieren.

Man soll — das möchte ich auch nicht unerwähnt lassen — auch nicht vergessen, daß allein im letzten Quartal dieses Jahres durch das Inkrafttreten der Interimsabkommen in einer Größenordnung von 500 Millionen Schilling nicht nur ein Zolleinnahmenverzicht für den österreichischen Staat, sondern damit auch eine in dieser Summe gegebene Möglichkeit zur Reduktion jener Preise entsteht, die um diese 500 Millionen Schilling Zollersparnis preislich beziehungsweise steuerlich entlastet werden.

Ich rufe von dieser Stelle heute alle Abgeordneten und alle Parteien dieses Hauses auf, dafür zu sorgen, daß in Österreich gerade im Zusammenhang mit diesem Interimsabkommen ein Bewußtsein entsteht, das durchdringt, das jedermann klarmacht, daß hier die Chance besteht, die Welle, die bisher vom Ausland her preiserhöhend gewirkt hat, zu bremsen und in die umgekehrte Richtung zu bewegen, nämlich zu einer Politik der Preisdämpfung zu kommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Gegensatz zur großen Oppositionspartei sehen wir Sozialisten unsere Chancen auf dem EWG-Markt durchaus nicht pessimistisch. Es stimmt wohl, daß uns große Wirtschaftsgiganten gegenüberstehen, es stimmt wohl, daß diese Verträge keine Einbahnstraße sind und in dem Ausmaß, als sich uns Exportchancen eröffnen, sich diese natürlich auch für die Wirtschaft der EWG-Staaten auf unserem Markt vergrößern.

Aber vergessen wir doch nicht: Wir sind doch ohnehin schon — das beweist ja unsere Außenhandelsbilanz — als 7-Millionen-Markt

in dem Ausmaß, als etwa in einem 7-Millionen-Markt für diese große Wirtschaftseinheit drinnen ist, von der Wirtschaft der EWG mehr oder weniger erobert, soweit sie hier etwas erobern konnte.

Hingegen war es unserer unter höheren Zollmauern viel stärker leidenden Exportwirtschaft viel weniger möglich, in der EWG zum Zug zu kommen. Der deutlichste Beweis dafür ist ja, daß, wenn auch nicht in sehr hohem Ausmaß, aber doch anteilmäßig die Exporte der EWG nach Österreich seit Abschluß des EWG-Vertrages noch immer zugenommen haben, während der Anteil unserer Exporte in die EWG nicht nur absolut, sondern auch relativ, nämlich um rund 10 Prozent, zurückgegangen ist.

Nichts beweist also besser als diese Entwicklung, daß wir echte Chancen in diesem nun noch dazu auf die Zehnergemeinschaft erweiterten 300-Millionen-Markt der EWG haben. Mir ist nach vielen Gesprächen mit Unternehmern, mit Arbeitern, mit Angestellten exportorientierter Betriebe durchaus nicht bange darum, daß diese Chance durch die Ambition, die Fähigkeit und den Willen der für die österreichische Wirtschaft Verantwortlichen auch tatsächlich genützt werden wird.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube auch, daß die oft fälschlich gelästerten EFTA-Jahre sehr viel für eine Verbesserung und damit für eine Vorbereitung der österreichischen Wirtschaftsstruktur auf diesen größeren Markt getan haben. Wenn Sie die Wertschöpfungsentwicklung der österreichischen Industrie zwischen 1957 und 1971 verfolgen, dann stellen Sie fest, daß sie sich um 123 Prozent erhöht, also weit mehr als verdoppelt hat, und in der gleichen Zeit ist die Zahl der Beschäftigten nur um 9,4 Prozent gestiegen.

Damit hat sich also eine wesentliche Produktivitätserhöhung durchgesetzt, die ja die Voraussetzung für eine konkurrenzfähigere Wirtschaft, für eine bessere Wirtschaftsstruktur ist.

Im selben Zeitraum, nämlich von 1957 bis 1971, haben sich die Rohstoffexporte nominell nur um 49,7 Prozent ausgeweitet. Die Ausfuhren von Halbfertigwaren sind hingegen bereits um 135,6 Prozent gestiegen, also bereits stärker, als es dem gesamten Wertschöpfungszuwachs entsprochen hätte.

Die Exporte von fertigen Konsum- und Investitionsgütern haben in diesem Zeitraum von 14 Jahren, der mit dem Zeitraum des Wartens Österreichs vor der EWG-Tür identisch ist, um 340 Prozent zugenommen, sich also fast verdreieinhalbfacht.

Lanc

Das ist wohl der schlagende Beweis dafür, daß die österreichische Exportwirtschaft, die österreichische Wirtschaft insgesamt nicht völlig ungerüstet in diese neue Phase ihrer Entwicklung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl eintritt.

Ich glaube, daß diejenigen, die angeblich oder tatsächlich 1961 und später den Mut hatten, diesen Vertrag mit den Europäischen Gemeinschaften einzugehen, wohl auch gut beraten sind, wenn ihnen 1972 und 1973 beim Abschluß dieser Verträge nicht gleich das Herz in die Hose fällt, dies umso weniger, als wir heute und in den nächsten Wochen Netze für unsere Wirtschaft spannen, um außer in Einzelfällen, wo das immer unvermeidlich sein wird, einen wirtschaftlichen Absturz einzelner Betriebe oder gar Branchen verhindern zu können.

Für den, der dann trotzdem abstürzt, gilt, wie ich glaube, ein Satz, den Sie in den „Finanznachrichten“ vom 8. September aus der Feder des bekannten Wirtschaftspublizisten Horst Knapp zu diesem Themenkreis finden können, wo er nämlich geschrieben hat:

„Für wie viele österreichische Produktionsstätten die Agonie beginnt, hängt hingegen von uns selbst ab. Wer nur wegen des Zollabbaues Konkurs ansagen muß, hätte das rechtens schon längst tun müssen, denn was bloß im Windschatten von Zollmauern gedeiht, steht in der Bilanz einer Volkswirtschaft auf der Passivseite.“

Wir haben also dieses Netz durch die mit der ÖVP verhandelten und beschlossenen Begleitmaßnahmen gespannt. Es ist das gute Recht der Österreichischen Volkspartei, in dieser heutigen Debatte auf diesen Umstand und auf ihren Anteil dabei hinzuweisen.

Es ist aber auch ebenso unser Recht und, wie ich glaube, sogar unsere Verpflichtung als Mehrheitspartei in diesem Hause, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, daß wir hier die Mehrheit, und zwar die absolute Mehrheit sind und daß wir hier aus dem Munde des Bundesministers für Finanzen Vorschläge und Zusagen für Begleitmaßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im größeren Markt vorgeschlagen haben, die die Österreichische Volkspartei weder in den Verhandlungen noch sonst irgendwann auch nur zur Diskussion gestellt hat. Und damit ist auch schlagend die Behauptung des Bundesparteiobmannes der ÖVP widerlegt, daß sozusagen die ÖVP kommen mußte, damit überhaupt notwendige Begleitmaßnahmen zu den Abkommen mit den Euro-

päischen Gemeinschaften in Angriff genommen werden.

Meine Damen und Herren! Wenngleich das Interimsabkommen doch Vorstufe zum Globalabkommen ist, so hat es doch nicht nur wirtschaftliche, sondern, wie ich glaube, auch politische Bedeutung, und es wäre falsch, über diese Tatsache am heutigen Tage hinwegzusehen. Denn darüber ist sich jedermann im klaren: Wer zu den Interimsabkommen ja sagt, der hat natürlich auch zu den Globalabkommen, deren Text ja heute bereits bekannt ist, ja gesagt. Damit ist auch die Frage der politischen Prüfung dieser Verträge bereits am heutigen Tage virulent und nicht erst dann, wenn es zur Verhandlung und Beschlußfassung der Globalabkommen hier in diesem Hause kommt.

Es kann dabei nicht die Aufgabe einer solchen Prüfung sein, das ganze Spektrum an denkmöglichen völkerrechtlichen Definitionen und Wertungen der österreichischen Neutralität und der integrationspolitisch relevanten Teile des österreichischen Staatsvertrages zu durchlaufen. Ich glaube, die Frage 1: Sind Österreichs Verträge — und das soll ganz klar besprochen und ausgedrückt werden — mit den Europäischen Gemeinschaften und damit auch die heute zur Diskussion stehenden Interimsabkommen vereinbar mit den sogenannten Neutralitätsverpflichtungen in Friedenszeiten? Ich beantworte diese Frage vorweg und klar mit einem Ja.

Warum, meine Damen und Herren? Die Neutralitätsverpflichtung in Friedenszeiten kann nur im Zusammenhang mit der Neutralitätswahrung in Kriegszeiten gesehen werden. Jede extensivere Interpretation des Neutralitätsbegriffes wäre eine zusätzliche Einschränkung des politischen Spielraumes der neutralen Staaten insgesamt und im besonderen unserer Republik, ohne daß meines Wissens nach hierfür völkerrechtlich eine zwingende Notwendigkeit gegeben wäre.

Eine rein wirtschaftliche Bindung, noch dazu im Akkord mit demjenigen neutralen Staat Europas, der im Artikel I Punkt 1 der Moskauer Deklaration vom April 1955 als Beispiel für die Wahrung der Neutralität, die Österreich halten soll, geführt wird, nämlich der Schweiz, kann daher nicht als in Widerspruch zu den Neutralitätsverpflichtungen der Republik Österreich stehend betrachtet werden. Dies umso weniger, als die Verträge mit den Gemeinschaften ja Kündigungsklauseln sehr kurzfristiger Natur enthalten.

Es bliebe also dann noch theoretisch das Argument, daß indirekt wirtschaftliche Abhängigkeit entsteht, die politische nach sich zie-

Lanc

hen könnte. Und diese Problematik, meine Damen und Herren, zeigt, wie unvereinbar eine statische Neutralitätsinterpretation mit der dynamischen Wirtschaftsentwicklung wäre. Denn die heutige internationale Arbeitsteilung läßt schon längst nicht mehr zu, daß die Neutralitätspolitische Basis durch eine Art von auch nur teilweise autarker Wirtschaftspolitik verbreitert wird. Im Gegenteil: eine weitgehend integrierte Wirtschaft gibt erst die Garantie dafür, daß ein neutraler Kleinstaat nicht bei bilateralen handelspolitischen Abmachungen mit wirtschaftlich Mächtigen in eine so schwache Position kommt, daß dadurch auch auf längere Sicht die politische Unabhängigkeit gefährdet werden kann.

Um es konkret auf Österreich und die Europäischen Gemeinschaften anzuwenden: Österreichs Unabhängigkeit im Sinne des Artikels I des Neutralitätsgesetzes 1955 ist wirtschaftlich besser durch die Verträge mit der Gemeinschaft der Zehn abgesichert als bei Andauern des handelspolitischen Status quo, der zu einem immer stärkeren handelspolitischen Übergewicht der Bundesrepublik Deutschland als unserem Haupthandelspartner führen müßte, weil sich für die westdeutsche Wirtschaft Österreich als Fenster ins übrige Europa ohne jegliche Sprachschwierigkeiten weiter anbieten würde, ohne daß Österreich auf dem bundesdeutschen Markt auf die Dauer die handelspolitische Diskriminierung durch die EWG-Zollmauern überwinden könnte.

Meine Damen und Herren! Es geht aber bekanntlich nicht nur um die Frage der Neutralitätskonformität. Es geht auch um den völkerrechtlich und somit auch innerstaatlich verbindlichen Artikel 4, den sogenannten Anschlußverbotsartikel. Auch dazu soll man an diesem heutigen Tag und bei der Behandlung unserer ersten zu ratifizierenden Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften nicht irgendwie herumgehen. Diese Staatsvertragsbestimmung ist doch nur aus der europäischen Geschichte mindestens der letzten 54 Jahre erklärbar; nämlich aus dem seinerzeitigen Streben des österreichischen Restes der Doppelmonarchie, der damaligen Republik Deutsch-Österreich, nach Vereinigung mit Deutschland und aus der Tatsache des sogenannten Anschlusses an das Deutsche Reich im Jahre 1938.

Der Artikel 4 des Österreichischen Staatsvertrages ist also doch gedacht als Verhinderung dessen, daß so etwas jemals wieder vorkommen soll. Mithin kann also das Kriterium für eine nicht nur abstrakt völkerrechtliche, sondern auch für eine politisch tragfähige Interpretation dieser Bestimmung nur sein, ob die von Österreich angestrebten Verträge mit

den Europäischen Gemeinschaften irgendeine Handlung oder Maßnahme darstellen könnten, die geeignet wäre, auch nur mittelbar eine politische Vereinigung mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale oder politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit — so heißt es in etwa in diesem Artikel des Staatsvertrages — zu beeinträchtigen.

Gerade die letztere Auflage erscheint, wie bereits vorhin im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Neutralitätsvorsorge in Friedenszeiten angeführt, im Falle eines multilateralen Wirtschaftsarrangements mit zehn europäischen Ländern besser gesichert als im Falle bilateraler Abmachungen, die es im übrigen realpolitisch mit dem für Österreich notwendigen materiellen Minimalgehalt eben wegen der Existenz und eben wegen der Existenz der erweiterten Europäischen Gemeinschaften überhaupt nicht gäbe.

Abgesehen davon wird aber Österreich nicht mit einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, mit einer Gemeinschaft für Kohle und Stahl abschließen, der Deutschland angehört. Denn die Gleichsetzung der „Bundesrepublik Deutschland“ mit jenem Oberbegriff „Deutschland“, der im Artikel 4 des Staatsvertrages verwendet wird, kann nämlich gerade von potentiellen Kritikern der österreichischen Auffassung am Vorabend des Eintrittes der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen nicht vertreten werden.

Daß die politische Unabhängigkeit durch einen Freihandelszonenähnlichen Vertrag nicht als gefährdet angesehen werden kann, liegt insbesondere dann auf der Hand, wenn Österreich mit vier der zehn Staaten, die die erweiterte Gemeinschaft bilden, durch mehr als ein Jahrzehnt in einer Freihandelszone verbunden war, ohne daß sich auch nur Anzeichen einer partiellen politischen Abhängigkeit ergeben hätten, die über das Maß hinaus gegangen wäre, in dem nun einmal jeder Staat auf dieser Erde von einem anderen abhängig ist und in dem im übrigen auch die USA und die UdSSR zum Beispiel voneinander abhängig sind.

In diesem Zusammenhang darf auch auf das Fehlen sogenannter Harmonisierungsaufgaben in diesen Verträgen und natürlich auch im Interimsabkommen hingewiesen werden. Daß durch diese Verträge die territoriale Unversehrtheit Österreichs in Frage gestellt würde, werden wohl nicht einmal härteste Kritiker behaupten wollen. So bleibt also letztlich die Frage, ob durch Österreichs Verträge mit den Gemeinschaften auch nur mittelbar eine politische Vereinigung mit Deutschland gefördert wird.

Lanc

Es gehört, meine Damen und Herren, Hohes Haus, zum Wesen der Römer Verträge, daß die EWG-Mitglieder Souveränität an die Gemeinschaft abgeben; die Mitglieder, nicht die, die einen Freihandelszonenähnlichen Vertrag abschließen. So gesehen ist also nicht nur „Deutschland“ im Sinne des Staatsvertrages selbst weit von einer politischen Vereinigung und damit von dem Begriff, der im Staatsvertrag gemeint war, entfernt, sondern auch der Teilstaat „Bundesrepublik“ ist nicht mehr voll souverän. Eine Vereinigung mit ihm ist daher überhaupt nicht mehr möglich, weil er darüber allein ja gar nicht mehr befinden könnte, es sei denn, er verließ seinerseits die Europäischen Gemeinschaften.

Es ist das gute Recht jener Europäer, die nicht Mitglieder oder Freihandelszonenvertragspartner der Europäischen Gemeinschaften sind, die Schaffung der Freihandelszone zwischen der erweiterten EWG und EGKS einerseits und den nicht beitragswilligen EFTA-Staaten andererseits zu kritisieren, beispielsweise wegen befürchteter Benachteiligung ihres Handels mit den Ländern der neuen Freihandelszone der Vierzehn.

Gleichzeitig wäre ihnen aber das zu sagen, was man hierzulande auch westeuropäischen Kritikern an einem zu wenig engen Verhältnis Österreichs und der anderen Neutralen zu den Europäischen Gemeinschaften zu sagen hatte und hat: Die Zone des Friedens und der wirtschaftlichen Prosperität, die die EFTA-Neutrals in Mittel- und Nordeuropa bildeten, war sowohl der Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die ja älter ist als die EWG, als auch der EWG selbst im Westen, aber auf der anderen Seite auch dem Comecon im Osten ein Schirm, unter dem es sich dort gut und sicher integrieren ließ. Dort aber, wo diese Zone fehlte, nämlich an der Grenze zwischen den beiden Deutschland, hat es bis zum kürzlichen Abschluß der Ostverträge den einzigen echten und dauernd virulenten Unsicherheitsfaktor in Europa gegeben. Daran muß man sich gerade in einer Zeit intensiver Vorbereitungen für eine Europäische Sicherheitskonferenz erinnern.

Soll also an die Stelle des bisherigen Gleichgewichts des Schreckens ein neues Gleichgewicht ausgewogener europäischer Sicherheit als Resultat von Sicherheitskonferenzen treten, dann, ob sie wollen oder nicht, und keinesfalls deswegen, weil sie es anstreben, werden gerade jene Staaten, die das Globalabkommen mit der EWG abgeschlossen haben, und allen voran Österreich, das heute die Interimsabkommen mit den Gemeinschaften ratifizieren wird, einen wesentlichen Part spielen.

Möge daher die Beschlußfassung des österreichischen Nationalrates über die Interimsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften ebenso neue Zeichen für eine friedliche Entwicklung in Europa setzen, wie dies durch die Ratifizierung des Österreichischen Staatsvertrages und den Beschluß über die immerwährende Neutralität Österreichs im Jahre 1955 nicht nur zum Nutzen und Frommen Österreichs, sondern ganz Europas geschehen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Sallinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion zum Interimsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften geht in Österreich nun schon eine ganze Weile; das Hohe Haus hat sich heute zum zweitenmal damit befaßt, und die Öffentlichkeit hat zu diesem entscheidenden Schritt in der politischen Entwicklung unseres Landes auch entsprechend Stellung genommen.

Wir haben bereits eine Weile am Wege dieser politischen Entwicklung angehalten, um jenen Menschen zu danken, die als Beamte, die als Experten und die auch als Mitarbeiter zu dieser Regelung beigetragen haben. Ich möchte — es ist in diesem Hause schon einmal geschehen — noch einmal, auch als Vertreter der Österreichischen Wirtschaft, dem seinerzeitigen Handelsminister Bock und auch dem nachherigen Handelsminister Mitterer dafür danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es ist nicht zu leugnen, daß die Unterzeichnung dieses Interimsabkommens und der darauffolgende Schritt zum Globalabkommen ein bedeutender Wendepunkt in der wirtschaftlichen und auch in der politischen Entwicklung unseres Landes hin zu Europa sind.

Es sollen aber in diesem Zusammenhang einige Tatsachen nicht vergessen werden. Auf Grund des Neutralitätsstatus wird die Stellung unseres Landes in Europa immer eine besondere sein. Die Entscheidungen, die hier getroffen werden, sind nicht nur eine Sache des Rechenstiftes oder emotionaler Überlegung, sondern auch der politischen Klugheit, die ein kleines Land mit Neutralitätsstatus zwischen den großen Supermächten immer wieder braucht.

Die Bundesregierung hat sich bemüht, die Unterzeichnung dieses Abkommens als einen Schritt ähnlich der Bedeutung des Staatsvertrages aufzuzeigen, was in Äußerungen und auch in Plakaten zum Ausdruck gekommen

Ing. Sallinger

ist. Es müssen deshalb auch hier einige Klärstellungen getroffen werden.

Der Staatsvertrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, war der Abschluß einer zehnjährigen Verhandlungsperiode, der zur Wiederherstellung der Souveränität und der Freiheit Österreichs geführt hat. Die Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften sind nur eine rechtliche Fixierung des neuen Verhältnisses unseres Staates zu einem neu entstandenen Wirtschaftsblock in unserer Welt. Daher können diese Abkommen nie den Abschluß, sondern nur den Beginn einer Entwicklung darstellen. Österreich stand vor der Notwendigkeit, eine Regelung für seine wirtschaftliche Entwicklung erzielen zu müssen. Diese Regelung liegt nun vor, wir müssen mit ihr leben.

Es war auch viel davon zu hören, daß die Wirtschaft dadurch unter neue Konkurrenzverhältnisse gestellt wird. Vielfach war auch die Meinung vertreten, daß insbesondere die Unternehmer, in der Situation des europäischen Wettbewerbes stehend, neue Verhältnisse vorfinden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte diese berechtigte Ansicht doch etwas weiter ausdehnen. Nicht nur die Unternehmer sind es, die neuen Herausforderungen des Marktes entsprechen müssen, sondern genauso die Regierung und die Verwaltung, weil sie die Voraussetzungen einer Wirtschaft beeinflussen und weiter unsere Interessen gegenüber den Europäischen Gemeinschaften zu vertreten haben. Es gilt aber auch für die Arbeitnehmer, die ebenso diesen Konkurrenzverhältnissen eines europäischen Marktes unter veränderten Bedingungen unterworfen sind. Es ist aber ebenso auch eine Ansprache an die Ausbildungseinrichtungen in unserem Land, die nun zeigen müssen, daß sie einen entsprechenden europäischen Standard haben, den eben junge Menschen für diesen europäischen Markt brauchen.

Weiters war auch noch die Rede davon, daß diese Regelung unseres Verhältnisses zu den Europäischen Gemeinschaften insbesondere den Konsumenten nichts als Vorteile bringen wird. Wir begrüßen es, daß es für die österreichische Wirtschaft nun Möglichkeiten nicht nur für sich, sondern letztlich auch im Dienste der Verbraucher geben wird.

Wir dürfen aber über kurzfristige Verbilligungen oder über einem erweiterten Angebot nicht jene Veränderungen vergessen, die sich langfristig auch auf unsere Arbeits- und Wirtschaftswelt entsprechend auswirken werden. Es ist heute schon gesagt worden: Vermehrt werden Firmen anderer Länder das Interesse haben, sich nun in Österreich niederzulassen,

und bei den Arbeitnehmern wird die Versuchung, ihre Tätigkeit jenseits der Grenzen aufzunehmen, ebenfalls größer sein. Es wird weiterhin für uns eine Notwendigkeit sein, daß wir mit jenen Ländern, die nicht den Europäischen Gemeinschaften angehören — ich möchte hier besonders auf den Osten unserer Grenzen hinweisen —, ein Verhältnis pflegen, das die wirtschaftliche und die politische Zukunft unseres Landes auch dort sichert.

Nun zu den Interimsabkommen zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften, die heute in diesem Hause zur Debatte stehen. Sie bedeuten einen Vorgriff auf die ersten Zollsenkungen im Rahmen der Globalabkommen, über die hier erst im Oktober gesprochen werden wird. Da diese Abkommen in einem engen Zusammenhang mit den Globalabkommen gesehen werden müssen, möchte ich einige grundsätzliche Feststellungen der Haltung der österreichischen Wirtschaft zur Integrationslage überhaupt treffen.

Die österreichische Wirtschaft war sich seit dem zweiten Weltkrieg immer bewußt, daß für ein kleines Land wie Österreich eine wirtschaftliche Autarkie unmöglich ist und daß moderne Produktionsmethoden und Produktionsverfahren nur dann sinnvoll angewendet werden können, wenn es gelingt, einen größeren Absatzmarkt zu finden, das heißt also zu exportieren. Wir haben den Außenhandel auch nie als eine Einbahn angesehen und haben es begrüßt, wenn Österreich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Handelshemmnisse gegenüber Einfuhren aus Drittländern abgebaut hat. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die österreichische Wirtschaft als einer der größten Konsumenten dieses Landes an einem preisgünstigen Bezug von Investitionsgütern und auch von Rohstoffen aus dem Ausland interessiert ist. Wir haben daher die Bemühungen, Handelshemmnisse auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu vermindern oder zu beseitigen, im Rahmen der OEEC oder weltweit im GATT tatkräftig unterstützt.

Nach der Beendigung der wirtschaftlichen Aufbauphase in Europa entstand das Bedürfnis nach einer weitergehenden wirtschaftlichen Integration Europas. Wir sind daher für eine Teilnahme an der Freihandelszone, die zahlreiche europäische Länder — darunter alle Staaten der späteren EWG und auch der EFTA — umfaßt hätte, eingetreten. Nach dem Scheitern dieses Versuches, eine handelspolitische Spaltung Europas zu vermeiden, haben wir den Beitritt Österreich zur EFTA unterstützt, weil wir damals der Auffassung waren, daß in dieser Organisation in der einen oder anderen Form ein Brückenschlag zur Europä-

Ing. Sallinger

ischen Wirtschaftsgemeinschaft gelingen würde.

Die österreichische Wirtschaft ist aber seit Beginn dieser handelspolitischen Spaltung in zwei Blöcke immer dafür eingetreten und hat auch mit Nachdruck verlangt, daß eine Lösung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefunden werden muß. Wir waren der Auffassung, daß unsere wirtschaftlichen Probleme durch die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Österreich gelöst werden könnten. Der Vollständigkeit halber will ich aber daran erinnern, daß das etwas komplizierte Integrationsgebilde, über das von der österreichischen Bundesregierung in den Jahren 1965 bis 1967 verhandelt worden ist, von den Vorstellungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beeinflußt war, die zu diesem Zeitpunkt eine Freihandelszone als Integrationsform striktest abgelehnt hat.

Nachdem sich die Regierungschefs der EWG-Staaten auf der Gipfelkonferenz in Den Haag im Dezember 1969 geeinigt hatten, mit den beitriftswilligen Bewerbern aus dem EFTA-Raum, also mit Großbritannien, Dänemark und Norwegen, Verhandlungen zu beginnen und mit den nicht beitriftswilligen EFTA-Staaten Gespräche über ihr künftiges Verhältnis zur EWG zu führen, ergab sich für Österreich ein zusätzliches Anliegen: die Aufrechterhaltung des Freihandels zwischen den bisherigen EFTA-Partnern. Unsere Wirtschaftsbeziehungen mit dem EFTA-Raum haben sich damals erfreulich entwickelt, und das Verhältnis unserer Ausfuhren in den EFTA-Raum zum Verhältnis der EWG-Ausfuhren hat sich von etwa 1 : 5 im Jahre 1959 zu rund 1 : 1,4 im letzten Jahr verschoben. Es wäre daher für die österreichische Wirtschaft kaum akzeptabel gewesen, auf den EFTA-Markt ganz zu verzichten. Wir haben daher den Entschluß des Ministerrates der EWG-Staaten im Juli 1971, den nicht beitriftswilligen EFTA-Ländern — darunter war auch Österreich — Verträge auf Grundlage der Freihandelszone, die gleichzeitig die Aufrechterhaltung der EFTA-Präferenzen ermöglichen, anzubieten, sehr begrüßt.

Zur Unterstützung dieser Aussage darf ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine soeben abgeschlossene Untersuchung der Bundeswirtschaftskammer mit 269 bedeutenden österreichischen Unternehmen, die 54,2 Prozent des österreichischen Gesamtexportes getragen haben, vorlegen. Auf die Frage an die Firmen, welche Veränderung der europäischen Integrationssituation aus ihrer Sicht am vorteilhaftesten wäre, antworteten, gewogen nach ihrem Exportumsatz, 90,1 Pro-

zent der befragten Unternehmen, daß sie eine Freihandelszone mit den Ländern der EWG bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der EFTA-Präferenzen am wünschenswertesten hielten.

Meine Damen und Herren! Die österreichische Wirtschaft hat sich daneben immer auch für eine Reduzierung bestehender Handelshemmnisse gegenüber den anderen Staaten ausgesprochen. In diesem Sinne sind wir gegenüber den osteuropäischen Ländern zu einer fortschreitenden Liberalisierung bereit oder aber auch zu neuen weltweiten Zollsenkungen, wie sie derzeit im GATT besprochen werden. Voraussetzung dieser Maßnahmen ist aber das Prinzip der Gegenseitigkeit, die Grundlage jeder Handelspolitik.

Meine Damen und Herren! Über die Mängel der Globalabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften, die nunmehr unterzeichnet worden sind, wurde bereits am 25. Juli in diesem Hohen Hause gesprochen. Die Debatte über diese Verträge am 25. Oktober wird noch Gelegenheit geben, die grundsätzliche Haltung der österreichischen Wirtschaft zu einer Reihe von handelspolitischen Problemen zu skizzieren. Ich möchte mich hier mit der spezifischen Problematik der Interimsabkommen beschäftigen.

Da die Regierungspartei seit Dezember des Vorjahres und besonders bei der Integrations-sitzung im Parlament am 25. Juli — auch heute ist es bei meinem Vorredner zum Ausdruck gekommen — immer wieder den Vorwurf erhoben hat, daß das Inkrafttreten der Interimsabkommen per 1. Jänner 1972 durch die Österreichische Volkspartei und die Interessenvertretung der Wirtschaft verhindert worden sei, ist auch hier eine Klarstellung notwendig. Es waren nämlich die damalige ÖVP-Alleinregierung und vor allem Handelsminister Mitterer, die die Initiativen zum Abschluß dieser Abkommen gesetzt haben. Die Gründe, warum wir den Interimsabkommen in der Fassung von Ende letzten Jahres nicht zustimmen konnten, finden Sie auch im Bericht der Bundesregierung über die österreichische Integrationspolitik per Ende Dezember 1971. Ich möchte noch einmal betonen und festhalten: Wir konnten nicht zustimmen, weil zu dieser Zeit wesentliche Punkte offen waren, für die erst im nachhinein im Rahmen der Verhandlungen über die Globalabkommen mit den nichtbeitrftswilligen EFTA-Ländern Lösungen gefunden werden sollten. Nicht geklärt waren zu dieser Zeit die Definition der durch die Abkommen erfaßten Produkte, die Ursprungsregeln, die Formulierung der Schutzklauseln und auch die Regelung für Erdölprodukte.

Ing. Sallinger

Hohes Haus! Es konnte von uns nicht erwartet werden, daß wir im Dezember 1971 Abkommen zustimmen, über deren wesentlichste Bestimmungen noch knapp vor der Unterzeichnung der Globalabkommen am 22. Juni 1972 verhandelt worden ist. Heute ist der Vertragsinhalt bekannt, und die Österreichische Volkspartei wird — es wurde heute schon zum Ausdruck gebracht — diesen Abkommen, die wir immer angestrebt haben, ihre Zustimmung geben.

Ich möchte betonen, daß die Österreichische Volkspartei mit dieser verfassungsmäßig erforderlichen Zustimmung zu den Interimsabkommen und damit zu einer 30prozentigen Zollsenkung am 1. Oktober 1972 einen Beitrag zur Stabilisierung der Preisauftriebstendenzen leistet, die sich im letzten Jahr im bedenklichen Ausmaß verstärkt haben.

Da es offenbar die Taktik der Bundesregierung ist, bei der Bevölkerung übertriebene Vorstellungen über die Auswirkungen dieser Zollsenkungen auf die Preise zu wecken, um dann, wenn sich diese erwartungsgemäß nicht erfüllen, die Unternehmer für das Versagen verantwortlich zu machen, halte ich auch hier einige klärende Worte für notwendig. Wir müssen nämlich alle dem Irrtum entgegen treten, daß eine 30prozentige Zollsenkung auch eine gleich hohe Preissenkung bedeutet. Außerdem sind die Interimsabkommen kein Allheilmittel für Preisauftriebstendenzen, deren Ursachen im Inland zu suchen sind. Hingegen ist die Wirtschaft — das möchte ich besonders betonen — bereit, die Zollsenkungen, die sich aus den Interimsvereinbarungen ergeben, an den Letztverbraucher weiterzugeben. Ich begrüße daher die Reaktivierung der Sonderkommission der Paritätischen Lohn- und Preiskommission zur Weitergabe von Zollsenkungen, in deren Rahmen die Sozialpartner gemeinsam über die Auswirkungen auf die Preise befinden werden.

Ich möchte aber ausdrücklich betonen, daß die Zollsenkungen nur bei den Preisen jener Waren berücksichtigt werden können, die tatsächlich zu diesem ermäßigten Zollsatz eingeführt werden. Eine Preisermäßigung am 2. Oktober kann daher nur bei Waren erwartet werden, bei denen im Inland keine Lager gehalten werden und die tatsächlich nach dem 1. 10. verzollt worden sind. Bei manchen Branchen ist die Lage allerdings ganz anders. Der Handel mußte sich auch im Interesse der Konsumenten für Monate im vorhinein eindecken und hat diese Waren zu dem heute geltenden Zollsatz verzollt.

Das Inkrafttreten der Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften legt der öster-

reichischen Wirtschaft zahlreiche schwere Lasten auf. Ich komme jetzt zu jenen Begleitmaßnahmen, die in den letzten Tagen Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Österreichischen Volkspartei waren. Wir haben — das ist von Anfang an betont worden — immer nur einen sachlichen Zusammenhang zwischen diesen Begleitmaßnahmen und den Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften gesehen. Diese Verhandlungen wurden ruhig und sachlich geführt, und es waren keine Bedingungen, sondern es wurde überzeugend dargebracht, daß wir diese Begleitmaßnahmen brauchen. Wir haben bei dieser Gelegenheit nicht alte Hüte hervorgeholt, wie man uns manchmal vorgeworfen hat, wir haben diejenigen Forderungen, die schon lange von der Bundeswirtschaftskammer an den Herrn Finanzminister herangetragen und zum Teil auch abgelehnt wurden, nicht erwähnt, sondern ihn auf die schon lange vorher gemachten aufmerksam gemacht.

Einige dieser Forderungen und Wünsche der Wirtschaft an den Herrn Finanzminister sind heute in seiner Rede enthalten gewesen. Ich möchte hier anführen, daß zum Beispiel eine Koppelung von Investitionsfreibetrag mit der degressiven Abschreibung im Effekt ungefähr dasselbe ergeben würde wie die zusätzliche 30prozentige Abschreibung in den Jahren 1973 bis 1975. Gleichzeitig ist diese Maßnahme aber auch — das empfinden wir so — ein Eingeständnis, daß die im Mehrwertsteuergesetz verlangte Investitionssteuer in ihrer Konstruktion verfehlt ist.

Weiters möchte ich noch sagen, daß das Schachtelprivileg über die Grenzen hinweg von der Bundeswirtschaftskammer immer verlangt worden ist und daß es jetzt auch im Gutachten der Bundeswirtschaftskammer zum Körperschaftsteueränderungsgesetz enthalten ist.

Meine Damen und Herren! Die österreichische Wirtschaft ist für jedes Verständnis und jede Hilfe dankbar. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn man alle diese Fragen am Verhandlungstisch besprochen hätte; die Verhandlungen wären wahrscheinlich schneller gegangen und auch leichter gewesen. Jedenfalls möchte ich noch einmal betonen, daß es immer Forderungen der österreichischen Wirtschaft und der Bundeswirtschaftskammer gewesen sind.

Diese Abkommen, meine Damen und Herren, werden die österreichische Wirtschaft zu mannigfachen Strukturveränderungen zwingen. Die im Zuge der Parteienverhandlungen vereinbarten Investitionsförderungen, die die

Ing. Sallinger

Osterreichische Volkspartei vehement verlangt hat, werden es den Unternehmern sicherlich erleichtern, die Übergangsschwierigkeiten, die hier auftreten und von denen heute schon gesprochen worden ist, zu meistern. Das gleiche gilt für die Verbesserung des kreditpolitischen Instrumentariums und die Verlängerung des Strukturverbesserungsgesetzes.

Der Schwerpunkt der Verhandlungen — das hat sich gleich nachher herauskristallisiert — lag nun bei der Erstattungsregelung. Der Widerstand der Regierung gegen die Erstattungsregelung hat seinen Grund darin, daß die Regierung in handelspolitischen Fragen immer nur kurzfristige preispolitische Überlegungen im Auge hat. Diese Erstattungsregelung soll aber der österreichischen Verarbeitungsindustrie von Agrarprodukten keine Subventionen oder eine Besserstellung gegenüber dem Ausland bringen, sondern genauso, wie dies in den EWG-Staaten und in Schweden und in Finnland der Fall ist und in der Schweiz vorbereitet wird, die Rohstoffdifferenz zum Weltmarktpreis ausgleichen.

Wenn, wie die Osterreichische Volkspartei immer vorgeschlagen hat, die Erstattungsregelung in Höhe der Einnahmen aus den sogenannten Abschöpfungen begrenzt wird, erwachsen dem Staat keine zusätzlichen Belastungen.

Besonders wichtig finde ich es, daß in den Parteienverhandlungen Einigkeit darüber erzielt werden konnte, daß die Erstattungsregelung nicht erst im Krisenfall, sondern spätestens gemeinsam mit dem Globalabkommen gelöst werden soll.

Hier komme ich auf eine Besprechung zurück, die im Handelsministerium abgehalten worden ist und bei der die Interessenvertreter auf Verbändeebene dabei gewesen sind, wo der Herr Handelsminister zum Ausdruck gebracht hat, daß Erstattung nicht in Frage komme, man müsse zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesregierung derzeit nicht gewillt sei, darüber zu verhandeln. Ich erinnere mich genau an dieses Gespräch, das wir im besonderen mit dem Herrn Bundeskanzler hatten, wo über eine Formulierung gesprochen worden ist und klar zum Ausdruck gekommen ist, daß er gesagt hat: Es ist kein Ja, es ist kein Nein, es ist aber der klare Ausdruck, daß bis dorthin — auf welche Weise, wisse er noch nicht — eine Regelung gefunden werden muß.

Ich glaube, daß wir hier doch zu einer Lösung kommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die EWG-Abkommen nicht isoliert betrachtet werden können. Das gleich-

zeitig mit dem EWG-Vertrag in Kraft tretende Mehrwertsteuergesetz und ebenso das neue Einkommensteuergesetz bringen zusätzliche Umstellungsschwierigkeiten mit sich. Ich bin deshalb der Meinung, daß diese Begleitmaßnahmen nicht unter Druck gefordert wurden, sondern zum Ausdruck gebracht wurde, daß sie auch richtig sind.

Alle Probleme sind noch nicht gelöst. Die Erstattungsregelung wird noch zu behandeln sein, und mit den Fragen der Papierindustrie und der Salzverarbeitenden Industrie werden sich Regierung und Sozialpartner später befassen.

Zu diesen Durchführungsmaßnahmen, die gleichzeitig mit den Verträgen in Kraft gesetzt werden müssen, wären noch zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen zu setzen, die das Hineinwachsen der österreichischen Wirtschaft in den großen Integrationsraum erleichtern würden.

Meine Damen und Herren! Ich kann keinen Zweifel darüber lassen, daß die Maßnahmen nicht immer populär sein werden und daß sie daher im gemeinsamen Interesse von allen Österreichern befürwortet werden müssen. Wir stehen vielmehr am Anfang einer neuen Entscheidung, die von uns allen eine starke Umstellung unserer Verhaltensweisen erfordern wird. Ich kann Ihnen versichern, daß die österreichische Wirtschaft bereit ist, ihren Teil an dieser gemeinsamen Arbeit zu leisten.

Ich möchte Sie aber auch davon in Kenntnis setzen, daß die Bundeswirtschaftskammer alles unternimmt, um die österreichische Wirtschaft eingehend zu informieren und ihr Gelegenheit zur Ausnutzung neuer Marktchancen zu geben.

Ich habe daher als Präsident der Bundeswirtschaftskammer veranlaßt, daß bereits nächste Woche alle Handelsdelegierten aus dem Raum der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel zu intensiven Gesprächen darüber zusammentreten, wie die Vorteile der Verträge für die österreichische Wirtschaft am besten genutzt werden können. Sie werden anschließend gemeinsam mit Integrationsexperten der Bundeswirtschaftskammer durch alle Bundesländer reisen, um die Unternehmer nicht nur in den Städten und Bezirken, sondern auch in den Dörfern über den Inhalt der Verträge zu informieren und ihnen Gelegenheit zu geben, über die Ausnutzung dieser Möglichkeit zu sprechen.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch einige grundsätzliche Überlegungen, die die Regelung unseres Verhältnisses zu den Europäischen Gemeinschaften betreffen, anstellen. Der Vertrag ist dann ein ungedeck-

Ing. Sallinger

ter Wechsel auf die Zukunft, wenn wir nicht bereit sind, Schritt um Schritt mit einem neuen Wirtschaftsverständnis ans Werk zu gehen. Erhöhte Leistungsmöglichkeiten für den Konsumenten bedeuten erhöhte Anforderungen an die Wirtschaft. Der Wettbewerb gilt aber nicht nur für den Unternehmer, sondern in den gesamten gesellschaftlichen Zusammenhängen, und er kann wieder nur mit mehr Leistung bewältigt werden. Mehr Leistung aber erfordert ein neues Wirtschaftsverständnis, indem man die Wirtschaft des Landes nicht nur als einen Garanten für den Wohlstand, sondern als eine Aufforderung für den Fortschritt und für die Zukunft ansehen muß.

Nehmen wir aus dieser Debatte die Aufforderung mit, in einem Zusammenwirken aller aus einem Verhältnis echter Partnerschaft gemeinsam jene Maßnahmen anzustreben, die der Entwicklung Österreichs und der Sicherung seiner Zukunft dienen. Scheuen wir nicht die Arbeit am Detail, die Mühe um neue Lösungen und einen Weg, wo wir vielleicht über unsere eigenen Grenzen springen müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Organisation der Wirtschaft wird selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Unsere Rolle in Europa wird nicht nur durch die Präsenz von Regierung und Verwaltung bei Vertragsunterzeichnungen und allfälligen Kontakten wahrgenommen, sondern auch durch entsprechende Schritte der Repräsentanten der österreichischen Wirtschaft.

Aus diesem Grunde werde ich selbst in den einzelnen Ländern der Europäischen Gemeinschaften mein Augenmerk darauf richten, daß die österreichische Wirtschaft in ihren Leistungen gut vertreten ist. Ein entsprechend intensives Programm der Handelskammerorganisation auf den europäischen Messen, ein Ausbau der Tätigkeit der Handelsdelegierten und eine rechtzeitige Information über die Konsequenzen aus dem Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften werden eine notwendige Voraussetzung dafür sein.

Die Regierung wird von sich aus die notwendigen Maßnahmen dazu setzen müssen, um den erhöhten Wettbewerbsanforderungen gerecht zu werden. Die Anwendung der Verträge im innerstaatlichen Bereich wird eine Reihe von Fragen aufwerfen, wo wir ein bedingungsloses Eintreten der Regierung für die Erfordernisse und für die Interessen der Wirtschaft erwarten.

Es wird weiter entscheidend sein, ob es gelingt, daß österreichische Unternehmer die Grenzen überspringen und noch mehr im

EWG-Raum und auch in allen anderen Staaten der Welt Fuß fassen.

Die Kenntnis vom internationalen Know-how ist eine der wesentlichen Voraussetzungen. Vielleicht ist sie heute nur mehr am Beteiligungswege zu bekommen, da das Forschungspotential in Österreich zu klein ist. Wir werden uns jedenfalls mit der Forschungsförderung in Österreich befassen müssen und damit, ob sie diesen neuen Verhältnissen gerecht wird.

In weiterer Zukunft werden wir die wesentlichsten unserer Gesetze danach beurteilen müssen, ob sie die europäischen Maßstäbe der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung auch entsprechend enthalten oder ob sie dieser hinderlich im Wege stehen.

Meine Damen und Herren! Wir haben nun den ersten Schritt in Richtung Europa getan, wir werden die vielen kleinen Schritte in Konsequenz noch tun müssen. Hier geht es nicht um die Erzeugung eines europäischen Nationalismus, sondern um die konsequente Verfolgung einer Politik der wirtschaftlichen Vernunft, die eben in dieser Zeit durch größere Märkte bestimmt wird. Daher ist die österreichische Wirtschaft weit entfernt von einer Hurra-Stimmung, sondern gekennzeichnet von einem nüchternen Realismus, der sich darauf besinnt, neuen Maßstäben mit neuen Initiativen zu begegnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm. *(Widerspruch.)* Einen Augenblick! Ich entschuldige mich.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Minister Staribacher.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher: Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Sallinger veranlassen mich, hier als Handelsminister einige Erklärungen abzugeben.

Ich möchte zuerst einmal feststellen, daß die Verträge, die jetzt vorliegen, österreichischerseits in gemeinsamer Arbeit mit den Interessenvertretungen und den Ministerien vorbereitet wurden.

Ich habe bereits in meiner Rede im Juli erklärt, daß meine Amtsvorgänger, sowohl der seinerzeitige Herr Handelsminister Dr. Bock als auch Herr Abgeordneter Mitterer, wesentlichen Anteil daran gehabt haben. Ich habe damals bereits darauf hingewiesen, daß gerade der Interimsvertrag einer der Früchte dieser Arbeit gewesen ist, die von seiten der Europäischen Gemeinschaft, wenn Sie so wollen, Österreich als Bonus gegeben wurden, weil

Bundesminister Dr. Staribacher

sich letzten Endes Österreich durch elf Jahre — also länger, als Abgeordneter Schleizer heute gesagt hat — um dieses Abkommen bemüht hat.

Durch dieses Interimsabkommen bekommt Österreich eine einmalige Chance, nämlich sechs Monate früher auf den westeuropäischen Märkten der Europäischen Gemeinschaft mit einer 30prozentigen Zollsenkung in Erscheinung treten zu können. Diese einmalige Chance, glaube ich, sollte die österreichische Wirtschaft nützen. Und ich bin überzeugt davon: Sie wird sie nützen.

Wenn aber nun im Zusammenhang mit der Exportmöglichkeit, die die österreichische Wirtschaft dadurch erreicht hat, die Frage auftaucht, was das Handelsministerium dazu beitragen kann, so habe ich bereits zum Julitermin ein Europareifeprogramm angekündigt. Heute wurden durch den Herrn Finanzminister die konkreten Maßnahmen erklärt und dargelegt.

Ich glaube, daß mit diesen Vorbereitungen, die seit dieser Zeit, sei es im Handelsministerium, sei es in einem anderen Ministerium getroffen wurden, ein neuer Schritt gemacht und ein neues Beginnen — wie Sie es, Herr Präsident Sallinger, gesagt haben — tatsächlich eingeleitet werden kann.

Die österreichische Wirtschaft befindet sich derzeit zweifelsohne auf einem Gipfel ihrer konjunkturellen Situation. Man braucht sich nur die Arbeitsmarktziffern anzuschauen. Der Beschäftigtenstand hat im Juli 1972 rund 2.531.000 erreicht und war damit um etwa 50.000 höher als vor Jahresfrist. Wenn man weiß, daß zirka 35.400 Arbeitslosen etwa 66.100 offene Stellen gegenüberstehen, so zeigt dies, daß also fast zwei offene Stellen auf einen Arbeitslosen kommen und daß sich diese Arbeitslosenziffern in Wirklichkeit meistens aus persönlich bedingter beschränkter Vermittlungsfähigkeit der betreffenden Menschen ergeben.

Das Wirtschaftswachstum weist noch immer eine verhältnismäßig große Höhe auf und ist wesentlich höher, als es dem Durchschnitt der westeuropäischen Staaten entspricht. Auch die Situation auf dem Gebiet der Investitionen ist nach wie vor mehr als günstig. Sie werden die 22 Milliarden Schilling heuer sicher überschreiten und damit doppelt so hoch sein als im Jahre 1968. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind also einmalig günstig, um in der jetzigen Phase die Herausforderung, die durch diese Verträge der österreichischen Wirtschaft erwächst, tatsächlich auch zu bestehen.

Ich glaube daher, daß der Herr Abgeordnete Sallinger vollkommen recht hat, wenn er meint, dieses neue Beginnen müßte man unter drei Gesichtspunkten sehen: dem des Unternehmens, dem der Arbeitnehmer und letzten Endes dem der Konsumenten.

Was die Unternehmerfrage betrifft, so habe ich bereits vor etlichen Jahren in meinem Ministerium veranlaßt, daß man im Hinblick auf dieses europäische Reifeprogramm Studien, analytische Untersuchungen in einer Reihe von Branchen, wie Metall- und Eisenwaren, Steinwaren und keramische Waren, Nahrungs- und Genußmittel, Glasindustrie, chemische Industrie, Elektroindustrie, Lederindustrie, Textilindustrie, anstellt, um auf Grund dieser Untersuchungen in den neu geschaffenen Branchenreferaten den Unternehmen Unterlagen, Orientierungshilfen zu geben.

Ich habe weiters, weil gerade die Fragen des Absatzes für gewisse Branchen von allergrößter Bedeutung sind, Marketing-Studien mit prognostischem Charakter auf dem Nahrungs- und Genußmittelsektor, in der Eisen- und Metallindustrie und in der Schuhindustrie in Auftrag gegeben. Diese Studien werden eben in meinem Ministerium ausgearbeitet respektive studiert.

Darüber hinaus ist es, glaube ich, notwendig, daß dem Unternehmer Orientierungshilfen gegeben werden. Im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut werden jetzt Branchenindikatoren erstellt und die branchenweise Gliederung von Prognosen vorgenommen, um der Unternehmungsführung im Einzelbetrieb, aber auch der Branche ein entsprechendes Hilfsmittel in die Hand zu geben.

Es wurde weiters — und dieser Standpunkt ist gerade im Hinblick auf die Integration von allergrößter Bedeutung — ein Kooperationsreferat geschaffen, um die Kooperationen mehr zu fördern, als das bis jetzt der Fall gewesen ist.

Und ganz besonders bin ich froh, daß es gelungen ist, in der Patentedokumentation ein internationales Zentrum nach Wien zu bringen, wodurch wir mit Hilfe dieser Möglichkeiten den Unternehmungen genauso Unterstützung werden geben können, wie dies bis jetzt nur auf anderen Sektoren, nämlich durch das Patentamt, möglich war. Eine Änderung des Patentgesetzes, derzufolge die Erfinder und Patentanmelder durch eine Beratungsstelle unterstützt werden sollen, wird ein weiterer Schritt dazu werden.

Die Werbung für die ausländischen Investoren, die mein Amtsvorgänger eingeleitet

Bundesminister Dr. Staribacher

hat, wurde im wesentlichen ausgebaut und ist heute, koordinierend mit den anderen davon betroffenen Ministerien, wie Sozialministerium, Finanzministerium und so weiter, in einer bitteren Situation. (Abg. Dr. Mussil: Ein mageres Ergebnis!)

Es ist kein mageres Ergebnis, Herr Generalsekretär Mussil, sondern ganz im Gegenteil. Ich höre von seiten der Unternehmerschaft, daß wir vielleicht zu viel für Investorenwerbung im Ausland machen, um Konkurrenzbetriebe nach Österreich zu bringen, die dem einen oder anderen Unternehmer nicht sehr angenehm sein können, die aber in der Erneuerung, die die österreichische Wirtschaft dringend braucht, zweifelsohne notwendig sein werden.

Ich glaube daher, daß diese hier nur ange deuteten Maßnahmen dazu beitragen werden, den Unternehmern in Österreich wirklich Europareife zu geben.

Was die Frage der Arbeitnehmer betrifft, so hat ja das Sozialministerium — bei den Verhandlungen wurde das auch von seiten der Österreichischen Volkspartei klar und deutlich dokumentiert — alle Voraussetzungen erfüllt, um eventuelle Umschulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen zu finanzieren, da ja diese Mittel bekanntlich wesentlich höher aufgestockt wurden, als dies — in diesem Fall kann ich das ruhig sagen — die Opposition erwartet hat.

Was nun die Frage der Konsumenten betrifft, möchte ich hier auch ganz offen dem Herrn Präsidenten Sallinger erwidern. Sallinger hat gemeint, daß sich die Zollsensungen erst in einem späteren Zeitpunkt, nach Abverkauf aller Lager, wirksam auswirken können.

Ich glaube, Herr Präsident, Sie haben es sicher genauso wie ich — Sie vielleicht mit ein bißchen mehr Verwunderung, ich mit mehr Freude — zur Kenntnis genommen, daß es nicht nur einzelne Firmen, sondern daß es ganze Branchen gewesen sind, die sich bereit erklärt haben, die Zollsensung, die sie mit 1. Oktober erwarten, nicht nur am 2. Oktober sofort weiterzugeben, sondern daß viele sogar bereit waren, die Ankündigung allein dazu zu benützen, um zu erklären: Wir geben bereits jetzt die Zollsensung an den Konsumenten weiter, um uns einen zusätzlichen Markt im Inland zu erobern. (Abg. Dr. Mussil: Der scharfe Wettbewerb ist die Ursache dafür!)

Welcher Grund immer es ist, Herr Generalsekretär Dr. Mussil, ich glaube, wir sollten mit Freude feststellen, daß eine solche Politik von Unternehmern und von Branchen gemacht

wird, weil sie erstens einmal volkswirtschaftlich richtig ist und weil sie den Erwartungen der Konsumenten entspricht. Die Bundesregierung wird alle diese Unternehmer tatkräftig unterstützen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Womit?)

Herr Präsident Mitterer! Wir haben sie allein schon in den Punkten unterstützt, die wir angeführt haben, und auch damit, daß der Vertrag zustande gekommen ist, weil das ja erst den Unternehmern die Möglichkeit gibt ...

Präsident Dr. Maleta: Herr Minister! Darf ich einen Augenblick unterbrechen. Der Herr Abgeordnete Dr. Blenk hat den Vorschlag des Chefredakteurs Dr. Lorenz in der „Furche“ auf Platzwechsel der Parteien bereits vorweggenommen. (Heiterkeit. — Abg. Peter: Da sieht man die Anziehungskraft der Frau Minister Firnberg! — Neuerliche Heiterkeit.)

Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher (fortsetzend): Die Problematik, die sich aus der Zollsensung ergibt, ist natürlich sowohl der eingesetzten Sonderkommission, welche die Zollsensungen, die weitergegeben werden, durchrechnen soll, als auch dem Handelsministerium voll bewußt. Ich glaube aber und bin überzeugt davon, daß es mit dieser Institution, nämlich der Kommission im Rahmen der Paritätischen und den Vertretungen des Handelsministeriums und des Finanzministeriums, sicherlich möglich sein wird, die entsprechenden Zollsensungen, die sicherlich nicht 30 Prozent am Letztverbraucherpreis bedeuten — das ist ganz klar — auch tatsächlich weiterzugeben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleich allen Firmen, die diese Aktion der Bundesregierung unterstützen und als Muster oder als Musterknaben, wie Sie es bezeichnen würden, vorausgegangen sind, den Dank aussprechen. Ich bin überzeugt davon, daß die Konsumenten das unsomehr zu schätzen wissen, weil es gerade diese Firmen heute sind, die der Preisaufrichtung ein gewisses Paroli bieten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung leisten.

Zu den Fragen, die sich bezüglich der Ostverträge ergeben, die Sie angedeutet haben, möchte ich hier klar und deutlich noch einmal wiederholend feststellen: Die Bundesregierung und insbesondere das Handelsministerium haben dezidiert erklärt, daß wir nicht die Absicht haben, eine Politik ausschließlich nach Westen, zur EWG auszurichten, sondern daß wir unsere Handelspolitik weltweit fortsetzen wollen und gerade im Zuge der jetzt beginnenden Verhandlungen mit den Oststaaten alles

Bundesminister Dr. Staribacher

daransetzen werden, die Ostverträge zu verbessern, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen oder neue Verträge zu schließen. (*Abg. Dr. Mussil: Die Flanke nach dem Osten aufgerissen, Herr Minister!*)

Die Argumentation, Herr Generalsekretär, daß die Flanke zum Osten hin aufgerissen wurde, stimmt überhaupt nicht, denn Sie wissen ganz genau, daß wir bei den Verträgen, bei den Verhandlungen, die jetzt stattfinden, sehr wohl auf die Gegenseitigkeit, die der Herr Präsident Sallinger hier gewünscht hat, Rücksicht genommen haben (*Abg. Dr. Mussil: Sehr dürftig!*), daß wir aber darüber hinaus alles getan haben, um gegenüber dem Osten eine so vernünftige Handelspolitik zu betreiben, wie wir das jetzt gegenüber dem Westen erreicht haben. (*Abg. Dr. Mussil: Daß unsere Exporte ständig zurückgehen — so „vernünftig“!*)

Die Exporte gegenüber dem Osten gehen — in absoluten Zahlen — nicht ständig zurück. Lediglich die Überschüsse aus dem Osthandel haben sich ein bißchen verkleinert, weil wir bekanntlich die Importe fortsetzen und weil terminbedingt einige Ostexporte ausgefallen sind, die wir aber in der nächsten Zeit sicher wieder werden aufholen können.

Wir sind gerade jetzt dabei, mit der Sowjetunion einen Zehn-Jahres-Vertrag abzuschließen, um dort auch die entsprechenden Möglichkeiten zu einer weiteren Steigerung unseres Handels zu verbessern und insbesondere die Kooperationsmöglichkeiten in diesem Staate zu vergrößern.

Dieser Zehn-Jahres-Vertrag, der eine neue Linie in den Ostverträgen anreißt, ist nicht der erste, denn ein solcher Zehn-Jahres-Vertrag wurde bekanntlich nicht nur mit Finnland, sondern auch mit Frankreich abgeschlossen, und wir glauben, daß er uns wesentlich dazu helfen wird, die Ostverträge in Hinkunft nach diesen Gesichtspunkten auszurichten und ganz besonders damit den Export zu verbessern.

Was nun die Frage bezüglich der vom Herrn Abgeordneten Peter angerissenen Problematik der Exportförderungsmaßnahmen betrifft, von denen er glaubt, daß es noch nicht genügend sind: Sicher, man kann für eine Wirtschaftsparte nie genug tun. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß diese Bundesregierung bereits zweimal Gesetze mit entsprechenden Exportförderungsmaßnahmen dem Hohen Haus zugeleitet hat, das die Novellen des Exportförderungsgesetzes am 18. Juni 1970 und am 15. Februar 1972 beschlossen hat.

Diese Exportförderungsmaßnahmen geben dem Bundesministerium die Ermächtigung, eine bessere Haftungsübernahme zu erreichen.

Es wurde das Refinanzierungsverfahren wesentlich verbessert. Im Zuge der flankierenden Maßnahmen bei der Schillingaufwertung wurde eine Verbesserung der Exportgarantien durchgeführt, wo insbesondere der Finanzminister bekanntlich durch Zurverfügungstellung von Dollarguthaben den exportierenden Firmen eine gewisse Sicherheit gegeben hat, wo weiters im Februar 1972 durch die neue Exportförderungsgesetznovelle das Kursrisiko wesentlich verbessert wurde — es wurde nämlich eine Garantie eingeführt —, wo insbesondere die Erweiterung des Haftungsrahmens erfolgte, der früher 15 Milliarden betrug, der in der ersten Phase nur auf 25, jetzt auf 35 Milliarden erhöht wurde, wo neue Mittel für den Fonds für die Haftungsprämie zur Verfügung gestellt wurden und wo unter anderem auch die Beseitigung der Gebühren für die Exportwechsel beschlossen wurde. Das hat, glaube ich, doch wesentlich dazu beigetragen, eine Exportgesinnung zu unterstützen, die wir in der österreichischen Wirtschaft sehr begrüßen und die durch diese Maßnahme entsprechend gefördert wird.

Auch der Exportfonds, der bekanntlich für die kleineren und mittleren Unternehmungen gehört, hat dadurch eine wesentliche Ausweitung erfahren, daß der Bund eine entsprechende Aufstockung vorgenommen hat. Aber auch die Bundeskammer hat einen bescheideneren Teil — aber immerhin doch auch etwas — dazu beigetragen, sodaß derzeit ein Kapitalstock von 320 Millionen Schilling zur Verfügung steht.

Ich glaube daher, daß alle Punkte, die der Herr Finanzminister schon angeführt hat und die ich mir jetzt erlaubt habe zu ergänzen, zeigen, daß die österreichische Bundesregierung sehr wohl im Rahmen des Europareifeprogramms Wesentliches leistet. Wenn gerade heute hier im Hause angekündigt wurde, daß ein Wirtschafts- und Sozialfonds, in dem alle diese Unterstützungen koordinierend zusammengefaßt werden sollen, errichtet wird, wenn wir daher mit Hilfe dieses modernen Instrumentariums dann instande sein werden, im Hinblick auf die notwendigen finanziellen Maßnahmen und Unterstützungen, die die Unternehmungen noch brauchen und die die Arbeitnehmer brauchen, über die Arbeitsmarktförderungsgesetze hier dann die tatsächliche Unterstützung zu geben, so glauben wir, daß wir einen weiteren bedeutenden Schritt im Zuge dieses Europareifeprogramms gemacht haben.

Eine offene Frage ist noch immer — und ich stehe nicht an, hier im Hohen Haus dasselbe zu erklären, was ich gestern im Handelsministerium bei der ersten Sitzung auch erklärt

Bundesminister Dr. Staribacher

habe — die der Erstattung. Ich habe mich in den vergangenen Monaten im Laufe der Verhandlungen mit den EG bemüht, über dieses Problem eine Lösung herbeizuführen. Das ist auch bezüglich der Abschöpfungen restlos gelungen. Wir haben in monatelangen Verhandlungen in meinem Ministerium die Interessenvertretungen und die Ministerien auf eine einvernehmliche Lösung einigen können. Ich glaube, daß damit ein wesentlicher Schritt in der ersten Etappe geschehen ist. Die Abschöpfung steht damit außer Streit, sie wird heute im Hohen Haus, so hoffe ich, beschlossen werden und wird damit ein für allemal eine Sicherung der österreichischen Landwirtschaft, der österreichischen Verarbeitungsindustrie auf dem inländischen Markt geben.

Die zweite Frage ist also jetzt die Frage der Exporte respektive, wie Sie es sagen, der Erstattungen respektive der Erstattungen für den inländischen Markt. Hier habe ich keinen Zweifel gelassen, daß ich — und das habe ich gestern getan ebenso wie in den vorhergehenden zweieinhalb Jahren, in denen ich dieses Problem behandelt und verhandelt habe — dazu von der Bundesregierung nicht ermächtigt bin. (*Abg. Dr. Mussil: Da stehen Sie im Widerspruch zum Kanzler! Ihr Chef hat gestern etwas ganz anderes dazu gesagt!*) Ich bin von der Bundesregierung nicht ermächtigt, eine Erstattungsregelung abzuschließen. Weil ich diese Ermächtigung nicht habe, habe ich versucht, für dieses sehr diffizile und sehr schwierige Problem eine entsprechende Lösung zu finden. Diese von mir gestern angedeutete und übrigens den Herren der Interessenvertretungen seit langem schon bekannte Lösung sieht vor, daß wir, ohne eine Erstattung — oder, wie Sie, Herr Generalsekretär Mussil, erklärt haben, die „dritte Phase“ — jetzt bereits zu beschließen — weil ich eine solche Ermächtigung nicht habe —, etappenweise vorgehen, so wie das auch bei der Abschöpfung der Fall gewesen ist. Es gilt, für die einzelnen Produkte Lösungen zu suchen, die sich in der Praxis auch anbieten. Zum Beispiel auf dem Zuckersektor hat gestern der Vertreter der Zuckerindustrie erklärt, ihm erschiene die Möglichkeit, die ich ihm vorgeschlagen habe, absolut gangbar; er begrüße sie. Der Vertreter der Süßwarenindustrie hat mir einen Brief im gleichen Sinn gegeben. Er war gestern natürlich auch anwesend und hat gemeint, es müsse jetzt einmal die Unsicherheit weg und er begrüße es daher ebenfalls, daß wir versuchen, auf diesem Weg zu einer Lösung zu kommen.

Ich stehe daher nicht an zu erklären, daß ich mich weiter bemühen werde, auf dieser Basis mit Hilfe der skizzierten Zuckerlösung

und dann natürlich auch, soweit das möglich ist, für Getreide und für Stärke eine ähnliche Regelung zu finden. (*Abg. Dr. Mussil: Sie dürfen sich nicht in Widerspruch zu Ihrem Chef setzen! Der hat vorgestern gesagt, er wird auch die gesetzliche Regelung einer Überlegung zuführen! — Abg. Mitterer: Der Chef hat das gesagt!*) Herr Abgeordneter Mitterer! Normalerweise sagen Sie mir, ich habe das zu tun, was der Chef will. Jetzt sagen Sie, der Chef will etwas anderes und der Minister macht etwas anderes. Sie liegen auf alle Fälle falsch! (*Zustimmung bei der SPO.*) Wir sind in unserer Willensbildung auf alle Fälle einig! (*Abg. Mitterer: Sie reden nur, Sie machen ja nichts!*) Das würde ich nicht unbedingt behaupten. (*Abg. Skritek: Er hat mehr Erfolge als Sie!*) Da würde ich doch die Unternehmer fragen, die in den letzten zweieinhalb Jahren mit mir verhandelt haben, wobei es doch immerhin geglückt ist, nicht nur den Vertrag zu erzielen, sondern auch die Übereinstimmung aller Beteiligten, um letzten Endes auch die Lösungen für die Einzelprobleme zu finden.

Ich glaube in aller Bescheidenheit sagen zu können, daß ich mich da sehr eingesetzt habe. Ich habe immer die Verhandlungen selbst geführt, und es ist dabei wirklich geglückt, dann einvernehmliche Lösungen zu erzielen. Wenn man also sagt, es geschehe nichts, dann überlasse ich die Beurteilung darüber den Unternehmungen, die davon betroffen sind.

Ich komme nun zur Frage der Abschöpfungen und der weiteren Verhandlungen. Es ist genauso richtig — und auch das streite ich nicht ab —, daß bei den Verhandlungen vereinbart wurde, man solle prüfen, ob in der dritten Phase, wenn es nicht gelingt, eine entsprechende Lösung für die Verarbeitungsindustrie zu erreichen, nicht gegebenenfalls auch eine Erstattung in Frage kommen kann. Das wurde seinerzeit von der Bundesregierung in einer Sitzung, die wir mit Ihnen von den Interessensvertretungen abgeführt haben, einvernehmlich festgelegt. Dazu steht die Bundesregierung, und dazu ist gar nichts Weiteres mehr zu sagen.

Als mich daher der Herr Bundesparteiohmann heute früh gefragt hat, ob meine Erklärung von gestern die Prüfung ausschließt, da habe ich gesagt: Keineswegs! — Nur ist es in dem Kreis, in dem wir gestern beisammen gewesen sind, nicht notwendig, wie der Herr Bundesparteiohmann geglaubt hat, eine Denkpause einzulegen, um eine sachgerechte Lösung und die entsprechenden Kenntnisse zu finden. Jene Damen und Herren, die gestern dort zusammengekommen sind, kennen die Probleme bis ins letzte Detail. Ich habe daher

Bundesminister Dr. Staribacher

nur zur Vereinfachung vorgeschlagen — nicht weil ich die Diskussion abwürgen wollte! —, daß es nicht sehr viel Sinn hat, wenn jetzt wieder die Generaldebatten, die wir zweieinhalb Jahre lang geführt haben (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil*), zu demselben Ergebnis kommen, nämlich der Feststellung, daß zu keiner übereinstimmenden Auffassung zu gelangen ist; es hat nicht viel Sinn, wenn wir diese Generaldebatten fortsetzen.

Ich habe es vielmehr für zweckmäßiger und zielführender gehalten, genau wie wir das in der Abschöpfungsfrage gemacht haben, etappenweise von der Zuckerlösung ausgehend alle anderen Etappen durchzugehen und einen Schritt nach dem anderen zu machen. Ich glaube, daß das die zielführende Lösung ist.

Ich glaube, daß wir damit dieses eine offene Problem ebenfalls zielführend lösen können, und ich werde selbstverständlich mein Möglichstes daransetzen, um das auch so bald wie möglich zu einem Ergebnis zu bringen.

Hohes Haus! Zusammenfassend möchte ich noch folgendes sagen: Diese Verträge — das Interimsabkommen heute und das Globalabkommen in kürzester Zeit — geben der österreichischen Wirtschaft ein neues Beginnen, wie der Herr Präsident Sallinger gesagt hat, und geben den Konsumenten eine gewisse Hoffnung, daß die wirtschaftlichen Auswirkungen, die in dem großen europäischen Raum zum Durchbruch kommen werden, für alle Beteiligten — Produzenten, also Unternehmer, Arbeitnehmer und auch Konsumenten — zum Guten wirken werden. Ein Punkt im Regierungsprogramm war es ja, eine wirtschaftliche Integrationslösung zu finden, die unter Wahrung unserer Staatsvertragsverpflichtungen und anderer Verpflichtungen ein bedeutender Schritt sein soll und auch ist, um Österreich europareif in ein größeres Europa einzugliedern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm, diesmal ohne Rücknahme.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will an sich nicht zu der Frage der Abschöpfung und der Erstattungsregelung etwas sagen. Ich muß aber schon aussprechen, daß ich kaum je eine so unklare Erklärung dazu gehört habe wie diejenige, die der Herr Handelsminister jetzt abgegeben hat.

Auf der einen Seite steht im Übereinkommen: also derzeit nicht, aber es soll vor der Debatte über die Ratifizierung des endgültigen Übereinkommens mit der EWG und der Gemeinschaft geprüft werden. Auf der anderen Seite hat der Herr Bundesminister von der Bundesregierung keine Ermächtigung, was ich

nur so verstehen kann, daß Sie wollen, und die anderen wollen nicht. Ich glaube, damit wäre es auf eine klare Formel gebracht. Weiters soll sich die Regelung etappenweise vollziehen. Sehr schön: Vollzieht es sich etappenweise, dann wäre ja kein Hindernis gewesen, den Etappenplan festzulegen.

Also ich glaube, daß das Ganze nur auf die Formel gebracht werden kann, daß in diesem an sich sehr wesentlichen Problem die Bundesregierung derzeit eben noch keine Einigung erzielt hat. So muß man das notwendigerweise verstehen.

Aber nun zu etwas anderem. Es war nicht meine Absicht, auf die historische Entwicklung einzugehen, aber der Herr Abgeordnete Lanc hat wiederum diesbezüglich einige Behauptungen aufgestellt, die nicht unwidersprochen bleiben können.

Die Tatsachen, die er erwähnt hat, sind sämtlich richtig. Was aber fehlt, ist die chronologische Ordnung der Tatsachen, und was fehlt, ist die Erwähnung des Umstandes, daß Österreich damals nach Abschluß der Verträge von Rom vor der Wahl zwischen einer EWG-Lösung und einer EFTA-Lösung stand, daß es sich für die EFTA-Lösung entschieden hat und daß dann die Schwierigkeiten gekommen sind, weil es zu dem immer wieder versprochenen Brückenschlag zur EWG bekanntlich nicht gekommen ist. Das sind die historischen Tatsachen.

Wir, die Freiheitliche Partei Österreichs, haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß der richtige Weg der zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist. Aus diesem Grund ist es für uns auch von vornherein selbstverständlich gewesen, daß wir diesem Interimsabkommen und in der Folge dann auch dem Globalabkommen zustimmen werden.

Wir haben in der Vergangenheit alles das unterstützt, was in Richtung EWG führt, auch dort, wo es, wie bei der Mehrwertsteuer, unpopulär schien. Es führt daher in unseren Auffassungen und in unseren Handlungen eine gerade Linie seit jener Zeit nach Abschluß der Verträge von Rom bis zum heutigen Tage. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir sind daher auch der Auffassung gewesen, daß unsere Zustimmung zu den heutigen Vorlagen keine Frage des Verhandlens ist, weil die Zustimmung am Anfang stand und nicht unter irgendwelchen Bedingungen abgegeben wurde. Das ist ein Unterschied in der Ausgangsposition gegenüber der Österreichischen Volkspartei, die an ihre Zustimmung bestimmte Bedingungen geknüpft hat, worüber es zu einem Übereinkommen zwischen Regie-

Dr. Broesigke

rungspartei und Osterreichischer Volkspartei gekommen ist.

Wir waren also von Anfang an der Auffassung, daß wir selbstverständlich zustimmen, was aber nicht bedeutet, daß wir nicht auch der Meinung wären, daß eine Fülle von Maßnahmen erforderlich ist, um diesen einschneidenden Schritt in der Wirtschaftsgeschichte Osterreichs so zu gestalten, daß die österreichische Wirtschaft — ich gebrauche das Wort „Wirtschaft“ nicht im Sinne der Unternehmer, sondern im Sinne der gesamten arbeitenden Bevölkerung — bei diesem Übergang keinen Schaden erleidet.

Es wurde eine Reihe von Einzelheiten heute bereits erwähnt. Wir sind keineswegs der Meinung, daß das, was bisher an Maßnahmen genannt wurde, die ganze Fülle jener notwendigen Maßnahmen darstellt, die Osterreichs Wirtschaft, die die arbeitenden Menschen Osterreichs brauchen, um mit der EWG einen guten Weg in die Zukunft zu gehen. Ich beginne mit einer Reihe von Detailproblemen.

Zunächst der Export: Der Herr Bundesminister für Finanzen hat gesagt — und das ist durchaus richtig —, daß der Zweck der sogenannten Mehrwertsteuer unter anderem der ist, den exakten Grenzausgleich beim Export zu ermöglichen. Nicht richtig ist aber, daß durch die Mehrwertsteuergesetzgebung dieses Ziel vollkommen erreicht wäre. Solange es nämlich in Osterreich als einzigem Land neben der Bundesrepublik Deutschland die Gewerbesteuer in der derzeitigen Form gibt, so lange wird ein exakter Grenzausgleich nicht möglich sein, weil nämlich Elemente der Gewerbesteuer natürlich beim Grenzausgleich berücksichtigt werden müßten.

Es ist also notwendig, daß sich die Bundesregierung zumindest den Kopf darüber zerbricht, was sie mit dieser Steuer in der Zukunft zu machen beabsichtigt. Ich kann Ihnen heute schon sagen: Es wird Ihnen nicht erspart bleiben, diese Steuer früher oder später abzuschaffen! (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Es ist daher bedauerlich, daß der augenblickliche Finanzausgleich, der ja auf Jahre abgeschlossen wird und bei dem die Gewerbesteuer eine sehr wesentliche Rolle spielt, nun nach der gegenwärtigen Lage Gesetz werden soll und daß dabei in keiner Weise berücksichtigt wird, daß das in diesem Punkt sehr altertümliche österreichische Steuersystem umgestellt werden muß.

Ich möchte in diesem Zusammenhang etwas sagen: Sehen Sie, meine Damen und Herren, es wird sehr viel von begleitenden Maßnahmen gesprochen. Ich glaube aber, das wich-

tigste ist die begleitende Gesinnung, die europäische Gesinnung. (*Beifall bei der FPÖ.*) Nicht etwa in dem Sinne, daß ich der Meinung wäre, daß jene, die seinerzeit der EWG mit Ablehnung oder doch mit Reserve gegenüberstanden, heute nicht eingesehen hätten, daß das der richtige Weg ist; aber — das haben auch andere Redner beider Parteien schon betont — es ist durch diese Verträge, durch diesen neuen Abschnitt ein Umdenken auf wirtschaftlichem Gebiet in allen Bereichen erforderlich. Es ist notwendig, daß man überprüft, was noch zeitgemäß ist und was nur leere Tradition — eine solche gibt es auch im Steuerrecht — darstellt. Mit der leeren Tradition muß man eben, auch wenn sie heute vielleicht noch zu den Lieblingsvorstellungen mancher Leute gehört, Schluß machen.

Der zweite Punkt ist der der Umstellungshilfe. Wir haben bei unserer Besprechung mit der Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, daß es unserer Meinung nach erforderlich wäre, einen Fonds zu schaffen, der diese Umstellungshilfe leistet. Wir freuen uns, daß diese unsere Anregung auf einen fruchtbaren Boden gefallen ist, da wir ja der heutigen Rede des Herrn Bundesministers für Finanzen entnehmen konnten, daß tatsächlich beabsichtigt ist, einen solchen Fonds zu schaffen.

Anderer Meinung sind wir bezüglich jener Maßnahmen, die das Ziel haben, der Kapitalstärkung der Unternehmungen zu dienen. Es wird sehr oft die Phrase ausgesprochen, daß es einen privaten Reichtum und eine öffentliche Armut gibt. Vielleicht woanders, aber sicher nicht in Osterreich, wo strukturell festzustellen ist, daß die Unternehmen einen sehr beträchtlichen Kapitalmangel haben.

Nun glauben wir, daß man auf diesem Gebiet nicht Einzelmaßnahmen bringen sollte, um eine Verbesserung herbeizuführen, sondern daß man das Übel an der Wurzel anfassen soll. Mit anderen Worten: Nicht bei den Abschreibungssätzen Kunststücke machen, sondern beim Ausgangspunkt ansetzen! Die letzte Eröffnungsbilanz ist in Osterreich zum 1. Jänner 1954 beziehungsweise zum 1. Jänner 1955 gemacht worden. Wenn sich der Gesetzgeber entschließen würde, eine neue Eröffnungsbilanz zuzulassen, so könnten die Stichtage doch bestenfalls der 1. Jänner 1974 oder der 1. Jänner 1975 sein. Es handelt sich also um einen Zeitraum von 20 Jahren.

Ich brauche nun keinem, der diese Periode miterlebt hat, zu sagen, daß innerhalb dieser 20 Jahre die Ausgangswerte für die Abschreibungen ja völlig falsch geworden sind. Daher die Maßnahmen beim Strukturverbesserungsgesetz, das ja, wie man so schön sagt, in der

Dr. Broesigke

Praxis dann umfunktioniert wurde. Denn in Wirklichkeit ging es vielen gar nicht um die Struktur, sondern es ging ihnen darum, eine Aufwertung und eine Abschreibungsmöglichkeit zu erzielen. Wer das konnte, und zwar durch eine entsprechende Veränderung, der hat das bekommen. Aber wer es nicht konnte, weil es im Strukturverbesserungsgesetz diese Möglichkeit nicht gab, der hat das nicht bekommen.

Also insofern ist auf diesem Gebiet durch das Strukturverbesserungsgesetz die Lage nicht entscheidend verbessert worden. Auch die Verbesserung, die nun nach dem Übereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ durchgeführt werden soll, löst das Problem nicht. Aber auch eine 30prozentige Sonderabschreibung löst das Problem nicht. Das Problem würde einzig und allein dadurch gelöst werden, daß man sich zu einem entscheidenden Schritt entschließt, nämlich eine EWG-Eröffnungsbilanz zu machen. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Nun könnte vielleicht die Meinung entstehen, daß etwas Derartiges ein Problem der großen Unternehmungen ist, daß es sich um jene Betriebe handelt, die mit Millionen-Umsätzen arbeiten und die auf diese Weise steuerliche Vorteile haben sollen. Ich glaube, daß gerade das Gegenteil der Fall ist: es ist in erster Linie eine Frage der Mittel- und Kleinbetriebe. Die Großbetriebe haben durch das Strukturverbesserungsgesetz meistens die Möglichkeiten ohnehin hinreichend ausgeschöpft. Aber wer sich die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Schillingeröffnungsbilanzengesetz ansieht, der weiß, daß es damals auch die kleinen Unternehmungen gewesen sind, die von dieser gesetzgeberischen Maßnahme die erforderliche steuerliche Berücksichtigung gehabt haben. Es ist also nicht etwas, was man einseitig als eine Frage der reichen Betriebe sehen darf, sondern es ist ein Problem aller Betriebe überhaupt und damit im Zusammenhang mit dem Übergang zur EWG auch ein Problem der in diesen Betrieben Beschäftigten. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Weiters wird die Bundesregierung in der Zukunft die Entwicklung des Steuerrechtes in den einzelnen EWG-Staaten in größerem Umfang als bisher beachten müssen. Es ist klar, daß wir nicht verpflichtet sind, bestimmte Richtlinien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf steuerlichem Gebiete zu befolgen. Es steht außer Streit, daß eine solche Verpflichtung nicht besteht, und es wurde auch im Rahmen der Debatte über die sogenannte Mehrwertsteuer immer darauf hinge-

wiesen, daß wir ja formal nicht verpflichtet wären, diese Steuer einzuführen.

Formal vollkommen richtig. Sachlich völlig falsch. Denn man kann nicht in einen großen Wirtschaftsraum eintreten und glauben, daß man mit seinen Sonderregelungen, mit seinen Sondervorschriften, Gesetzen und Gesetzchen hier so weitermachen kann wie bisher, ohne zu beachten, was in dem übrigen Teil des Wirtschaftsraumes vor sich geht. Wir glauben daher, daß die Harmonisierung der Steuern, um diesen Fachausdruck zu nennen, ein wesentliches Erfordernis ist.

Ich komme aber auch zu einem weiteren Problem, das nicht oft genug erwähnt werden kann. Der Herr Abgeordnete Lanc hat in seiner Rede im Zusammenhang mit Preisdisziplin und Preisentwicklung gewissermaßen einen Aufruf an die Parteien gerichtet. Ich bin der Meinung, daß dieser Aufruf in erster Linie an die Bundesregierung zu richten ist, denn sie ist verantwortlich für das, was auf diesem Gebiete geschieht, und ist zum Teil auch in der Vergangenheit in sehr starkem Umfange preiserhöhend aufgetreten.

Wenn man immerhin im Laufe eines Jahres 6 Prozent zusammenbringt, so wollen wir das einmal von einem anderen Gesichtspunkt sehen. Diese 6 Prozent sind nichts anderes als eine zusätzliche Steuer vom Geldwert. Diese zusätzliche Steuer muß jeder zahlen, ohne Rücksicht auf irgendwelche Freibeträge, die es da nicht gibt, und ohne Rücksicht auf Reichtum oder Armut. In erster Linie kommen ja bei einer Preissteigerung die Armen zum Handkuß.

Ich glaube daher, daß es gerade in dem Augenblick, da Österreich in ein Vertragsverhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften tritt, erforderlich wäre, daß auf diesem Gebiet wirklich etwas geschieht, um eine Stabilisierung zu erreichen, denn 6 und dann vielleicht 7 Prozent, das ist etwas, was der Bevölkerung auf die Dauer nicht zugemutet werden kann in einem Zeitpunkt, wo die normalen Sparkassenzinsen 3½ Prozent betragen, sodaß also der Sparer nicht nur keine Zinsen bekommt, sondern auch noch 2½ Prozent draufzahlt.

Ich darf zum Abschluß noch etwas zu dem Problem der Neutralität sagen, weil das hier erörtert wurde. Ich bin völlig der Meinung des Herrn Abgeordneten Lanc, daß die vorliegenden Verträge in keiner Weise die österreichische Neutralität berühren. Ich bin sogar der Meinung, daß verschiedene Erklärungen, die österreichische Minister am Beginn der sechziger Jahre über die rechtliche Grundlage abgegeben haben, ebenso rechtlich unfundiert wie unzweckmäßig gewesen sind, weil man

Dr. Broesigke

damals gesagt hat, daß der Beitritt zur EWG völkerrechtswidrig wäre. Es ist eine große Streitfrage, ob das überhaupt so ist; wahrscheinlich ist sogar ein Vollbeitritt ohne weiteres mit der Neutralität vereinbar. Aber das steht hier im Fall der Begründung einer Freihandelszone nicht zur Diskussion.

Keinen Zusammenhang sollte man aber herstellen zwischen dem Problem der Neutralität und der Souveränität. In einer ganzen Reihe von Staatsverträgen werden natürlich Souveränitätsrechte aufgegeben, ohne daß deswegen die Neutralität berührt wäre. Nach der Menschenrechtskonvention gibt es einen Gerichtshof; das ist natürlich eine Einschränkung der Souveränität, aber noch niemand ist auf die Idee gekommen zu behaupten, daß das mit der österreichischen Neutralität in Widerspruch stünde. Es ist also nach unserer Auffassung eindeutig, daß die vorliegenden Verträge in vollem Einklang mit den österreichischen Neutralitätsverpflichtungen geschlossen wurden.

Ich komme zum Ausgangspunkt zurück. Wir glauben, daß das Wichtigste die Begleitgesinnung ist, der Wille zum Umdenken, das Bewußtsein der Tatsache, daß Österreich mit der Beschlußfassung über diese Verträge einen neuen Weg geht, der neue Methoden und eine Anpassung an die Notwendigkeiten der Wirtschaft, die die Notwendigkeiten des ganzen Österreich sind, erfordert. Wir hoffen, daß es gelingen wird, allenthalben in unserem Lande diese Gesinnung zu wecken; und wenn das gelingt, ist der heutige Tag sicher ein historischer als erster Schritt Österreichs auf dem Weg zur EWG. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Sekanina. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Sekanina** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Mittagsstunde, so scheint es, drückt einigermassen auf die Anwesenheit in diesem Hohen Hause. *(Abg. Peter: Na, die hat schon am Vormittag gedrückt, nicht nur in den Mittagsstunden!)* Ich bemerke das nicht kritisch, sondern ich stelle das nur als Realität fest.

Es war meine Absicht, meine Damen und Herren, im Rahmen meiner Wortmeldung vor allem auf die industrie- und gewerbepolitischen Aktivitäten einzugehen, die die sozialistische Bundesregierung im Hinblick auf die Integrationsproblematik setzt. Der Herr Handelsminister war so liebenswürdig, darf ich von meiner Warte aus sagen, und hat wesentliche Punkte in diesem Zusammenhang als Antwort auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten Sallinger bereits diesem Hohen

Hause mitgeteilt. Ich glaube aber, daß es erforderlich und notwendig ist, im Zusammenhang mit der heutigen Diskussion einige grundsätzliche Feststellungen zu treffen, und ich sage das vor allem auch deswegen, weil es im Zusammenhang mit der Größenordnung des Problems nach meinem Dafürhalten durchaus sinnvoll und zweckmäßig ist, diese Feststellungen zu treffen.

Das Problem, mit dem sich heute das österreichische Parlament zu beschäftigen hat — und wir tun dies ja nicht zum erstenmal —, ist für Österreich, für seine Bevölkerung, aber auch für seine Wirtschaft von allergrößter Bedeutung.

Diese Feststellung wurde ja nicht erstmalig von mir hier getroffen, sondern meine Vordredner haben bereits darauf verwiesen, und bei anderen Gelegenheiten und zu anderen Zeitpunkten wurden ähnliche oder dieselben Formulierungen bereits verwendet. Ich meine aber, daß es sinnvoll und zweckmäßig ist, gerade im jetzigen Zeitpunkt immer wieder auf diesen Umstand und auf diesen Zusammenhang zu verweisen.

Erlauben Sie mir eine weitere Bemerkung: Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, dann tue ich dies heute nicht nur als Abgeordneter des Wiener Wahlkreises, sondern im besonderen als Funktionär der österreichischen Gewerkschaftsorganisation, die ein bestimmtes Maß an Verantwortung trägt, weil ich meine, daß gerade die Frage des Nahverhältnisses der österreichischen Wirtschaft zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Arbeitnehmer dieses Staates von allergrößter Wichtigkeit und Bedeutung ist. Wenn der Herr Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei in seinen Ausführungen vor allem auch auf Auswirkungen hingewiesen hat, die den großen Kreis der österreichischen Arbeitnehmer betreffen können, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir als Gewerkschaftsfunktionäre uns ebenfalls mit dieser Frage beschäftigen.

Weiters, meine Damen und Herren, darf ich folgendes festhalten: Es ist in der heutigen Diskussion unverkennbar, daß sich alle Beteiligten eines hohen Maßes an Sachlichkeit befleißigen und damit dokumentieren, daß die heute zur Behandlung stehende Frage weit über den Rahmen von tages- und parteipolitischen Auffassungen hinausgeht. Diese Sachlichkeit, der ich mich selbstverständlich auch befleißigen möchte, darf aber nicht dazu verleiten und dazu führen, daß man notwendige kritische Bemerkungen nicht ausspricht oder auf die Auffassungen und Meinungsäußerungen der Opposition keine entsprechende Antwort gibt.

Sekanina

Meine Damen und Herren! Ich glaube mit Recht festhalten zu dürfen, daß Österreichs Verträge mit der EWG — darüber kann und darf kein Zweifel bestehen — sicht- und spürbare Zeichen in den nächsten Zeiträumen in der österreichischen Wirtschaft hinterlassen werden. Die auftretenden Schwierigkeiten — sie werden kommen! — werden nach unserem Dafürhalten und nach unserer Meinung am ehesten gemeistert werden können, wenn auch die Arbeitnehmer dieses Landes in vollem Umfang und ohne Einschränkung den Realitäten entsprechend über die Zusammenhänge informiert werden.

Ich habe vorhin behauptet: Das Beachten einer sachlichen Ausdrucksweise kann nicht dazu führen, daß man, wenn man der Meinung ist, Anlaß zur Kritik zu haben, diese nicht ausspricht. Ich darf mich daher an die Damen und Herren der großen Oppositionspartei wenden, an diejenigen, die im Saale anwesend sind, stellvertretend auch für jene, die derzeit nicht an der Sitzung teilnehmen. Wenn ich festhalte, daß bei allem Bemühen meinerseits schon im Hinblick auf die Größenordnung des zu behandelnden Problems ein hohes Maß an Sachlichkeit bei dieser Debatte an den Tag gelegt werden soll, so kann ich es Ihnen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, doch nicht ersparen, trotz aller gebotenen Zurückhaltung in aller Öffentlichkeit ein von tages- und parteipolitischen Überlegungen mitunter außerordentlich beeinflusstes Verhalten anzulasten.

Viele, auch ich persönlich, sind zutiefst davon überzeugt, daß man diese enorm bedeutungsvolle Frage auch als Oppositionspartei nicht nach den vorhin geschilderten und von Ihnen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, praktizierten Grundsätzen beurteilen darf. Herr Bundesparteiohmann Dr. Schleinzer hat heute als Hauptsprecher der Österreichischen Volkspartei im Rahmen seiner Ausführungen unter anderem auch die Formulierung gebraucht — das ist nicht das erstemal geschehen, das wurde in der letzten Zeit immer wieder gesagt — und auch Ihre Zustimmung zu den Verträgen und damit Ihre Zustimmung, daß diese Verträge abgeschlossen werden und wirksam werden können, hat immer wieder dazu geführt, daß die Österreichische Volkspartei und ihr Bundesparteiohmann in diesem Hohen Haus erklärt haben: Diese Verhandlungen haben nicht jenes Resultat gezeitigt, das man sich in Ihren Reihen, in den Reihen der Österreichischen Volkspartei, vorstellt! Sie haben mehrmals gesagt und auch der Herr Bundesparteiohmann Dr. Schleinzer sagte es heute, man hätte sich eigentlich, von Ihrer Seite aus

beurteilt und gesehen, ein besseres Resultat in Brüssel erwartet.

Ich glaube bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, nicht nur als Person und nicht nur als einzelner Abgeordneter und unter Bewahrung der notwendigen Sachlichkeit sagen zu dürfen: Sie, die Österreichische Volkspartei, haben jahrelang Gelegenheit gehabt, ein besseres Resultat in Brüssel zustande zu bringen, Sie waren dazu aber auch nicht in der Lage.

Ich glaube also, daß in diesem Zusammenhang auf einen Umstand verwiesen werden darf, der der österreichischen Bevölkerung nicht unbekannt bleiben soll. Ich habe den Eindruck, und diesen Eindruck teilen viele, daß Sie sich — ich meine wieder die Österreichische Volkspartei — gerade in den wirtschaftlichen Bereichen von Illusionen nicht befreien können. Aus diesem Grunde wollen Sie der österreichischen Bevölkerung einreden, es hätte ein anderes, ein besseres Resultat bei diesen schwierigen Verhandlungen geben können. Ich glaube daher mit Recht behaupten zu dürfen, daß Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, so wie in vielen anderen Fragen auch in diesen wirtschaftlichen Bereichen im überholten und alt-hergebrachten Denken steckengeblieben sind.

Wir als Gewerkschaftsfunktionäre — als solcher darf ich heute hier in erster Linie das Wort nehmen — sind gerade im Zusammenhang mit Verhandlungen mit Ihren Funktionären, mit den Repräsentanten der Interessensorganisationen der Wirtschaft, an eine harte Sprache gewöhnt. Im Zusammenhang mit diesem Interimsabkommen haben wir nicht die Absicht, irgendwelche Vereinbarungen zu verniedlichen, in ihren Auswirkungen zu reduzieren, sofern sie negativen Charakter haben könnten, sondern wir wollen uns auch bei dieser Gelegenheit und in diesem Zusammenhang durchaus an diese Gewohnheit und Gepflogenheit halten. Wir glauben aber gerade im jetzigen Zeitpunkt, in dem ein jahrelanger Weg Österreichs, zu einem Arrangement mit der EWG zu kommen, zu Ende ist, sagen zu dürfen: Wir dürfen und können als österreichische Wirtschaft uns nicht in kleinliche Nörgeleien, wie das leider da und dort von Ihrer Seite aus geschieht, verlieren, sondern wir sind der Auffassung, man kann eine solche gewaltige Aufgabe, die an uns herangetreten ist, mit der wir uns zu beschäftigen haben, nur dann lösen, wenn wir dies mit wohlüberlegten Maßnahmen, Handlungen und Aktivitäten tun.

Wenn ich vorhin bemerkt habe, daß wir gewohnt sind, uns in aller Offenheit mit diesen

Sekanina

Fragen zu beschäftigen, und daß wir auch gegenüber denjenigen, die wir als Gewerkschaftsfunktionäre zu vertreten haben, keineswegs mit den tatsächlichen Gegebenheiten hinter dem Berg halten, so möchte ich auch eine Auffassung im Rahmen meines Debattenbeitrages aussprechen, von dem ich ebenfalls überzeugt bin, daß er den Gegebenheiten wesentlich nahekommt.

Wir reden sehr viel, auch in der heutigen Diskussion, von Europareife, und gerade als Arbeitnehmerfunktionär scheint es mir in diesem Augenblick wichtig, daß wir uns mit diesem Begriff auch im praktischen Bereich auseinandersetzen. Ich bin der Meinung, europareif bedeutet für uns alle, nicht nur für die Arbeitnehmer in diesem Staate, daß wir in der nächsten Zeit eine harte Arbeitsleistung werden erbringen müssen. Europareif bedeutet nach unserem Dafürhalten auch, daß wir den Mut zu mitunter unpopulären Maßnahmen haben müssen. Europareif werden heißt aber auch — und das sollten wir gerade im jetzigen Augenblick nicht außer acht lassen —, das hohe Maß an Können und Wissen der österreichischen Arbeiter, Angestellten, Beamten, Techniker und Ingenieure in sinnvoller Weise im Interesse der österreichischen Wirtschaft einzusetzen. Nicht zuletzt meine ich, daß europareif werden auch heißt — das würde ich gerne persönlich den Verantwortlichen in Ihren Kreisen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, in wirtschaftlichen Kreisen sagen —, daß bestimmte Teile des in den österreichischen Betrieben tätigen Managements radikal umdenken lernen, weil eben die Erfordernisse andere sein werden, weil die Größenordnungen andere sein werden, weil die Konkurrenzverhältnisse andere sein werden, weil die Aufgabe, der sich die österreichische Wirtschaft gegenüberstellt, eine andere sein wird.

Für die österreichische Bevölkerung — sie ist ja letztlich die unmittelbar Betroffene der Vertragsauswirkung — ist in Zukunft vor allem entscheidend und bedeutungsvoll, welche Position die österreichische Wirtschaft in den nächsten Jahren einnehmen wird. Wir könnten uns in der heutigen Diskussion mit vielen fachlichen Detailfragen und Einzelheiten beschäftigen, ich glaube aber nicht, daß das unbedingt in diesem Forum behandelt werden soll. Unbestritten aber ist und unwiderlegbar, daß die österreichische Bevölkerung die unmittelbaren Auswirkungen dieses Vertrages spüren und kennenlernen wird.

Vom Standpunkt der Arbeitnehmerorganisationen darf ich sagen: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, ihre Mitglieder und darüber hinaus alle Arbeitnehmer haben — ich

bitte, das entsprechend zu registrieren — das größte Interesse daran, daß unsere Wirtschaft in Ordnung ist, daß sie wettbewerbsfähig ist und daß sie den internationalen Anforderungen gerecht wird. Wir Gewerkschafter — das muß bei dieser Gelegenheit mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden — haben immer den Mut besessen, in der Vergangenheit, in der Gegenwart, aber auch in der Zukunft, unseren Mitgliedern auch Unpopuläres verständlich zu machen. Eines war aber für uns gerade bei solchen Fragen unerläßliche Vorbedingung: die Analyse aller Faktoren. Wenn uns die Analyse überzeugte, daß man im Interesse dieses Staates und seiner Wirtschaft auch einen beschwerlichen Weg gehen muß, dann hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung durchaus den Mut besessen, diesen Weg zu gehen, weil uns langfristige Erfolge im Interesse der österreichischen Bevölkerung, aber auch im Interesse unserer Wirtschaft mehr wert sind als eine augenblickliche und kurzlebige Popularität.

Es erscheint mir durchaus notwendig, daß gerade im Zusammenhang mit der heutigen Integrationsdebatte derartiges ausgesprochen wird. Es könnte die Frage entstehen: Warum gerade heute, und warum gerade in dem Zusammenhang? Ich möchte diese Frage beantworten, und wieder verweise ich darauf, daß ich auch der Meinung bin, daß wir diesen Fragenkomplex in einer möglichst sachlichen Atmosphäre besprechen sollen, weil es die Bevölkerung nicht interessiert, wenn wir uns hier in kleinlichen Streitereien ergehen. Das Problem ist für Österreich viel zu gewichtig, viel zu groß, viel zu umfangreich, als daß eine derartige Vorgangsweise gerechtfertigt wäre, und ich teile durchaus die Auffassung mancher Tageszeitungen, die heute geschrieben haben, daß es sinnvoll wäre, wenn sich das Hohe Haus und seine Mitglieder einer sachlichen Diskussion befleißigten.

Warum habe ich das vorhin gesagt? Meine Damen und Herren! Es fehlt nicht an Versuchen in unserem Land — wir können es in letzter Zeit da und dort leider immer wieder feststellen, und diese Versuche kommen zu einem erheblichen Maße auch aus Ihren Reihen —, den Interessenorganisationen der Arbeitnehmer, wenn auch meistens in etwas umschriebener und verklausulierter Form, mangelndes Verantwortungsbewußtsein anzulasten. Aus diesem Grunde erscheint es mir zielführend, bei der Gelegenheit etwas auszusprechen, was nach unserem Dafürhalten unwiderlegbar ist: Das große Aufbauwerk in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, das Meistern der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den sechziger Jahren und nicht zuletzt auch

Sekanina

das Vorbereiten auf das EWG-Arrangement sind nur möglich gewesen, weil die österreichischen Arbeitnehmer und ihre Interessensorganisationen ein so hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt haben! (Beifall bei der SPÖ.)

Nun, meine Damen und Herren, zu einigen wesentlichen Details. Es trifft sicher zu, wenn ich sage, daß sich die österreichische Wirtschaft auf eine der markantesten Zäsuren der letzten Jahrzehnte vorbereiten muß, und es erhebt sich damit die Frage: Sind wir einigermaßen vorbereitet, können wir uns bereits dieser Aufgabe stellen, besteht die Chance, daß wir diese Aufgabe bewältigen? Die österreichische Bevölkerung, unsere Wählerinnen und Wähler sind ja nicht mit den fachlichen Einzelheiten konfrontiert — sie mögen in globalen Größenordnungen informiert werden —, aber sie wollen wissen, ob es gut ist und ob es zielführend ist, daß eine Bundesregierung mit aller Vehemenz dafür Sorge trägt, daß nach jahrelangem Bemühen — es wurde ja schon auf diejenigen hingewiesen, die sich besondere Verdienste erworben haben — etwas Derartiges abgeschlossen wird.

Es ist auch die Frage zu beantworten — das interessiert uns auch als Arbeitnehmerfunktionäre —, ob die österreichische Wirtschaft in ihrer jetzigen Situation einer derartigen Aufgabe gewachsen ist. Darauf, meine Damen und Herren, meinerseits eine Antwort. Der Herr Handelsminister hat heute bereits ausgeführt, daß Österreich im Juli 1972 auf einen Rekordstand an Beschäftigten verweisen konnte. Mit 2,531.000 unselbständig Erwerbstätigen haben wir den Höchststand vom September 1971 neuerlich überschritten. Es sind um 50.000 Beschäftigte mehr als vor Jahresfrist. Auf jeden Arbeitslosen kommen derzeit zwei offene Stellen. Die Zahl der Arbeitslosen ist mit 35.400 ausgewiesen, die Zahl der offenen Stellen mit 66.100.

Eine weitere Frage, die zu beantworten ist, lautet: Wie sieht denn das Wirtschaftswachstum Österreichs aus? Die Beurteilung der realen Zuwachsrates des Bruttonationalproduktes lautete am Anfang des Jahres 1972 für das laufende Jahr auf rund 4 Prozent. Die Prognose belief sich also auf ungefähr 4 Prozent. Neuerdings wird diese wahrscheinliche Zuwachsrates sogar in einer Größenordnung von 5 Prozent geschätzt.

Das ist zwar, meine Damen und Herren, etwas weniger als im Vorjahr, aber im internationalen Vergleich durchaus günstig. Die Bundesrepublik erwartet eine Zuwachsrates in der Größenordnung von etwas mehr als 1 Prozent, der EWG-Raum erwartet eine Zuwachs-

rate von 2,5 Prozent, Italien eine solche von 2 Prozent, die OECD-Staaten rechnen mit einer Zuwachsrates von ungefähr 3 Prozent, Schweden erwartet eine Zuwachsrates von ungefähr 2 Prozent, der EFTA-Raum eine solche von 3,75 Prozent.

Ich brachte alle diese Zahlen als Antwort auf die Frage: Wie weit ist die österreichische Wirtschaft derzeit in der Lage, den Aufgaben gerecht zu werden?

Die Industrieproduktion nimmt nach wie vor kräftig zu. Der Index lag im Juli 6,6 Prozent über dem Wert des Vergleichsmonats im Jahre 1971.

Aber auch die hohe Investitionsrate ist ein nicht zu übersehender Faktor in der österreichischen Wirtschaft. Die Schätzung für 1972 ergibt vor allem auf Grund des anhaltenden Baubooms eine reale Zuwachsrates von 7,5 Prozent. Wir meinen durchaus, daß dies ein Beweis des Vertrauens ist, das die Wirtschaft der künftigen Entwicklung entgegenbringt, und auch ein Beweis der Bereitschaft ist, sich der Herausforderung des verstärkten Wettbewerbs, dem sich die österreichische Wirtschaft gegenüberstellt, zu stellen.

Auch einige Bemerkungen zur Einkommenssituation und zur Konsumsteuerung:

Wenn auch für die Einkommenswerte derzeit noch keine gültigen beziehungsweise für das gesamte Jahr gültigen Zahlen vorliegen, so darf doch angenommen werden, daß das Masseneinkommen auch 1972 eine prozentuale Steigerung in der Größenordnung von 11 bis 12 Prozent erreichen wird.

Die Prognosezahlen für den privaten Konsum nehmen für 1972 eine reale Zunahme von 5,5 Prozent an.

Ich könnte in diesem Zusammenhang noch eine Vielzahl von Daten erwähnen, glaube aber, daß es sinnvoll ist, nur kurz darauf zu verweisen, daß die Bemühungen um einen weiteren Abbau des inländischen Wohlstandes durch den Erfolg zeitigen, dies insbesondere, wenn man auf die Entwicklungszahlen im Bundesland Burgenland verweisen darf.

Aber es ist auch nicht uninteressant aufzuzeigen, wie sich die Spareinlagenentwicklung in Österreich ergibt: Mit fast 158,9 Milliarden Schilling lagen im Juni 1972 die Spareinlagen — ich bitte, auch das zu registrieren — um 15,2 Prozent höher als vor Jahresfrist. Die Zunahme ist relativ gleichmäßig, wie festgestellt werden kann. Allerdings — das wollen wir nicht verhehlen — ist längerfristig eine gewisse Verlangsamung der Zuwachsrates festzustellen.

Sekanina

Einige Sorgen bereiteten den Verantwortlichen in der österreichischen Wirtschaft und damit auch der österreichischen Bundesregierung die Exportzuwachsdaten. Wenn die Frage lautet: Wie wird denn die österreichische Wirtschaft mit den kommenden Aufgaben fertig?, dann ist es durchaus richtig und notwendig, auch zu diesem Bereich einiges zu sagen.

Die Prognosewerte für 1972 sind — Exporte: plus 5³/₄ Prozent — insbesondere bei den Exporten durch reale Entwicklungen bereits überholt, das heißt, diese genannten Ziffern sind nicht mehr identisch mit den realen Gegebenheiten. Einfacher, aber dafür auch deutlicher ausgesprochen bedeutet dies, daß wir im Exportbereich wieder mit steigenden Zuwachsraten rechnen können.

Die Devisen- und Valutenbestände sind stark angewachsen. Der jüngste OECD-Bericht stellt — das kann ich wohl bei aller Zurückhaltung aussprechen — der österreichischen Wirtschaftspolitik ein durchaus positives Zeugnis aus.

Es gibt aber noch ein Problem, das bei dieser Gelegenheit auch nicht unausgesprochen bleiben soll; das ist die Preissituation in unserem Lande.

Ich möchte heute nicht dazu beitragen, daß es im Zusammenhang mit dieser Debatte neuerlich zu einer Preisdiskussion kommt; dazu wird ja bei anderen Gelegenheiten durchaus eine Möglichkeit bestehen.

Aber wenn ich gemeint habe, daß wir Gewerkschaftsfunktionäre uns durchaus berechtigt fühlen, zu behaupten, daß die Interessenorganisation der Arbeitnehmer in diesem Lande in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt hat und dieses hohe Maß an Verantwortungsbewußtsein ein wesentlicher Beitrag zum Wiederaufstieg unserer Republik Österreich gewesen ist, dann dürfen wir im jetzigen Augenblick auch mit kritischen Worten bemerken, daß es wohl sinnvoll gewesen wäre, wenn zum Beispiel im Zusammenhang mit der Fleischpreissituation andere Bereiche der österreichischen Wirtschaft das gleiche Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt hätten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf festhalten, daß in der Diskussion festgestellt wurde — ich verweise auf die Ausführungen des Herrn Bundesparteiobermannes Dr. Schleinzer —, daß die sozialdemokratische Bundesregierung nun endlich bereit gewesen ist, in vollem Umfange das von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagene und der Öffentlichkeit bekannte 8-Punkte-

Programm zu akzeptieren. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wer ist denn die „Sozialdemokratische“ Partei? Ist das die Sozialistische?)* Darüber werden wir uns möglicherweise zu anderen Gelegenheiten, Herr Generalsekretär, unterhalten. Wir sollten uns also im Zusammenhang mit der Integrationsdebatte nicht unbedingt, wie ich schon bemerkt habe, über Kleinlichkeiten unterhalten. *(Abg. Doktor Kohlmaier: Erklären Sie mir einmal den Unterschied! Ich kenne mich da nie aus!)* Wenn Sie sich nicht auskennen, Herr Generalsekretär, dann machen Sie bitte nicht mir Vorwürfe. Es war bis dato ein sachlicher Ton in der Diskussion, es ist anscheinend Ihr Ehrgeiz, diese Sachlichkeit zu beenden. Ich glaube, es ist kein Grund vorhanden, von diesem Weg abzugehen.

Der Herr Bundesparteiobermann Dr. Schleinzer hat gemeint, die Bundesregierung habe endlich die Vorschläge, die die Österreichische Volkspartei im Rahmen ihres 8-Punkte-Programms gemacht hat, akzeptiert. Er hat damit versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken: Erst jetzt, auf Grund dieser angeblichen Aktivitäten der großen Oppositionspartei, ist die Möglichkeit vorhanden, dieses Interimsabkommen auch zu sanktionieren.

Ich habe des öfteren in den letzten Tagen und Wochen im Zusammenhang mit dieser Diskussion auch gelesen, daß vor allem im Bereiche der Arbeitsmarktförderung erhebliche Wünsche und Überlegungen seitens der Österreichischen Volkspartei angestellt wurden.

Meine Damen und Herren! Das so zu formulieren und sich hier an das Rednerpult zu stellen und das so der Öffentlichkeit darzustellen, zeigt wahrlich von keiner fairen Handlungsweise. Denn es sind auch Ihnen, meine Damen und Herren, die Ziffern und Beträge im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktförderung bekannt, und es bedurfte wahrlich nicht Ihrer Initiative, um zu erkennen, daß gerade in diesem Bereich im Zusammenhang mit dem Nahverhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft besondere Anstrengungen notwendig sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist keine Überheblichkeit, wenn ich behaupte, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung oder jenes Ressort, das für diesen Aufgabenkreis zuständig ist, in diesem Bereich auf erhebliche Leistungen in den vergangenen Jahren verweisen kann.

Meine Damen und Herren! Im Jahre 1969 — als Größenordnung ausgesprochen — betrug der Betrag im Bereiche der Arbeitsmarkt-

Sekanina

förderung 91 Millionen Schilling. 1969: 91 Millionen Schilling! 1970 erhöhte sich dieser Betrag von 91 Millionen Schilling auf 163 Millionen Schilling. Durchaus deutlich erkennbar, daß es hier bereits Vorbereitungen im Hinblick auf die Erfordernisse gab, die jetzt oder in den folgenden Monaten oder Jahren wirksam werden.

Andere Zahlen: Von 91 Millionen im Jahre 1969 über 163 Millionen im Jahre 1970 erhöhte sich dieser Betrag 1971 auf 317 Millionen Schilling. Das war schon unter der Verantwortlichkeit dieser Bundesregierung.

Aber 1972, darf ich sagen, gab es eine neuerliche Aktivität in diesem Bereiche. Der Betrag erhöhte sich von 317 Millionen Schilling auf 378 Millionen Schilling. Und die Größenordnungen, meine Damen und Herren, für das kommende Jahr sind Ihnen ja durchaus bekannt.

Ich kann es mir ersparen, wie ich höflicherweise am Beginn meiner Ausführungen sagte, in Einzelheiten dieser industriellen und gewerblichen Aktivitäten der Bundesregierung einzugehen. Der Herr Bundesminister hat in Beantwortung der Meinungsäußerungen und des Diskussionsbeitrages des Herrn Präsidenten Sallinger auf alle diese Fragen ja im wesentlichen bereits Bezug genommen.

Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß ich mit Recht sagen darf, daß es hier unverkennbar ist, daß die derzeitige österreichische Bundesregierung — auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen oder wenn Sie aus kleinlichen oppositionellen Überlegungen heraus das in der Öffentlichkeit anders interpretieren — erwiesenermaßen gerade im Bereiche der Arbeitsmarktförderung ein außergewöhnlich hohes Maß an Aktivität entwickelt hat. *(Beifall bei der SPO.)*

Und nun noch, meine Damen und Herren, zu einigen grundsätzlichen Feststellungen.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages am 22. Juli 1972 hat — wie ich in den Zeitungen lesen konnte — Österreichs langer Weg nach Brüssel sein Ende gefunden. Wir — ich meine damit die Bundesregierung, aber auch die Mehrheitsfraktion dieses Parlaments, die diese Bundesregierung unterstützt — haben nicht versäumt — das sei heute noch einmal ausgesprochen, damit es nicht in Vergessenheit gerät —, in glaubhaft praktizierter politischer Fairneß — etwas, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, das auch Sie in Ihren Reihen mehr üben sollten — jenen zu danken, die, nicht aus unseren Reihen kommend, am Zustandekommen dieses Ver-

trages mitgewirkt haben. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Unbestritten bleibt aber, meine Damen und Herren, daß es letztlich einer sozialistischen Bundesregierung vorbehalten blieb, dank ihrer Aktivität und dank ihrer Initiative die Verträge unter Dach und Fach zu bringen. *(Beifall bei der SPO.)*

Das heißt mit anderen Worten — auch etwas, was Sie registrieren sollten; ich bitte noch einmal: auch etwas, was Sie registrieren sollten! —, meine Damen und Herren: Es haben jene recht behalten, die das politische Kraftfeld in Europa, das wesentlich auch von wirtschaftlichen Interessen bestimmt wird, nüchtern eingeschätzt haben. Von seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung her gehört Österreich zu Westeuropa. Das ist wohl unbestritten. Unser Land mußte sich aber nach dem zweiten Weltkrieg den Gegebenheiten anpassen. Der Status der immerwährenden Neutralität entspricht eben diesen politischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten. Es gab manche, meine Damen und Herren — das soll man heute auch nicht vergessen —, gerade in Ihren Reihen, ich meine in den Reihen der Österreichischen Volkspartei — und wenn Sie sich einmal etwas umsehen, werden Sie leicht feststellen können, wen ich meine —, die meinten, man könnte leichtfertig und mit einer gewissen Schlaueit über diese Realitäten hinweggehen. Die Grenzen, die diesem Lande, ich meine die Republik Österreich, im Hinblick auf diese Frage gesetzt waren oder gesetzt sind, wurden uns ja deutlich bei passender Gelegenheit klargemacht.

Ich glaube, daß ich im Namen unserer Fraktion, im Namen der sozialistischen Abgeordneten mit Recht sagen darf: Nicht ein kleinlicher Eifer, sondern eine nüchterne Beurteilung der Verhältnisse hat Österreich zu diesem heute bekannten Ziele gebracht.

In ganz kurzen Worten aber auch eine Antwort darauf, zu welchem Ziele uns diese konsequente und zielstrebige Vorgangsweise gebracht hat, und das sind ja die positiven Seiten. Man sollte auch als Oppositionspartei nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken: Jetzt, da dieses Nahverhältnis mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft möglich geworden ist, jetzt, da dieser Vertrag vor dem Abschluß steht, jetzt beginnen außerordentlich schwierige Zeiten, es wird in den nächsten Monaten und Jahren nur Negatives geben! — Nein! Wir sollten hier bei unserer Vorgangsweise die Realität beachten und die tatsächlichen Gegebenheiten sehen. Österreich wird wirtschaftlich in einen Markt von 300 Millionen Menschen hineinwachsen. Das ist für unsere Wirtschaft nicht bedeutungslos. Das ist

Sekanina

auch nicht bedeutungslos im Hinblick auf die Frage der Erhaltung der Arbeitsplätze in unserem Lande; ein Anliegen, das uns wohl als Gesamtpartei, aber auch als Interessenvertretung der Arbeitnehmer im besonderen Maße am Herzen liegt.

Dieser Markt von 300 Millionen Menschen wird von 16 europäischen Staaten repräsentiert. Die Vertragsbedingungen, meine Damen und Herren, die bekannt sind, die vorliegen und die wir letztlich heute sanktionieren werden, entsprechen nach unserer Auffassung der beiderseitigen Interessenlage. Der Irrglaube aber, möchte ich bei der Gelegenheit bemerken, Österreich würde seine Maximalforderungen durchsetzen können, mußte zwangsläufig, meine Damen und Herren, zur Ernüchterung führen. Für Österreich, so darf ich daher formulieren, ist die wirtschaftliche Integration eine echte Herausforderung. Wir meinen — und dies mit Recht —: eine Herausforderung, der nach unserer Auffassung das Land aber mit Zuversicht entgegensehen kann.

Es wurde heute im Zusammenhang mit den Bemerkungen seitens der Oppositionspartei — und hier in erster Linie auch vor allem im Zusammenhang mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer — auf eine Reihe von Wirtschaftsbereichen oder Produktionszweigen verwiesen, die im Zusammenhang mit diesem Vertragsabschluß schwierige Situationen vorfinden. Es würde zu weit führen, würde ich auf die Detailfragen eingehen. Aber es ist verständlich, daß ich mich mit wenigen Sätzen mit einem Bereich beschäftige, der organisatorisch uns durchaus besonders nahesteht. Ich meine damit die Stahlindustrie

„Mit der Unterzeichnung der beiden Verträge für das Global- und das Interimsabkommen werden auch zwei Abkommen für den Montanbereich unterschrieben“, heißt es in einer Aussendung der Zeitung „Die Presse“. Und es heißt weiter: „Die heimische Stahlindustrie erzeugte 1971 etwa 4 Millionen Tonnen Rohstahl, wovon nahezu die Hälfte wegen des engen Inlandsmarktes ausgeführt werden mußte.“ 50 Prozent dieses Exportes der österreichischen Stahlindustrie — 50 Prozent des Exportes! — gehen in den EWG-Raum.

Daher ist es für uns nicht uninteressant, welche Entwicklung in den nächsten Zeitabschnitten in diesem Zusammenhang und in diesen Bereichen eintreten wird.

Es ist nicht unsere Auffassung, die wir hier interpretiert haben. Wir teilen nur diese Meinung, weil wir durchaus bereit sind, sachliche Auffassungen auch ebenso sachlich zu respektieren.

Soweit es den Stahlbereich betrifft, heißt es hier von fachlicher und berufener Seite — wie wir meinen —: Es wird „kein Feilschen mehr“ geben. Es wird harte Konkurrenzsituationen geben. Aber wir haben den Eindruck, daß es daher gut, sinnvoll und zweckmäßig war, daß eine sozialistische Bundesregierung bereit gewesen ist, die Fusion der Stahlbetriebe in diesem Lande in die Wege zu leiten.

Wir haben uns nicht leiten lassen von lokalpatriotischen Überlegungen, wie es da und dort in manchen Bereichen passiert ist, sondern wir haben anerkannt, daß diese Frage gelöst werden muß. Wir haben uns bereit gefunden, gerade mit den Beschäftigten darüber zu reden. Wir haben uns als Organisation von Augenblicksschwierigkeiten nicht zurückhalten lassen, und die Vorbedingungen, die wir damit geschaffen haben, führen ja später einmal dazu, daß sich die österreichische Stahlindustrie durchaus im Raume der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wind behaupten können.

Der Herr Bundesparteiobmann Schleinzer meinte, auch im Bereiche der Metallwarenindustrie gebe es einige Schwierigkeiten. Das bestreiten wir nicht. Fachleute sagen uns, daß gerade die Unternehmen in diesen Bereichen einiges an Schwierigkeiten erwarten, aber sie formulieren keineswegs so, daß es hier nicht zu sinnvollen Lösungen kommen könnte.

Im Bereich des Maschinenbaues heißt es: Die Erwartungen im Zusammenhang mit dem EGW-Vertrag sind durchaus optimistisch. Soweit es die Erzeugung von Aluminium betrifft, wird festgestellt, daß keine wesentlichen Befürchtungen gehegt werden müssen. Der große und für den Konsum der Bevölkerung so bedeutsame Bereich des Handels meint, daß es, langfristig gesehen, durchaus zu einer Verbilligungssituation bei den Waren kommen müßte.

Wir sind keine Illusionisten, wir sind Realisten. Wir glauben nur, daß im Zusammenhang mit der Preisentwicklung in den kommenden Monaten auch die Verantwortlichen der österreichischen Wirtschaft und jedes einzelne Unternehmen ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein im Interesse dieses Landes und seiner Bevölkerung an den Tag legen müssen.

Es wäre sicherlich sinnvoll, in fachlichen Detailausführungen auf eine Reihe von anderen Bereichen, wie Textilindustrie und sonstige Produktionszweige, einzugehen. Ich maße mir nicht an, fachliche Auffassungen im Hinblick auf die Landwirtschaft auszusprechen. Ich bin aber durchaus der Meinung, daß die sozialistische Bundesregierung alles daransetzen

Sekanina

wird, damit die Schwierigkeiten dort gemeistert werden können.

Meine Damen und Herren! Es ging heute in der Meinungsäußerung darum, auf diese Umstände zu verweisen. Ich darf daher abschließend folgende Feststellung abgeben.

Wir haben heute in der Debatte von Ihnen, meine Damen und Herren, durchaus eine heftige Kritik am Verhandlungsergebnis erwartet. Wir haben aber auch erwartet, daß Sie entsprechend den Größenordnungen des Problems diese Kritik inhaltlich auf einem hohen Niveau vortragen. Ich muß zu manchen Erklärungen des Herrn Bundesparteiobmanns Dr. Schleinzler feststellen, daß diese Erwartungen leider nicht erfüllt werden konnten. *(Abg. Dr. Mussil: Das können ausgerechnet Sie beurteilen!)* Herr Generalsekretär Dr. Mussil! Es tut mir leid, daß Sie nicht meine Auffassung teilen. Das kann mich nicht hindern, noch einmal zu wiederholen, daß wir der Meinung sind, daß dieses hohe Niveau, das auch in der Kritik zu erwarten war, in manchen Passagen, die der Herr Bundesparteiobmann Dr. Schleinzler vorgetragen hat, nicht festzustellen gewesen ist. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Aber es kommt ja, glaube ich, nicht darauf an, Herr Generalsekretär Dr. Mussil, ob Sie oder ob ich im Zusammenhang mit dieser Beurteilung diese oder jene Feststellung treffen. Daß dieses hohe Niveau nicht erreicht wurde, davon konnte sich und wird sich noch die breite Öffentlichkeit über das österreichische Fernsehen überzeugen können. Es ist ohne Zweifel Ihre Angelegenheit, meine Damen und Herren, wie Sie Oppositionspolitik betreiben. Eines darf ich einigermaßen humorvoll bemerken: Wir können Ihnen zusagen, daß wir Ihnen weder bei der Bereinigung Ihrer personellen noch Ihrer organisatorischen Probleme behilflich sein werden.

Wir haben im Oktober 1971 — und das ist Realität — ... *(Abg. Dr. Kohlmaier: Der Lütgendorf ist doch bei euch, nicht bei uns!)* Ich weiß, daß das weh tut; aber bitte, wenn Sie mich vielleicht noch die letzte Bemerkung sagen lassen. Wir haben — und was jetzt kommt, tut Ihnen noch mehr weh — im Oktober 1971 von der österreichischen Wählerschaft einen eindeutigen Auftrag erhalten *(Beifall bei der SPÖ)*, und wir haben ihn, meine ich, richtig aufgefaßt, wenn wir meinten, daß die österreichische Bevölkerung von uns eine zielstrebige Lösung der großen Probleme erwartet. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aber nicht bekommt!)*

Wir waren es und nicht Sie, die das Mehrwertsteuerproblem in Angriff genommen

haben und einer Erledigung zugeführt haben. *(Abg. Hahn: Siebenprozentige Teuerung!)*

Wir waren es und nicht Sie, die zum Beispiel die so eminent bedeutungsvolle Frage der Stahlfusion in Angriff genommen haben und auch erledigen können. *(Abg. Peter: Herr Sekanina! Die Alleinregierung hat schon damit angefangen! — Weitere Zwischenrufe.)*

Wir waren es, meine Damen und Herren, die auch im sozialpolitischen Bereiche eine große Zahl von Aktivitäten erzeugt haben. Und wenn Sie noch so unruhig werden: Wir waren es letztlich, die im Zusammenhang mit dem EWG-Arrangement die entscheidenden Schritte setzen konnten.

Wir sind der Meinung, es ist kein Grund vorhanden, einen großen Sieg zu feiern. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Bei Gott nicht!)* Wir sind aber auch der Meinung — Herr Dr. Kohlmaier, und das ist das, was uns noch trennt, weil Sie sich dessen nicht bewußt sind —, es war ein Sieg der Realität! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident **Probst**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich bekannt, daß mir der Vorschlag zugekommen ist, gemäß § 73 Geschäftsordnungsgesetz über die in der heutigen Sitzung eingebrachte Anfrage der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Durchführung der Gratisschulbuchaktion eine Debatte abzuführen. Das bedeutet, diese Anfrage als dringlich zu behandeln. Da dieser Dringlichkeitsantrag von 20 Abgeordneten unterstützt ist, ist ihm stattzugeben.

Ich werde die Behandlung dieser dringlichen Anfrage am Schluß der Sitzung vornehmen lassen.

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Minkowitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Minkowitsch** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als mein uns allen als impulsiv bekannter Vorredner zu Eingang seiner Erklärungen hier feststellte, daß er doch irgendwie von der Sachlichkeit der Argumentation, die heute hier herrsche, beeindruckt sei, hat mich sofort die leise Sorge befallen, ob es gerade ihm auch gelingen würde, diese Sachlichkeit bis zum Schluß durchzuhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich habe ihn, ehrlich gesagt, innerlich ein bißchen bewundert, weil er den Tonfall fast bis zum Schluß völlig in der Hand hatte. Bis dann das Stichwort doch gefallen ist: weil ja das Fernsehen auch eingeschaltet ist, ich habe vorher daran überhaupt nicht gedacht.

Minkowitsch

Ich möchte aber festhalten: Sachlichkeit ist nicht zu verwechseln mit nur gedämpftem Tonfall. Und unsachlich ist es nicht, wenn unser Parteiohmann das ausspricht, was der SPO weh tut. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Er hat desgleichen mehrmals — zu Recht, sage ich — betont, daß die Erfolge, die in Österreich nach dem Krieg erzielt werden konnten, zu einem guten Teil auf die verantwortungsbewußte Vertretung der Arbeiterschaft dieses Staates zurückzuführen sind.

Es wäre aber eine Teilwahrheit, wenn man nicht im gleichen Atemzug auch sagen wollte, daß alle Sparten der Sozialpartnerschaft dieses Verantwortungsbewußtsein gepflegt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und diese Sozialpartnerschaft — meine Damen und Herren, ich wiederhole etwas, was viele von uns schon oft und oft gesagt haben — ist das Geheimnis ruhiger österreichischer Entwicklung gewesen, und jeder sei gewarnt davor, der glaubt, Sozialpartnerschaft könne man nur als eine Einbahnstraße verstehen und man könne mit Mehrheitsüberlegungen gegen den Willen fast gleich Starker seine Ziele durchsetzen!

Als mein Vorredner aber dann darauf zu sprechen gekommen ist, daß die ÖVP ja eventuell ihre Vorstellungen in Brüssel eher hätte durchsetzen können, hat mich das erste Mal die Sorge vielleicht eines Formulierungsfehlers — ich möchte noch nicht sagen: leichter Unsachlichkeit — meines Vorredners befallen.

Wir alle, die wir hier in diesem Raume stehen und sitzen, wissen, daß es eben Hindernisse gegeben hat, die diesem Abschluß des Vertrages entgegengestanden sind, die systematisch in jahrelanger Arbeit erst haben aus dem Weg geräumt werden müssen, wenn ich nur an das Südtirolpaket und die Haltung Italiens, wenn ich an die Einstellung des Präsidenten De Gaulle England gegenüber denke und den daraus resultierenden zeitlichen Ablauf eines Englandvertrages als Voraussetzung der Ausnahmeverträge mit den Neutralen in Betracht ziehe, wobei ich die gesamten Überlegungen betreffend den Osten unserer Heimat gar nicht erst anstellen möchte. Das dazu.

Mein Vorredner hat auch gesagt, daß die ÖVP sich von gewissen wirtschaftlichen Illusionen nicht trennen möchte. Meine Damen und Herren! Ich wollte, daß alle in Österreich mit Wirtschaft befaßten Institutionen und Machsträger so illusionslos den wirtschaftlichen Realitäten ins Auge sehen, wie das die ÖVP tut. *(Beifall bei der ÖVP.)* Unter dem Motto: „nicht sein kann, was nicht sein darf“, weil es in irgendein Konzept nicht hineinpaßt, wird man nämlich im Rahmen eines

300-Millionen-Marktes noch weniger wirtschaftlich reale Politik betreiben können, als das bisher schon der Fall gewesen ist.

Was wir wollten und nach wie vor wollen, ist Chancengleichheit, nicht eine Bevorzugung irgendeines Wirtschaftszweiges, Chancengleichheit, um gleich wie jeder Inhaber eines Arbeitsplatzes im EWG-Raum mit denselben Leistungen dieselben Erfolge erbringen zu können.

Ich habe jetzt noch eine Bitte, gerade an die Gewerkschafter aller Fraktionen hier in diesem Hause. Wir haben heute hier einen Integrationspakt. Integration bedeutet doch endlich auch die Integration des Denkens, bedeutet endlich auch, daß man unter Arbeitsplatz nicht nur den Arbeitsplatz eines Arbeiters, sondern genauso den des Selbständigen zu verstehen hat und daß die Sorge darum jedem gleichberechtigt zugestanden werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und jetzt muß ich — obwohl ich es selbst nicht gehört habe, aber von einem Kollegen darauf aufmerksam gemacht worden bin — zu einer Äußerung des Herrn Abgeordneten Lanc Stellung nehmen, der hier gesagt hat, daß es eben nicht möglich wäre, die Landwirtschaft in Österreich zu konservieren, ohne zu fragen, welchen Preis die Bevölkerung dafür zu zahlen hätte. Ob das noch in den Rahmen sachlicher Argumentation, wie sie dem heutigen Tage angemessen sein sollte, paßt, möchte ich zur Beurteilung anderen Gremien überlassen. Ich möchte nur feststellen: 30.000 Menschen in einem Jahr ziehen aus den Strukturproblemen in einem fleißigen Berufsstand Konsequenzen. Zeigen Sie mir den Berufsstand, zeigen Sie mir die Sparte in Österreich, die genauso konsequent rechtzeitig Konsequenzen gezogen hat!

Weiters: Die Arbeitsproduktivität innerhalb der Landwirtschaft ist in vergleichbaren Zeiträumen in höherem Ausmaß gewachsen, als das auf den industriellen Sektoren — mit ganz wenigen Ausnahmen nur der chemischen Industrie und einiger Spitzenindustriespezialzweige — überhaupt möglich gewesen ist. Wenn man dann sagt, hier mute man der österreichischen Bevölkerung einen Preis zu, wo wir uns keine Gedanken machen, wie hoch der sei, dann möchte ich vielleicht doch, wenn Sie schon meinen Argumenten das Gewicht, auch wenn sie richtig sind, nicht so gerne zuerkennen möchten, hier jemanden zitieren, der doch auch für sozialistische Abgeordnete in Österreich einen gewissen Aussagewert haben sollte. Es ist das Präsident Sicco Mansholt. Ich glaube, sein größter politischer Feind kann ihm nicht nachsagen, daß er besondere Senti-

Minkowitsch

mentalitäten der europäischen Bauernschaft gegenüber hegen würde. Dieser Präsident Mansholt hat am 28. Februar dieses Jahres — ich bin jetzt glücklich, daß ich diese Unterlage hier ebenfalls mit habe — einen Brief an den damaligen Präsidenten der Kommission Malfatti geschrieben, der so inhaltsschwer ist, daß man ihn mit Fug und Recht in der Weltöffentlichkeit als sein geistiges Testament bezeichnet hat.

Eine Passage aus diesem Brief möchte ich doch auch vor allem dem Herrn Abgeordneten Lanc zur Kenntnis bringen. (*Abg. A. Schläger: Dem nützt es aber nichts!*) Ich hoffe nach wie vor, daß diese Argumentation doch auch etwas unzugänglicheren Leuten etwas sagt. Ich verlese nicht den ganzen Brief — das würde zuviel sein —, sondern nur ein Zitat aus diesem Brief des Präsidenten Mansholt:

„Geht man von der Voraussetzung aus, daß sich die Bevölkerungszahl der Welt nicht verändert, so scheint es möglich, zumindest theoretisch ein gewisses Gleichgewicht in der Entwicklung der verschiedenen Faktoren zu halten, das notwendig ist, wenn die Menschheit überhaupt überleben will.“

Das sage nicht ich, das sagt Mansholt.

„In diesem Fall müssen jedoch alle folgenden Bedingungen erfüllt sein.“ Unter Nummer 1, an erster Stelle, steht hier: „Vorrang der Nahrungsmittelindustrie, indem auch in die Agrarerzeugnisse investiert wird, die als unrentabel bekannt sind.“ Das sagt Mansholt.

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das bedeutet — ich könnte ja alle anderen Punkte auch noch vorlesen —: daß man natürlich bei Agrarerzeugnissen, die ihre Rentabilität voll nachweisen können, umso mehr bedacht sein muß, daß es, wenn die Menschheit überleben will, da zu keiner Stagnation oder zu einem Abbröckeln kommt.

Ich glaube, daß diese Antwort auf die Ansichten des Abgeordneten Lanc durch Präsident Mansholt mehr auszusagen vermag, als ich zu diesem Punkt hätte ausführen können.

Jetzt zu dem, was ich von meiner Seite aus zum heutigen Tag, zu den Verträgen und zu den Tagen und Monaten, die diesen Verträgen vorausgegangen sind, sagen möchte.

Der heutige Tag ist ja ein Beweis dafür, daß man auch in der Politik ernten kann, ohne selbst gesät zu haben. Ich stelle das nur fest, um eben alle Verdienste, die sich hier ergeben, wieder ins richtige Lot zu bringen.

Ich möchte noch etwas hier an die Spitze meiner Gedanken stellen: Wenn schon die

Regierung auch das Glück hatte, hier ernten zu können, hätte sie nach unserer Auffassung eben doch auch etwas mehr von der Last dieser Ernte auf die eigenen Schultern nehmen müssen, denn monatelang vorher haben wir uns bereits bemüht — ich selbst war Delegationsführer einer OVP-Delegation — bei manchen der hier oben sitzenden zuständigen Herren Bundesminister. Wir waren auch beim Herrn Bundeskanzler, haben rechtzeitig genug gesagt, was wir uns bis zum Zeitpunkt des Abschlusses der Abkommen an notwendigen Begleitmaßnahmen vorstellen und haben sie begründet.

Nun komme ich wieder auf etwas zurück, was Herr Abgeordneter Sekanina hier vorher behauptet hat, wo der Wahrheitsgehalt nicht ganz dem entspricht, wie er es dargestellt hat.

Es ist nicht so, daß wir in den letzten paar Tagen vor diesem heutigen Tag acht Punkte überreicht hätten und nachher, sagen wir, die Regierung das ohnedies alles schon selbst gewußt hätte. Ich verfüge über Gedächtnisprotokolle und Zeugen dafür, was die damals von uns besuchten Herren Bundesminister zu einzelnen Punkten, die wir damals schon gefordert hatten, gesagt haben. Das hat sich bei weitem nicht mit diesem Verhandlungsergebnis gedeckt. Ich sage dazu: Gott sei Dank, daß hier die Einsicht doch, wie ich glaube, weitgehend den Sieg davongetragen hat, daß diese Einsicht hier Sieger geblieben ist.

Meine Partei hat von diesen acht Punkten siebeneinhalb Punkte erreichen können, die weitestgehend in unserem Sinn erledigt worden sind und die uns das Mittragen dieser schweren Verantwortung ermöglichen. Ich möchte meinerseits ausdrücklich würdigen, daß die Frucht dieses Verhandlungsergebnisses beiderseits konstruktive Verhandlungsweise gewesen ist. (*Beifall bei der OVP.*)

Was wahr ist, haben wir keinen Grund abzustreiten. Aber wenn etwas nicht stimmt, werden wir uns, um es noch einmal zu sagen, auch nicht davon abhalten lassen, das auszusprechen, selbst wenn einem das nachher als unsachlich unterschoben werden sollte.

Ich möchte schon Gesagtes nicht wiederholen, sondern möchte mich vorerst auch nach der Wortmeldung des Herrn Handelsministers noch einmal darauf konzentrieren, was in dem offenen Teil des Punktes 5, der das Ein- und Ausfuhrregime bei landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten betrifft, behandelt worden ist.

Das Problem des Importes haben wir ja weitgehend durch die Anpassung an das EWG-System erledigen können. Aber gewisse Härte-

Minkowitsch

fälle sind auch bei diesem Importsystem noch offengeblieben. Das haben wir ausdrücklich festgestellt. Es gibt einzelne Sparten, für die nicht abgeschöpft wird, wo vor allem bei Drittländern und auch im eigenen Inland die EWG mit der vollen Erstattung dazwischenfährt und wo wir Gefahr laufen, eigene Absatzpositionen zu verlieren. Bei diesen Härtefällen und beim Exportregime konnte in dieser Verhandlungsphase eine übereinstimmende Auffassung noch nicht erzielt werden.

Um jetzt jeder Fehlinterpretation von vornherein die Spitze zu nehmen: Es ist in unserem ersten Vorschlag gestanden: gesetzliche Regelungen. Wir haben das Wort „gesetzlich“ auf Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers herausgenommen mit der ausdrücklichen Begründung durch unseren Parteiobmann, daß wir der Regierung den Spielraum erweitern wollen, aber ich erwarte nicht, daß irgendwo die Argumentation laut werden wird, daß damit auf gesetzliche Regelungen unsererseits verzichtet worden wäre. Das wäre eine absolute Fehlinterpretation.

Auch ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen, was auch Präsident Sallinger vor mir mit etwas anderen Worten schon gesagt hat. Am Schluß der Verhandlungen haben der Herr Bundeskanzler und unser Parteiobmann übereinstimmend festgestellt und folgendes mündliche Einvernehmen erzielt: daß der Herr Bundeskanzler für seine Delegation nicht erklären wird, daß damit die Erstattung gefallen sei, und daß der Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei für seine Delegation nicht erklären wird, daß diese Formulierung die Erstattung als perfekt erscheinen lasse. Die Frage ist echt offengeblieben, und es wurde gesagt: Vertrauen gegen Vertrauen, man müsse auch in diese Verhandlungspartnerschaft ein gewisses Vertrauen setzen. Dieses Vertrauen setzen wir auch darein. Nur gilt dieses Vertrauen selbstverständlich für alle Punkte dieses Vertrages!

Meine Damen und Herren! Je intensiver sich Experten und Betroffene in der Entscheidungsvorbereitung weiter vertiefen können, desto eher — das ist unsere Überzeugung — wird sich die goldene Regel wieder einmal bewahrheiten, daß es in der Politik ein Niemals niemals geben darf.

Die Agrarsysteme einschließlich der Verankerung der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte in der westlichen Welt sind — ich gebe das gerne zu — ungeheuer kompliziert und einem Nichtfachmann kaum so erklärbar, daß man sich nicht entsprechender Vergrößerungen und dadurch bedingter Fehlerhaftigkeiten schuldig machen würde. Aber

diese komplizierten Systeme haben für sich, daß sie leidlich bis gut funktionieren.

Zu den Agrarsystemen des Ostblocks möchte ich wirklich nicht gerne viel sagen, sondern nur festhalten, daß bei theoretisch optimalen Betriebsgrößen mit bei einer bei uns gar nicht vorstellbaren Staatsmacht Rußland derzeit den größten Getreidekauf der Geschichte dieser Erde überhaupt tätigt.

Es wird ja allgemein immer mehr erkannt — und ich möchte das nur wiederholen, damit es bei ja niemandem in Vergessenheit gerät —, daß die Landwirtschaft nicht nur Nahrungsmittelerzeuger, sondern gleichermaßen Pfleger der Kultur- und Erholungslandschaft ist. Ich habe gerade vorhin Gelegenheit gehabt, die Ansicht des Herrn Präsidenten Mansholt zu diesem Punkt noch einmal sehr deutlich auch hier darzulegen.

Meine Damen und Herren! Ich habe am heutigen Tag noch eine echte Bitte an alle, die bereit sind, sich offenen Herzens mit Problemen zu beschäftigen: daß man endlich einmal anerkennt, daß der Weltmarktpreis nicht mit dem Erzeugerpreis und daß der Erzeugerpreis absolut nicht mit den Gestehungskosten identisch ist.

Darf ich, da auch hier wieder die Fleischsituation vor einigen Wochen angezogen worden ist, festhalten, daß der englische Dockerstreik dazu geführt hat, daß Intensivhaltungen in Dänemark, die mit ihren fertig gemästeten Schweinen nicht nach Belieben warten können, bis der Dockerstreik zu Ende ist, sondern die zum Tag X ihre Schweine aus den Stallungen draußen haben müssen, Schweine nach Österreich umgelenkt haben. Daß in einem internen Erstattungssystem 10 bis 12 S pro Kilogramm Stützung daraufgekommen sind, damit die Schweine überhaupt nach Österreich haben transportiert werden können, soll doch schlagartig aufzeigen, daß das mit Gestehungskosten und mit Preisen, die man den dänischen Bauern konzidiert, gar nichts zu tun hat, sondern daß es im Interesse einer kontinuierlichen Produktion billiger ist — allgemein gesehen —, gewisse Maßnahmen zu setzen, als Produktionen dann, wenn man sie braucht, nicht an der Hand zu haben. Denn auch das sollte ein leidvolles Erleben sein: Es war irgendwie fast beschämend, daß man sich im Sommer wochenlang nach dem Einlaufen eines Rindfleischschiffes umsehen mußte. Wenn wir nämlich importieren müssen, stellen wir oft und oft fest, daß die Ware, die wir brauchen, entweder nicht oder nur zu Preisen vorhanden ist, die für uns fast indiskutabel sind, oder daß die Qualitäten nicht entsprechen. Ich möchte jetzt nicht auf die Angelegenheit der Qualitäten einge-

Minkowitsch

hen, weil ich dieses Haus damit nicht belasten möchte. Ich bin aber bereit, den zuständigen Herrn Ministern, falls sie es nicht wissen sollten, Vorfälle, die es in St. Marx gegeben hat, entsprechend mitzuteilen.

Oder ein anderer Punkt, der mir besonders signifikant erscheint. Meine Damen und Herren! In den Gesprächen hat neben der Stärke- und Erstattungsregelung und neben Erstattungsbeiträgen für andere Zweige natürlich auch der Zucker eine gewisse Rolle gespielt. Ich sage mit Absicht nur: eine gewisse Rolle. Wissen Sie, meine Damen und Herren, daß sich vom Jahre 1951 bis einschließlich Juli 1972, also in 21 Jahren der Konsumentenpreis des Zuckers von 6,48 S auf 7,50 S, das heißt um 15,7 Prozent erhöht hat? In demselben Zeitraum haben sich die allgemeinen Lebenshaltungskosten um rund 100 Prozent erhöht! Das ist eine gigantische Leistung, die durch Rationalisierung auf diesem Wirtschaftssektor möglich war, ergänzt durch das modernste Vertragslandwirtschaftssystem. Die anderen europäischen Staaten haben das alles erst kopiert, was wir schon gehabt haben.

Ich bitte also, daß man mit dieser Problematik nicht spielt, denn was hier für die gesamte österreichische Verbraucherschaft geleistet worden ist, ist, wie ich glaube, mit diesen Zahlen eindringlich bewiesen.

Es wurde sehr oft von SPO-Seite auf den Schweizer Zuckerpreis hingewiesen. Darf ich dazu sagen, daß der Schweizer Zuckerpreis höher ist als der in Österreich. Derzeit liegt in einer großen Liste überhaupt nur der Zuckerpreis in Großbritannien unter dem österreichischen Zuckerpreis. Ich möchte jetzt gar nicht über die Türkei, über Italien oder über die Bundesrepublik Deutschland sprechen, sondern nur vom Schweizer Zuckerpreis. Dort hat man die Möglichkeit, einen Mischpreis zu machen, weil man nur 20 Prozent Eigenproduktion hat und 80 Prozent von dem angeblich so billigen Weltzucker importieren kann. Der Zuckerpreis liegt in der Schweiz höher als in Österreich, wo er nur durch die Eigenproduktion entsprechend gestaltet werden kann.

Und noch etwas: Ich habe als Beweismittel — ich habe es nicht zum Rednerpult mitgenommen — in der vorigen Woche durch Freunde in der Schweiz ein Kilogramm Würfelzucker kaufen lassen. Er liegt auf meinem Platz. Ich werde die Konsumentenschützerin meiner Fraktion, die Kollegin Hubinek, bitten, daß sie sich dann dieses Pakets bemächtigt und den sozialistischen Damen zeigt, wie die Qualität dieses Schweizer Zuckers aussieht, der noch dazu teurer ist als der Zucker in Öster-

reich. Man kann nämlich nicht nur vom Preis allein reden, denn die Qualität spielt, wie wir glauben, auch eine gewisse Rolle!

Meine Damen und Herren! Die EWG hat ein System zur Erhaltung der Landwirtschaft im richtigen Umfang in einem modernen Industriestaat entwickelt. Sie hat ein Abschöpfungs- und Erstattungs-system mit einer Komplementärwirkung entwickelt. Ich stelle hier fest und sage es noch einmal: Schweden und Finnland haben sich in der vorigen Woche in einer Besprechung in Genf auf Expertenebene bereit erklärt, ihre schon vorhandenen, aber etwas anders funktionierenden Systeme an das EWG-System insgesamt anzugleichen. Die Regierung der Schweiz — mein Bundesparteiobmann hat auch darauf hingewiesen — hat sich der Gesetzgebung gegenüber bereit erklärt, ein EWG-wirkungsgleiches System zu entwickeln. Der Herr Bundeskanzler hat in den Besprechungen gesagt, man müsse, wenn anderen etwas Besseres einfällt, das doch auch verwerten. Wenn es der Fall ist, daß anderen etwas noch Besseres einfällt, werden wir glücklich sein, wenn das tatsächlich auch in Österreich durchgeführt werden kann. Nur eines wollen wir nicht: daß statt des eventuell noch Besseren gar nichts geschehen soll, um das herbeizuführen, was man als eine echte Chancengleichheit bezeichnen könnte!

Wir haben verantwortungsbewußt, wie wir glauben, von Anfang an ein selbstfinanzierendes System vorgeschlagen, nämlich daß die Ausgaben mit den Einnahmen limitiert sein sollen. Wir haben desgleichen angeregt — und ich bin überzeugt, daß die Experten dem schon ziemlich große Beachtung schenken werden —, daß in einer Art Beirat Ministerien und Sozialpartner für die Reihung und den Umfang dieser in Frage kommenden Beträge entsprechende Lösungen vorschlagen sollen. Das ganze dreht sich um einen Umfang von derzeit etwa 40 Millionen Schilling, um auch diese Zahlen auszusprechen, von denen man aber bei vorsichtiger Schätzung annehmen kann, daß sie in einiger Zeit die Größenordnung von rund 100 Millionen Schilling erreichen können. Das nicht als Subvention, sondern als selbstfinanzierendes System, um die Chancengleichheit herbeizuführen.

Die Frage scheint mir tatsächlich gar nicht die des Ob zu sein und, wenn ich mir das richtig überlege, auch nicht einmal so sehr die Frage des Wie — gerade nach der Rede des Gewerkschafters vor mir kann ich nach wie vor annehmen, daß man sich der Bedeutung bewußt ist, die diese Regelung oder Nichtregelung auch für viele Arbeitsplätze in Österreich hat —, sondern im wesentlichen eine Frage des Wann. Und beim Wann stehen

Minkowitsch

wir eben auf dem Standpunkt, daß es immer noch das beste ist, lieber vorzubeugen als nachher zu heilen, nicht erst zu warten, bis Negativwirkungen auftreten, sondern von vornherein Negativwirkungen gar nicht erst entstehen zu lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dadurch, daß ich auf einige Vorredner Bezug genommen habe, habe ich mein mir selbst gesetztes Zeitlimit etwas überzogen. Ich möchte deshalb nur im Eilschritt alle Punkte, die wir als ÖVP und Bundesregierung gemeinsam regeln konnten, auch von unserer Seite aus als ein achtenswertes Ergebnis klassifizieren. Ich freue mich zwar nicht besonders darüber, aber es ist doch gelungen, wenn schon nicht eine langfristige Verlängerung, so doch eine Verlängerung der Marktordnung um zwei Jahre herbeizuführen. Wenn es gelungen ist, die Qualitätsklassenverordnung — was ja besonders für die Hausfrauen in Österreich von großem Interesse sein wird — insbesondere für Obst und Gemüse und ihre Durchführbarkeit in gemeinsamer Erklärung hier sicherzustellen, wenn es gelungen ist, die Erschwerisse auf dem Englandmarkt durch eine eindeutige Formulierung dessen, welche Mittel des § 9 MOG zur Verfügung zu stellen sind, zu verringern, dann glaube ich, daß neben den in Aussicht genommenen Verhandlungen durch Mitglieder der Bundesregierung auch auf diesem Sektor eine vertretbare Lösung herauszuschauen kann.

Meine Damen und Herren, zum Schluß: Es wird immer ein bißchen schwer, wenn man zu etwas Stellung nehmen soll, wo man selbst am Verhandlungsergebnis mitgewirkt hat. Kein Anlaß zu einer Jubelstimmung, natürlich nicht. Kein Anlaß auch zu Pessimismus, sage ich ebenfalls. Wir gehen mutig in diesen neuen großen Markt hinein. Aber ich glaube doch behaupten zu können, daß die ÖVP im Laufe der letzten Woche mehr als ihre Pflicht als Oppositionspartei getan hat, und ich möchte der derzeitigen Regierungspartei auch für die Verhandlungen, die uns noch bevorstehen, gerne dasselbe nachsagen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Angesichts der nunmehr zustande gekommenen Verträge hat ein beliebtes Fragespiel Platz gegriffen. Dieses Fragespiel geht schon seit einigen Haussitzungen und lautet in etwa: „Wer war mehr für die EWG: die ÖVP, die SPÖ oder wir Freiheitlichen?“ Dieses Fragespiel hat heute früh auch wieder die Gemüter erhitzt. Ich habe aber keineswegs die Absicht, dieses Fragespiel

fortzusetzen, sondern ich möchte lediglich sagen, daß wir Freiheitlichen uns freuen, daß nunmehr der erste Schritt zur Integration in den größeren Europäischen Markt gesetzt wurde.

Ich wiederhole noch einmal den wesentlichen Standpunkt der Freiheitlichen Partei: Unser Ja zu den Verträgen mit den Europäischen Gemeinschaften ist ein grundsätzliches, und daher knüpfen wir daran keinerlei Bedingungen. Aus ganz demselben Grund aber ist unsere Zustimmung auch nicht abhängig von der Farbe der Regierung, der es gelungen ist, diesen Vertrag für Österreich zu erreichen. Wir hätten unser Ja in ganz der gleichen uneingeschränkten Weise auch einer ÖVP-Regierung oder auch einer Koalitionsregierung zum Ausdruck gebracht. Die beiden Interimsverträge, die wir heute beschließen werden, stellen ja nur die erste Etappe dar, und auch zu diesen Interimsverträgen geben wir Freiheitlichen unsere Zustimmung, weil wir es ja selber waren, die, seitdem diese Verhandlungen liefen, ständig wiederholten, daß es für die österreichische Wirtschaft unter Umständen zu einer Existenzfrage werden kann, etwas früher als die mit ihr konkurrierenden Volkswirtschaften in den Europäischen Markt hineinzukommen. Wir haben daher immer wieder gesagt: Nicht nur das Globalabkommen ist uns wichtig, man möge zusehen, auch ein Interimsabkommen zustande zu bringen, und wir sind daher froh, daß es tatsächlich nun mit 1. Oktober in Kraft tritt.

Zum Vertragsinhalt ist schon anläßlich der Sitzung am 25. Juli und davor vieles gesagt worden. Ich möchte hier nicht mehr Einzelheiten wiederholen, die schon mehr oder weniger ausgebreitet wurden, sondern ich möchte einiges zu den Konsequenzen dieses Vertragswerkes aussprechen.

Was noch nicht in das Bewußtsein der Bevölkerung gedrungen ist, ist das Zeiterfordernis, das man vielleicht am einfachsten dahin gehend umschreiben kann, daß nunmehr ein großes Umdenken beginnen muß. Wenn man sich die Zahlen des österreichischen Außenhandels danach ansieht, wieviel von diesem Außenhandel wir bisher mit den früheren EWG-Staaten und mit den früheren EFTA-Staaten abgewickelt haben, kommt man zu einer ganz interessanten Summe. Dann stellt man nämlich fest, daß in der Ausfuhr 66 Prozent unseres Außenhandels mit diesen Ländern abgewickelt wurden und in der Einfuhr 75 Prozent.

Wenn Sie in einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise versuchen, aus diesen Zahlen und dem Beginn der Integration einen Schluß zu

Dr. Stix

ziehen, dann heißt dieser Schluß: Aus zwei Drittel bis drei Viertel unseres Außenhandels wird in Zukunft in Wahrheit ein Binnenhandel. Es fallen die Handelshemmnisse weg, es fallen die Zölle weg, und durch die Einführung des Mehrwertsteuersystems ist ein neutraler Übergang in umsatzsteuerlicher Belastung sichergestellt. Das heißt also, von drei Viertel beziehungsweise zwei Drittel unseres Außenhandels bleibt nur mehr der Papierkrieg übrig. Wirtschaftlich betrachtet wird dieser große Teil unseres bisherigen Außenhandels zu einem Binnenhandel.

Den Worten, die Herr Präsident Sallinger ausgesprochen hat — er brachte sie, wenn ich mich richtig erinnere, am Schluß seiner Ausführungen —, die lauten: „Neuen Maßstäben mit neuen Initiativen begegnen“, messe ich durchaus diese gleiche Bedeutung bei.

Das große Umdenken, das nun bei der österreichischen Bevölkerung und speziell bei den in der Wirtschaft Tätigen Platz greifen muß, wird immer wieder in die Frage zu münden haben: Paßt meine Leistung in diesen Markt der 300 Millionen Menschen, paßt meine Produktion in diesen Markt der 300, paßt mein Standort, passen meine Einkaufsgewohnheiten und Usancen in diesen Markt hinein?

Dabei kann man gar nicht oft genug betonen, daß die Entwicklung erst am Beginn steht. Es ist eine Entwicklung, deren Phasen vorgezeichnet sind. Das Interimsabkommen ist gewissermaßen ein Startschuß mit Vorsprung. Den Hauptstart stellt dann das Globalabkommen dar, und in diesem Globalabkommen spielt schon wieder die Evolutionsklausel eine Rolle. Sie spielt eine Rolle in Richtung auf eine Weiterentwicklung, die ja nur eine weitere Integration sein kann über das hinaus, was heute im Globalabkommen fixiert ist.

Aber nun zurück zum Interimsabkommen, das uns heute speziell beschäftigt.

Auch dieses Interimsabkommen enthält eine Evolutionsklausel, freilich spezieller Natur. Ich meine jene Formulierung, die im Artikel 12 bezüglich der Landwirtschaft enthalten ist. Dort ist die Absicht deklariert, trotz der bedauerlichen Tatsache, daß die Landwirtschaft ausgeklammert bleibt, sowohl aus dem Interims- wie aus dem Globalabkommen zu agrarpolitisch einvernehmlichen Lösungen zu gelangen, die diesem unerfreulichen Zustand ein Ende bereiten beziehungsweise ihn mildern sollen.

Damit ist das Kapitel Landwirtschaft zur Debatte gestellt. Ich wiederhole, daß es niemand mehr als wir Freiheitlichen betrüblich findet, daß die Landwirtschaft mit einer Werterschöpfung am österreichischen Bruttonational-

produkt von immerhin 25 Milliarden Schilling aus dem großen Markt ausgesperrt bleibt. Es ist auch nur ein schwacher Trost, daß durch gesonderte Vereinbarungen etwa Verbesserungen bezüglich der autonomen Änderung der Rindermarktordnung bei der EWG und eine Aufstockung des Kontingents für Schlachtrinder erreicht werden konnten. Das alles sind nur sehr bescheidene Trostpflaster.

Es ist weiters schlimm, daß die gesamte Milchwirtschaft heraußen bleibt, daß die Verarbeitungsprodukte zu einem Teil ausgeschlossen bleiben. Das alles muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß sich die österreichische Landwirtschaft ohnedies in einer schwierigen Situation befindet. Es wird einiges Grundlegendes dazu zu sagen sein, aber ich möchte zuvor noch einmal auf diese Interimsabkommens zurückkommen und den Appell an die Bundesregierung richten, die dort verankerte Absichtserklärung bezüglich weiterer Einigungen auf dem landwirtschaftlichen Sektor auszunützen, und zwar im Hinblick auf den Termin 1. Februar 1973, zu dem die Gefahr besteht, daß wir mit unseren Milchprodukten aus dem wichtigen englischen Markt herausfliegen. Es ist also noch Zeit. Obwohl das Interimsabkommen schon am nächsten Monatsersten in Kraft tritt, ist noch Zeit, diesen Artikel 12 des Interimsabkommens zu einer Basis für weitere Verhandlungen zu machen, die nach Möglichkeit bis zum 1. Februar des Jahres 1973 zu entsprechenden Erfolgen führen sollten.

Nun zu den landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten. Die Wettbewerbsfähigkeit jener österreichischen Industrie, die landwirtschaftliche Produkte verarbeitet, ist nicht gegeben, vor allem nicht im Hinblick auf den Abschöpfungs- und Erstattungsmechanismus, den die EWG praktiziert. Weil wir darin eine große Gefahr für die Zukunft der österreichischen Nahrungsmittelindustrie und zum Teil auch der chemischen Industrie erblicken, lege ich namens meiner Fraktion einen Entschließungsantrag vor und erlaube mir, diesen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Stix und Genossen hiermit zur Kenntnis zu bringen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, spätestens bis zum Inkrafttreten des Globalabkommens mit der EWG dem Nationalrat Regierungsvorlagen zuzuleiten, welche die Wettbewerbsgleichheit für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte im Hinblick auf den von der EWG gehandhabten Mechanismus von Abschöpfungen und Erstattungen herstellen sollen.

Dr. Stix

Soweit der Wortlaut unseres Entschließungsantrages, und ich lade die Damen und Herren Abgeordneten der beiden anderen Parteien ein, diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung zu geben.

Die Begründung liegt ja für alle, die mit der Materie vertraut sind, auf der Hand: Es soll mit dieser wirtschaftspolitischen Maßnahme sichergestellt werden, daß die von der Teilnahme an der europäischen Integration bedauerlicherweise vorerst ausgeschlossene Landwirtschaft zumindest vor einer Diskriminierung ihrer Verarbeitungsprodukte bewahrt wird, denn es kann nicht verantwortet werden, eine Verschlechterung der Einkommenslage in der Landwirtschaft nur als Folge wirtschaftspolitischer Fahrlässigkeit eintreten zu lassen.

Ich möchte einige weitere Erläuterungen dazu geben. Es ist hier die Frage aufgeworfen, welche Zukunftsbedeutung wir der einheimischen Nahrungsmittelindustrie überhaupt zubilligen. Niemand anderer als der Herr Bundesminister Dr. Staribacher hat gestern im Integrationsausschuß das Zukunftsbild der Nahrungsmittelindustrie in einer Weise gemalt, die sich völlig mit dem deckt, wie wir Freiheitlichen es sehen. Er sagte in etwa — ich kann ihn gern zitieren, weil das gleichzeitig unsere eigene Meinung zum Ausdruck bringt —, daß das wirtschaftliche Schicksal der Agrarproduktion in Zukunft immer mehr von der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte abhängen wird und daß man es angesichts der Entwicklung auch in technologischer Hinsicht und im Hinblick auf die Massenproduktion einfach nicht verantworten kann, die verarbeitende Industrie auf den Inlandsmarkt zu begrenzen: Sie muß exportieren. Das waren die Worte des Herrn Bundesministers Dr. Staribacher gestern im Integrationsausschuß. Aus all dem kann man doch nur folgern, daß es notwendig ist, für diese Industrie, der man Zukunftschancen zubilligt, auch im Interesse der Landwirtschaft die Wettbewerbsgleichheit zu fordern.

Diese praktische Konsequenz hat der Herr Bundesminister allerdings nicht gezogen. Ich habe ihm gestern sehr genau zugehört, und ich hatte gestern schon den Eindruck, der heute auf offener Bühne ja sehr dramatisch bestätigt wurde. Gestern sagte der Herr Bundesminister im Ausschuß: Kreisky will es nicht, daß eine Erstattungsregelung Platz greift, daher besteht keine Veranlassung für mich, den Bundesminister, diese Frage zu erörtern! Aber alles, was er dann sagte, mußte jeden, der mitgedacht hat, zu dem Schluß bringen: Wir brauchen doch eine Art Erstattungsregelung. Und heute klang ganz dasselbe durch. Was sagte denn der Herr Bundes-

minister? Er sagte: Weil ich die Ermächtigung der Bundesregierung nicht habe, kann ich nicht über Erstattung sprechen! Aber wenn man alles, was er in dieser Frage sachlich gestern, in früheren Tagen und heute dazu geäußert hat, zusammenfaßt, kann man nur den Schluß daraus ziehen: Er möchte, aber Kreisky läßt ihn nicht! Es ist sehr beachtlich, daß in dieser doch so wichtigen wirtschaftspolitischen Frage eine deutliche Meinungsverschiedenheit innerhalb der sozialistischen Regierung sichtbar geworden ist.

Es bleibt also, den Herrn Bundesminister Dr. Staribacher aufzufordern, er möge aus seiner eigenen Einschätzung der wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten doch auch die praktischen Konsequenzen ziehen, und diese liegen auf der Linie des Entschließungsantrages, den ich mir namens meiner Fraktion einzubringen erlaubt habe.

Das Kapitel Landwirtschaft kann aber nicht abgeschlossen werden, ohne auf ein grundlegendes Faktum einzugehen. Ich meine das große Versäumnis, das der gesamten österreichischen Agrarpolitik anzulasten ist, und zwar nicht erst seit der Alleinregierung, die in dieser Hinsicht bis jetzt überhaupt keine Verbesserung, keinen Fortschritt gebracht hat, sondern auch allen früheren Regierungen bis weit hinein in die Zeit der großen Koalition. Das große Versäumnis liegt darin, daß das österreichische Agrarmarktsystem überhaupt nicht für eine Einfügung der Landwirtschaft in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft taugt. Man hätte es längst so abändern müssen, daß die administrativen, technischen und methodischen Voraussetzungen vorliegen, die es erlauben, die österreichische Landwirtschaft in die EWG einzuführen.

Daß dieser Vorwurf von mir keine leere Behauptung darstellt, möchte ich durch das Zitat von Experten belegen. Bereits im Jahre 1966 wurde diese Expertenmeinung veröffentlicht. Es gibt ein Buch: „EWG und die Folgen“, erschienen im Molden-Verlag. Sie können dort auf Seite 114 lesen: „Die Bewirtschaftungs-, Lenkungs- und Preisvorschriften der österreichischen Marktordnung sind mit den Bestimmungen des Vertrages nicht vereinbar ...“ Ich zitiere weiter: „Milchwirtschaftsfonds, Getreideausgleichsfonds, Viehverkehrsfonds können in ihrer Funktion als Lenkungsinstrumente nicht beibehalten werden ...“

Meine Damen und Herren! Das ist eine Expertenmeinung, die vor mehr als sechs Jahren veröffentlicht wurde. Pikanterweise wurden aber gerade diese inkriminierten Marktordnungsgesetze immer wieder und immer wieder verlängert, und es waren gerade

Dr. Stix

diejenigen, die auf ihrer Verlängerung bestanden, die eigentlich hätten wissen müssen, daß wir ja ein ganz anderes Marktordnungssystem brauchen, wenn wir wirklich die österreichische Landwirtschaft in die EWG hineinbringen wollen. (Abg. Dr. Schleinzner: Davon verstehen Sie ja viel zu wenig, Herr Collega!) Verzeihung. Wenn ich nicht genug verstehe, dann bin ich gerne bereit, die Argumente, die das widerlegen, anzuhören. (Abg. Dr. Schleinzner: Gerne!) Aber ich nehme nur Argumente entgegen und nicht die vielleicht sehr von oben herab gesprochene Meinung, ich verstehe nichts davon. (Zwischenrufe bei der OVP.)

Die Forderung der Experten und die Forderung von uns Freiheitlichen heißt, so rasch wie möglich wenigstens jetzt damit beginnen, die österreichische Agrarpolitik so umzukrempeln, daß man wekommt von dem bisherigen System und auch in Österreich autonom — ich betone: autonom — die Grundzüge des Marktordnungssystems der EWG übernimmt. Das wäre die beste Maßnahme, um die Zeit zu nützen, die jetzt verstreicht, weil die österreichische Landwirtschaft noch aus der EWG ausgesperrt wurde, und es wäre zugleich die allerwichtigste Vorbereitung für eine spätere Integration auch der Landwirtschaft in den großen Europäischen Markt. Denn diese Integration der österreichischen Landwirtschaft in den Europäischen Markt muß kommen. Soweit zum betrüblichen Kapitel der agrarpolitischen Versäumnisse.

Ganz allgemein muß nunmehr für die Wirtschaftspolitik die Maxime lauten, daß für die große Anpassung an den Markt der 300 Millionen gerüstet werden muß. Es müssen die Hemmnisse beseitigt werden, die einer solchen Anpassung unserer Wirtschaft entgegenstehen, es müssen Möglichkeiten eröffnet werden, und es muß die Umorientierung gefördert werden.

Ich darf mich hier nur auf jene drei wichtigsten Punkte beschränken, die wir Freiheitlichen glauben, zu dieser Debatte beisteuern zu sollen.

Es handelt sich um die Forderung nach einer EWG-Eröffnungsbilanz. Mein Fraktionskollege Dr. Broesigke hat darüber ausführlich berichtet. Die EWG-Eröffnungsbilanz soll klarstellen und ermöglichen, daß nicht mit den unrealistischen und durch die laufende Inflation inzwischen entwerteten Buchwerten weitergerechnet und weitergearbeitet werden muß, sondern daß man zu realistischen Werten kommt, daß man zu neuen Ansätzen kommt, die Abschreibungen zulassen, die dann in etwa eine realistische Wiederbeschaffung zum Bei-

spiel von Maschinen zulassen. Eine solche EWG-Eröffnungsbilanz wäre zugleich ein wichtiger Schutz davor, daß Scheingewinne einer immer progressiveren Besteuerung unterworfen werden.

Der zweite Hauptpunkt, der uns Freiheitlichen am Herzen liegt, ist die Finanzierung der Umstellung. Es ist dazu sehr viel gesagt worden. Auch Herr Bundesminister Androsch hat in seiner heutigen Rede einige interessante Punkte in diesem Zusammenhang gebracht. Hier werden wir allerdings sehr darauf achten, daß es nicht durch Zusammenlegung von Fonds oder durch Gründung neuer Fonds einfach bei administrativen organisatorischen Maßnahmen bleibt, sondern wir werden sehen, ob dahinter Substanz steht. Die Substanz wird etwa heißen: Gibt es überhaupt genügend Budgetmittel für die Zinszuschüsse, die solche Fonds ja bekanntlich gewähren?

Der dritte Punkt, den die Freiheitliche Partei für wichtig hält, bezieht sich auf die Förderung der Erschließung neuer Märkte im Ausland. Unsere noch viel zu sehr mit dem Blick auf das Inland arbeitende Wirtschaft, vor allem im kleineren und mittleren Bereich, muß so rasch wie möglich in die Lage versetzt werden, das große Umdenken zu beginnen; das heißt, die Nachbarstaaten wirtschaftlich nicht als Ausland, sondern wirtschaftlich als einen Binnenmarkt zu betrachten. Es braucht dafür eine Marketing-Hilfe, es braucht dafür eine Förderung zur Erschließung neuer Märkte.

Ich möchte heute nicht auf die Probleme der Branchen eingehen. Das würde hier beim Interimsabkommen zu weit führen. Nur eine einzige Branche sei mir erlaubt zu erwähnen, weil es diese besonders schwer hat, das ist die Papierindustrie.

Die Papierindustrie stellt immerhin ein Zwanzigstel der gesamtösterreichischen Ausfuhr. Auf ihre eigene Produktion berechnet, exportiert sie die Hälfte ihrer Erzeugnisse. Und mit rund 17.000 Beschäftigten stellt sie auch ein erhebliches Maß an interessanten und wichtigen Arbeitsplätzen. Diese Papierindustrie ist durch die verlängerte Übergangszeit diskriminiert, sie ist von ihren Hauptexportmärkten, von ihren Hauptabsatzgebieten ausgeschlossen, sie ist zugleich betroffen von einer weltweiten Überkapazität und sie sieht sich gewaltigen Problemen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gegenüber. Hier ist eine gezielte Strukturhilfe erforderlich und gerechtfertigt. Wir Freiheitlichen würden es begrüßen, wenn es bald zu brauchbaren Konzepten kommt.

Dr. Stix

Abschließend erlauben Sie mir, einen hier schon erwähnten allgemeinen Gesichtspunkt hereinzubringen, der aber, wie ebenfalls mein Vorredner sagte, gar nicht oft genug wiederholt werden kann. Es handelt sich um die immer mehr um sich greifende Geldwertverschlechterung. Wir müssen uns klar sein — ich habe jetzt nicht die Absicht, hier große währungspolitische Äußerungen zu versuchen, sondern ich möchte lediglich den Zusammenhang mit dem Start zur europäischen Integration herstellen —, daß eine rapide Geldwertverschlechterung in Österreich zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten österreichischen Wirtschaft gerade am Vorabend der großen Integration verschlechtert. Wenn diese Entwicklung der Geldwertverdünnung in Österreich weiter fortschreitet, werden wir bald nicht mehr im Mittelfeld stehen, sondern dann werden wir bald voranmarschieren in Europa. Und dann wird es sehr wohl eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit sein, wie hoch das Preis- und Kostenniveau in Österreich ist. Daß nämlich die Europäische Gemeinschaft ihrerseits sehr wohl das Problem erkannt hat und willens ist, Maßnahmen zu ergreifen, bewies der gestrige Beschluß der EWG-Außen- und -Finanzminister in Rom. Bekanntlich wurde dort die Schaffung eines europäischen Währungsfonds beschlossen. Gleichzeitig aber erklärten die EWG-Außenminister und -Finanzminister ihre Absicht — ich zitiere aus der Presse —, umgehend ein Aktionsprogramm gegen die fortschreitende Geldentwertung einzuleiten. Es wurde bereits über erste konkrete Schritte gesprochen.

Das ist ein Warnzeichen! Dieses Signal sollten wir beachten. Auch bei uns ist es allerhöchste Zeit, die Inflation zu stoppen, gerade auch im Hinblick auf die Integration. Eine Geldwertverschlechterung würde eine Wettbewerbsverschlechterung sondergleichen für Österreich bedeuten.

Ich möchte daher meine Ausführungen mit dem Appell schließen, den Beginn der Integration auch zu einem Beginn für eine energische Stabilitätspolitik zu machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Probst: Der von den Abgeordneten Dr. Stix und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht somit auch zur Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Pfeifer. Er hat das Wort.

Abgeordneter Pfeifer (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Im Auftrage meines Klubobmannes Gratz möchte ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, mitteilen, daß meine Fraktion auf Grund der eingebrachten

dringlichen Anfrage der ÖVP vorläufig zur vorliegenden Tagesordnung keine weiteren Redner stellen wird, da wir grundsätzlich an einer ausgiebigen Behandlung der dringlichen ÖVP-Anfrage interessiert sind.

Dieses Anbot, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unserer Meinung aber nur dann sinnvoll und zweckmäßig, wenn sich auch die beiden anderen Fraktionen des Hohen Hauses dazu bereit erklären können und die Rednerliste nicht über Gebühr verlängern. Ich möchte betonen: Wir wollen die Diskussion in keiner Weise abschneiden, wir sind nur der Meinung, daß dann, wenn dieses unser Anbot abgeschlagen wird, auch von uns ebenfalls weitere Redner gestellt werden müssen. *(Der Präsident übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.)*

Hohes Haus! Bevor ich mich mit den vorliegenden Abkommen mit der EWG beschäftige, möchte ich für meine Person eine Klarstellung zu einer APA-Meldung treffen, die gestern abend auch vom ORF übernommen und ausgestrahlt wurde und die unrichtig ist. *(Abg. Libal: Wie so vieles!)*

Es wurde mitgeteilt, daß ich offenbar aus Protest den Integrationsausschuß vorzeitig verlassen hätte. Dies ist unrichtig. Richtig ist, daß ich im Einvernehmen mit meiner Fraktion an den Beratungen des Integrationsausschusses von 9 Uhr bis etwa 10 Uhr 20 teilgenommen habe. Da um 10 Uhr im Budgetsaal bereits der Finanz- und Budgetausschuß seine Arbeit begann und da dort Agrarfragen behandelt wurden, wurde ich von meiner Fraktion zu diesen Beratungen gerufen. Ich bin also vom Integrationsausschuß sofort zu den Beratungen des Finanzausschusses gegangen.

Ich hoffe, daß diese Angelegenheit nun endgültig klargestellt ist, und ich bedaure, daß diese unrichtige Meldung veröffentlicht wurde, obwohl mein Klubobmann Gratz dem APA-Redakteur den Sachverhalt dargelegt hat.

Hohes Haus! Wenn wir heute die beiden Regierungsvorlagen 441 der Beilagen: Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, und 442 der Beilagen: Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, beraten, so ist es, wie ich meine, notwendig, daß man sich an die Plenardebatte vom 25. Juli 1972 erinnert. In dieser Hausdebatte anlässlich der Unterzeichnung der Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß mit Inkrafttreten des Interimsabkommens zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft zum

Pfeifer

Schutz unserer Wirtschaft Begleitmaßnahmen der Bundesregierung für die österreichische Wirtschaft getroffen werden müssen. Die Bundesregierung leitete daher ehestmöglich Gespräche über diese notwendigen Begleitmaßnahmen mit den zuständigen Interessenvertretungen ein. Diese Gespräche führten zu einem einvernehmlichen Ergebnis. Die beiden großen Parteien dieses Hohen Hauses einigten sich auf einen Katalog von notwendigen Begleitmaßnahmen.

Die große Oppositionspartei dieses Hauses, die ÖVP, hatte schon bei der Hausdebatte am 25. Juli kritisch vermerkt, daß ihrer Meinung zufolge bei den Verhandlungen in Brüssel zuwenig erreicht wurde, daß mehr drinnen gewesen wäre, daß das Ergebnis sehr dürftig sei und — so konnte man von seiten der ÖVP immer wieder hören — daß nicht ein Maximum, sondern eher, wie man meinte, ein Minimum für Österreich erreicht wurde. Ihre Taktik war schon damals klar durchschaubar, Ihre Argumente lauteten vor allen Dingen auch in den Ausschüssen, im Integrationsausschuß: der Vertragsinhalt sei zu gering, der Vertrag sei fast schlecht, die Regierung — das wird ja von Ihnen immer wieder betont — habe nicht alle Chancen genützt, obwohl Sie sich selbst, meine Damen und Herren von der ÖVP, längst im klaren darüber sind, daß Sie, dürften Sie von der Mehrheit der Bevölkerung aus regieren, wenn überhaupt einen Vertrag zustande gebracht hätten, so sicherlich weniger, auf keinen Fall aber mehr als unsere Verhandler aus Brüssel nach Wien gebracht hätten.

Jeder Realist weiß längst, daß bei diesen Verhandlungen die Europäische Gemeinschaft auf dem längeren Hebelarm saß und daß sie sich dieser Position selbstverständlich sehr wohl bewußt war. Eine Alles-oder-Nichts-Verhandlungsmethode konnte für uns Sozialisten nicht zielführend sein. Die Vergangenheit hat dies ja auch klar bewiesen.

Unsere Bundesregierung hat die einzig richtige Taktik gewählt, nämlich wie das unser Integrationsminister einmal im Ausschuß genannt hat: die Taktik der mühseligen tausend kleinen Schritte, und diese hat unserer Auffassung zufolge auch zum Erfolg geführt.

Uns Sozialisten war von Anfang an klar, daß auf Grund unserer bei der Europäischen Gemeinschaft vorgefundenen Verhandlungsposition nichts Spektakuläres zu erwarten war. Für alle jene, die die österreichische Ausgangsposition bei den Verhandlungen spektakulär überschätzen, war klar, daß sie plötzlich und sehr jäh eine Enttäuschung erleben mußten, die sie auf die harte Wirklichkeit zurückbrachte.

Wenn man heute den Argumenten der ÖVP-Redner folgt, kann man die große Oppositionstaktik aus der Sitzung des 25. Juli in Neuaufgabe sehr leicht wiedererkennen. Gerade in den Ausschüssen ist das so richtig prägnant zutage getreten. Ich bin ehrlich genug zu betonen, daß es in der heutigen Hausdebatte nicht so offensichtlich vorgetragen wurde wie im Integrationsausschuß.

Heute ist es nicht nur der in Rede stehende Vertrag, sondern es sind auch die mit der ÖVP einvernehmlich getroffenen Begleitmaßnahmen, die, wie wir bereits gestern im Integrationsausschuß von Rednern der großen Oppositionspartei hören konnten, als kleinkarierte Begleitmaßnahmen bezeichnet werden.

Sie haben ferner gemeint, daß für viele Berufsgruppen — so hörten wir es gestern im Integrationsausschuß — eine Hilfestellung dringend notwendig ist, und forderten eine liberalere Haltung der Bundesregierung.

Sie deponierten ferner, daß es in Österreich um Tausende Arbeitsplätze gehe. Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, möchte ich von dieser Stelle aus sagen, daß wir Sozialisten und daß unsere Bundesregierung die österreichische Wirtschaft, ihre Probleme und Sorgen sehr genau kennen und alles tun und vorkehren, um aus Österreich einen modernen Industriestaat zu machen, in dem unsere Staatsbürger ein Leben in dem gemeinsam erarbeiteten Wohlstand in Freiheit und Demokratie leben und gestalten können.

Gerade weil wir die gesamtwirtschaftliche Situation kennen, Hohes Haus, aus der Sorge und aus der Verantwortung, die wir für die österreichische Wirtschaft und für die Erhaltung der Arbeitsplätze tragen, sind wir Sozialisten der Meinung, daß dem vorliegenden Vertragswerk, dem größten nach Abschluß des Staatsvertrags, eine ganz große Bedeutung zukommt. Von einer zuwenig liberalen Haltung unserer Regierung und von kleinkarierten Begleitmaßnahmen kann überhaupt keine Rede sein!

Hohes Haus! Lassen Sie mich nun mit dem äußerst schwierigen Problem meines Berufsstandes, der österreichischen Landwirtschaft, befassen.

Die österreichische Landwirtschaft ist im Interimsabkommen leider nicht enthalten. All jene, die seit Jahren die Verhandlungen mit der Gemeinschaft beobachten, mußten erkennen, daß die Europäische Gemeinschaft, immer klar und bestimmt und für jedermann erkennbar, die österreichische Landwirtschaft aus vielen Gründen nicht in das Interimsabkommen aufnehmen wird.

Pfeifer

Es ist jedoch unserer Verhandlungsdelegation gelungen, im Artikel 12 des vorliegenden Interimsabkommens den nachstehenden Text zu vereinbaren und in den Vertrag aufzunehmen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten den Artikel 12 des Vertrages wörtlich:

„Die Vertragsparteien erklären sich bereit, unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Agrarpolitik die harmonische Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, auf die dieses Abkommen keine Anwendung findet, zu fördern.

Auf dem Gebiet des Veterinärwesens und des Gesundheits- und Pflanzenschutzes wenden die Vertragsparteien ihre Regelungen in nichtdiskriminierender Weise an und treffen keine neuen Maßnahmen, die den Warenverkehr unangemessen behindern.

Die Vertragsparteien prüfen nach Artikel 27 die Schwierigkeiten, die im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auftreten könnten, und bemühen sich um Lösungen für diese Schwierigkeiten.“

Hohes Haus! Außerdem konnte eine vernünftige Abschöpfungsregelung erreicht werden. Sie alle wissen, daß gerade auch bei den Verhandlungen über das Problem Landwirtschaft es sicher die Taktik der mühseligen kleinen Schritte war. Sie wissen, daß auch der Zuchtrinderexport von 20.000 auf 30.000 Stück erhöht werden konnte. Wir sind also der Meinung, daß man ohneweiters doch von kleinen Erfolgen sprechen kann.

Hohes Haus! Ich möchte mich jetzt mit den Begleitmaßnahmen, die einvernehmlich mit der ÖVP geregelt wurden und die die Landwirtschaft betreffen, befassen. Wir hören — trotz der gemeinsam vereinbarten Begleitmaßnahmen — von der ÖVP, daß diese Begleitmaßnahmen — wie das auch gestern von einem ÖVP-Redner im Integrationsausschuß betont wurde — eine Minilösung darstellen und daß wir wegen einiger Dutzend Millionen Schilling Schwierigkeiten machen.

Dies ist in keiner Weise zutreffend. Zutreffend ist, Hohes Haus, daß wir gerade speziell für die Landwirtschaft sehr wesentliche und wichtige Begleitmaßnahmen gemeinsam getroffen haben. Ich zitiere wörtlich aus der Gesprächsvereinbarung mit der ÖVP über die Begleitmaßnahmen für die Landwirtschaft mit Genehmigung des Herrn Präsidenten. In diesem gemeinsam vereinbarten Papier liest man als wesentliche Begleitmaßnahmen:

„Zur Anpassung des österreichischen Einfuhrregimes bei landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten an das System der EWG

wurde die Ausgleichsabgabengesetznovelle, die zwischen den betroffenen Bundesministern und den Interessensvertretern verhandelt wurde, in den Nationalrat eingebracht und wird gleichzeitig mit dem Interimsabkommen behandelt werden.

Was die durch dieses Importregime nicht abgedeckten Härtefälle und das Exportregime betrifft, werden die Verhandlungen mit dem Ziel weitergeführt, daß spätestens gemeinsam mit dem Globalabkommen eine entsprechende Regelung beschlossen wird. Hierbei sollen die in den EWG-Staaten gültigen und in Österreich vergleichbaren Staaten angewandten oder geplanten Regelungen geprüft werden.

Die Geltungsdauer der Wirtschaftsgesetze wird um weitere zwei Jahre, das ist bis 31. Dezember 1974, verlängert.

Über diese Gesetze, im besonderen über das Marktordnungsgesetz, werden im Frühjahr 1973 Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen, die Regelungen dieser Gesetze an die zwischenzeitig eingetretene gesamtwirtschaftliche, agrar- und ernährungswirtschaftliche Entwicklung anzupassen.

Zur Sicherung des Absatzes von österreichischer Milch und Erzeugnissen aus Milch werden folgende Maßnahmen gesetzt:

Es werden nachdrückliche Anstrengungen unternommen werden, um eine ähnliche Regelung für den Absatz österreichischer Erzeugnisse aus Milch, insbesondere Butter und Vollmilchpulver, durchzusetzen, wie dies mit dem Protokoll Nr. 16 des britischen Beitrittsvertrages zugunsten der Exporte von Butter und Käse nach Großbritannien erreicht wurde.

Parallel dazu werden unter Berufung auf Artikel 12 des Interimsabkommens und auf Artikel 15 des Globalabkommens Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Ziele aufgenommen, eine tragbare Dauerlösung für die Sicherung der österreichischen Exporte von Erzeugnissen aus Milch in den EWG-Raum zu erreichen.

Die Bestrebungen zur Sicherung des britischen Marktes werden ebenso wie die Bestrebungen der österreichischen Exportwirtschaft nach Erschließung und Sicherung zusätzlicher Absatzmärkte unterstützt werden.

Die gemäß § 9 des Marktordnungsgesetzes für die Absatzförderung bestimmten Mittel werden bei Bedarf im gesetzlich vorgesehenen Ausmaß herangezogen.

In diesem Zusammenhang wird sich Österreich auch — ähnlich wie insbesondere Neuseeland — für den Abschluß eines internationalen Mindestpreisübereinkommens ein-

Pfeifer

setzen, dessen Ziel es sein soll, die harmonische Entwicklung des internationalen Handels mit Erzeugnissen aus Milch zu angemessenen Preisen zu entwickeln und zu sichern.

Zum Ausbau der Qualitätskontrolle, insbesondere bei Obst und Gemüse, werden ... Verordnungen auf Grund des Qualitätsklassengesetzes erlassen ...

Die zur Sicherung der Inlandskontrolle notwendigen Maßnahmen sind Gegenstand der mittelbaren Bundesverwaltung und werden durch Fühlungnahme mit den Herren Landeshauptmännern sichergestellt. Soweit mit der Qualitätskontrolle besondere Bundesorgane befaßt sind, ist die Durchführung sicherzustellen!“

Hohes Haus! Nach dieser Summe von Maßnahmen kommt die ÖVP und sagt: Das alles ist doch viel zu wenig! Die Volkspartei und ihre Bauernbündler prophezeien — so hörte man gestern im Ausschuß —, wenn nicht sofort eine Erstattungsregelung kommt, fast das Ende der Landwirtschaft in Österreich. Sie sehen schwarz für die Existenz der Landwirtschaft. Zehntausende Bauern — so meinen sie — werden zugrunde gehen.

Hohes Haus! Lassen Sie mich zu dieser Weltuntergangpropaganda der ÖVP und ihres Bauernbundes den österreichischen Bauern gegenüber sagen: Wir Sozialisten — und das sage ich Ihnen als Bauer und sozialistischer Abgeordneter — haben und werden nie, wie Sie das zu Ihrer Regierungszeit getan haben, von Strukturpolitik nur reden, sondern wir werden Strukturpolitik in der Landwirtschaft gemeinsam mit den österreichischen Bauern, deren Anliegen und Probleme wir sehr genau kennen, machen.

Wir wissen, daß innerhalb eines Jahres — Kollege Minkowitsch hat diese Zahl heute bereits genannt — 30.000 Landwirte in andere Berufe abgewandert sind. Sie selbst, meine Damen und Herren der ÖVP, wissen aus Ihrer monokoloren Regierungszeit ganz genau, daß auch während der ÖVP-Regierungszeit jährlich zirka 20.000 aus der Landwirtschaft in andere Berufe übergewechselt sind. Für uns heißt diese natürliche Entwicklung nicht — wie Sie behaupten — ein Zugrundegehen von zehntausenden Bauern, sondern, wenn der Bauer in Form einer freien Entscheidung früher oder später selbst einsieht, daß es ihm trotz größter Anstrengungen nicht möglich ist, im harten Existenzkampf zu bestehen, und dann zum Nebenerwerb oder zu einem anderen unselbständigen Beruf greift, halten wir dies nur für richtig und gönnen ihm sein höheres Einkommen als unselbständig Tätiger.

Wir Sozialisten sehen im vernünftigen Gesundheitswachsen landwirtschaftlicher Betriebe durch die freie Entscheidung der Betriebsinhaber, der Landwirte, keine nationale Katastrophe für Bauern und Staat, sondern eine Entwicklung, die man gemeinsam, Regierung, Interessenvertretung und Bauer, dort, wo sich der selbständige Landwirt frei entscheidet, größtmöglich unterstützen soll.

Es ist daher, aus diesem Blickwinkel betrachtet, auch von größter Wichtigkeit, daß unsere Regierung, wie sie dies ja in hervorragender Weise tut, eine Politik der Vollbeschäftigung für alle unsere Bürger macht. Es ist gleichfalls zu begrüßen, daß die Mittel für die Arbeitsmarktförderung im Budget 1973 wesentlich erhöht werden.

Was nun die Forderung der Erstattungsregelung betrifft, die den Unsicherheitsfaktor für die österreichische Landwirtschaft ausschalten soll, muß gesagt werden, daß es — wie Sie wissen — Gespräche gibt — der Herr Integrationsminister hat ja heute bereits davon berichtet —, um ein Modell zu finden, das dieses Problem einer vernünftigen Lösung zuführen soll.

Hohes Haus! Wir wissen, daß es gerade in der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft nicht nur mit Milliarden dotierte Fonds, sondern auch den größtmöglichen Agrarprotektionismus gibt. Wir sehen in der Erstattungsregelung keine Lösung, was das Zuckerproblem betrifft. Die Erstattungsregelung würde gerade bei der Zuckerrübenproduktion möglicherweise zur Überschußrübe animieren und damit sinnwidrig staatsbelastend wirken.

Wenn sich bei der EWG etwas ändert, wird sich, wie ich meine, mit großer Wahrscheinlichkeit auf dem Agrarsektor etwas ändern. Daher sollten wir in der österreichischen Landwirtschaft nicht Produktionssparten fördern, die zusätzliche Marktprobleme schaffen und die zusätzliche staatliche Mittel erfordern. Eben weil wir um den gigantischen Agrarprotektionismus der EWG und seine Folgen wissen, sollten wir unsere Landwirtschaft nicht protektionistischer gestalten als unbedingt notwendig.

Hohes Haus! Dieser vorliegende Vertrag veranlaßt uns weder zu Euphorie noch zu Kleinmut. Betrachten wir ihn als große Herausforderung, aber auch als große Chance für die österreichische Wirtschaft! Nehmen wir diese Herausforderung und Chance zugleich als den großen Schritt eines kleinen Landes in das größere Europa an, und machen wir als Österreicher eine gemeinsame österreichische Lösung, wie sie die Volksvertretung dieses Hohen Hauses in der Vergangenheit

Pfeifer

mit der Beschlußfassung unseres Staatsvertrages getroffen hat, zum Wohle der Menschen in unserer Republik! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner kommt der Abgeordnete Wedenig zum Wort.

Abgeordneter **Wedenig** (OVP): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Meine Vorredner von der Österreichischen Volkspartei haben in ihren Ausführungen sowohl die Grundsatzfrage als auch die Spezialprobleme, die der Assoziierungsvertrag mit sich bringt, beleuchtet. Ich kann mich daher dem Appell des Herrn Abgeordneten Pfeifer — den er übrigens selber gar nicht eingehalten hat, was die Länge seiner Ausführungen betrifft — anschließen, mich kurz fassen und nur mit jener Problematik beschäftigen, die uns Arbeitnehmer, uns Gewerkschafter besonders berührt.

Mit Befriedigung habe auch ich zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung — wenn auch erst in letzter Stunde sozusagen — unsere vom ÖAAB, von der Fraktion christlicher Gewerkschafter und unserer Partei vorgebrachten, lange geforderten Begleitmaßnahmen aufgegriffen hat, daß darüber verhandelt und schließlich ein tragbares Ergebnis zustande gebracht wurde.

Die Forderungen nach den uns Arbeitnehmer unmittelbar betreffenden Vorsorge- und Begleitmaßnahmen, die wir in den nachfolgenden Punkten zusammengefaßt haben, nämlich alles daranzusetzen, um die Arbeitsplätze zu erhalten, die Vergabe der Mittel gerecht und vorsorglich zu treffen, besondere Vorsorge für die älteren Arbeitnehmer zur Erhaltung ihres Arbeitsplatzes zu treffen, und schließlich und endlich über alle diese Maßnahmen Bericht zu erstatten, sind erfüllt worden, und wir sind glücklich darüber. Ihnen wurde gestern bei den zu Ende geführten Parteienverhandlungen Rechnung getragen, und es wurde sichergestellt — wie wir auch heute dem Bericht des Herrn Finanzministers entnehmen konnten —, daß der Gesamteinsatz der Förderungsmaßnahmen in einem Wirtschafts- und Sozialfonds der Bundesregierung zusammengefaßt wird.

Aber in diesem Zusammenhang und gerade was diesen Fonds betrifft, wird noch zu klären sein, in welcher Form sich die Verwaltung und die Vergabe der Fondsmittel vollziehen wird, und ich möchte die Gelegenheit nicht versäumen, um die Forderung zu erheben, daß dieser Fonds nach dem bewährten Muster der paritätischen Zusammensetzung verwaltet wird und damit den Arbeitnehmern das entsprechende Mitspracherecht gewährleistet bleibt.

Bei der Lösung dieses Problemes und bei der Lösung aller dieser Probleme, die wir uns jetzt gestellt haben, folgen wir dem Beispiel der EWG selbst, die noch durch die Initiative der christlichsozialen Parteien im EWG-Raum, aber auch der christlichen Gewerkschaften einen eigenen EWG-Sozialfonds geschaffen hat, mit dessen Hilfe den betroffenen Ländern 50 Prozent jener Summen rückvergütet werden, die sie zur Bekämpfung einer aus dem Integrationsrisiko möglichen strukturellen Arbeitslosigkeit benötigen.

Die Rückvergütung im EWG-Raum, und zwar die Umschulung zu neuen Berufen, umfaßt die Kosten der Umsiedlung Arbeitsloser in neue Wirtschaftsräume und die Erstattung von Lohnausfällen, die sich aus der Umschulung der betroffenen Arbeitnehmer ergeben.

Einen ähnlichen Weg sind wir mit dem von der Frau Minister Rehor seinerzeit geschaffenen Arbeitsmarktförderungsgesetz gegangen, das jetzt durch eine Novellierung EWG-konform gemacht werden muß.

Der wesentliche Unterschied zum Sozialfonds der EWG besteht aber darin, daß wir in Österreich die erforderlichen Mittel aus der eigenen Tasche zu bezahlen haben, das heißt wir bezahlen doppelt: einerseits indirekt in den Sozialtopf der EWG durch unsere Exporte in die EWG, in den EWG-Raum, weil ja aus den Importabschöpfungen Teile davon in diesen EWG-Sozialfonds fließen, und andererseits durch unsere Beitragsüberschüsse zur Arbeitslosenversicherung, aus denen ja die Mittel für die Arbeitsmarktförderung geschöpft werden.

Das ist an sich eine paradoxe Situation: Wir bezahlen hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, verwenden diese Beiträge aber nicht zur Gänze für die Arbeitslosen selber, sondern verwenden sie zum Teil dafür, daß es weniger Arbeitslose gibt — ein Vorgang, der sicherlich in der Welt nicht bald seinesgleichen findet, dem wir aber die Zustimmung geben, weil er bisher erfolgversprechend war und auch Erfolge gebracht hat.

Aber trotz aller Chancen, die uns die Integration bringt und der österreichischen Wirtschaft eröffnet, dürfen wir die Schwierigkeiten nicht bagatellisieren, so wie es hier von einigen Vorrednern da und dort durchgeklungen ist.

Es gibt eine Reihe von wichtigen Forderungen, die nicht erfüllt werden konnten. Und gerade diese unerfüllten Forderungen und Wünsche sind es, die uns Sorgen bereiten.

Wedenig

Der Integrationsbericht der Bundesregierung hat leider verschwiegen, daß nach wie vor Tausende sogenannte sensible Produkte einer Zolldiskriminierung unterworfen bleiben, also jene Produkte, die vom normalen Zollabbau des Abkommens ausgeschlossen sind und die 14,9 Prozent unserer Gesamtexporte ausmachen. Darunter fallen Papier, Papierwaren, Zellwolle, Ferrolegerungen, Edelstahl, Aluminium, Blei, Zink und hochschmelzende Metalle. Bei diesen Gütern, verehrte Damen und Herren, erfolgt der Zollabbau erst in sieben beziehungsweise elf Jahren.

Allein in der Papierindustrie beschäftigen wir aber derzeit 17.500 Arbeiter und Angestellte, wovon nach Erhebungen 5000 tatsächlich gefährdet sind.

In den übrigen Zweigen der sensiblen Produktion sind es rund 93.000 Arbeitnehmer, die ebenfalls zumindest zum Teil gefährdet sind, wenn nicht rechtzeitig mit vorsorglichen Maßnahmen eingesetzt wird.

Diese Details wurden bisher nicht erwähnt und in diesem Bericht nicht veranschaulicht.

Sie werden daher verstehen, wie wichtig und vordringlich für uns die Vereinbarung der notwendigen Begleitmaßnahmen war, und daß wir davon die Bedingung unserer Zustimmung zu diesem Vertrag abhängig machten.

Dazu kommt noch der eminent wichtige Weg der wirtschaftlichen Integration der Großbetriebe.

Dazu kommt noch die fortschreitende Fusionierung, die die westliche Industrie fortlaufend vollzieht. Den relativ kleinen und kapitalarmen österreichischen Firmen werden in Zukunft die mächtigen Industriekonzerne einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf liefern. Wer die Praxis der Markteroberung kennt, wer weiß, wieviel finanzielle Opfer Großfirmen und Unternehmungen für Markteroberungen aufwenden, der weiß, wie schwierig es Kleinfirmen haben, die nicht in der Lage sind, solchen gigantischen Angeboten vor allem auf dem Werbesektor entgegen zu können.

Unsere ganze Sorge muß daher auf die Sicherung der Arbeitsplätze konzentriert sein, und es sind daher alle Mittel und alle Vorausplanungen des Marketings und des technischen know how einzusetzen, um das sicherzustellen.

Aber um das zu erreichen, bedarf es mehr denn je einer gesunden Leistungsgemeinschaft, einer Leistungsgemeinschaft, die nur erzielbar ist, wenn Mitgestaltung, Mitverantwortung

und Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen gewährleistet sind.

In diesem Sinne — ich bitte mich jetzt nicht falsch zu verstehen — begrüßen wir jede vernünftige Form eines Mitbestimmungsmodells, erklären aber — ich bitte die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion hierher zu hören — unmißverständlich: Jeder Versuch der Sozialistischen Partei, das Problem der Mitbestimmung mit parteitaktischen und parteistrategischen Zielsetzungen zu verquicken, wird von uns mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Mitbestimmung, zu der wir uns bekennen, kann nur vollzogen werden und gesellschaftspolitisch relevant werden, wenn sie auf dem Boden der gemeinsamen Beschlüsse und Überlegungen wächst und wenn sie nicht unter dem Titel der bisher geübten sogenannten Demokratisierung, sondern unter den Auspizien der lebendigen, von allen getragenen Demokratie geboren wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte namens meiner Fraktion ein paar Gedanken zu den heute zu behandelnden Verträgen vor allem von dem Gesichtspunkt aus entwickeln, daß es sich ganz besonders beim Globalabkommen um ein Vertragswerk handelt, das ganz entscheidende zukunftsorientierte Dynamik enthält. Es ist, wenn das auch nur in einem ganz besonderen Paragraphen formuliert wird, seinem Wesen nach und, wie ich glaube, vom österreichischen Standpunkt her seiner Zielsetzung nach ein echter Entwicklungsvertrag.

Die gegenwärtige Situation hat nach sehr langen Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt, das vom politischen und außenpolitischen Standpunkt schließlich fast komplikations- und geräuschlos über die Bühne gegangen ist, wenn ich von gewissen zu erwartenden, und ich möchte fast sagen, einkalkulierten Tönen aus bestimmten Weltgegenden absehe.

Aber weil wir Freiheitlichen, die wir in dieser Frage immer eine sehr konsequente Haltung verfolgt haben und die wir, wie es von unseren Sprechern, übrigens auch von Sprechern der anderen Parteien, heute ausgeführt wurde, in diesem Vertragswerk einen ersten konkreten Schritt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Integration und der uns

Dr. Scrinzi

dabei zugewiesenen Rolle sehen, ist es jedenfalls vom Standpunkt meiner Partei doch wesentlich, ein paar Dinge über die integrationspolitische Bewertung dieser Verträge zu sagen und einige Worte über die Standortbestimmung, von der aus nun die weitere Entwicklung betrachtet werden muß, zu verlieren.

In die Vorgeschichte, wobei ja die Meinungen der Fraktionen dieses Hauses unterschiedlich sind — wir haben schon anlässlich der Debatte vom 25. Juli auf wenigstens unserer Meinung nach entscheidende Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen hingewiesen —, möchte ich nicht allzu ausführlich eingehen. Aber ich kann es mir nicht versagen, noch auf eine Auseinandersetzung zurückzukommen, die der ÖVP-Abgeordnete Dr. Karasek in diesem Zusammenhang mit uns hatte. Er hat gemeint, wir hätten in der Frage der Vorgeschichte dieser Verträge zur Legendenbildung in Österreich beigetragen und müßten endlich von dieser Legendenbildung Abstand nehmen.

Gerade diese Verträge beweisen, glaube ich, sehr eindrucksvoll die Richtigkeit des alten Wortes, daß niemand zweimal in den gleichen Fluß steigen kann. Dieser Fluß hat sich in den 10 oder 12 Jahren des Verhandels natürlich mit wechselnder und wachsender Geschwindigkeit fortbewegt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß wir Jahre früher mehr hätten erreichen können, als erreicht wurde. Das sage ich leidenschaftslos. Ich kann es deshalb jetzt tun, weil wir ja unsere Zustimmung geben und letzten Endes das beachtliche Verhandlungspotential, das selbst hinter dieser von unserem Standpunkt aus noch zu kleinen Lösung steht, durchaus anerkennen und nicht unterschätzen.

Aber in der Zwischenzeit haben sich ein paar objektive, ich möchte sagen neutrale Stimmen gemeldet, die unsere Auffassung bestätigen. Der ja nicht unbekannt Landmann von uns, Herr Dr. Mayrzedt, der in der Schweiz tätige Wissenschaftler und einer der intensiven Kenner der EFTA, der EWG und ganz allgemein der Integrationsproblematik, hat vor kurzem nicht nur in einer sehr interessanten Monographie, sondern auch in Zeitschriften und Zeitungen verschiedenes darüber publiziert. Ein Kapitel hat er mit „Analyse der Versäumnisse und Chancen“ überschrieben. Durch diese wissenschaftliche, exakte und objektive Untersuchung wird der Standpunkt, den wir in dieser Frage immer eingenommen haben, bestätigt.

Natürlich, das Antreten eines Wahrheitsbeweises in einem politisch-historischen Ge-

schehen ist immer sehr schwierig, weil man das Experimentum crucis nicht machen kann, weil man die Entwicklung nicht auf den Ausgangspunkt zurückdrehen und sagen kann: Jetzt werden wir experimentell beweisen, daß es auch anders und besser gegangen wäre.

Aber wenn ich, um die Dinge zu entschärfen, die Haltung der Koalitionsparteien, im besonderen auch die Haltung der ÖVP in dieser Frage in einer Parabel umschreiben darf, so sehe ich das etwa so: Ein Mann macht einem Mädchen einen Heiratsantrag. Zugleich sagt er aber: Du bist mir zu wenig schön, du bist mir zu wenig klug, du bist mir zu wenig reich. Natürlich wird er abgewiesen, und dann rechtfertigt er es damit, daß er sagt: Auf meinen Heiratsantrag wäre sie sowieso nie eingegangen.

Auch in diesem Fall ist natürlich der Beweis dafür, daß es anders gegangen wäre, sehr schwer anzutreten. Infolgedessen soll man die Beweislast, die man uns zumutet, nicht übertouren.

Wir sagen noch einmal, und damit schließe ich aber diesen Ausflug in die Vergangenheit ab: Versäumnisse und Unterlassungen lagen hier vor. Ich gehe auch nicht auf die Motive ein. Sie mögen wirtschaftspolitischer Art sein und durchaus eine gewisse Berechtigung gehabt haben, sie mögen auf der anderen Seite — ich zeige nicht zufällig nach links — ideologischer Art gewesen sein. Nunmehr haben wir uns zu einem gemeinsamen Beschluß gefunden. Nunmehr ist der Integrationsweg, wie ich glaube, beschritten, wenn wir auch erst mit einem halben Fuß auf dem ersten Meter dieses langen schwierigen, aber, wie ich doch als Optimist in diesem Zusammenhang behaupte, erfolgreichen und ziel führenden Weges sind. (*Abg. L a n c: Beim Heiratsantragsvergleich fehlt mir das Motiv der Liebe, Herr Kollege!*) Das Motiv der Liebe war bei uns von vornherein sehr groß. Wenn ich an gewisse Äußerungen von führenden Sozialisten nicht nur des österreichischen Lagers, die heute schon zitiert wurden, denke, dann muß ich sagen: Die Liebe zu dem Mädchen Europa ist gerade im linken Lager relativ spät entdeckt worden. Das hat aber auch bestimmte Gründe. Es macht nichts. Nun lieben wir alle zusammen Europa, und das ist das Entscheidende und das Gute daran.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie, daß ich im Hinblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten, die wir in diesem Vertrag sehen, den Standpunkt meiner Partei bezüglich der außenpolitischen Erfordernisse, die ja in Österreich über weite Strecken mit neutralitätspolitischen Zweckmäßigkeiten

Dr. Scrinzi

identisch sind, darlege. Wir haben nichts von unserer Auffassung zurückzunehmen, daß es keine neutralitätsrechtlichen Hindernisse dafür gegeben hat und auch gibt, im Rahmen der EWG als neutraler Staat Vollmitglied zu werden. Irland hat das ja demonstriert.

Auch diesbezüglich gibt es interessante wissenschaftliche Untersuchungen, die durchaus diesen Standpunkt vertreten und besagen: Mit gewissen Neutralitätsvorbehalten, die auch nach der Struktur der Römer Verträge möglich wären, wäre ein solches Verhältnis denkbar.

Wir betonen, daß es aber neutralitätspolitische Zweckmäßigkeiten durchaus als richtig erscheinen lassen, daß wir einen anderen Weg gegangen sind und daß wir damit vielleicht ohne größere Risiken diese erste Etappe abschließen konnten.

Wir sind aber der Meinung, daß bei der multilateralen Verflechtung der Beziehungen im Welthandel, der globalen Handelspolitik ja ohnedies de facto ein Zustand erreicht ist, in dem ohnedies die Notwendigkeit besteht, zu überlegen, wieweit solche, die Handlungsfreiheit, die Vertragsfreiheit der einzelnen Länder einschränkende Verträge, wieweit derartige interdependente, weltweite Abkommen noch als Kriterium für Souveränität und Neutralität gelten können.

Wir sind deshalb der Meinung, daß unser Bemühen sein müßte — selbstverständlich bei sehr kritischer Bedachtnahme auf unsere Verpflichtungen aus internationalen Verträgen und auf die Notwendigkeiten unserer neutralitätspolitischen Kalkulationen —, eine weitere wirtschaftspolitische Annäherung zu suchen, in bestimmten Bereichen zumindest teilweise auf Autonomie zu verzichten und sich dafür die Einflußnahme auf wirtschaftspolitische Entscheidungen dieses vergrößerten EWG-Raumes zu sichern. Das ist uns in dieser ersten Phase nicht gelungen, sollte aber nach unserer Meinung als ein Fernziel ins Auge gefaßt werden. Dies umso mehr, als nach unserer Auffassung auch unter den gegebenen Verhältnissen die wirtschaftspolitischen Integrationsmöglichkeiten, welche die Römer Verträge einräumen, weder von den Vollmitgliedern zur Gänze ausgenützt sind noch den Nichtvollmitgliedern, den Beitrittswilligen oder jenen, die nunmehr wie wir in ein Handelsabkommen eingetreten sind, einen genügenden Spielraum zur Intensivierung und zur Ausweitung dieser Beziehungen offenlassen. Hier kann vom Standpunkt der Freiheitlichen Partei der Meinung des Herrn Bundeskanzlers, die er jüngst in Alpbach geäußert hat, beipflichtet werden, daß sich der Spielraum

für die Neutralen vom Standpunkt Österreichs durchaus nicht anders darstellt wie für jeden anderen unabhängigen freien Staat in Europa. Es geht also darum, diesen Spielraum optimal und maximal auszunützen, was zweifellos nicht in einem einmaligen Zugriff, sondern nur in sehr konsequenten und beharrlichen, aber von vornherein auf eine klare integrationspolitische Zielsetzung ausgerichteten Verhandlungen geschehen kann.

Dieser Spielraum — mit anderen Worten gesagt — reicht nach unserer Auffassung konkret und theoretisch von der Möglichkeit der Vollmitgliedschaft bis zur völligen Abstinenz, deren sich ja gegenwärtig kaum mehr einer der in Frage kommenden Staaten befleißigt.

Wir sind, und ich glaube, da besteht Übereinstimmung zwischen allen Parteien dieses Hauses, der Meinung, daß es gerade im Hinblick auf die besondere Situation Österreichs, auf seine neutralitätspolitischen Erfordernisse, zweckmäßig ist, dieses beharrliche, zielstrebige Verhandeln um Ausweitung und Vertiefung der Beziehungen — ich klammere jetzt, das ist ja von meinen Parteifreunden schon gesagt worden, die rein substantiellen Zielsetzungen aus, ich rede von den politischen und außenpolitischen — zu synchronisieren mit den Bemühungen — wobei wir durchaus Zustimmung, Verständnis und, wenn ich so sagen darf, Förderung auch der EWG-Mitglieder haben — um den Ausbau und die Verbesserung unserer West-Ost-Beziehungen. Daß wir hier eine ganz besondere Aufgabe haben könnten, davon bin ich überzeugt, wengleich ich damit nicht sagen will, daß Stil und Gangart, die dabei in den vergangenen Jahren von Österreich eingeschlagen wurden, unseren ungeteilten und kritiklosen Beifall finden.

Daß es im Rahmen einer solchen Zielsetzung keineswegs auf unserer Linie liegen kann, weder in unserer politischen noch in unserer gesamten grundsätzlichen geistigen und gesellschaftspolitischen Orientierung, die Spannungen mit den Vereinigten Staaten zu erhöhen, brauche ich als freiheitlicher Sprecher hier nicht zu betonen. Wir sind keine unkritischen Nachhänger alles dessen, was aus Amerika kommt, wir sind aber überzeugt, daß die atlantische, auch die atlantische wirtschaftliche Kooperation eines der Fundamente ist, auf denen auch unsere Freiheit ruht.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Funktion und unsere Zielsetzungen bei der vor den Toren stehenden europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Hier werden wir sehr bemüht sein müssen, diese Konferenz, die ihrer Vorgeschichte und

Dr. Scrinzi

ihrer Zielsetzung nach primär ein Hauptanliegen der russischen Westpolitik war, auch zu einem Austragungs- und Erfüllungsort unserer eigenen vitalen Interessen zu machen, um zu gewährleisten, daß das programmierte Ziel dieser Konferenz, die Sicherheit in Europa zu erhöhen, die Spannungen abzubauen, am besten dadurch dokumentiert werden kann, daß der Osten die integrationspolitischen Ziele des Westens und die Rolle, die Österreich dabei spielen kann, zur Kenntnis nimmt.

In diesem Zusammenhang darf ich nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß unsere Prognose über die russische Haltung zur Frage einer Assoziation, eines Nahverhältnisses, eines Vertrages besonderer Art oder eines Handelsabkommens, wie es nun letzten Endes abgeschlossen wurde, eine sehr realistische sein wird, daß Rußland, die UdSSR, ihre Begleitmusik nicht zuletzt darauf hin abgestimmt hat, ihre mit dieser Entwicklung zusammenhängenden und von ihr berührten eigenen wirtschaftlichen und auch politischen Interessen zu fördern.

Die letzte Phase und ganz besonders auch das Aide-mémoire, das Moskau Österreich übermittelt hat, zeigen ganz eindeutig, daß, wie immer in der russischen Geschichte, wie ein Ausflug auch in die letzten fünfzig Jahre russischer Geschichte beweisen würde, in der Endkonsequenz seine ideologischen Doktrinen den realpolitischen Zweckmäßigkeiten und Vorteilen untergeordnet wurden. Sehr euphemistisch ausgedrückt ist die Lehre und die Konsequenz aus dieser neuerlichen Erfahrung für uns die, daß wir durchaus zu Recht etwas mutiger und selbstbewußter auftreten können.

Im übrigen wäre ja mit ein Beweis für die Richtigkeit der Einschätzung der russischen Haltung in dieser Frage vor allem die Haltung der westlichen kommunistischen Parteien gewesen, denn sehr früh schon hat etwa die italienische KP ihre durchaus konstruktive und positive Haltung zur wirtschaftlichen Integration Europas dokumentiert, wobei die Motive hier nicht erörtert werden sollen. Sie waren nicht ganz selbstlos und sie waren nicht so sehr von einer inneren Überzeugung der politischen Zweckmäßigkeit dieses großen wirtschaftlichen Unternehmens des freien Europa getragen, aber sie waren möglich, sie wurden öffentlich bekundet, und sie wurden auch vom Kreml toleriert. Nicht anders war die Haltung der gleichfalls nicht unbedeutenden kommunistischen Partei Frankreichs.

Meine Damen und Herren! Damit bin ich am Ende und darf noch ganz kurz die Schlußfolgerung darstellen, die wir, die Freiheitliche Partei, aus der nunmehr eingetretenen neuen

Lage in Europa ziehen. Wenn ich das nur auf Europa einschränke, so nicht deshalb, weil nicht etwa auch die Änderung der weltpolitischen Situation, das Eintreten der Volksrepublik China in die globale Politik, gleichfalls bedeutsam wäre für die Entscheidungen, die Österreich künftig auf dem Gebiet der Integrationspolitik zu treffen hat.

Die neue Situation macht das Überdenken des bisherigen österreichischen Integrationskonzeptes notwendig, und ebenso, unsere neutralitätspolitische Haltung einer Prüfung zu unterziehen. Dabei, wenn wir ein solches Modell entwickeln, das uns dienen soll, um nunmehr mit mehr Konsequenz, mit mehr Überzeugungskraft, mit mehr innerer Logik den eingeschlagenen Weg der wirtschaftlichen Integration fortzusetzen, ist es selbstverständlich, daß auch in Zukunft nicht der geringste Zweifel an unserer neutralitätsrechtlichen Grundhaltung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen auftauchen darf, wie ich es schon gesagt habe.

Aber ebenso sollten wir mit mehr Entschiedenheit, mit mehr Entschlossenheit und mit mehr Selbstvertrauen als in der Vergangenheit die neutralitätspolitische Kompaßzahl nach unseren Bedürfnissen und unseren Zielsetzungen bestimmen, denn letzten Endes haben — ich wiederhole das, weil es mir wichtig erscheint — gerade die jetzt zum Abschluß gekommenen Handelsvertragsverhandlungen in Moskau gezeigt, daß vieles von dem, was manchen früheren Politiker in Österreich veranlaßt hat, allzufrüh und zu rasch in die Knie zu gehen, letzten Endes eine sehr geschickte Taktik der Sowjetunion war, um ihre eigenen Interessen wirksam ins Spiel bringen zu können.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben diesen Verträgen trotz ihrer Mängel und obwohl sie auf sehr entscheidenden Gebieten unsere Erwartungen leider nicht erfüllt haben, unsere uneingeschränkte und rückhaltlose Zustimmung gegeben, weil wir der Meinung waren, daß hier eine entscheidende Etappe europäischer Politik beginnt und daß in dieser jetzt beginnenden neuen Entwicklungsphase Österreich im eigenen, aber auch im gesamteuropäischen Interesse eine aktive Rolle spielen kann und auch spielen muß. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner zum Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Pfeifer, ich hoffe, Sie haben Verständnis, wenn ich nach Ihrem Appell, die Rednerliste möglichst zu kürzen, doch noch spreche. Sie mein-

Dr. Lanner

ten, man soll sie kürzen, damit man Zeit hat, die Dringliche ausreichend zu behandeln; ich sage: Ich gebe Ihnen Zeit, sich entsprechend darauf vorzubereiten.

Herr Kollege Dr. Scrinzi, Sie haben Doktor Mayrzedt zitiert und damit wieder mit der bekannten alten Story der Versäumnisse der früheren Jahre angefangen. Nun, man soll nicht ungestraft zitieren. Ich zitiere denselben Artikel, nur etwas weiter hinten und ein bißchen ausführlicher: „Ich komme heute auf das Scheitern der damaligen österreichischen Integrationspolitik nur deshalb zurück, weil ich darauf hinweisen möchte, daß in diesem Scheitern — so paradox dies klingen mag — eine Pionierleistung von Fritz Bock und der damaligen österreichischen Regierung zu erblicken ist.“

Ich glaube, dieses Zitat war notwendig. Der Wissenschaftler Dr. Mayrzedt begründet in der Folge, warum er zu dieser Auffassung kommt. Ich möchte fast sagen, er entschuldigt sich heute — es ist ein Artikel vom 11. August dieses Jahres — ein bißchen für die Anschuldigungen, die er früher gegenüber Minister Bock und der Regierung Klaus in dieser Sache erhoben hat. Ich glaube, das zu sagen war notwendig, um die Dinge in das richtige Lot zu rücken.

Meine Damen und Herren! Der Kollege Lanc hat gemeint, es bestehe ein enger Zusammenhang zwischen dem Interimsabkommen und dem Globalabkommen. Das ist richtig, und gestatten Sie daher, daß ich in kurzen Zügen das Wesentliche dieser Vereinbarungen in Brüssel noch einmal zusammenfasse, um dann auf einen speziellen agrarischen Schwerpunkt zu kommen.

Erstens: Der Vertrag, den wir in Brüssel unterzeichnet haben, sieht den vollständigen Zollabbau für industriell-gewerbliche Produkte bis 1. Juli 1977 vor.

Das zweite ist die Ausnahme, der verzögerte Zollabbau bei den sensiblen Produkten. Darauf wurde heute schon im speziellen eingegangen. Der verzögerte Zollabbau führt bei Papier erst Ende 1984 zu einem freien Handelsverkehr — ein sehr bedauerlicher Umstand, wenn wir an die österreichische Produktion auf diesem Sektor mit all ihren Problemen denken. Im Bereich der Edelmehle und Ferrolegierungen sowie in verschiedenen anderen Bereichen wird der Freiverkehr erst 1980 hergestellt.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine kritische Bemerkung. Dieses Abkommen in Brüssel bezieht sich auf den gegenseitigen

Abbau der Einfuhrbeschränkungen. Die kritische Bemerkung betrifft den Umstand, daß wir bedauerlicherweise ein Vierteljahrhundert nach Ende der Kriegswirtschaft noch immer Ausfuhrbeschränkungen praktizieren: Ich erinnere an das Rohholz, an die österreichische Forstwirtschaft.

Ich komme zum dritten Punkt des Abkommens, zur Feststellung, daß die Landwirtschaft ausgeklammert ist. Nachdem wir vom Kollegen Pfeifer darüber eine eingehende Vorlesung erhalten haben, kann ich mich auf wenige Worte konzentrieren. Artikel 12 des Abkommens sieht lediglich die „harmonische Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ vor. Das, meine Herren von der Regierung, betrachte ich aber auf der anderen Seite als eine Verpflichtung und einen Ansatzpunkt für weitere Verhandlungen. Wir erwarten im Bereich der Landwirtschaft, daß man in nächster Zeit in Brüssel konsequent weiterverhandelt und Erfolge erzielt.

Der vierte und letzte Punkt ist die agrarische Sonderregelung, die in einem Briefwechsel vereinbart wurde. (*Abg. Dr. Tull: Vorsicht mit Briefen!*) Herr Kollege Tull, wenn Sie Quellen brauchen, ich habe alles hier, ich bin bestens mit Unterlagen ausgerüstet. Sie denken wahrscheinlich an die Sixtus-Briefe!

Die Sonderregelung für Agrarprodukte sieht Erleichterungen beim Export von Schlachtrindern durch eine Verminderung der Abschöpfung vor. Leider, Herr Integrationsminister, war es nicht möglich — ich bedaure das sehr, aber vielleicht bietet der Artikel 12 einen Ansatzpunkt für weitere Erleichterungen —, den Zoll von 16 Prozent bei Lebendvieh oder 20 Prozent bei Fleisch zu vermindern.

Das zweite, was erreicht wurde — das wollen wir anerkennen —, ist die Aufstockung des Exportkontingents für Nutztierfleisch von derzeit 20.000 auf künftig 30.000 Stück und die Reduzierung des Zolls von 6 auf 4 Prozent.

Das war keine Einbahnstraße, wir haben dafür Zugeständnisse bei Obst, Gemüse, Wein und Schnittblumen gemacht. Ich möchte gerade diesen letzten Punkt, Schnittblumen, besonders unterstreichen, weil er nach den bisherigen Informationen eine Berufssparte, die sich spezialisiert hat, in Schwierigkeiten bringen wird.

Von dieser Stelle wurde heute schon viel von Chancengleichheit gesprochen. Wenn wir von Chancengleichheit im Zusammenhang mit dem Gartenbau sprechen, dann, glaube ich, ist es aber auch angebracht, ein Beispiel zu zitieren, nämlich, daß die österreichischen Gartenbauer künftig einem wesentlich schärferen

Dr. Lanner

Wettbewerb mit den Niederlanden ausgesetzt sind. Und daß in den Niederlanden, Herr Landwirtschaftsminister — er kommt ... (*Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weis: Was heißt: er kommt? Er ist immer da!*) Er ist immer da; aber er kommt näher, wollte ich sagen. In den Niederlanden — Sie wissen das sicher — ist das Heizöl für die Gartenbaubetriebe etwa um 50 Prozent billiger als in Österreich.

Ich hoffe sehr, und ich ersuche Sie von dieser Stelle aus, daß Sie alles unternehmen, um die Chancengleichheit auch in diesem Punkt herzustellen.

Das war der erste Komplex — ich muß mich ja im Hinblick auf den Appell des Kollegen Pfeifer kurz halten —, der im wesentlichen zusammenfassen sollte: Was brachte das Brüsseler Ergebnis und was haben wir dafür gegeben?

Der zweite Punkt ist einem speziellen Punkt gewidmet, der sich auf die Landwirtschaft bezieht: Was bedeutet diese Integrationsbewegung, in der wir heute stehen, für die österreichische Landwirtschaft? Sie bedeutet, daß durch die Vergrößerung des Gemeinsamen Marktes von sechs auf zehn Länder der Spielraum für den Absatz österreichischer Agrarprodukte wesentlich geringer wird. Er wird deshalb geringer, weil sich die Mauer um die sechs nun auf zehn Länder vergrößert und die Landwirtschaft bekannterweise nicht Bestandteil des Abkommens ist.

Sie kennen alle — das wurde wiederholt hier erwähnt — unsere Sorge um den künftigen Absatz der Milchprodukte in England hinsichtlich Vollmilchpulver und Butter. Wir hoffen und erwarten, daß in dieser Richtung von der Regierung weitere Ergebnisse erzielt werden.

Die zweite Schlußfolgerung, die sich aus dieser Integrationsbewegung ergibt, ist, daß wir zumindest bei den Produkten, die Bestandteil des Abkommens sind, die Chancengleichheit herstellen. Ich denke hier im speziellen an die Verarbeitungsprodukte auf der Basis landwirtschaftlicher Rohstoffe. Auch darüber wurde heute schon eingehend gesprochen.

Ich habe gestern im Integrationsausschuß die Gelegenheit benutzt, dem Integrationsminister eine spezielle Frage zu stellen. Da man in der Behandlung der Verarbeitungsprodukte — ich erinnere an das Schlagwort „Erstattungsregelung“ — die verschiedensten Meinungen aus dem Regierungsbereich hört, habe ich gefragt: Was, Herr Minister, ist Ihre Ansicht? Glauben Sie, die Verarbeitungsprodukte auf der Basis landwirtschaftlicher Roh-

stoffe sind Zukunftsprodukte, oder sind es Produkte, über die wir die Beerdigungsformel sprechen sollten?

Der Herr Minister, ein Mann, der gerne in Beispielen und plastischen Vergleichen spricht, brachte das „Strudelbeispiel“. Dieses Strudelbeispiel darf ich Ihnen erzählen. Er meinte: Meine Großmutter hat alle Nudeln noch händisch auf dem Leintuch ausgewalkt. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Koren: Tischtuch!*) Oder Tischtuch. Er sagte, so glaube ich, Leintuch. (*Allgemeine Heiterkeit. — Bundesminister Dr. Staribacher: Ausgelegt auf dem Leintuch!*) Bitte, die Berichtigung: ausgewalkt auf dem Tischtuch, aufgelegt auf dem Leintuch! Also das Leintuch war im Spiel. Das war seine Großmutter.

Seine Mutter hat das nur mehr fallweise gemacht. Sie hat einen Teil bereits fertig gekauft. Seine Frau, so meinte er, kauft selbst gleich den Strudelteig. — Soweit die Strudel-Story von Minister Staribacher.

Und daraus die richtige Schlußfolgerung: Verarbeitungsprodukte auf der Basis landwirtschaftlicher Rohstoffe haben Zukunft. Siehe Großmutter, Mutter und Frau. (*Neuerliche Heiterkeit und Zwischenrufe.*)

Herr Minister! Dieses Beispiel kann ich auch noch mit zwei Zahlen untermauern — wir müssen doch zum seriösen Teil zurückkehren — nämlich, daß auf Grund ... (*Abg. Doktor Fischer: Dann wird die Rede auch wie ein Strudel!*) Ja, das war die Alternative zur Vorlesung, nicht? Der Strudel. Das würde Ihnen gefallen!

Herr Integrationsminister! Die Verarbeitungsprodukte haben also Zukunft, mit zwei Zahlen untermauert — Basis: Statistisches Zentralamt —: Vom Jahre 1967 bis 1971 hat sich die Grundstoffproduktion in diesem Bereich mit minus 0,4 Prozent entwickelt, die Verarbeitungsprodukte wie Süßwaren, Kindernährmittel oder Nahrungsmittelzubereitungen haben um plus 43 Prozent zugenommen. Das unterstreicht genau das, was wir hier gesagt haben.

Nur — jetzt kommt des Pudels Kern. Jetzt, meine Herren von der Regierung, müssen Sie die Konsequenz daraus ziehen. Jetzt müssen Sie das, was Sie im Parteienabkommen mit der ÖVP in einer positiven Absichtserklärung anklingen ließen, auch realisieren. Und wir bauen darauf! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es gibt einen Minister in Ihrem Kabinett, der sich nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich dazu bekannt hat — ich möchte ihm schon im vorhinein herzlich danken —, den Herrn Landwirtschaftsminister. Er schreibt

Dr. Lanner

mit Datum 22. Februar 1972 an die Präsidentenkonferenz:

„Insbesondere bin ich mir der Notwendigkeit der Einführung einer entsprechenden Erstattungsregelung zur Herstellung der ‚Waffengleichheit‘ mit den EG bewußt. Nur die Einführung einer solchen Regelung würde die österreichische Landwirtschaft im Falle der Einbeziehung der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte in ein Abkommen mit den EG vor schweren Verlusten bewahren.“

Ich würde also glauben, Herr Integrationsminister: Nehmen Sie sich die Worte Ihres Kollegen zu Herzen und geben Sie sie weiter an den Herrn Bundeskanzler, der momentan leider nicht hier ist. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Herr Bundeskanzler, das passiert mir schon zum zweiten Mal mit Ihnen. Ich wähne Sie immer im Vordergrund, und Sie wirken neuerdings bescheiden im Hintergrund. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir sind der Ansicht — und auch die Kreise, die es betrifft, spüren es bereits —, daß eine sinnvolle Erstattungsregelung — eine vernünftige Selbstbeschränkung haben wir angeboten — eine Notwendigkeit für die österreichische Wirtschaft darstellt.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich zum Schluß kommen und einige Gedanken über die künftige Entwicklung anstellen: einerseits, was die Institutionen des Abkommens mit der EWG betrifft, andererseits, was die Wirtschaft anlangt. Institutionell müssen wir feststellen, daß im Abkommen, das uns vorliegt, ein Gemischter Ausschuß vorgesehen ist. Nach den Erläuternden Bemerkungen kann dieser Ausschuß auch völkerrechtlich bindende Beschlüsse fassen und ist ansonsten für die Durchführung des Abkommens zuständig. Er ist, wenn Sie wollen, von der Institution her die Drehscheibe schlechthin für dieses Abkommen. Offen ist, sowohl im Vertrag als auch in den Erläuternden Bemerkungen, die Zusammensetzung dieser institutionellen Drehscheibe, die Anzahl der Mitglieder und der Besetzungsmodus.

Ich möchte nun nicht im einzelnen darauf eingehen und erwarte mir zunächst auch keine Replik darauf, weil ich glaube, das wird und muß Gegenstand einer eingehenden Diskussion im Zusammenhang mit dem Globalabkommen sein.

Ich darf nun noch einige wirtschaftliche Perspektiven für die Zukunft anstellen, die sich meiner Ansicht nach zwingend aus diesem Abkommen mit Brüssel ergeben.

Einerseits: Das Tempo des Strukturwandels wird sich sicherlich beschleunigen.

Zum zweiten: Der Wettbewerb wird härter werden, aber auch die Chancen — das scheint mir wesentlich — werden größer; unter einer Voraussetzung: wenn wir rechtzeitig und wenn Sie von der Regierung rechtzeitig die richtigen Maßnahmen setzen. Das von der ÖVP vorgeschlagene und vereinbarte Begleitprogramm scheint mir ein erster Ansatzpunkt zu sein. Hinreichend beweglich müssen wir alle sein: die Arbeitnehmer, die Unternehmer und die Regierung, nämlich im Hinblick auf eine legisistische Beweglichkeit.

Wenn ich auf das EWG-Begleitprogramm Bezug genommen habe, so darf ich noch etwas nachtragen, was sinnvollerweise etwas früher hätte eingefügt werden sollen: nämlich der Entschließungsantrag der Abgeordneten Doktor Stix und Genossen. Es wurde zwischen ÖVP und SPÖ vereinbart, daß bis zur Behandlung des Globalabkommens, das ist bis Oktober 1972, im Bereich der Verarbeitungsprodukte entsprechende Regelungen beschlossen werden. Unter dieser Voraussetzung sind wir nicht in der Lage, dem Entschließungsantrag der FPÖ zuzustimmen, da dies einer Terminverschlechterung um etwa ein halbes Jahr gleichkäme.

Ich darf zusammenfassen: Das Tempo des Strukturwandels wird schneller, der Wettbewerb wird härter, die Chancen werden aber größer, wenn wir beweglich sind und rechtzeitig die richtigen Maßnahmen setzen.

Die Entwicklung, in der wir stehen, liegt klar vor uns. Ich darf mit einem Sprichwort schließen: Die großen Fische fressen die kleinen. — Dieses Sprichwort hat aber einen optimistischen Schluß: Die großen Fische fressen die kleinen, aber nur die, die zu langsam schwimmen. Wir müssen Schnellschwimmer werden, auch Sie von der Regierung, dann werden wir Erfolg haben und die Zukunft meistern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist somit geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter das Schlußwort? — Bitte, Herr Abgeordneter Mühlbacher.

Berichterstatter **Mühlbacher** (*Schlußwort*): Dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Dr. Stix zur Vorlage 441 trete ich nicht bei. Danke.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jede der vier Vorlagen getrennt vornehme.

Wir kommen vorerst zur Abstimmung über das Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Präsident

Da das vorliegende Interimsabkommen verfassungsändernde Bestimmungen enthält, stelle ich die gemäß § 61 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz zur Abstimmung erforderliche Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder fest.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, dem vorliegenden Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dessen Artikel 8 Abs. 1, Artikel 11 Abs. 1 erster Unterabsatz und Abs. 2, Artikel 23 Abs. 3 lit. a dritter Unterabsatz, Artikel 23 Abs. 3 lit. b erster Satz, Artikel 25 Abs. 1 dritter Satz verfassungsändernde Bestimmungen enthalten, samt Anhang sowie den Protokollen Nummer 1, 2 und 3, dessen Artikel 17 Abs. 2 und Artikel 24 verfassungsändernde Bestimmungen enthalten, samt Anhängen die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist — mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit — einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Stix und Genossen betreffend Regierungsvorlagen zur Herstellung der Wettbewerbsgleichheit für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Ich lasse jetzt über das Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl abstimmen.

Da auch dieses Interimsabkommen verfassungsändernde Bestimmungen enthält, stelle ich die gemäß § 61 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz zur Abstimmung erforderliche Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Hauses fest.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, dem vorliegenden Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dessen Artikel 6, Artikel 20 Abs. 3 lit. a dritter Unterabsatz, Artikel 20 Abs. 3 lit. c, Artikel 22 Abs. 1 dritter Satz verfassungsändernde Bestimmungen enthalten, samt Anhang und Protokoll die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist ebenfalls — mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit — einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über das Interimsabkommen-Durchführungsgesetz.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang sowie Anlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist einstimmig angenommen.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist einstimmig auch in dritter Lesung angenommen.

Nunmehr lasse ich über das Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabegesetz geändert wird, abstimmen.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Es wird ebenfalls die sofortige Vornahme der dritten Lesung verlangt. — Einspruch wird keiner erhoben.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (396 der Beilagen): Bundesgesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden (455 der Beilagen)

Präsident: Somit gelangen wir zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ortner. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Ortner:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte im Auftrag des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage 396 der Beilagen: Bundesgesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer

Ortner

scher Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden.

Die Republik Österreich stellt auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes BGBl. Nr. 173/1965 internationalen Organisationen bisweilen Kontingente zur Verfügung, deren Mitglieder auf Grund freiwilliger Meldung rekrutiert werden. Da weder dieses Bundesverfassungsgesetz noch die besoldungsrechtlichen Vorschriften für Bundesbedienstete entsprechende Vorsorge für die Gestaltung der Zulagen bei derartigen Auslandseinsätzen treffen, hat die Bundesregierung am 20. Juni 1972 den obgenannten Gesetzentwurf im Nationalrat eingebracht.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Regierungsvorlage am 13. September 1972 der Vorberatung unterzogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters und Anfragen der Abgeordneten Dr. Keimel und Dr. Broesigke, die der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Veselsky beantwortete, wurde der Gesetzentwurf vom Finanz- und Budgetausschuß unverändert mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (396 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bin ermächtigt, zu beantragen, falls Wortmeldungen vorliegen, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen nunmehr zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und *Eingang ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben.* — Dies ist einstimmig angenommen.

Es wird die sofortige Vornahme der dritten Lesung verlangt. — Kein Einwand.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.** Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

6. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Neunkirchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Wilhelm Gorton wegen Übertretung des § 431 Strafgesetz (Verkehrsunfall) (449 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen nunmehr zum 6. Punkt der Tagesordnung: Ersuchen des Bezirksgerichtes Neunkirchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Wilhelm Gorton.

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Frodl, zu berichten.

Berichterstatter **Frodl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Am 17. Mai 1972 fuhr der Abgeordnete zum Nationalrat Dkfm. Wilhelm Gorton mit seinem Personenkraftwagen auf der Bundesstraße 17 in Richtung Neunkirchen. Im Zusammenhang mit einem Überholmanöver des genannten Abgeordneten geriet ein ihm entgegenkommender Kraftwagenlenker mit seinem Fahrzeug auf die Straßenböschung und wurde auf ein angrenzendes Feld geschleudert.

Mit Schreiben vom 7. Juli 1972 ersucht nunmehr das Bezirksgericht Neunkirchen um Auslieferung des Abgeordneten Dkfm. Wilhelm Gorton wegen des Verdachtes die Übertretung gegen die körperliche Sicherheit nach § 431 des Strafgesetzes begangen zu haben.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Auslieferungsbegehren in seiner Sitzung am 12. September 1972 beraten und nach der bei Vorliegen von Verkehrsunfällen gehandhabten ständigen Übung beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, dem gerichtlichen Begehren zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Neunkirchen vom 7. Juli 1972 um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Wilhelm Gorton wegen § 431 des Strafgesetzes (Verkehrsunfall) wird stattgegeben.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bin ich beauftragt zu beantragen, die Debatte in einem durchzuführen.

Präsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, der strafgerichtlichen Verfolgung des Mitgliedes des Nationalrates Dkfm. Wilhelm Gorton wegen Übertretung des § 431 Strafgesetz (Verkehrsunfall) im Sinne des Ersuchens des Bezirksgerichtes Neunkirchen zuzustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.**

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Dringliche Anfrage**der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Doktor Gruber und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Durchführung der Gratisschulbuchaktion**

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Behandlung der dringlichen Anfrage.

Ich bitte zunächst den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Sehr geehrter Herr Präsident!

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Doktor Marga Hubinek, Dr. Gruber und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Durchführung der Gratisschulbuchaktion.

Die ÖVP hat die sozialistische Fraktion während der Verhandlungen zum Familienlastenausgleichsgesetz, mit dem das Gratisschulbuch eingeführt wurde, ausdrücklich auf die Schwierigkeiten beziehungsweise Verwaltungskosten aufmerksam gemacht, die mit der „Schecklösung“ verbunden sind, und als Alternative dazu das sogenannte „Ausbildungspauschale“ vorgeschlagen.

Der Vorteil dieses Alternativvorschlages wäre darin gelegen, daß ebenso wie bei der „Schecklösung“ ein Rechtsanspruch des Schülers auf ein Gratisschulbuch entsteht, im Gegensatz zu dieser er aber die Übergangsschwierigkeiten, die, wie die derzeitigen Erfahrungen zeigen, zu einer substantiellen Störung des Unterrichts führen, vermieden hätte, administrabel und weitaus wirtschaftlicher wäre.

Den Vorschlag der ÖVP, den Eltern zu Beginn des Schuljahres ein Ausbildungspauschale zu überweisen, wurde von den Sozialisten mit der Begründung abgelehnt, daß die Schecklösung eine zweckwidrige Verwendung der Finanzmittel ausschließe und außerdem den Kindern das pädagogisch so wertvolle „Eigentumserlebnis am Schulbuch“ ermögliche.

Wegen des grundsätzlichen Einverständnisses, den Schülern das Schulbuch kostenlos zur Verfügung zu stellen, hat die Österreichische Volkspartei trotz der schwerwiegenden Bedenken gegen den enormen Verwaltungsaufwand und die verschwenderische Handhabung von Familiengeldern dem Modell der „Schecklösung“ ihre Zustimmung gegeben. Zudem hat der Bundesminister für Unterricht und Kunst die rechtzeitige und sorgfältige Vorbereitung der Aktion zugesagt und eine wirtschaftliche Verwendung der Bestände der Schülerladen beziehungsweise des antiquarischen Buchbestandes in Aussicht gestellt.

Die nunmehrigen Erfahrungen zeigen aber, daß die Befürchtungen der Österreichischen Volkspartei hinsichtlich der Administrierbarkeit der „Schecklösung“ eingetreten und die vom Bundesminister für Unterricht und Kunst gemachten Zusagen, die eine klaglose Durchführung der Gratisschulbuchaktion garantieren sollten, zu spät oder unzulänglich erfüllt worden sind. Die Erhebungen des Buchbedarfes sind zum Teil überhaupt unterblieben oder so spät erfolgt, daß eine Zusammenarbeit und Koordination zwischen Schule und Buchhandel in vielen Fällen nicht möglich war.

Die Konsequenzen haben nunmehr die Schüler zu tragen. Sie müssen bis zu drei Monate auf die notwendigen Schulbücher warten und eine dadurch bedingte negative Beeinträchtigung des Unterrichts in Kauf nehmen.

Einen Beweis für die schlechte Vorbereitung der Schulbuchaktion sehen wir auch in der Tatsache, daß das Bundesministerium für Finanzen Ende August 1972 gezwungen war, nochmals eine zusammenfassende Übersicht über die Bestimmungen des Gratisschulbuches zu erstellen, damit die betroffenen Lehrer, Eltern und Schüler eine entsprechende Orientierungshilfe besitzen.

Am 30. August 1972 schrieb die „Wiener Zeitung“:

„Mit dem Näherkommen des Schulbeginns stellt sich heraus, daß in weiten Kreisen noch immer Unklarheit über die Regelungen zur Erlangung von Gratisschulbüchern und die neuen Bestimmungen über die Gewährung von Schulfreifahrten beziehungsweise Schulfahrtbeihilfen herrscht.“

Darüber hinaus sind die Durchführungsbestimmungen hinsichtlich der Administration der Schulbuchgutscheine, ihrer Ausgabe, Verrechnung, Rückerstattung oder Vernichtung im Fall von Beschädigung des Scheckformulars derart aufwendig und umständlich, daß auch von dieser Seite her mit negativen Auswirkungen auf die Unterrichtsgestaltung gerechnet werden muß.

Wie bürokratisch das Schecksysteem werden kann, zeigt etwa jener Passus aus den ergänzenden Durchführungsbestimmungen des Stadtschulrates für Wien (28. August 1972), in dem auf die Vernichtung unbrauchbar gewordener oder übriggebliebener Gutschein-formulare Bezug genommen wird:

„Die Schulen haben alljährlich die nicht verbrauchten Gutschein-formulare in Gegenwart von zwei verantwortlichen Organen des Schulerhalters (der Schule) zu vernichten (am besten Verbrennung) und darüber ein Protokoll aufzunehmen, das von beiden Organen

Schriftführer

zu unterfertigen ist. In diesem Protokoll sind die Titel der Schulbücher anzugeben, für deren Erwerb die Gutscheine bestimmt waren, und die jeweilige Anzahl der vernichteten Gutscheine pro Titel."

Ein gravierender Umstand ist auch darin zu erblicken, daß die Kostenschätzungen des Bundesministers für Unterricht und Kunst zum Teil um über 50 Prozent übertroffen werden. So heißt es zum Beispiel in der Aufstellung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst veröffentlicht im „ibf"), daß für die 4. Klasse Handelsakademie pro Schüler mit einem Kostenaufwand von etwa 900 S zu rechnen sei. Tatsächlich wurden aber Schulbuchschecks im Wert von insgesamt 1405 S pro Schüler dieser Klasse ausgestellt, wobei die Kosten für den Schulatlas noch gar nicht inbegriffen sind. Es ist also damit zu rechnen, daß die Kosten für die Gratisschulbuchaktion weit mehr als die ursprünglich angenommenen 600 Millionen Schilling betragen werden.

Das Argument der SPO, der Schüler gewänne eine besonders wertvolle Einstellung zum Eigentum, wenn das Schulbuch in seinen Besitz überginge, ist schon allein deswegen wenig überzeugend, weil er durch das Beispiel des Bundesministers für Unterricht und Kunst und die geltende Regelung zum Gratisschulbuch viel eher zur Verschwendung als zur Sparsamkeit erzogen wird. Auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sind nicht nur die Bestände der Schülerladen, sondern auch die großen antiquarischen Schulbuchlager der Buchhandlungen wertlos. Dazu kommt noch der weitaus größere Schaden, der aus der Tatsache resultiert, daß die überwiegende Anzahl der Schulbücher nur für ein Jahr in Gebrauch sind und dann keinen Verwendungswert mehr besitzen. Die volkswirtschaftlichen Kosten, die daraus entstehen, sind noch gar nicht abzuschätzen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

Anfrage:

1. Worauf führen Sie es zurück, daß ein Großteil der für den Unterricht erforderlichen Schulbücher erst in ein bis drei Monaten im Buchhandel erhältlich sein wird, wodurch es zu erheblichen Störungen in der Unterrichtserteilung kommt?

2. Wurden Sie von Schulleitungen beziehungsweise Lehrern davon in Kenntnis gesetzt, daß die mit der Administration tausender Schulbuchschecks verbundene Mehrarbeit ebenfalls die Unterrichts- beziehungsweise Lehrverpflichtungen belastet?

3. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um sicherzustellen, daß den Schülern aus der Beeinträchtigung der Unterrichtsgestaltung — bedingt durch das Fehlen eines Großteils der Schulbücher und die Verwaltungsmehrarbeit der Lehrer — keine Nachteile in ihrer Ausbildung erwachsen?

4. Können Sie bereits einen Überblick über die Gesamtkosten der Gratisschulbuchaktion geben, weil zu befürchten ist, daß die ursprünglichen Schätzungen unrealistisch und viel zu tief angesetzt sind?

5. Welche Schritte haben Sie bei Gemeinden und Ländern unternommen, um die nunmehr freiwerdenden Finanzmittel, die früher von den Gebietskörperschaften für die Anschaffung von Schulbüchern zur Verfügung gestellt worden sind, zur Bedeckung anderer Bildungsausgaben zu erhalten?

6. Sind Sie bereit, sich beim Bundesminister für Finanzen dafür zu verwenden, daß der mit der Administration der Schulbuchschecks verbundene zusätzliche Zeitaufwand den Lehrern und Schulleitern abgegolten wird?

7. Sind Sie bereit, im Sinne Ihrer Zusage vom 9. 7. 1972 Verhandlungen mit den Betroffenen aufzunehmen und die Gratisschulbuchaktion so zu gestalten, wie die Mehrheit der Eltern, Lehrer und Schüler es für zweckmäßig erachtet?

8. Haben Sie an einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und dem Buchhandel mitgewirkt, wonach dieser auf alle Schulbuchschecks einen 10prozentigen Sonderrabatt gewähren muß, und ist sichergestellt, daß diese Beträge zur Gänze in den Familienlastenausgleichsfonds zurückfließen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident: Danke.

Ich erteile nunmehr der Frau Abgeordneten Dr. Hubinek als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung das Wort. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (OVP): Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben heute die Anfrage eingebracht aus der Sorge um jene Schüler vorwiegend in den östlichen Bundesländern, die das Schuljahr begonnen haben und bisher auf den Großteil ihrer Bücher verzichten müssen.

Dr. Marga Hubinek

Wir haben aber auch die Anfrage an den Herrn Bundesminister gerichtet aus der Sorge um jene Eltern, die verzweifelt von Buchhandlung zu Buchhandlung eilen, in eine gewisse Panikstimmung geraten, weil sie um den Lernfortschritt ihrer Kinder besorgt sind, und nicht in der Lage sind, die Schulbuchschecks einzulösen.

Wir haben uns aber auch zum Sprachrohr der Verärgerung der Schulleiter und Lehrer gemacht, die sich von der Hypertrophie der Verwaltungsaufgaben überfordert sehen.

Wenn heute eine auflagenstarke Wiener Tageszeitung schreibt „Schulbücher-Chaos unvermeidbar“, dann sind dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, zwei Behauptungen. Die erste Behauptung stimmt, es gibt ein Schulbuch-Chaos. Die zweite Behauptung, daß dieses unvermeidbar ist, stimmt nicht, denn dieses Chaos wäre durchaus vermeidbar gewesen. Ich darf Sie in diesem Hause an jene Debatte erinnern an einem heißen Julisonntag, es war dies der 9. Juli, an welchem Tag wir die Schulbuchaktion beschlossen haben. Ich darf Sie daran erinnern, daß zu diesem Zeitpunkt in den östlichen Bundesländern bereits zwei Wochen die Sommerferien angedauert haben.

Die Bundesregierung hat ja lange die Schulbuchaktion angekündigt. Es scheinen hier innerparteiliche Dissonanzen maßgebend gewesen zu sein, daß man auf die Einbringung einer Regierungsvorlage vergessen hat. Man wählte dann einen Weg, der zweifellos durch die Geschäftsordnung gedeckt ist, und hat als Abänderungsantrag bei der Novelle zum Familienlastenausgleichsfonds auch die Schulbuchaktion beschlossen. Dieses Verfahren hatte, wenn Sie wollen, für die sozialistische Fraktion den Vorteil, daß man das Begutachtungsverfahren umgangen hat.

Vielleicht, sehr geschätzter Herr Bundesminister für Unterricht, wäre es von Vorteil gewesen, die Einwände der begutachtenden Stellen zu hören, nämlich die Einwände jener Stellen, die diese Aktion administrieren sollen. Vielleicht hätte man, hätte man diese Einwände zeitgerecht gewußt und gekannt, das Debakel, das sich heute darbietet, vermeiden können.

Als das Bundesministerium knapp vor Schulschluß eine Information — nicht einen Erlaß, dazu war es nicht berechtigt —, eine Information an die Schulen ergehen ließ, waren die Schulen einigermaßen verwirrt, denn es gab dabei einige Widersprüche. Als man sich bei der Landesschulbehörde erkundigte, waren auch diese Beamten überfragt, denn die Regelung ist bekanntlich erst am 9. Juli hier beschlossen worden. Schulschluß

war aber in den östlichen Bundesländern Ende Juni. Es waren daher die Schulen gar nicht in der Lage, Ende Juni die Auflage der Bücher bekanntzugeben, und es nimmt einigermaßen wunder, wenn die Schulbuchverleger bereits am 14. Juli dem Finanzministerium ihren Bedarf an Gutscheinen bekanntgeben sollten.

Der eigentliche Erlaß des Unterrichtsministeriums ist gezeichnet mit 28. August. Er ist also eine Woche später in den Händen der Direktionen gewesen, und es nimmt wieder nicht wunder, daß zu diesem Zeitpunkt die Schulen beginnen, daß aber die Schulbücher vermutlich noch lange nicht vorhanden sind. Die Folge dieser übereilten und überstürzten Beschlußfassung war dann doch, daß die Verlage und Buchhändler gar nicht die Auflage abschätzen konnten. Der Bedarf ist drei- oder viermal höher, als sie ihn schätzten. Es zeigt sich heute, daß ein Drittel bis zur Hälfte der angeforderten Bücher nicht vorhanden ist, vergriffen ist.

Ich glaube, es soll hier nochmals ganz ausdrücklich betont werden, daß sich die Österreichische Volkspartei zum unentgeltlichen Schulbuch bekennt. Aber ich glaube, es soll auch gesagt werden, daß die Durchführung der Aktion dilettantisch ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben Ihnen, sehr geschätzte Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, bei den parlamentarischen Beratungen im Finanzausschuß unsere Bedenken sehr deutlich gesagt. Der Herr Bundesminister für Unterricht war im Ausschuß sehr optimistisch, daß diese Bedenken keine Gültigkeit haben werden und daß zu Schulbeginn alle Schulbücher vorhanden sein werden.

Diese Bedenken waren maßgebend, daß wir in der zweiten Lesung des Gesetzes gegen die Aktion gestimmt haben. Wir haben, weil wir uns grundsätzlich zum unentgeltlichen Schulbuch bekennen, in der dritten Lesung dafür gestimmt.

Ich glaube, heute können wir sagen, daß die Leidtragenden dieses dilettantischen Vorgehens, sehr geschätzter Herr Minister, die Schüler, die Eltern und die Lehrer sind. Die Schüler, weil in den östlichen Bundesländern für sie der Schulbeginn nicht ident ist mit dem Unterrichtsbeginn.

Die Buchhändler sagen den verzweifelten Eltern: „Na ja, sechs Wochen, acht Wochen, aber ganz sicher werden die vergriffenen Titel zu Weihnachten vorhanden sein.“ Wir kehren damit zurück in eine Zeit, die wir — wie ich glaube — lang überwunden haben, nämlich zum Kreideunterricht. Diese Rückkehr zum Kreideunterricht ist besonders grotesk, wenn

Dr. Marga Hubinek

wir sehen, daß man audiovisuelle Lehrmittel einsetzt, die den Unterricht revoltieren; Sprachlabors und ähnliche Einrichtungen werden verlangt und sind Instrumente der modernen Pädagogik.

Wenn nun der Lehrer kein Lehrbuch im Unterricht zur Verfügung hat, und das unter Umständen ein ganzes Trimester, muß er also diktieren, was natürlich wertvolle Unterrichtszeit kostet. Denken Sie an Mathematik oder Buchhaltung, wo er nicht nur die Beispiele diktieren muß, sondern auch gleich die ganzen Hausaufgaben, und dies in einer Zeit, wo ein wachsender Lehrstoff die Schüler überfordert, wo wir immer mehr in den Schulstatistiken hören und lesen, daß nur ein Teil der Schüler das Lehrziel erreicht und ein Teil und ein immer größerer Teil auf der Strecke liegenbleibt. In dieser Zeit entziehen wir die Lehrer ihren pädagogischen Aufgaben.

Die meisten Eltern sind natürlich in einer Panikstimmung, wenn sie die Gutscheine nicht einlösen können. Ich muß sagen, sehr geschätzter Herr Unterrichtsminister, ich bin in einer ähnlichen Situation. Ich lade Sie gerne ein, mir behilflich zu sein, die Gutscheine meiner Töchter einlösen zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es nimmt also nicht wunder, daß die Schulen und die Lehrer unter der Hypertrophie der Verwaltung stöhnen. Das Ministerium hat sich die aufwendigste Methode einfallen lassen, die es nur gab. Die Gutscheine müssen nicht nur sortiert werden, sie müssen ausgefüllt werden, sie werden dreifach gestempelt, zweimal mit der Direktionsstampiglie, einmal mit dem Datumsstempel, und sie müssen auch die Unterschrift des Schülers tragen. Ich frage Sie, sehr geschätzter Herr Unterrichtsminister: Wie unterschreibt denn der Schüler der ersten Volksschulklasse, der unter Umständen seinen Namen noch gar nicht schreiben kann? *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kohlmaier: Mit drei Kreuzen!)*

Einigermaßen kurios ist auch der Erlaß einer Landesschulbehörde, der das Vorgehen regelt, wie man überflüssige Gutscheine vernichtet. Die Landesschulbehörde möchte jeden Mißbrauch mit nicht verwendeten Gutscheinen hintanhaltend, und so muß am Ende des Schuljahres, das ist Mitte Juni, in den Schulen ein Autofé veranstaltet werden. Mittels eines Freudenfeuers müssen unter Beiziehung zweier Vertreter des Schulerhalters — selbstverständlich wird darüber ein Protokoll aufgenommen — die überflüssigen Gutscheine verbrannt werden. Wie dies im Juni in jenen Schulen geschieht, die im allgemeinen schon über eine Zentralheizung verfügen, davon

werden wir uns gerne überraschen lassen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: „Hurra, die Schule brennt!“)*

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Minister, die Lehrer zusehends mit administrativen Aufgaben betrauen — ich denke an die Durchführung der Schulbuchaktion, aber auch an die Durchführung der Aktionen der Schülerfreifahrten, des Schülerbeihilfengesetzes —, so stehen Sie im Widerspruch zu den Forderungen der Schulreformkommission. Die Schulreformkommission hat nämlich sehr deutlich verlangt: Machen Sie die Lehrer wieder zu Pädagogen und machen Sie sie nicht zu Beamten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, wir sollten heute an den Herrn Minister auch die Frage richten, ob er wirklich das Eigentumserlebnis des Kindes am Buch für so wertvoll ansieht, daß es eine ausreichende Kompensation für alle Unzulänglichkeiten ist. Ich weiß nicht, ob dieses Eigentumserlebnis am Mathematik-, Chemie-, Buchhaltungs- oder Schriftverkehrsbuch so groß ist, oder ob wir hier nicht eine negative Komponente ansprechen, daß man nämlich, wenn man nach einem Jahr neue Bücher wieder wegwirft, die Einstellung bekommt zu den Geschenken, die einem die Allgemeinheit gibt, daß man sie eben mißachtet und wegwirft.

Es ist auch eine groteske Situation innerhalb der Familien: Man gibt zwar die Schulbücher nicht weiter, sondern wirft sie weg, man gibt aber unter Umständen den Wintermantel an jüngere Geschwister weiter.

Man sollte auch sehr deutlich auf einen von uns gemachten Vorschlag verweisen, um alle Behauptungen zu widerlegen, daß wir uns nicht zum unentgeltlichen Schulbuch bekennen. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Österreichische Volkspartei schon bei den Beratungen zum Budget 1972 verlangt hat, daß die Beträge, die durch das Schülerbeihilfengesetz nicht ausgeschöpft wurden, zur Dotierung der Schülerladen zu verwenden seien. Ich weiß schon, daß diese Maßnahme weniger spektakulär gewesen wäre, aber es wäre die effizientere Methode gewesen, und wir würden uns die heutigen Mißstände vermutlich ersparen.

Ich kann Sie auch leider nicht des Vorwurfes entkleiden, Herr Minister, daß Sie die Regelung nur sehr oberflächlich vorgenommen haben. Sie haben die Schätzungen, die Sie uns vorgelegt haben, einigermaßen optimistisch gesehen. Wir dürfen daher in unserer Anfrage auch nach den Kosten dieser Aktion fragen. Ich habe den Eindruck, daß Sie allzu optimistisch die Kosten pro Jahrgang und pro Schüler präliminiert hatten. Ich darf dies stellvertretend an einem Beispiel beweisen. Sie haben für die vierten Klassen der

Dr. Marga Hubinek

Handelsakademien den Betrag von 900 S vorgesehen. In Wirklichkeit betragen die Kosten bereits ohne Atlas 1405 S. Ich glaube daher, daß Ihr Eindruck über die Gesamtkosten doch sehr oberflächlicher Natur war.

Ich darf Sie auch, sehr geehrter Herr Unterrichtsminister, fragen, in welcher Weise es Ihnen gelungen ist, Einfluß auf jene Gebietskörperschaften zu nehmen, die bisher schon aus ihren Budgetmitteln Gratisschulbücher für die Pflichtschulen zur Verfügung stellten. Werden jene Gebietskörperschaften die eingesparten Beträge dem Budget inkamerieren, oder wird es Ihnen gelingen, den Einfluß wahrzunehmen, daß man diese Mittel für Bildungsaufgaben reserviert? Ich darf Ihnen nur sagen: Im Bereich der Gemeinde Wien gelang es nicht, diese Mittel tatsächlich für Bildungsaufgaben zu reservieren. Die Gemeinde Wien hat jede Zweckbindung dieser ersparten Beträge abgelehnt, und ich darf Sie fragen, sehr geehrter Herr Minister, ob Sie in anderen Gebietskörperschaften erfolgreicher agiert haben.

Wir wollten mit dieser Anfrage auch erreichen, daß das Ministerium mit den Mitteln des Familienlastenausgleiches, der, wie Sie selbst immer wieder sagten, vorwiegend aus dem Lohnverzicht der Arbeitnehmer gespeist wird, sorgsamer umgeht. Es sind jene Mittel, die zur Förderung der Familien bestimmt sind. Wir sollten diese Mittel so verwenden, daß sie einen optimalen Effekt hervorrufen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich meine, daß Sie vielleicht heute, rückwirkend betrachtet, einsehen, auch wenn Sie dies nicht zugestehen können, daß jene Lösung, die die Österreichische Volkspartei vorgeschlagen hat, die nämlich die Gewährung einer Ausbildungsbeihilfe für alle Schulkinder vorgesehen hat und damit die Kosten des Schulbeginnes decken wollte, die unbürokratischere Lösung gewesen wäre und das heutige Schulchaos vermieden hätte.

Wir haben Sie auch gefragt, sehr geehrter Herr Minister, ob Sie bei jener Vereinbarung mitgewirkt haben, die die Buchhändler mit dem Bundesministerium für Finanzen schließen mußten, wonach sie dem Finanzministerium einen Sonderrabatt von 10 Prozent einräumen müssen. Werden Sie mit Hilfe des Finanzministers dafür sorgen können — ich weiß schon, daß dieser für den Familienlastenausgleich ressortzuständig ist —, daß diese Mittel nicht inkameriert werden, sondern daß diese Mittel wieder dem Familienlastenausgleichsfonds zugeführt werden?

Herr Minister! Sie haben dem Bürger dieses Landes nicht genug Mündigkeit zugetraut, daß er nicht den sozialen Fortschritt in Alkohol umsetzt. Sie haben ihm daher entgegen unse-

rem Vorschlag nicht einen Geldschein, sondern Gutscheine in die Hand gedrückt. Wir müssen Sie daher heute im Namen aller Eltern auffordern, dafür zu sorgen, daß sich diese Aktionen, die sich die Eltern ja selbst finanzieren, nicht zum Schaden aller lern- und bildungswilligen Schüler ausweiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, das Parlament hat ein Recht, von Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, heute präzise Antworten zu erfragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Sinowatz. Bitte.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir eine einleitende Bemerkung. Ich möchte sie so formulieren: Ein bißchen kommt mir die heutige dringliche Anfrage so vor, wie sie hätte sein können im Jahre 1869 bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht *(Zustimmung bei der SPÖ — ironische Heiterkeit bei der ÖVP)*, wenn auch damals eine Woche nach Einführung dieser ungeheuer bedeutenden Maßnahmen gefragt worden wäre, warum noch nicht alle Klassen und alle Schulen da sind, die notwendig sind, damit die allgemeine Schulpflicht auch tatsächlich überall verwirklicht werden kann. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schwiemer: So unfähig war man damals nicht! — Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte mit dieser Bemerkung zum Ausdruck bringen, daß es auch mir klar gewesen ist — und ich habe das auch nie verheimlicht —, daß bei einer solchen Aktion, die ja nicht für ein Jahr, sondern für Jahrzehnte, für die Zukunft gedacht ist, Anfangsschwierigkeiten auftreten.

Frau Abgeordnete Dr. Hubinek! Ich habe ja auch in der Nationalratssitzung am 9. Juli wörtlich gesagt — ich bringe es in Erinnerung —, „daß dann, wenn sich auf Grund dieser ersten Einführung der freien Schulbücher Schwierigkeiten ergeben sollten aus der Praxis, die wir dann aus der Erfahrung heraus kennenlernen, wir sehr wohl bereit sind, darüber zu reden — wie bei den freien Schulfahrten —, wie das besser gemacht werden soll.“ Ich habe das damals gesagt, weil mir durchaus bewußt ist, daß bei dieser schwierigen organisatorischen Materie sicherlich da und dort Engpässe oder Fehler auftreten können. Das habe ich nie verheimlicht. Das habe ich immer wieder in den Wochen vor der Einführung der Gratisschulbuchaktion bei Pressekonferenzen, hier im Parlament und

Bundesminister Dr. Sinowatz

überall in der Öffentlichkeit gesagt. (*Abg. Kern: Das ist eine reine Irreführung! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Und nun noch eine Bemerkung, Frau Abgeordnete! (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Zuerst stellen Sie eine Frage, und dann wollen Sie die Antwort nicht hören! — Abg. Dr. Koren: Das war noch keine Antwort! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Bitte sich etwas zu beruhigen! (*Abg. Dr. Gruber: Soll sich der Herr Klubobmann hier zurückhalten! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Am Wort ist der Herr Minister! Ich bitte um etwas Ruhe!

Bundesminister Dr. Sinowatz (*fortsetzend*): Ich glaube doch, meine Damen und Herren, daß es mir zusteht, auf die mündliche Begründung der Frau Abgeordneten Dr. Hubinek Antwort zu geben. Das mache ich hier.

Ich bin dabei, auf einen anderen Hinweis, Frau Abgeordnete, einzugehen. Sie haben von Ihren Kindern und von den Schwierigkeiten gesprochen, die Sie dabei gehabt haben. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Ich habe sie noch!*) Auch ich habe zwei Kinder, die in Eisenstadt zur Schule gehen, der Bub in die 2. Klasse Gymnasium und das Mädlein in die 6. Klasse. Ich kann Ihnen mitteilen, damit Sie sehen, daß es nicht überall so ist, wie Sie es heute darstellen, daß diese beiden Kinder alle ihre Bücher — bis auf den Atlas für den Buben — bekommen haben. (*Anhaltende Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Ofenböck: Das ist ein Beweis! — Abg. Dr. Gruber: Na net! — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Es ist doch selbstverständlich, daß es regionale Unterschiede in der Versorgung gibt, daß nicht überall in Österreich sofort alle Bücher zur Verfügung stehen, weil ja ein ungeheurer Nachholbedarf besteht. Es ist ja so, daß heute bereits mehr Bücher in unseren Schulen sind, als das jemals zuvor der Fall gewesen ist. (*Beifall bei der SPO.*)

Ich möchte damit sagen: Wir haben gerade durch diese Aktion festgestellt, daß die Versorgung unserer Schulen mit Schulbüchern sehr schlecht gewesen ist und daß wir durch die Einführung der Gratisschulbuchaktion nunmehr daran sind, das gutzumachen. Wenn ich daran denke, daß dieses Gutmachen unsere Eltern hätten bezahlen müssen, dann muß ich sagen (*Abg. Dr. Kohlmaier: Wer zahlt es jetzt?*): Nehmen wir es in Kauf, daß am An-

fang Schwierigkeiten sind! Unsere Schulen werden aber nunmehr für alle Zukunft bestens mit allen notwendigen Schulbüchern ausgestattet sein. (*Lebhafter Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Kohlmaier: Wer zahlt es denn jetzt? Auch die Eltern!*)

Ich möchte nun zu den einzelnen in der dringlichen Anfrage gestellten Fragen Stellung nehmen.

Zur Frage 1: Die in der Frage aufgestellte Behauptung, daß ein Großteil der für den Unterricht erforderlichen Schulbücher erst in ein bis drei Monaten im Buchhandel erhältlich sein wird (*Abg. Dr. Mussil: Für die Ministerkinder sicher nicht!*), entspricht nicht den Tatsachen. Es kann vielmehr gesagt werden, daß der größere Teil der erforderlichen Schulbücher im Rahmen der Schulbuchaktion erworben werden konnte; doch ergab sich — wie erwartet und wie ich ja auch schon gesagt habe — bei einigen Titeln und in einzelnen Regionen ein Engpaß bei der Belieferung. (*Abg. Hahn: Verschiedene Gymnasien, wie in der Rahlgasse, haben noch nicht einmal Gutscheine!*)

Wie mir seitens des Buchhandels versichert wird, kann damit gerechnet werden, daß dieser Engpaß in vier bis acht Wochen beseitigt wird.

Dazu bemerke ich, daß schon jetzt — ich habe es vorhin gesagt — weitaus mehr Schulbücher in den Händen der Schüler sind und damit in der Schule verwendet werden können, als das je in der Vergangenheit zu Beginn eines Schuljahres der Fall war. (*Beifall bei der SPO. — Abg. Linsbauer: Das ist eine falsche Behauptung!*)

Außerdem bitte ich in Erwägung zu ziehen, daß auch in den vergangenen Jahren zu Beginn eines Schuljahres einzelne Titel — wenn man von Wien absieht, wo eine eigene Aktion für die Pflichtschüler bestanden hat — nicht überall vorhanden waren und erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgeliefert werden konnten. Es kann daher auch nicht von einer erheblichen Störung in der Unterrichtsverteilung gesprochen werden. (*Abg. Dr. Mussil: Was denn sonst?*)

Zur Frage 2: Zweifellos bringt die Durchführung der Schulbuchaktion einen gewissen Aufwand an administrativer Tätigkeit der Lehrer mit sich. Es stimmt auch, daß einzelne Schulleitungen darauf hingewiesen haben. Sicher ist aber, daß fallweise Teile der Unterrichtszeit für diese administrative Arbeit verwendet werden. Dies geschieht aber am Beginn des Schuljahres und war letzten Endes auch schon bisher dort notwendig, wo eine

Bundesminister Dr. Sinowatz

Leihbuchaktion stattgefunden hat. Gemessen an der pädagogischen und sozialen Bedeutung der Schulbuchaktion darf aber wohl guten Gewissens festgestellt werden, daß dieser Zeitaufwand durchaus in Kauf genommen werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Frage 3: Diese Frage wurde bereits durch die bisherigen Ausführungen beantwortet. Ich stelle aber noch einmal mit aller Klarheit fest, daß durch die nunmehr gegebene intensive Ausnutzung der bereitgestellten Schulbücher eventuelle Verluste am Beginn des Schuljahres später mehr als wettgemacht werden können. *(Abg. Dr. Gruber: Wieso? Das ist eine ganz komische Antwort!)*

Zur Frage 4: Konkrete Angaben hinsichtlich der endgültigen Kosten der Schulbuchaktion können verständlicherweise noch nicht gemacht werden. Es zeigt sich allerdings jetzt schon, daß die Schulbuchversorgung bisher — ich habe es schon gesagt — unbefriedigend gewesen ist und daß daher bereits jetzt — wie ich gesagt habe — weitaus mehr Schulbücher in Verwendung sein werden, als dies früher der Fall war. Auch wurde bei der Auswahl der Bücher — ich unterstreiche das — im Interesse einer optimalen Erreichung des Unterrichtszieles großzügig vorgegangen. Es kann daher durchaus der Fall sein, daß die endgültigen Kosten der Schulbuchaktion höher liegen, als die vorläufigen Schätzungen es ausgesagt haben. *(Abg. Dr. Mussil: Das auch noch!) Ja.*

Zur Frage 5: Einen direkten Einfluß auf die Verwendung der Finanzmittel der Länder und Gemeinden hat das Bundesministerium für Unterricht und Kunst selbstverständlich nicht. Ich habe aber wiederholt in aller Öffentlichkeit empfohlen, daß jene Gebietskörperschaften, die bisher schon für den Ankauf von Schulbüchern Kosten getragen haben, die freiwerdenden Mittel für schulische Zwecke zur Verfügung stellen sollen. *(Abg. Dr. Mussil: Das ist ein politisches Desaster! — Abg. Gratz: Der pädagogische Experte Dr. Mussil!)*

Zur Frage 6: Ich bin bereit, mich dafür zu verwenden, daß im Falle einer wesentlichen Mehrarbeit und eines zusätzlichen Zeitaufwandes eine einmalige finanzielle Belohnung gegeben wird.

Zur Frage 7: Ich habe schon vor Beginn der Schulbuchaktion festgestellt, daß die Erfahrungen bei der praktischen Durchführung der Schulbuchaktion im ersten Jahr gewissenhaft ausgewertet werden, daß enge Kontakte mit den Verlegern, den Buchhändlern, den Lehrern und den Eltern hergestellt und daß

sehr rasch diese Erfahrungen nutzbar gemacht werden.

Zur Frage 8: Die Verhandlungen wurden vom Bundesministerium für Finanzen geführt. Nach den vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und den Buchhändlern und Verlegern gewähren die Buchhändler auf die auf Gutscheine gelieferten Bücher einen Rabatt von 10 Prozent. *(Abg. Dr. Mussil: Müssen ihn gewähren!)* Es wird daher nur der um 10 Prozent verminderte Preis der Bücher ausbezahlt und dem Familienlastenausgleichsfonds angelastet. Der Rabatt kommt zur Gänze dem Familienlastenausgleichsfonds zugute. *(Abg. Doktor Mussil: Diese ewige Rabattkonkurrenz gehört abgebaut!)*

Abschließend möchte ich mitteilen, daß der weitaus größte Teil aller an der Vorbereitung und Durchführung der Schulbuchaktion Beteiligten wirklich bemüht gewesen ist, für eine unter den schwierigen Umständen optimale Abwicklung Sorge zu tragen. Ich meine damit die Schulverwaltung, die Finanzverwaltung, die Schulleitungen und Lehrer und auch die Verlage, die Buchhändler und Buchbinder. Das Ausmaß dieser Aktion, die, wie ich schon gesagt habe, nicht auf ein Jahr, sondern für die Zukunft berechnet ist und völlig neue Perspektiven eröffnet, brachte es aber — wie ja zu erwarten war — mit sich, daß in einigen Fällen Engpässe aufgetreten sind.

Man sollte daher — das meine ich sehr ernst — wegen der aufgetretenen Anfangsschwierigkeiten nicht die bedeutsame pädagogische und soziale Zielsetzung übersehen. Denn fest steht: Die Einführung der freien Schulfahrten, der Schul- und Heimbeihilfe und nunmehr der Gratisschulbücher stellt einen überaus wichtigen Schritt auf dem Weg der Herstellung einer sozialen und regionalen Chancengleichheit dar. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß den Bestimmungen des Geschäftsordnungsgesetzes kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister hat bei seinen einleitenden Worten heute, sowohl was seinen Vergleich mit der Einführung des allgemeinen Reichsvolksschulgesetzes anlangt, wie auch mit seinem Hinweis darauf, daß seine Kinder die Schulbücher bereits erhalten haben *(Abg. Dok-*

Dr. Gruber

tor Bauer: Unsere nicht!), wie ich glaube, keinen sehr guten Eindruck gemacht. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Das ist die ÖVP-Mentalität, was Sie daraus schließen!) Ich habe gesagt: keinen sehr guten Eindruck gemacht. Herr Abgeordneter Gratz, Sie haben jetzt auch noch keinen guten Eindruck gemacht; das sage ich auch dazu. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Libal: Sie haben überhaupt noch keinen guten Eindruck gemacht!) Aber wenn Sie glauben, Sie können meine Redezeit verkürzen, dann täuschen Sie sich. (Abg. Gratz: Sie haben meine auch schon verkürzt!)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Dr. Gruber (fortsetzend): Der Herr Bundesminister mußte eindeutig zugeben, daß die Schulbuchaktion nicht so läuft, wie sie laufen sollte und — ich füge hinzu — wie sie laufen könnte.

Herr Bundesminister! Sie können es sich nicht so einfach machen, daß Sie von „Anfangsschwierigkeiten“ sprechen. Es ist schon der Artikel aus der heutigen „Kronen-Zeitung“ zitiert worden, wo auf der ersten Seite steht: „Minister Sinowatz: Schulbücher-Chaos unvermeidbar“. Herr Bundesminister, daß es ein Chaos gibt, das ist festgestellt worden, das hat niemand bestritten. Daß dieses Chaos unvermeidbar wäre, ist eine Behauptung, die Sie aufstellen und für die Sie jeden Beweis schuldig geblieben sind. (Beifall bei der ÖVP.) Sie gehören zwar zu denen, die etwas abschwächend sagen: es ist kein Chaos, sondern eine Misere, aber immerhin, von einer Misere haben Sie selbst gesprochen, Herr Bundesminister.

Es ist ja nicht so, daß es bei Neueinführung einer guten Sache (Abg. Dr. Fischer: Aha! — Abg. Dr. Tull: Aus dem Saulus wurde der Paulus!) zu einer solchen Misere kommen muß. Auch wir begrüßen natürlich sehr die Versorgung unserer Schulen und Schüler mit entsprechenden Lehrmitteln im Interesse eines bildungspolitischen Fortschrittes. Sie können nachlesen, daß im Jahre 1970 bereits von unserer Seite das kostenlose Schulbuch bejaht worden ist. (Abg. Gratz: 1969 hätten Sie es machen können!) Lediglich um den Modus hat es lange Zeit eine Debatte gegeben. Wir haben auch im Juli dieses Jahres noch erklärt, daß wir den Vorschlag, den Sie gebracht haben, als nicht ideal ansehen. Wir hätten einen anderen Vorschlag unterbreitet — es ist darauf hingewiesen worden —, der sicher praktikabler gewesen wäre, der sicherlich auch leichter administrierbar gewesen wäre und

der letzten Endes den Eltern mindestens soviel, wenn nicht mehr gebracht hätte als der Vorschlag, den Sie uns präsentiert haben.

Herr Minister! Warum ist es jetzt zu dieser Misere oder zu diesem Chaos gekommen, von dem die Zeitungen sprechen? Weil Sie sich in Ihrer Partei über Monate hinaus nicht einigen konnten, in welcher Weise Sie dieses Gratisschulbuch einführen wollen. Hätten Sie uns doch im März dieses Jahres eine Regierungsvorlage gebracht, wir hätten sie im April hier verabschiedet, und ich garantiere Ihnen, Herr Minister, dann wäre Zeit genug zur Vorbereitung gewesen! Dann gäbe es diese Mißstände nicht, die wir jetzt beklagen, denn nur von den Mißständen reden wir. (Beifall bei der ÖVP.)

Sagen Sie nicht, Sie seien von der Idee selbst überrascht worden. Im November 1970 hat der damalige Minister Gratz bereits vom Gratisschulbuch gesprochen. Ein Jahr später, im November 1971, hat der Herr Minister Sinowatz vom Gratisschulbuch gesprochen. Aber im Mai und im Juni 1972 hat die Regierung immer noch keine Regierungsvorlage zustandegebracht. Man hat sich innerhalb der Sozialistischen Partei vom Jänner bis zum Juni gestritten, in welcher Weise man dieses Gratisschulbuch realisieren soll. Dann hat man an einem Juli-Sonntag hier dieses Gesetz beschlossen, zu einer Zeit, wo mindestens die Hälfte der Schüler Österreichs längst in den Ferien war, wo aber auch die Lehrer in den Ferien waren, wo natürlich die Erhebungen mangelhaft sein mußten, die zu einer Bedarfschätzung führen sollten und nach denen sich die Verlage und die Buchhandlungen hätten ausrichten können.

Wenn es also die Frage gibt, warum es zu diesem Chaos gekommen ist, Herr Minister, dann heißt die Antwort nicht: Die Misere ist unvermeidlich gewesen, sondern dann heißt die Antwort nur: Die Schuld dafür trägt die Regierungspartei! Denn wir hätten Ihnen das Gesetz sicherlich schon im März oder April genausogut ins Haus geliefert. (Beifall bei der ÖVP.)

Dabei hätten Sie schon wissen können, daß man ein solches Gesetz gründlich vorzubereiten hat. Bei der Schülerfreifahrt haben Sie ja das erstmal erlebt, wie ein Gesetz, das mangelhaft durchdacht und mangelhaft vorbereitet ist, zu Schwierigkeiten in der Durchführung führen muß. Aber Sie haben aus der vorjährigen Misere — um bei Ihren Worten zu bleiben — mit der Beförderung der Schüler in überfüllten Bussen und aus den sonstigen Schwierigkeiten, die da aufgetreten sind, gar nichts gelernt, sondern Sie haben sich Zeit

Dr. Gruber

gelassen bis zu einem Zeitpunkt, wo es praktisch zu spät war, um entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Herr Minister! Wenn Sie im nächsten Jahr die Vorbereitungen nicht gründlicher durchführen werden, dann kommt es im nächsten Jahr genau zu derselben Misere, von der Sie gesprochen haben. Natürlich, wenn ich bereits im April oder wenigstens im Mai genaue Erhebungen durchführen kann, welche Schulbücher in den einzelnen Klassen benötigt werden, wenn diese Zahl weitergemeldet werden kann, damit sich die Verlage entsprechend einstellen können und damit sich die Buchhandlungen entsprechend eindecken können, dann gibt es diese Schwierigkeiten nicht. Und das ist der Punkt: Nicht, weil das zum erstenmal gemacht wird, sondern weil Sie einfach mit den Vorbereitungen nicht zu Rande gekommen sind!

Herr Minister! Ich mache Ihnen persönlich in dieser Sache den geringeren Vorwurf, weil Sie zu dem Zeitpunkt, wo Sie die gesetzliche Handhabe hatten, gar nicht mehr viel dazutun konnten. Sie haben ja ohnehin die Erlässe bereits hinausgegeben, als Sie noch keine gesetzliche Deckung dafür hatten. Wir haben das kritisiert, aber letzten Endes ein Einsehen dafür gehabt. Sie haben also in der Sache ohnehin getan, was zu tun war. Aber daß Sie in der Regierung das Gesetz nicht durchgebracht haben, daß es letzten Endes mit einem nicht gut vorbereiteten Initiativantrag in das Parlament gebracht werden mußte, das ist Ihr erstes und Ihr größtes Versäumnis! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Minister, so einfach würde ich es mir in der Beantwortung aber doch nicht machen, daß ich sage: Es kommt zu keiner Beeinträchtigung des Unterrichtes! Ein Unterrichtsminister, meine ich, müßte sich etwas genauer informieren, wie es in den Schulen tatsächlich zugeht, daß es tatsächlich zu solchen Stockungen in der Belieferung mit Schulbüchern kommt und daß sich das nicht nur auf Atlanten und Wörterbücher bezieht, bei denen man sagen kann, daß man sie in den ersten Wochen noch nicht braucht. Es geht um sehr elementare Erfordernisse. Wie soll etwa ein Sprachunterricht in Latein begonnen werden, wenn das entsprechende Lehrbuch nicht vorhanden ist? Da kann ich doch nicht einfach so vorgehen wie der Herr Inspektor Stockklausner in Salzburg, der sagt: Nach dem Krieg haben wir auch keine Schulbücher gehabt, müssen wir uns eben einige Wochen oder Monate so behelfen!

Ich frage: Was hätte die SPO gesagt, wenn zur Zeit einer ÖVP-Regierung solche Miß-

stände aufgetreten wären? (*Abg. Fachleutner: Einen Aufstand hätten sie gemacht!*) Da hätte man doch ganz andere Töne angeschlagen.

Herr Minister, ich kann also Ihre Antwort nicht zur Kenntnis nehmen, daß es dadurch zu keinen Beeinträchtigungen des Schulbetriebes kommt.

Eine andere Seite des Problems möchte ich doch auch noch kurz streifen: die Kosten. Sie haben selbst zugegeben, daß die Kosten weit über das hinausgehen werden, was zunächst geschätzt wurde. Wobei zu sagen ist, daß die ursprüngliche Planung der SPO, die von Leihbüchern ausgegangen ist, etwa 420 Millionen im ersten Jahr vorgesehen hatte, für die weiteren Jahre aber jeweils nur 20 Prozent dieser Summe, weil man gedacht hat, man braucht jeweils nur einen Teil der Schulbücher nachzuschaffen. Inzwischen ist ein anderes System gekommen, wir haben damit zu rechnen, daß jährlich die gleiche Summe aufgewendet werden muß. Sie haben zunächst einmal 400 Millionen angegeben, dann 550 Millionen, dann 600 Millionen; jetzt spricht man von 800 Millionen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Betrag noch hinaufklettert.

Da sagen Sie, Sie seien glücklich darüber, weil das sonst unsere Eltern hätten zahlen müssen. Herr Minister, ich frage Sie: Wer zahlt es denn sonst? Sie aus Ihrer Privatschatulle? Doch sicherlich nicht! (*Beifall bei der ÖVP.*) Es ist das Geld, das den österreichischen Familien gehört, das aus dem Familienlastenausgleichsfonds genommen wird! Wenn Sie sagen, das hätten sonst die Eltern zahlen müssen, dann sage ich: Sie müssen es auch so zahlen, und nicht Sie! (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*)

Als wir im Juli über die Vorlage beraten haben, ist davon die Rede gewesen, daß es sich um eine Verschwendung von öffentlichen Mitteln handeln könnte, die nicht in dem Maße eintreten müsse. Wie und warum, darauf ist heute schon hingewiesen worden. Sie haben sich sehr gegen den Ausdruck „Wegwerfbücher“ gewendet. Herr Minister, es ist jetzt doch dazu gekommen, daß wir von Wegwerfbüchern sprechen müssen. Ich habe einen Zeitungsausschnitt mit einem Bild, wo ein Mädchen einen Stoß Schulbücher in die Mülltonne wirft. Die werden halt weggeworfen, jetzt einmal die Schulbücher, die die Kinder beziehungsweise die Familien gehabt haben, die sie im heurigen Schuljahr nicht mehr verwenden werden, weil sie ohnedies ein neues Schulbuch bekommen — hoffentlich bekommen, muß man für einen Großteil der Schüler noch dazusagen.

Dr. Gruber

Das Wort vom „Wegwerfbuch“ ist in diesen Tagen eine sehr makabre Wirklichkeit geworden. Natürlich werden diese Bücher nicht alle in den Abfallkübeln zu finden sein, sondern sie werden verbrannt oder sonst irgendwo dem Verfall und der Vernichtung preisgegeben. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das Wegwerf-Erlebnis!*) Dieses Erlebnis, Herr Minister, ist nicht gerade dazu angetan, bei den Kindern dieses Gefühl für das Eigentum, von dem Sie gesprochen haben, großwerden zu lassen.

In dem Zusammenhang darf ich zwei Beispiele erwähnen: Eine Familie aus Kärnten hat der Zeitung mitgeteilt, daß jetzt Schulbücher im Wert von 2003 S weggeworfen werden, und von einer Familie aus Oberösterreich mit vier Kindern weiß ich, daß von ihr Bücher mit einem Anschaffungspreis von 4688 S weggeworfen werden. Da sagen Sie noch einmal, daß es in Österreich keine Wegwerfbücher gibt!

Wenn Sie sagen, Herr Minister, daß die Versorgung unserer Kinder mit Schulbüchern schon jetzt besser ist als in den früheren Jahren, so ist das eine Behauptung, die Sie aufstellen können, weil Sie den Beweis dafür wahrscheinlich gar nicht zu liefern brauchen, weil niemand den Gegenbeweis dafür antreten kann.

Weil in der heutigen „Kronen-Zeitung“ Ihre Äußerung wiedergegeben ist, daß die Verlage rechtzeitig verständigt worden seien und sich also rechtzeitig hätten einstellen können, Sie also den „Schwarzen Peter“ den Verlagen weitergereicht haben, darf ich Ihnen nur sagen, daß die Firma Quirin Haslinger in Linz — der Eigentümer dieser Firma ist der Österreichische Bundesverlag, also ein Schulbuchverlag, der Ihnen, Herr Minister, direkt untersteht — Buchhandlungen gegenüber mitgeteilt hat, daß er nicht in der Lage sei, derzeit Bestellungen entgegenzunehmen. Der Bundesverlag, den Sie wahrscheinlich bei Ihrer Äußerung, die Verlage seien ohnehin rechtzeitig informiert worden, und es sei nur ein Versäumnis der Verlage, wenn sie nicht genug Bücher auf den Markt gebracht haben, eingeschlossen haben, ist also selbst nicht in der Lage, weitere Auslieferungen vorzunehmen.

Ich glaube, Herr Minister, Sie haben sich heute die Antwort auf verschiedene Fragen allzu leicht gemacht.

Wir sind zu dieser dringlichen Anfrage nicht angetreten, weil wir die Versorgung der Kinder mit Schulbüchern zu einem Politikum machen wollen, sondern weil es uns darum geht, sicherzustellen, daß tatsächlich in aller nächster Zeit diese Versorgung gewährleistet ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Antwort, die wir von Ihnen noch nicht bekommen haben, die uns aber sehr interessieren würde, betrifft die Frage: Bis wann kann man tatsächlich damit rechnen, daß die Schulbücher an die Kinder ausgeliefert werden, wann können also die entsprechenden Gutscheine eingelöst werden?

Herr Minister! Ich möchte noch einmal sagen: Wenn wir heute über diese chaotischen Zustände, wie sie von den Zeitungen qualifiziert werden, geredet haben, dann einzig und allein deshalb, weil es uns darum geht, daß jetzt schon die Fehler, die Sie gemacht haben, repariert werden und daß für die Zukunft solche Fehler vermieden werden. Herr Minister! Die Misere oder das Chaos, um es deutlicher zu sagen, wäre vermeidbar gewesen, wenn Sie nicht versagt hätten! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Schnell. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Schnell (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich zu der dringlichen Anfrage der Österreichischen Volkspartei zuerst zwei politische Bemerkungen vorbringe.

Das Hohe Haus hat heute eine, wie ich glaube, für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Österreichs sehr bedeutende Tat gesetzt und das Interimsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeschlossen (*Abg. Dr. Mussil: Das war schon vorher! Was hat das mit den Schulbüchern zu tun?*), wozu einige Damen und Herren, die gesprochen haben, gemeint haben, daß dies ein historischer Augenblick sei. Wenn die Österreichische Volkspartei diesen historischen Augenblick, der für die sozialistische Regierung einen beachtlichen Erfolg darstellt, mit dem Hinweis auf einige technische Schwierigkeiten und Mängel bei der Schulbuchaktion nunmehr zu paralysieren glaubt, so darf ich darauf hinweisen, daß Ihnen das nicht gelingen wird. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Das war noch schlechter als Volksschulgesetzgebung ...!*) Herr Abgeordneter Mussil! Sie können über wirtschaftspolitische Fragen reden. In bezug auf schulpolitische Fragen ist es vielleicht klüger, wenn Sie nicht reden, sondern wenn Sie mir die Zeit bieten (*neuerlicher Beifall bei der SPÖ — Abg. Dr. Mussil: Ausgerechnet Sie!*), damit ich so, wie ich die beiden vorhergehenden Abgeordneten angehört habe, auch meine 20 Minuten verwenden kann, um auf Ihre Argumente einzugehen! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Sie werden mir das vorschreiben!*) Danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Dr. Schnell

Ich darf dazu nur sagen: Es freut mich unendlich, daß die beiden Abgeordneten Frau Dr. Hubinek und Herr Dr. Gruber sich in diesem Haus deutlich dazu bekannt haben, daß sie für das kostenlose Schulbuch sind und zur Schulbuchaktion stehen. Diese deutliche Erklärung hat Jahrzehnte hindurch gefehlt. Es ist etwas merkwürdig, daß Sie sich erst im Jahre 1970 zu dieser Aktion entschlossen haben; allerdings wußten Sie nicht, wie Sie sie durchführen (*Ruf bei der ÖVP: Auch Sie wissen es nicht!*), nachdem Sie 25 Jahre in der Zweiten Republik den Unterrichtsminister gestellt hatten. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*)

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Gruber, gesagt haben, daß das Geld, das für diese Aktion zur Verfügung gestellt werden soll, nicht dem Unterrichtsminister gehört, dann muß ich Ihnen antworten, daß es nicht ein Finanzminister einer sozialistischen Regierung gewesen ist, der das Geld aus dem Familienlastenausgleich inkameriert hat. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek und Dipl.-Ing. Dr. Leitner.*)

Es ist also ganz klar, Herr Abgeordneter Leitner, daß diese Regierung das Recht hat, die Schulbuchaktion für sich in Anspruch zu nehmen. Sie werden in der österreichischen Öffentlichkeit vergebens versuchen, sich jetzt dieser Aktion anzuhängen und sozusagen nur für einen besseren Modus für die Vergebung der Schulbücher einzutreten. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*)

Ich komme dabei auf eine historische Reminiszenz zu sprechen, und zwar darauf, daß es die Österreichische Volkspartei und schon in der Ersten Republik die Christlichsoziale Partei gewesen ist, die die Schulbuchaktion in Wien außerordentlich heftig bekämpft und sie als eine Aktion dargestellt hat, die zu einer Nivellierung und zu einer Vermassung innerhalb der Pädagogik führt. Lesen Sie nach: Sie werden diese Angriffe gegen Glöckel in den Jahren um 1924, 1925 sehr deutlich verfolgen können. (*Zwischenrufe des Abg. Doktor Mussil.*)

Sie haben uns damals und auch noch in der Zweiten Republik den Vorwurf gemacht, daß wir gerade mit dem Austeilen der Schulbücher, wobei ein Kind das Schulbuch von einem anderen Kind im nächsten Jahr erhält, nicht einen pädagogischen Weg einschlagen. Sie haben oft gesagt: wenn Sie einmal die Möglichkeit hätten, dann würden Sie jedem Kind das Schulbuch zur Verfügung stellen.

Genau das haben wir bei unserer Schulbuchaktion durchgeführt (*Abg. Dr. Mussil: Aber nicht erreicht!*) — wir werden es erreichen, Herr Abgeordneter Mussil, da können Sie sicher sein! (*Beifall bei der SPÖ*) — und haben jedem Kind das Schulbuch kostenlos zur Verfügung gestellt. Ich hoffe, daß gerade Ihre konservative Auffassung in der Bildungspolitik, bei der Sie ja auch sehr oft beklagen, daß mehr junge Menschen aus sozialökonomischen Schichten, aus Arbeiterschichten eine Reifeprüfung ablegen ... (*Ruf bei der ÖVP: Das ist doch Unsinn! Das ist Demagogie!*) Das ist keine Demagogie! Das haben Sie jahrzehntelang durchgeführt, als Sie die Macht im Unterrichtsministerium hatten! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Jetzt bringen Sie diese Unterstellung vor, daß die Mängel vorhanden sind und daß diese Mängel den Unterricht in den österreichischen Schulen verhindern. Und damit komme ich bereits zu dieser Schulbuchaktion. (*Abg. Graf: Lang haben Sie gebraucht! — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Die bildungspolitische Bedeutung dieser Schulbuchaktion, Herr Kollege Blenk, liegt klar auf der Hand. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Ich habe da auch mein Schulbuch: die Geschäftsordnung, und da steht, daß nur einer redet, nämlich der Sprecher!

Abgeordneter Dr. Schnell (*fortsetzend*): Danke, Herr Präsident!

Es werden in diesen Tagen 13 Millionen Bücher in das Eigentum österreichischer Kinder übergehen. Und damit komme ich zu einem Argument, Frau Abgeordnete Doktor Hubinek und Herr Dr. Gruber, das Sie dem Herrn Unterrichtsminister vorgehalten haben. An seiner Antwort haben Sie dann besonders bemängelt, daß sich nicht feststellen ließe, daß sich zurzeit mehr Bücher als je zuvor in den vorangehenden Jahren zu Beginn eines Schuljahres in der Hand der österreichischen Kinder befinden. Ich kann diese Feststellung sehr einfach treffen, weil die Verlage das Doppelte, ja sogar 250 Prozent der Auflagen des Vorjahres gedruckt haben, ausgegeben haben. (*Abg. Dr. Koren: Wo sind die Bücher dann?*) Diese Auflagen sind zurzeit bereits vergriffen (*neuerlicher Zwischenruf bei der ÖVP*) — ich komme gleich darauf —, sodaß man heute sehr gut sagen kann: Gerade diese Mängel zeigen, daß die Schulbuchaktion außerordentlich wichtig war und daß der entsprechende Zeitpunkt jetzt gesetzt werden mußte, um endlich diese Schwierigkeiten zu überwinden!

Dr. Schnell

(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Gott sei Dank, daß Mängel vorhanden sind!)

Wenn in den Vorjahren — und dagegen haben Sie nicht protestiert, Herr Abgeordneter Gruber — fünf oder sechs Kinder in einer Schulklasse einen Atlas gehabt haben und sich die anderen im Unterricht um diese Kinder herum gruppiert haben, wenn dann der Lehrer gesagt hat, sie mögen sich zu Hause den Atlas ausborgen, damit sie das betreffende Kapitel lernen können, dann hat das niemand in der österreichischen Öffentlichkeit bemerkt. Jetzt aber, wo wir jedem Kind, wohl nicht am Anfang des Schuljahres, aber in wenigen Wochen, einen Atlas zur Verfügung stellen können, wo jedes Kind dieselben Chancen und dieselben Möglichkeiten hat, jetzt protestieren Sie gegen Mängel, die bei der Verteilung, bei der Distribution auftreten! (Zustimmung bei der SPÖ.) Ich kann diese Haltung nicht verstehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vor wenigen Tagen war eine Mutter bei mir und hat mir ein Buch auf den Tisch gelegt. — Ich habe es nicht mitgebracht. — Es war fast unbrauchbar und unleserlich geworden, weil es seit dem Jahre 1952 in einer allgemeinbildenden höheren Schule in einer Bücherlade verwendet wurde. Es ist klar: weil ja keine Mittel zur Verfügung gestanden sind. Dieses Buch hat nie die Kritik der Öffentlichkeit gefunden. Viele Kinder haben überhaupt kein Buch gehabt. Jetzt bekommen die Kinder die Bücher, und zwar in einem viel größeren Ausmaß. Sie bekommen sie nur nicht sogleich, weil die Bücher zum Teil noch vergriffen sind, weil sie zum Teil noch im Druck sind, weil Schwierigkeiten beim Buchbinder eingetreten sind. Und jetzt sprechen Sie von einem „Chaos“, weil vielleicht doppelt so viele Bücher eine Woche nach Schulbeginn in den Schulen Österreichs sind als in allen den Jahren vorher. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: War das Gesetz schlecht oder nicht?) Herr Kollege Zittmayr! Ich komme gleich darauf zu sprechen. Ich kann nur ein Argument nach dem anderen widerlegen.

Es ist also das Argument, daß der Unterricht beeinträchtigt wird, wenn mehr Bücher als je zuvor in unseren Schulen sind, völlig aus der Luft gegriffen und sinnlos! (Zwischenruf des Abg. Hahn.)

Ich wäre auch sehr froh, Herr Kollege Hahn, würden wir diese Bücher sehr rasch bekommen. Und wir werden sie rasch bekommen. Wir werden Mittel und Wege finden, um eine so günstige Verteilung durchzuführen, daß die Schüler rasch in den Besitz dieser Bücher kommen. Die gesamte Aktion ist ein enormer Vorteil für das gesamte Bildungsgeschehen

und die Bildungspolitik in Österreich! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich darf auch zur Technik der Verteilung kommen und auf die Mängel hinweisen, die es zweifellos gibt. Es ist uns sehr gut bekannt, daß Mängel bestehen. Es ist aber nicht so, Frau Abgeordnete Dr. Hubinek, daß nur etwa 50 Prozent der Bücher ausgeliefert sind. Ich bin davon überzeugt, daß sich etwa 75 Prozent der Bücher — die Verlage sprechen von etwa 80 Prozent — in den Händen der österreichischen Kinder befinden.

Es gibt sicher Engpässe bei einigen Büchern, und zwar unter anderem bei dem Mathematikbuch. Wodurch entstehen sie? Diese Engpässe wären auch vorhanden (Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk), wenn es keine Schulbuchaktion gäbe. Auch dann hätten die Eltern diese Bücher nicht bekommen, weil zum Beispiel eine Reihe von Mathematikbüchern wegen der neuen Mengenlehre und wegen der Umarbeitung im Zusammenhang mit den neuen Lehrplänen neu aufgelegt werden und bei der Neuauflage auch neue Gesichtspunkte berücksichtigt sind. Es ist also ein Prozeß, der von den Autoren über die Verlagsanstalten bis in die Verteilung reicht. Es wäre sinnlos, Kolleginnen und Kollegen, wenn wir jetzt am Beginn einer Aktion alte Schulbücher aus einer Zeit vor 15 oder 20 Jahren den Kindern weitergeben, wenn im Laufe weniger Monate neue Schulbücher zur Verfügung stehen werden.

Ich darf aber auch ein paar Worte zu Ihren heftigen Angriffen sagen, daß wir die Lehrer so arg belasten. Was die Bedarfserhebung betrifft, so ist es selbstverständlich gewesen, daß bei einer Konferenz zu Ende des Schuljahres die Zahl der Schulbücher beziehungsweise die Titel und Autoren der im kommenden Jahr zu verwendenden Schulbücher bekanntgegeben wurden. Das ist heuer genauso geschehen.

Eine tatsächlich stärkere Belastung hat sich dadurch ergeben, daß die großen Pakete mit den Gutscheinen an die Schulen gekommen sind. Die Belastung der Austeilung nach der Sortierung dieser Pakete in den Klassen war nicht größer als in früheren Jahren mit den Schülerladebüchern. Es wurde mir von mehreren Lehrern übereinstimmend gesagt, daß für eine Klasse mit 36 Kindern, wo sogar Schwierigkeiten beim Schreiben des Namens eintraten, etwa eineinhalb Stunden pro Klasse verwendet wurden. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Haben Sie die Personalvertreter gefragt?) Frau Kollegin Dr. Hubinek! Ich war dabei, als das unterschrieben und ausgeteilt

Dr. Schnell

wurde. Ich habe mir ein sehr klares Bild gemacht, weil ich mir das angesehen habe.

Ich habe auch den Direktoren, den Wiener Direktoren gesagt, daß diese Verteilungsarbeit zu der normalen Arbeit eines Lehrers und eines Direktors gehört, weil es kein Lehrmittelzimmer, keine audiovisuellen Hilfsmittel und keine Bücher gibt, wenn niemand da ist, der sich einsetzt und sie verteilt. Sie selbst haben heute über die audiovisuellen Hilfsmittel gesprochen. Sie wissen: Auch dafür brauchen wir einen Lehrer, der sie verwaltet, der sie einsetzt, der sich kümmert, daß Bänder vorhanden sind und daß diese Bänder ausgetauscht werden.

Ich darf aber sagen, daß für die Lehrer, welche diese Arbeit machen, doch immerhin auch Abschlagstunden zur Verfügung stehen, und zwar eine Abschlagstunde für den Kustos und eine Abschlagstunde für ein Ordinariat.

Es ist also nicht so, daß man von vornherein sagen kann, diese Belastung wäre so groß, daß der Lehrer seine Unterrichts-tätigkeit nicht mehr durchführen kann. Im Gegenteil: Er wird, wenn er diese Arbeit jetzt erledigt hat, im ganzen Jahr Schulbücher bei den Kindern haben.

Es wurde in den letzten Jahren sehr stark von den Lehrern geklagt, daß die Schulbücher, und zwar aus sehr naheliegenden Gründen, von den Kindern, auch wenn ihre Eltern dagegen waren, während des Jahres in Geld — sei es in Getränke oder in Eis oder in andere Dinge — umgesetzt wurden. Jetzt verliert dieses Schulbuch auf dem antiquarischen Markt. Es ist also außerordentlich günstig, daß das Kind das Schulbuch tatsächlich haben und später verwenden kann. Das ist auch der Grund, Frau Abgeordnete, warum ich Ihrem Vorschlag nicht zustimmen kann, daß wir den Eltern beziehungsweise den Kindern das Geld zur Anschaffung geben, weil dieses Geld nicht zielführend für das Schulbuch eingesetzt wird. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Sie mißtrauen den österreichischen Eltern!) Nein, nicht den Eltern! Es sind auch die Kinder da. Die Eltern selbst haben dieses Mißtrauen zum Teil gegenüber ihren Kindern. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil): Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, sind gegen eine Reihe von pädagogischen Einrichtungen — etwa die Pädagogische Akademie — Sturm gelaufen, aber wenige Jahre nach dem Entstehen haben sich diese Einrichtungen als eine Selbstverständlichkeit im österreichischen Bildungswesen erwiesen.

Ich bin überzeugt: In drei oder vier Jahren sind diese Anfangsschwierigkeiten lange vergessen, aber das kostenlose Schulbuch wird einen Eckpfeiler in der österreichischen Bildungspolitik bilden! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich stand nie an, eine gute Leistung auch dann anzuerkennen, wenn sie vom politischen Gegner oder von der Regierungsseite gekommen ist. Ich glaube, gerade die sozialistische Regierung weiß, daß wir dann, wenn wir etwas für richtig befunden haben, das hier offen zugegeben haben. Daher leite ich aber auch das Recht ab, dann, wenn wir zu tiefst enttäuscht sind, das zu sagen. Enttäuscht sind wir nämlich deswegen, weil, wie ich oft zugegeben habe, diese Regierung schon wesentlich bessere Leistungen erbracht hat als bei dem Thema, das jetzt zur Diskussion steht. Daher wollen wir auch offen über das sprechen, meine Herren, was der Herr Minister selbst als ein Fiasko bezeichnet hat.

Meine Herren! Ich möchte jetzt gar nicht in den Streit der alten Koalition eintreten, wer der schlechtere Minister war, ob nämlich der Minister von der ÖVP schlechter war oder derjenige von der SPÖ. Wir wollen nur feststellen, daß es jetzt um ein System geht. Es geht nicht um das Gratisschulbuch, daß also die Kinder die Schulbücher gratis bekommen, sondern es geht um ein System.

Da Pressereferenten beim Ausschneiden von Zeitungsartikeln oft die Gewohnheit haben, das, was der Minister nicht gerne liest, ihm nicht vorzulegen, so möchte ich, Herr Minister, bei dem anknüpfen, was Sie einer Zeitung gesagt haben. Ich darf Ihnen diesen Zeitungsartikel geben (der Redner begibt sich zur Ministerbank und übergibt Bundesminister Dr. Sinowatz einen Zeitungsartikel), damit Sie wissen, worum es geht und damit wir vom gleichen sprechen. Ich bin sehr erfreut, wenn ein Minister ein offenes Wort spricht. Aber bitte: Warum haben Sie am 9. Juli 1972 das alles nicht gesagt, was Sie jetzt der „Kronen-Zeitung“ gesagt haben?

Denn eines stand fest, meine Damen und Herren: Als am 9. Juli dieses Jahres, an einem Sonntag — es war so eine sonntägige Pfuscharbeit —, das Parlament dieses Gesetz über Vorschlag der Regierung durchpeitschte, war doch klar, daß es zu dieser Diskussion kommen werde. Nur, was wir nicht wußten, war, daß bereits am zweiten Tag nach Schul-

Zeillinger

beginn — ich komme aus dem westlichen Teil Österreichs, wo heute der zweite Schultag ist; das heißt, es war also gestern der erste Schultag — der Minister gegenüber der Presse zugeben wird: Es ist ein Chaos! (*Abg. Mitterer: Misere!*)

Herr Minister! Genau das haben wir am 9. Juli 1972 gesagt. Wir haben doch nicht darüber gesprochen, ob die Schüler unter besseren Bedingungen studieren können und ob sie Gratisschulbücher bekommen sollen, sondern wir haben damals gesagt: Das System, das Sie einführen wollen, ist schlecht!

Herr Minister! Das, was Sie damals geantwortet haben — Sie haben es heute zitiert; aber komischerweise zitieren Sie auch nur immer sehr auszugsweise —, war etwas ganz anderes als das, was Sie heute gesagt haben, und ganz etwas anderes, was Sie gestern der Zeitung gesagt haben.

Sie haben übrigens damals zweimal gesprochen. Bei der ersten Wortmeldung haben Sie alles verteidigt. Bei der zweiten Wortmeldung standen Sie unter dem Eindruck der Debatte und hatten die Gewißheit, daß dieser 14. September kommen wird, wo Sie hier stehen werden und wo die Regierung für das größte Chaos verantwortlich sein wird, das es auf schulischem Gebiet in Österreich je gegeben hat, einschließlich 1869. Das ist zwar 102 Jahre her, aber das war eine fortschrittliche Zeit gegenüber dem, was heute hier geschehen ist! (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie ein Echo wollen — ich habe noch kein Echo aus Westösterreich; aber wir haben dort Gott sei Dank eine Bevölkerung, die gerne Briefe schreibt —, so zeige ich Ihnen, Herr Minister, die Post aus Ostösterreich. (*Der Redner zeigt ein Paket Briefe vor.*) Das ist die Post, die bisher in dieser Frage innerhalb einer Woche an einen Abgeordneten gekommen ist.

Wenn Sie heute sagen: Ich weiß von dem allem nichts, meine Kinder haben die Schulbücher bekommen!, so sage ich Ihnen, Herr Minister: Ich bin heute vom Fernsehen über politische Witze interviewt worden. Leider Gottes vorher. Das war der beste Witz! (*Heiterkeit bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) Den hätte ich im Fernsehen erzählt! Daß Sie als Minister und daß die Ministerkinder die Schulbücher bekommen werden — darüber gibt es keinen Zweifel! Aber Sie hören ja schon, daß die Kinder der Abgeordneten nicht mehr die Schulbücher bekommen, daß diese auch Schwierigkeiten haben; das ist auch völlig richtig. Die Eltern erzählen uns die unglaublichsten Sachen.

Herr Kollege — ich glaube, Sie sind Stadtschulinspektor —, bekommen Sie denn ... (*Rufe bei der SPÖ: Präsident des Stadtschulrates ist er!*) Präsident des Stadtschulrates, ich bitte um Entschuldigung. Spricht mit Ihnen von der sozialistischen Fraktion das Volk nicht mehr? Kriegen Sie nicht Briefe von Frauen und Männern, von den Eltern? (*Abg. Dr. Schnell: O ja!*) Sagen die Ihnen vielleicht, daß sie hier in Wien begeistert sind, wenn sie von Bezirk zu Bezirk rennen müssen, um keine Bücher zu bekommen? Die sagen vielleicht: Hoch Schnell!

Man hätte nämlich das — und das möchte ich für die Öffentlichkeit sagen —, was Sie, Herr Minister, jetzt als Chaos bezeichnen, alles vermeiden können. Die Idee ist gut, die Durchführung ist Mist! Das muß einmal in aller Offenheit gesagt werden. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Herr Minister! Wir haben damals gesagt: Das ist eine gute Idee, bringen Sie das ganze doch nicht durch eine schlechte Durchführung um! Eine Regierung muß nicht nur Ideen haben — die Idee ist ja auch nicht neu, meine Herren, sie ist auch nicht von Ihnen, sie ist auch schon in anderen Ländern vorhanden gewesen.

Ich habe Ihnen doch am 9. Juli — darf ich Ihnen das in Erinnerung rufen — gesagt: Sie führen ein System ein, das fortschrittliche sozialistische Länder bereits auf Grund der schlechten Erfahrungen, die sie gemacht haben, wieder abgeändert haben. Ich habe Ihnen damals am 9. Juli das Beispiel von Nordrhein-Westfalen gebracht, wo die Sozialisten es zuerst genauso probiert haben wie Sie und dann eine Pleite und ein Chaos erlebten. Jetzt machen Sie dasselbe, weil Sie nicht fortschrittlich sind, weil Sie irgendwo im vorigen Jahrhundert steckengeblieben sind, weil Ihnen nichts Besseres eingefallen ist und weil Sie glauben, wenn einer anderen Partei etwas Besseres einfällt, wenn sie bessere Vorschläge hat, dann darf das eben nicht sein, weil es Ihnen nicht eingefallen ist. Diese reaktionäre Grundhaltung müssen heute hunderttausende Eltern mit Millionen Arbeitsstunden bezahlen!

Herr Minister! Machen wir doch keine solchen Zahlenspielereien. Sie sagen jetzt: Es hat noch nie so viele Schulbücher gegeben. Das stimmt erstens nicht. Die Schulen haben in Westösterreich praktisch erst gestern beziehungsweise heute angefangen. Dort kann das Chaos noch gar nicht so groß sein. Daher können zur Stunde — ich möchte das einmal sachlich zum Ausdruck bringen — noch gar nicht so viele Schulbücher fehlen.

Zeillinger

Ich habe eben telefoniert. Meine Kinder haben bis jetzt noch gar nicht die Schecks bekommen können ... (Abg. Liberal: Wieso haben Sie dann schon diesen Briefwechsel?) Herr Kollege aus Oberösterreich, aus Wien; das wundert Sie. (Heiterkeit.) Ja, Sie werden lachen, ich bekomme als Zeillinger sehr viele Briefe, Herr Kollege, Sie können die Briefe dann sehen.

Der Herr Minister hat erklärt, es gab noch nie so viele Schulbücher. Herr Minister! Was sagen Sie dazu, daß man einfach sagt, es werden im September etwa 2,2 Millionen Schulbücher fehlen? Das ist eine gigantische Rekordsumme. So viele Schulbücher haben noch nie gefehlt, wenn sie gebraucht worden sind.

Wollen wir uns doch nicht mit Zahlen spielen, sondern wollen wir hören, was Sie, Herr Minister, seinerzeit gesagt haben. Sie haben am 9. Juli 1972 erklärt:

„Ich habe mich dazu verpflichtet gefühlt, weil ich der Auffassung bin, daß die eine Million Eltern in Österreich im September nicht fragen werden, wie und wann etwas geschehen ist, sondern ob es überhaupt gut gemacht wurde.“

Herr Minister! Heute ist der 14. September, und heute fragt die Bevölkerung, ob es gut gemacht wurde. Und Sie sagen — ich möchte das jetzt für die Öffentlichkeit feststellen —, es ist gut gemacht worden. Wir Freiheitlichen sagen so wie am 9. Juli, es ist schlecht gemacht worden, es hätte gut gemacht werden können, wenn Sie damals auf die Vorschläge eingegangen wären und nicht dieses veraltete System, das Sozialisten in fortschrittlichen Staaten längst abgelehnt haben, grundsätzlich eingeführt hätten.

„Ich stehe nicht an“ — haben Sie, Herr Minister, am 9. Juli gesagt — „zu erklären, daß ich mit fortschreitender Zeit daraufgekommen bin, daß es eine bessere Variante gibt.“

Jetzt kommt nämlich das Interessante, was der Herr Minister heute vergessen hat. Sie haben doch im März, Herr Minister, der Presse über „ibf“ einen Vorschlag übergeben — ich glaube, dieser Pressedienst ist ja nicht unbekannt, das ist der ministerielle Pressedienst. Darin haben Sie im März genau das vertreten, was wir dann im Juli gewollt haben. Nur sind Sie später dann wieder auf ein anderes System umfunktioniert worden und haben gesagt, das System, das Sie noch im März vertreten haben und ausgesendet haben ... — darf ich Ihnen jetzt vorlesen — Sinowatz — die Regierung bitte — hat erklärt: „Das Modell sieht vor, daß der

Schüler mit seinem Scheck die von ihm benötigten Schulbücher kaufen kann, allerdings nur bis zu dem ihm zugestandenen Höchstbetrag. Falls ein Schüler seinen Scheck damit nicht voll ausnützt — etwa weil ein Lehrbuch bereits vom älteren Bruder vorhanden ist —, so kann er mit dem Restbetrag auch andere Lehrmittel kaufen.“

Das ist gar keine dumme Idee. Wir haben ja auch gesagt, Herr Minister, daß es eine gute Idee war, nur sind Sie davon abgerückt. Sie haben am 9. Juli, nachdem die Schulen gesperrt hatten, die Schulen also nicht mehr verständigt werden konnten, die Lehrer nicht mehr verständigt werden konnten, die Schüler nicht mehr verständigt werden konnten und es auch für die Verlage zu spät war, plötzlich das Steuer um 180 Grad herumgeworfen, nachdem sich die gesamte Verlagswirtschaft schon auf diese Idee ausgerichtet hatte. Ich weiß nicht, warum; vielleicht deshalb, weil die Opposition das als gut empfunden hätte — da hätten Sie nämlich eine breitere Zustimmung gefunden. Sie haben dann im Juli jenes System eingeführt, das heute hier zur Diskussion steht, das ich gar nicht gewagt hätte vorzuschlagen, und das Sie heute schon, am zweiten Tag nach der Einführung, als chaotisch bezeichnen.

Herr Minister! Ich will jetzt gar nicht auf die Schwierigkeiten in Einzelfällen eingehen; sie sind bekannt. Vielleicht haben wir in Westösterreich noch nicht die Erfahrungen. Ein Sprecher der Regierung oder Sie haben heute gesagt, man werde bei dem einen oder anderen Buch acht Wochen warten müssen.

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das heißt, etwa im Lateinunterricht acht Wochen kein Buch zu haben? Das sind doch zwei verlorene Monate! Dann kommt wieder Ihr System zum Zug. Es ist Ihr System, daß Sie dann sagen, da nehmt eine Nachhilfe und versucht, es nachzuholen. Die 100 oder 150 S, die dann die Eltern für den Nachhilfeunterricht bezahlen müssen, weil Sie mit Ihrem System ein funktionierendes Schulsystem nur aus politischen Gründen zusammengeschlagen haben, die zahlen Sie dann nicht! Das ist die Wahrheit. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Apropos Latein! Der Herr Präsident des Stadtschulrates ist noch hier, und ich bringe nun etwas, weil Sie mich wegen der Zuschriften gefragt haben.

Es gibt in Wien eine allgemeinbildende höhere Schule, eine AHS, mit einem naturwissenschaftlichen Zug. Dort ist in der 5. Klasse zum ersten Mal Latein. Die Kinder haben die Bücher bekommen; das war organisiert. Sie sind dann nach Hause gekommen, und es gab

Zeillinger

Eltern, die auch ins Gymnasium gegangen sind und gesagt haben: Das ist doch komisch, daß man heute den Lateinunterricht mit dem Niveau von Julius Cäsars „De bello Gallico“ beginnt. — Wir waren halt dumm, wir haben vorher zwei Jahre lernen müssen, die Kinder beginnen heute mit „De bello Gallico“ und wissen nicht einmal, daß „insula“ „die Insel“ heißt. Aber sie bekamen den „Liber Latinus B“, 2. Teil, mit Teilen aus „De bello Gallico“, ein Buch für Fortgeschrittene, etwa mit der Begründung: Ja der 1. Teil ist vergriffen. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Meine Herren, das ist Ihr System! Sie können sich erkundigen: Es sitzt sogar der Vater eines dieser Kinder hier im Hause, der Ihnen das bestätigen kann. Herr Kollege! Das sind eben die Folgen!

Und jetzt rennen die Lehrer wie die Professoren wieder zu den Eltern, sie müssen die Bücher wieder einsammeln, es müssen wieder neue Schecks ausgegeben werden.

Herr Minister! Ich muß Ihnen etwas sagen: Wenn der alte Parkinson, der ja die Gesetze der Verwaltung erfunden hat, von dem System dieser Regierung hört, dann, glaube ich, läßt er sein Buch einstampfen und sagt: Das Buch über die Parkinsonschen Gesetze, über das Anwachsen der Verwaltung, soll Minister Sinowatz schreiben. Das ist ein einmaliger Weltrekord, das ist auf der ganzen Welt einmalig! Das ist doch eine Explosion des Verwaltungsaufwandes, meine Damen und Herren! Davor haben wir Sie gewarnt.

Es sind einmal zwei Ministerien damit beschäftigt — nicht mit einzelnen Sachen. Der Herr Minister hat ja leider die interessanten Zahlen nicht erwähnt, ich kann es mir daher nicht ausrechnen. Herr Minister! Stimmt es, daß etwa 8 bis 10 Millionen Schecks ausgestellt werden müssen? *(Abg. Dr. Gruber: Mehr!)* Wissen Sie, was das an Verwaltungsaufwand bedeutet? So wurde es mir berichtet, ich gebe diese Ziffer weiter. Die Ziffern hört man ja nicht. Das System, das von uns vorgeschlagen wurde, hätte das alles wesentlich vereinfacht. Es ist das Finanzministerium beteiligt, es ist das Unterrichtsministerium beteiligt, die gesamte Lehrerschaft ist beteiligt, es sind die Eltern beteiligt, es sind die Buchhändler beteiligt, es sind die Kinder beteiligt. Ein ärrsinniger Verwaltungsmehraufwand! Und jetzt muß ich noch einmal sagen: Und das alles wäre vermeidbar gewesen!

Da gibt es einen Scheck — ich muß gestehen, ich kenne den Scheck nur aus der Theorie —, darauf befindet sich der Titel des Buches, es ist die Unterschrift darauf, es gibt zwei Stempeln drauf, dann ist die Schule drauf und die Klasse. Und wenn, Gott behüte, das

Kind den Scheck, weil es am ersten Tag kein Schulbuch erhalten hat — das soll einmal in Wien vorgekommen sein —, zusammenlegt, dann ist der Scheck wertlos, er kann nicht mehr verwendet werden, dann beginnt die berühmte vorgesehene Vernichtungshandlung.

Haben Sie das auch schon gelesen? Da gibt es die berühmte Geschichte: Alle Akten — ich glaube, es ist derselbe Beamte, der das erfunden hat —, die zur Einstampfung vorgesehen sind, müssen vorher abgeschrieben werden. Die Abschrift muß abgelegt werden. Es muß der Scheck, der zusammengelegt ist, protokolliert werden, es wird alles in einer Liste genau aufgeschrieben, und wenn dann festgestellt ist, daß dieser Scheck zusammengelegt und daher nicht verwertbar ist, dann wird er laut Protokoll verbrannt und ein neuer Scheck ausgestellt.

Meine Damen und Herren! Wir werden bald an jeder Volksschule einen Notar brauchen, um Ihr sozialistisches System — wobei ich Ihnen noch einmal sage: alle sozialistischen Staaten Europas haben sich von diesem System bereits abgewandt — überhaupt noch durchführen zu können.

Nur dagegen haben wir Freiheitlichen opponiert. Daß kein Mißverständnis entsteht: nicht gegen die Idee, die Schule allen gleich zugänglich zu machen, sondern gegen diese derartige Verwaltungsexplosion, die einfach nicht zu vertreten ist, opponierten wir.

Ich darf Ihnen, Herr Minister, hier sagen: Es gibt in der Politik beziehungsweise in einem Staat Maoisten, aber neuerdings gibt es auch Chaoisten! *(Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Es wurde der Beweis erbracht, daß man ein Chaos bis zum Exzeß steigern kann.

Ich sage noch einmal, Herr Minister: Alles, was heute zur Diskussion steht, wäre vermeidbar gewesen, wenn Sie am 9. Juli das getan hätten, was Sie selber im März für richtig empfunden haben und was am 9. Juli die Opposition in großen Zügen gemeinsam auch Ihnen, der Regierung gegenüber vertreten hat.

Das ist der Vorwurf, den wir erheben. Dieses sture Festhalten am Überalterten, diese erzkonservative, reaktionäre Haltung ist für einen Sozialisten merkwürdig. Aber auch ein Sozialist muß doch fortschrittlich sein! Ich stelle mir zumindest vor: So wie ein Liberaler fortschrittlich sein muß, muß sich auch ein Sozialist irgendwo in der Welt umschauen und sagen: Da und dort hat man versagt.

Die Gutachten, Herr Minister, zum Beispiel aus Nordrhein-Westfalen zu Ihrem System,

Zeillinger

waren vernichtend. Wir haben sie Ihnen damals angeboten. Sie haben gesagt, Sie kennen sie alle. Trotzdem haben Sie dieses überholte System eingeführt, und heute stehen wir vor einer chaotischen Situation.

Herr Minister! Jetzt darf ich zum Schluß zu einem ernsten Thema kommen: Hier geht es ja nicht darum, ob das Kind Schulbücher hat. (*Abg. Haas: „Zum Schluß!“ — Gott sei Dank!*) Herr Kollege! Ich weiß, es ist Ihnen immer unangenehm, wenn über Fehler von Ihnen gesprochen wird. Es hat Sie nie gestört, wenn wir Freiheitlichen gute Ideen auch der sozialistischen Regierung mit Ihnen vertreten haben. Da haben wir nicht lang genug reden können. Wenn wir aber einmal hier sagen: Meine Herren, das finden wir schlecht!, dann ist Ihnen das im höchsten Grad unangenehm. Ich habe den Mut gehabt, seinerzeit zu Dingen ja zu sagen, und nehme mir auch den Mut heraus, heute zu sagen: Nein, dieses oder jenes ist schlecht.

Es kann etwas danebengehen, wenn es unvorhersehbar ist. Aber das war vorhersehbar, das war vermeidbar und das war einfach willkürlich (*Ruf bei der ÖVP: Geplantes Chaos!*), willkürlich war dieses Chaos herbeigeführt worden.

Herr Minister! Ich darf Sie noch einmal einladen, Ihre Reden zu lesen. Sie sagten am 9. Juli:

„Über die Art, wie es geschehen soll, haben wir nachgedacht und haben ... nunmehr das beste System gefunden.“

Bezeichnend ist, daß das das beste System ist, was Sie jetzt als Chaos bezeichnen müssen.

Sie erklärten ferner: „Deswegen haben wir auch die fortschrittlichste Art ...“

So bezeichneten Sie ein System, das wenige Monate vorher in anderen Ländern wieder abgelehnt worden ist.

In der zweiten Wortmeldung haben Sie allerdings von der Gefahr gesprochen, daß möglicherweise „da und dort Engpässe oder Fehler auftreten können“.

Das ist ganz etwas anderes, Herr Minister! Sie sagten: „... da und dort Engpässe oder Fehler ...“. Wir hatten Ihnen nicht gesagt: Da und dort Engpässe! Wir erklärten vielmehr: Ein Chaos wird kommen! Da haben Sie, meine Herren Sozialisten, gesagt: Nein.

Wo war Herr Schnell damals? Entschuldigen Sie, ich bin kein Schulfachmann, aber das Gefühl hat uns das gesagt, einfach das Gefühl, das man hat, wenn man Kinder in der Schule hat. Wir haben gewußt, daß das einfach zu einem Chaos führen muß.

Heute stehen Sie vor einem Scherbenhaufen! Es geht jetzt nicht darum, daß etwa Beamte versagten. Ich hoffe, daß Sie die notwendige Konsequenz ohne Rücksicht auf die Parteilinie ziehen. Ich kann Ihnen ruhig sagen: Im Jahre 1869 hätte zweifellos jeder Minister zurücktreten müssen, der ein derartiges Chaos hervorgerufen hätte, das in der Endkonsequenz an Arbeitszeit und Arbeitsstunden Hunderte Millionen kostet, denn die Eltern, die heute durch Wien rasen, die uns schreiben, daß sie tagelang von Buchhändler zu Buchhändler gehen, opfern doch viele, viele Stunden. Die Hausfrau hat genauso ihre Arbeitszeit wie der Mann, der eben, anstatt zu arbeiten, dann Schulbüchern nachlaufen muß.

Aber da könnte man sagen, man müsse als Elternteil bereit sein, Opfer zu bringen, auch für politische Fehler, die durchaus vermeidbar waren.

Aber seien wir uns darüber im klaren, meine Herren: Wer zahlt denn die Rechnung für all diese Fehler bei den sogenannten Schulreformen seit vielen Jahren, Herr Minister? Wer zahlt für die Fehler dafür, daß die Kinder heute unter wesentlich schwierigeren Bedingungen in die Schule gehen — so ist es nämlich! —, als es seinerzeit der Fall war?

Wollen wir uns nicht an schönen Reden begeistern! Von den Reden im Parlament lernen die Kinder gar nichts! Die Kinder lernen dann, wenn sie genügend Schulen, entsprechende Schulklassen haben, wenn sie genügend gute Lehrer, wenn sie die notwendigen Schulmittel und die Zeit haben, die sie brauchen, um zu lernen. Und das alles haben sie heute nicht. (*Abg. Haas: Die ÖVP stellte viele Jahre den Minister!*) Herr Kollege! Ich lasse mich jetzt gar nicht in eine Diskussion darüber ein, ob die Koalition schuld ist, ob die ÖVP, die SPÖ schuld ist. Ich behaupte auch gar nicht, daß die Freiheitlichen lauter Engel sind.

Aber das ist ein Zustand, der uns eigentlich nachdenklich stimmen sollte. Herr Minister! Es freut mich zu hören, daß Sie genauso Kinder in der Schule haben wie wir.

Ja ist es nicht bedenklich, daß unsere Kinder die Rechnung für eine falsche Politik, einfach für eine Parteipolitik bezahlen müssen?

Die Rede des Herrn Präsidenten des Stadtschulrates war charakteristisch: Es kommt nicht auf den Effekt bei den Schulkindern an, sondern darauf, sagen zu können: Ein sozialistischer Erfolg!

Herr Kollege! Ich sage Ihnen, es ist mir gleichgültig, ob es ein sozialistischer, ein Volkspartei- oder ein freiheitlicher

Zeillinger

Erfolg ist. Ein wirklicher Erfolg ist es dann, wenn unsere Kinder gut, richtig und modern erzogen werden. Das ist ein Erfolg, ohne Rücksicht auf die Partei. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Aber Ihnen kommt es darauf an zu sagen: Das ist ein sozialistischer Erfolg, auch wenn die Kinder jetzt etwa in Wien — für das Chaos in Wien sind Sie allein verantwortlich — zwei Monate lang kein Lateinbuch haben.

Herr Kollege! Ich bin ins Gymnasium zu einer Zeit gegangen, in der es noch wesentlich leichter war, Latein und Griechisch zu lernen, als heute. Ich weiß nicht, warum es um so viel schwerer geworden ist, aber ich gebe zu, es war vor 30 Jahren noch wesentlich leichter, ein Durchschnittsschüler zu sein. Zu mehr habe ich es nie gebracht in der Schule. *(Abg. Haas: Wer ist in Oberösterreich verantwortlich?)* Herr Kollege! Ich bestimmt nicht. Ich bin kein Oberösterreicher. Ich kenne nicht die Leute in allen Bundesländern. *(Abg. Doktor Tull: Ihr Parteifreund Karl Maier!)* Ja. Ach so, der Maier.

Herr Kollege! Wenn der Maier den Mund so weit aufmacht und so voll nimmt und so viel daherredet, daß ich sage: Um Gottes willen, hat der keine Praxis aus der Schule, ist der so weltfremd?, dann werde ich nicht verfehlen, in meiner eigenen Partei zu sagen: Maier, du gehörst weg! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Herr Kollege! Jetzt drehen Sie sich aber auch um und sagen Sie das Ihren Kollegen! Jetzt sagen Sie das aber auch Ihren Kollegen! *(Neuerlicher Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Jetzt ist meine Redezeit abgelaufen. Ich hoffe, daß der zweite Redner meiner Fraktion noch das sagen wird, was noch dazu zu sagen ist und was ich infolge des Ablaufes der Zeit nicht mehr sagen kann.

Aber, Herr Minister, noch eine Bitte habe ich: Wenden Sie sich ab von dem System, das hier der sozialistische Sprecher Schnell angewandt hat! Es geht nicht um sozialistische Erfolge, sondern es geht um Erfolge für die Jugend. Sie glaubten, einen sozialistischen Erfolg erringen zu können, und haben dabei die Interessen der Schuljugend aufgeopfert. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger. Ich erteile es ihr. *(Ruf bei der ÖVP: Das wird schwierig sein!)*

Abgeordnete Edith **Dobesberger** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! So schwierig ist es gar nicht für mich, denn in Wirklichkeit bin ich froh, daß diese dringliche Anfrage kam *(Abg. Dr. Withalm: Den Eindruck, daß Sie froh sind über die dringliche Anfrage, habe ich bis jetzt nicht gehabt!)*, weil ich als Lehrerin, als Praktikerin jetzt wirklich dazu Dinge sagen kann, wie man sie in der Schule erlebt, denn bei mir ist es noch nicht ein Jahr her, daß ich selber in der Schule gestanden bin.

Die Tatsache, daß wir die kostenlosen Schulbücher für unsere Kinder jetzt haben, kann man nicht hinwegdiskutieren. *(Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Withalm: Wenn die Kinder sie nur hätten!)*

Sicher gibt es Schwierigkeiten dabei. Das streitet niemand ab. Aber erinnern wir uns, wie es bei der Schülerfreifahrt war! Da hat es die ganz gleichen Überschriften in den Zeitungen und die ganz gleichen Argumente gegeben, nur auf die Schülerfreifahrt angewendet. *(Abg. Dr. Gruber: Umso trauriger, daß man nichts daraus gelernt hat!)* Und heuer ist Stille eingetreten. Heuer wird nicht mehr davon gesprochen. *(Beifall bei der SPO.)*

Ich möchte jetzt nur auf ein paar Detailfragen eingehen. Wenn Sie in der dringlichen Anfrage vom Alternativvorschlag betreffend 1000 S sprechen, dann glaube ich ja, daß damit der Büchermangel nicht behoben worden wäre, denn es wäre auf jeden Fall den Eltern mehr Geld zur Verfügung gestanden, es wären mehr Bücher angefordert worden und daher gewisse Schwierigkeiten eingetreten. Nur das große Aber wäre dabei gewesen. Denn die Kinder, die aus Familien mit kleinem Budget gekommen wären, hätten ja trotzdem die alten zerlesenen Bücher verwenden müssen, weil die Mutter gespart hätte und die alten Bücher genommen hätte. Die Erziehung zur Sparsamkeit hätte es wieder nur in diesen Familien gegeben, es hätte geheißen: „Paß auf die Schulbücher auf!“

Wir Sozialisten stehen immer wieder auf dem Standpunkt der Chancengleichheit. Wir wollen die Sachsubvention, wir wollen erreichen, daß wirklich die — wirklich alle, nicht nur ein paar — Kinder neue Bücher haben. *(Beifall bei der SPO.)* Mit der Schülerfreifahrt wurde es begonnen: Nicht nur, wenn es die Eltern bezahlen können, kann das Kind in die Schule fahren, sondern dann, wenn es notwendig ist!

Ich erinnere mich an die Zeit vor 14 Jahren, als ich nach Linz gekommen bin. Die Kollegen vom Christlichen Lehrerverein haben jede Bezirkslehrerkonferenz, jede Gewerkschafts-

Edith Dobesberger

versammlung förmlich gesprengt, weil sie gegen die Schülerlade Protest gelaufen sind. Sie haben gesagt: Nur mit dem eigenen Schulbuch kann man wirklich gut lernen! Dazu muß ich schon sagen: Seit vielen Jahren hören wir darüber kein Wort mehr; es wurde akzeptiert.

Und wenn über den Büchermangel jetzt so große Worte gesprochen wurden, dann muß ich feststellen: Ich habe 27 Dienstjahre; ich habe leider keine Statistik geführt, weil ich nicht gewußt habe, daß ich das einmal brauchen werden. Aber an das Vorjahr erinnere ich mich noch. Die Geschichtsbücher haben wir nach dem 1. November bekommen und auf einen großen Teil der Mathematikbücher haben wir noch viel länger gewartet. Und darüber sprach kein Mensch! Na ja, das war halt so. *(Zwischenruf bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Samwald: Was sagt er da, der Gruber? — Abg. Dr. Gruber: Das war unterm Gratz seiner Agide! — Zwischenruf bei der SPÖ. — Abg. Gratz: Sie wollen nicht zu den Pferden gehen — aber bitte, wenn Sie wollen!)*

Ich habe in den 27 Dienstjahren eine ganze Reihe von Unterrichtsministern erlebt. Eines müssen wir allerdings auch noch dazu sagen: daß es sehr auf die verantwortungsbewußte Haltung der Lehrer ankommen wird. Eine Kollegin hat mir schon im Juni in Grieskirchen gesagt: Sie glauben gar nicht, welche Bücher jetzt von den christlichen Lehrern verlangt werden, von denen wir in der Schule nie gedacht hätten, daß wir sie einmal verwenden können, weil wir es den Eltern nicht glaubten zumuten zu können, daß sie diese Bücher kaufen. Die werden jetzt einfach verlangt! *(Abg. Dr. Gruber: Also die christlichen Lehrer sind schuld am Chaos! — Abg. Wodica: Zum Teil schon! — Abg. Sekanina: Ihre Methode ist schuld, Herr Gruber!)* Nein! Aber die Bücherflut wird verlangt! *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.)*

Darf ich noch ein Beispiel anführen. Es war immer so, daß wir das Schulbuch für unsere Klasse hatten. Wenn ich eine dritte Klasse gehabt habe, habe ich das Schulbuch für die dritte Klasse gehabt. Aber zufälligerweise wurde heute davon gesprochen: In Wiener Neustadt gibt es zum Beispiel an einer AHS einen Lehrer, der schon in der fünften Klasse das Mathematikbuch auch für die sechste und siebente Klasse verlangt. *(Abg. Dr. Blenk: Vielleicht war das für die fünfte vergriffen!)* Wundern wir uns also nicht, wenn wir zu wenig Mathematikbücher haben, wenn wir schon für drei Jahre voraus die Bücher brauchen.

Darf ich auch als Mutter noch etwas sagen. Wenn ich länger Zeit zum Vorbereiten gehabt hätte, hätte ich den Bücherkasten meines Herrn Sohnes durchgeschaut, um zu sehen, wie viele Bücher da drinnen liegen, die ich Jahr für Jahr gekauft habe, weil sie Lehrer verlangt haben, und die nicht ein einziges Mal verwendet wurden! Alle Eltern werden mir das bestätigen. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Eines aber hoffe ich: Wenn das Geld jetzt von der öffentlichen Hand kommt, daß dann doch eher gespart wird als mit dem Geld der Eltern. *(Beifall bei der SPÖ. — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

In Ihrer dringlichen Anfrage steht dann auch noch drinnen, daß die Werte aus den Schülerladen verfallen. Ich muß sagen, die Kollegen an meiner Schule kaufen im Geist jetzt schon ein *(Abg. Dr. Koren: Aber nur im Geist!)*, was sie für die Bücher aus der Schülerlade, die sie ausgeben werden, bekommen werden. Ich bin sicher, daß sie Geld bekommen werden. Davon bin ich überzeugt. *(Abg. Dr. Koren: Von wem? — Abg. Ing. Häuser: Vom Elternverein, Herr Doktor!)*

Wenn jetzt auch noch das Problem des verknitterten Bons genannt wurde, das auch in den Zeitungen weiß Gott wie groß angeprangert wurde, dann muß ich wirklich sagen: Bei diesen Schulbüchern kommt wirklich alles zusammen! Ich erinnere mich an die letzte Volkszählung. Damals haben wir in den Schulen — ich glaube nicht, daß meine Schule die einzige war — Formulare bekommen. Wir haben genau beschrieben bekommen, wie man mit diesen Computerkarten, oder wie man sie nennt, umgehen muß. Wir haben mit den Kindern das durchexerziert, daß man zum Beispiel das Formular mit Bleistift ausfüllt, daß man es nicht zusammenlegen darf und so weiter. Ich habe dann nach der Volkszählung keine Klage darüber gehört, daß das die Eltern nicht begriffen hätten, wie es ihnen die Kinder erklärt haben. Und jetzt glauben Sie, daß wir als Lehrer den Kindern nicht beibringen können, wie sie mit dem Bücherscheck umzugehen haben. Das glaube ich einfach nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn dann noch vom Sinken des Lernerfolges gesprochen wurde, dann möchte ich schon sagen: Wir haben in den ersten Wochen wirklich eine ganze Menge organisatorische Arbeiten in den Schulen zu leisten. Wir haben ja immer schon — ich darf wohl sagen — in den sozialistischen Gemeinden die Schulbücher ausgegeben. Na und ob ich die Bücher oder den Buchscheck ausgabe — so ein wesentlicher Unterschied ist da wirklich nicht! *(Neuerlicher*

Edith Dobesberger

Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Fragen Sie Ihre Kollegen!) Da vertraue ich wirklich auch wieder unseren Kollegen. Es ist uns immer wieder gelungen, neben den organisatorischen Arbeiten auch mit Arbeiten zur Wiederholung des Lehrstoffes zu beginnen. Denn man beginnt nicht gleich mit dem Neuen, man beginnt mit der Wiederholung, und das Organisatorische kann ich noch zwischendurch machen. Das wäre lächerlich, wenn das nicht gelingen würde.

Eines glaube ich wirklich sagen zu können: Jeder objektiv urteilende Österreicher wird zugeben, daß dieses kostenlose Schulbuch ein großer Erfolg ist. *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete **Ofenböck**. Ich erteile es ihm. *(Ruf bei der SPÖ: O je! — Abg. Sekanina: Das wird ein Querpaß werden! — Abg. Dr. Fischer: Ein Bauchaufschwung!)*

Abgeordneter **Ofenböck** (ÖVP): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich bin in die Lage versetzt, in 20 Minuten viel mehr beantworten zu sollen, als in der Zeit drinnen ist. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich nehme daher sehr konkret davon Abstand, alles das, was mir jetzt auf den Lippen brennt, zu sagen, sondern beginne mit der „AZ“, die zitiert zu bekommen Ihnen ja doch sicherlich nicht unangenehm ist.

Da beginnt unter dem Titel „Jedes Kind bekommt seinen eigenen Atlas“ ein Artikel von Walter Kratzer mit den Ausführungen: „In den Auslagen von Österreichs Buchhandlungen verkünden es rot umrandete Aufkleber: ‚Wir lösen Schulbuchgutscheine ein.‘“ Ich fürchte, es wäre angebrachter gewesen, sie schwarz zu umranden, denn es ist ein Trauerspiel, wie man zu solchen Gutscheinen kommt. Das möchte ich zuerst einmal vorweg gesagt haben.

Und was steht hier weiter: „Und Eltern wie Kinder strömen in diesen Wochen zu den solcherart gekennzeichneten Schulbuchhändlern, um zu dem zu kommen, was auf Initiative der SPÖ Wirklichkeit geworden ist:“ — nämlich um zu nichts zu kommen!

Ich werde Ihnen gleich beweisen, daß ich recht habe. Denn ich habe mir gestern die Mühe gemacht, den ganzen Tag in Gemeinden des Verwaltungsbezirkes Wiener Neustadt, auch in der Stadt, sowohl bei Schulen als auch bei Eltern als auch bei Buchhändlern herumzufragen, um zu erfahren, was sich tatsächlich ereignet. Es gibt hier sehr große Widersprüche zu den Ausführungen des Herrn Bundesmini-

sters. Denn ich werde seiner Feststellung, daß genügend Bücher da wären, nun entgegenhalten: Herr Minister! Hauptschule Lanzenkirchen: zehn Klassen mit etwa 400 Kindern. Es fehlen dort trotz Anlieferung der Gutscheine: 78 Religionsbücher, 35 Sprachbücher, 14 Englischbücher, 15 Geschichtsbücher, 55 Geographiebücher, 75 Atlanten, 11 Bücher für Geometrisches Zeichnen, 114 Naturgeschichtsbücher, 40 Musikerziehungsbücher. *(Abg. Ing. Häuser: Also 80 Prozent sind da!)* Nein, Herr Vizekanzler, ich habe gemeint, Sie sind ein besserer Rechner. *(Abg. Ing. Häuser: Nein! 400 Schüler!)*

Es kommt nämlich noch etwas dazu, Herr Vizekanzler; hören Sie doch ein bißchen zu. Folgende angeforderte Gutscheine sind bis heute — das ist bis 13. — nicht ausgeliefert worden: Verlag Herder: Finger: „Glaubensbuch“, 5 Stück; Österreichischer Bundesverlag — das ist jener von der Regierung doch sehr gut zu bedienende, zwangsläufig gut zu bedienende Verlag —: Führung, Hörler: „Das gute Wort“, 210 Stück; Österreichischer Bundesverlag: Paukert: „Rechtschreibung“, 306 Stück; Österreichischer Bundesverlag: „Zeiten, Völker und Kulturen“, Einführungsband, 80 Stück; Helbing: „Österreichisches Liederbuch“, 140 Stück; Leykam, Pädagogischer Verlag: Hofer, Petz: „Naturgeschichte 3“, 25 Stück.

Man hat sie schon begehrt, aber man hat bis gestern noch keine Gutscheine bekommen.

Ich darf Ihnen weiters sagen: In der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe der Stadt Wiener Neustadt sind bis gestern überhaupt noch keine Gutscheine ausgegeben worden. Wir werden darauf warten, wann diese Gutscheine kommen. Ist das eine Bremse dafür, weil man weiß, wie wenig Bücher in den Buchhandlungen zu haben sind, um erst gar nicht die Verlegenheit Platz greifen zu lassen, die Eltern oder die Schüler mit den Gutscheinen zu versorgen, weil sie nämlich die Bücher nicht bekommen? Ist das nicht etwa ein Hinweis darauf, daß man sie künstlich zurückhält, nur damit die Sorge, dieses Chaos, dieses Tohuwabohu nicht größer wird?

Aber etwas anderes. Volksschule Ternitz: 300 Kinder. Es fehlen 118 Sprach- und Rechtschreibbücher, 181 Lesebücher, 158 Rechenbücher. Bis gestern keine Möglichkeit.

Oder: Rohr im Gebirge, ein Ort, der von der Bezirksstadt, wo also die Buchhändler aufgesucht werden müssen, annähernd 70 Kilometer entfernt ist. Die Leute waren schon in der Stadt. Sie sind unverrichteter Dinge wieder nach Hause gefahren. Sie sind aufgefordert worden, später wieder einmal zu kommen. Sie werden noch einmal in die Stadt fahren.

Ofenböck

Sie werden möglicherweise auch noch ein drittes Mal in die Stadt fahren.

Und das alles sei gut? Es gebe viel mehr Bücher als jemals zuvor? Hier ist eine große Diskrepanz festzustellen, die aufzuzeigen diese dringliche Anfrage möglich gemacht hat.

Herr Bundesminister! Wir haben uns im wesentlichen darüber beklagt, daß die Voraussetzungen für die Durchführung dieses Gesetzes, dem wir ja zugestimmt haben, bürokratisch gemacht worden seien. Doch ich weiß nicht, ob Sie sich der Mühe unterzogen haben, festzustellen, was hier an Verwaltungsarbeit gemacht werden mußte. Das Anlegen der Klassenlisten. Da ist bei Volksschulkindern natürlich die Unterschrift eines Elternteiles notwendig. Die Eltern müssen daher einmal zur Schule kommen. Nicht immer sind alle Eltern greifbar. Das verzögert den Ablauf und führt zu einem Leerlauf, zu einem Arbeitsüberanfall für die Lehrkräfte, auch für die Eltern, und natürlich zu einer Verringerung der Lehrzeit für diese Kinder, weil der Lehrer mit diesen Dingen ständig beschäftigt ist.

In Volksschulen sind also die Gutscheine komplett vom Lehrer auszufüllen. In den Mittelschulen ist es leichter, damit umzugehen; dort kann man es den Schülern zutrauen, daß sie sich die Gutscheine selber ausfüllen. Aber bei den Volksschulen muß das der Lehrer für die Kleinkinder machen.

Von dem unnötigen doppelten und dreifachen Weg in die Stadt habe ich schon gesprochen.

Und noch eine Verfügung: Bei Verbrennung dieser Gutscheine müssen Protokolle angelegt werden. Es ist festzuhalten, wie viele solcher Gutscheine verbrannt werden. Es müssen Zeugen dabei sein, die bestätigen, daß die Gutscheine verbrannt worden sind.

Wissen Sie, was im Gegensatz dazu steht? Es werden an die anfordernden Schulen Gutscheine übermittelt, wo überhaupt nicht dabeisteht, wie viele es sind. Wer will das später einmal prüfen, wenn es darum geht, nachzukontrollieren, ob überhaupt die richtige Anzahl von Gutscheinen hinausgegeben worden ist?

Oder in Gemeinden, in denen fünf Orte ihre Schüler in eine Hauptschule entsenden. Dort hat man eine Verbrennung der alten Bücher vorzunehmen, weil sie, schon länger als zwei Jahre benützt, nicht mehr verwendet werden dürfen. Denkt man denn nicht daran, was das an sich für einen Verlust an Volksvermögen darstellt? Ich habe da eine Zuschrift eines Kirchschlager Hauptschuldirektors, in der es heißt, daß im Vorjahr in der Schule

4000 Lehrbücher vorhanden waren, die die Kinder um eine Leihgebühr von 50 bis 80 Schilling pro Schuljahr ausleihen konnten. Diese Bücher werden jetzt auf Grund der Verfügung verbrannt. Die Lehrbücher, die früher mit viel Mühe angeschafft worden sind, werden also jetzt einfach aus dem Verkehr gezogen. Sie können dort nicht mehr verwendet werden, auch wenn diese Bücher noch auf der Liste stehen, die zur Übersendung von Gutscheinen geführt hat.

Ich muß darauf hinweisen, daß auch über diese Bücher, die die Gemeinden früher einmal der Schülerlade zur Verfügung gestellt haben, Protokolle aufgestellt werden müssen, weil die Gemeinden das rückverrechnen dürfen, was sie seinerzeit für die Schulbücher ausgegeben haben. Das ist ein unerhörter Verwaltungsaufwand, der, glaube ich, in diesem Zusammenhang nur angefochten werden kann, weil damit das Ziel, das man sich gesetzt hat, bei weitem nicht erreicht werden kann.

Die heutige „Kronen-Zeitung“ schreibt, daß die Erfahrungen in einer Dokumentation verarbeitet würden, um im nächsten Jahr eine ähnliche Misere zu verhindern. Herr Minister, das sind Ihre Worte, die dabei ausgedrückt worden sind. Ist es denn an sich notwendig, daß die Regierung ständig Miseren braucht, damit sie nachher besser reagiert? Daß etwas besser gemacht werden kann, bevor man es in die Wege leitet, auf die Idee ist die Regierung offenbar noch gar nicht gekommen. Es ist ähnlich wie bei den Schülerfreifahrten. Zuerst ein Husch-Pfusch-Gesetz, nachher die fürchterlichsten Auswirkungen. Nun, beim zweiten Mal wird es dann vielleicht schon gehen.

Ich muß sagen: Selbst wir haben nicht geglaubt, daß Sie so viel Lehrzeit brauchen werden, wie Ihnen das Parlament jetzt schon zur Verfügung gestellt hat — es sind ja immerhin schon mehr als zwei Jahre —, um bessere Initiativanträge ins Parlament zu bringen. Die Lehrzeit, die die sozialistische Regierung jetzt hinter sich hat, hat zweifellos bisher noch nicht ausgereicht. Denn das, was an Exponaten aus Ihrer Regierungstätigkeit oder von der Parlamentsfraktion der SPÖ in das Parlament gekommen ist, war zweifellos nicht dazu geeignet, daß im Parlament vernünftige Arbeit geleistet werden kann. (Abg. Dr. Kohlmaier: Eine schwer erziehbare Regierung!)

Ich muß auf einige Ausführungen zurückkommen, die der Herr Minister, aber auch andere Redner gemacht haben. Herr Minister, Sie haben gesagt, da und dort würden Fehler und Engpässe entstanden sein. Ich habe jetzt

Ofenböck

in einigen Schulen Besuche gemacht, und ich habe festgestellt: Überall sind Engpässe, nicht nur „da und dort“. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß das, was heute in der Presse allgemein einen Niederschlag gefunden hat — nur in der „AZ“ nicht —, einfach so ein Gewäsch ist, über das man hinweggehen kann. Es ist nicht so, daß nur „da und dort“ Fehler und Engpässe eingetreten sind.

Das zweite: Der Herr Stadtschulratspräsident Schnell hat gesagt, es seien nur einige technische Mängel und unbedeutende Schwierigkeiten aufgetreten. Herr Präsident! Wenn Sie das sagen, muß ich Ihnen jetzt noch einmal zitieren, was mein Kollege Gruber einem anderen Schulmann in den Mund gelegt hat. Das waren Sie. Sie haben tatsächlich erklärt, daß in den ersten Wochen des Schuljahres noch nicht alle Schulbücher notwendig seien. Ich gebe zu, daß das eine oder andere Buch nicht notwendig ist. Aber bei den vielen Büchern, die ich Ihnen zitiert habe, ist das undenkbar, denn wenn man in einer Volksschule nicht am Anfang schon Lesebücher für die Kleinkinder hat, dann kann man auch nicht unterrichten. Dann kehren wir nämlich zurück zu jener Art von Unterricht, Herr Präsident, die Sie noch gelobt haben. Sie haben nämlich gesagt: „Und überdies: Wir haben nach dem Krieg sehr lange ohne Bücher unterrichtet.“

Herr Präsident! Ist das das moderne Österreich, das Sie der Öffentlichkeit vorgaukeln? (*Beifall bei der ÖVP.*) Sich auszureden auf die Nachkriegszeit, glaube ich, das steht Ihnen schlecht an, Herr Präsident. Und das hat eben der Kollege Gruber einem Salzburger Schulfachmann in den Mund gelegt. Das waren Ihre eigenen Ausführungen. Und es ist bedauerlich, daß es zu solchen Ausführungen kommen konnte.

Der Zeitaufwand — so wurde reagiert — könne hingenommen werden. Meine Damen und Herren! Wenn man da die Meinung der Lehrer, aber auch der Eltern hört, die ja mit ihren Kindern, ich möchte fast sagen, praktisch in der Schule am Anfang mittun, dann kann man das wirklich nicht hinnehmen. Es ist ja noch fraglich, wann diese Bücher tatsächlich kommen. Schulatlant, wurde mir gesagt, würden später kommen. — Wo ist die Sicherheit, daß sie überhaupt kommen? Wer gibt sie uns, wer gibt sie den Eltern? Das, glaube ich, ist nicht so hinzunehmen.

Herr Minister! Wenn Sie sagten, Ihre beiden Kinder hätten diese Bücher, so wird das die anderen, die sie nicht haben, zweifellos nicht beruhigen. Aber ich habe heute gehört, daß Sie ein drittes Kind haben. Der Herr Präsident Maleta gehört auch zu den Glücklichen, die

ein Buch haben, das sich allerdings mit der Geschäftsordnung beschäftigt, er ist sicherlich ebenso privilegiert, denn sonst hätte er auch das Buch nicht, das die Geschäftsordnung darstellt, als Lehrbuch für die Schule. (*Zwischenrufe.*)

Ich muß also sagen: Die Art, wie dieses Gesetz gemacht wird, die Art, wie es durchgeführt wird, weil es so schlecht vorbereitet ist, ist mehr als eine Misere, denn es kann einfach nicht erfüllt werden, was Sie sagten. Sie sagten vorher: Rechtzeitige und sorgfältige Vorbereitung der Aktion. Wenn das rechtzeitig und sorgfältig war, dann frage ich mich, warum jetzt solche Schwierigkeiten nicht nur da und dort, sondern in der gesamten Öffentlichkeit, zumindest in den ersten Wochen der Schule, in den Ostländern Österreichs aufgetreten sind. Wie man den Zeitungsberichten entnehmen konnte, wird es im Westen kaum anders sein.

Ich muß feststellen, daß die Schulbuchmisere in meinen Augen ein Tohuwabohu mit sehr kostspieligen Effekten ist. Wenn man heute hört, daß die ursprünglich geschätzten Ausgaben für diese Aktion wahrscheinlich den Betrag einer Milliarde Schilling ausmachen werden, wenn man erfährt, welchen Aufwand an Verwaltung, an Mehrzeit die Lehrer für die Aufstellung aufbringen müssen, für die sie jetzt Gott sei Dank entschädigt werden, und wenn man das alles zusammenzählt, dann kann das ja beinahe dazu führen, daß wir im Familienlastenausgleichsfonds auf einmal ein Defizit haben. Ich weiß nicht, ob der Finanzminister vorbereitet ist, Defizite des Familienlastenausgleichsfonds auszugleichen, und wo er das Geld etwa beim kommenden Budget dafür herbringen wird.

Ich muß also sagen: Wenn alle Gesetze so gemacht werden — wir haben jetzt schon einige Beispiele —, dann steht uns in der restlichen Zeit dieser Parlamentsperiode noch einiges bevor. Die Regierung jedenfalls hat keinen Beweis dafür geliefert, daß sie kann, was sie vorher zugesagt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPO): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich hatte ich heute die Absicht, eine Rede zur Problematik der EWG zu halten, und ich stelle mit Interesse fest, daß die Umstellung auf die Frage der Gratis-schulbücher auch eine Möglichkeit gibt, den Zusammenhang zwischen EWG-Problematik und Schulbüchern herzustellen. Ich werde

Dipl.-Ing. Hanreich

nämlich den Verdacht nicht los, daß hinter dieser Fütterung des Amtsschimmels mit Papier der Versuch einer Sanierung der Papierindustrie stehen könnte. Ich habe irgendwie den Eindruck, dahinter verbirgt sich die noch nicht vorhandene Lösung für die Fragen, die der Papierindustrie ins Haus stehen, wenn wir jetzt in die EWG eintreten. (*Abg. Doktor Fischer: Schlecht?*) Die Lösung ist schlecht. Wenn Sie das als einigermaßen vernünftige Lösung ansehen würden, so wäre sie eine der typischsten Formen, wie man einen Schildbürgerstreich abwickeln kann, indem man die innere Maschinerie beschäftigt, nur damit gearbeitet wird. Ich glaube, dazu sind die Arbeitsstunden unserer Mitarbeiter in der Papierindustrie viel zu wertvoll.

Die Idee der Gratisschulbücher dürfte nicht unbedingt der Beweis dafür sein, daß die sozialistische Regierung eine der bestvorbereiteten war. Wenn so lange Unklarheit darüber bestanden hat, wie man das wohl machen würde, wenn man noch im März nicht gewußt hat, wie denn diese Regelung aussehen soll, dann ist das doch ein Beweis dafür, daß die Unzahl der Fachexperten zur Vorbereitung der Regierung Kreisky nicht gespurt haben. Sonst wäre es doch gar nicht möglich, daß so knapp vor Beginn einer neuen Schulperiode an einem Sonntag ein solches Gesetz ho ruck verabschiedet werden mußte. Von einer guten Vorbereitung der Regierung Kreisky kann also in diesem ganz speziellen Fall bei Gott keine Rede sein.

Wenn wir diese Schulbuchaktion betrachten, dann gibt es da einen Aspekt, der bisher noch gar nicht richtig in den Vordergrund gestellt worden ist, nämlich den, der den Handel mit antiquarischen Schulbüchern beschäftigt. Führen Sie sich doch einmal vor Augen, daß jemand, der mit dem Handel mit alten Büchern befaßt ist, jetzt plötzlich vor einem Lager steht, das er vielleicht — so wie das der Kollege Schnell angeführt hat — im Laufe des Jahres schon erworben hat, um Schulkindern die Möglichkeit zu geben, das Geld zu verschlecken, einem Lager an gebrauchten Schulbüchern, das der Mann jetzt wegwerfen kann. (*Abg. Lona Murowatz: Das war immer ein großes Risiko! Die Schulbücher sind immer oft geändert worden!*) Es war immer ein Risiko, aber ein so ausgeprägtes Risiko wie diesmal und ein Risiko, das von offizieller Seite zu einem so schweren Verlust für den einzelnen führen kann, war doch nicht zu erwarten. Man sollte sich gerade in einer sozialistischen Regierung doch überlegen, ob eine solche Einführung sozialer Weise nicht etwas mehr Zeit zur Vorbereitung bedürfte. Da, würde ich sagen, hätte man sich über-

legen sollen, daß ein Jahr Zeit an der Situation nichts geändert hätte, außer daß gerade die Händler antiquarischer Bücher Vorteile davon gehabt hätten, nämlich kein Lager, das sie wegwerfen müssen. Das sind bekanntlich die kleinen Händler, das sind ja keine Großbuchhandlungen, sondern die kleineren, die sich mühsam genug mit solchen Dingen ihr Brot verdienen. Man sollte doch darauf Rücksicht nehmen.

Wenn ich die Lauferei der Eltern, die ihnen jetzt aufgebürdet worden ist und viel Zeit kostet, gar nicht in den Vordergrund stelle, so möchte ich doch auch die Enttäuschung der Volksschulkinder in Ihr Bewußtsein rufen, die in die Buchhandlung gehen, um zum ersten Mal ihr Schulbuch in Empfang zu nehmen, und die dort enttäuscht feststellen, daß die Vorsorge dafür nicht getroffen worden ist und daß sie mit leeren Händen nach Hause gehen müssen. Sicher kein erfreulicher Anfang für einen Taferlklaßler, der beginnt, sich zum ersten Mal mit den Schwierigkeiten der Schule auseinanderzusetzen.

Der Herr Bundesminister hat uns gesagt, daß seine Kinder die Schulbücher bereits haben. Das wundert mich nicht, es wundert mich nur, daß er nicht gesagt hat: Auch im Burgenland haben schon alle ihre Schulbücher. Das, Herr Minister Sinowatz, wäre meiner Meinung nach ein echter „Sinowitz“ gewesen. Aber dafür hat die Vorsorge anscheinend nicht gereicht. (*Abg. Gratz: Das ist eine beschämende Geisteshaltung! Der Herr Minister hat das ernst gemeint! Zu glauben, daß er seine persönlichen Beziehungen ausnützt, um für seine zwei Kinder die Bücher zu besorgen, das ist beschämend!*) Nein, ich nehme gar nicht an, daß er dank seiner Beziehungen den Versuch gemacht hat, die Bücher für seine Kinder früher zu besorgen. Ich meine nur, daß es auch als Aufhänger von ihm her ihm nicht entspricht. Normalerweise sind wir von Herrn Minister Sinowatz bessere Begründungen für das Funktionieren seiner Anweisungen gewohnt.

Die Fragen, die die Verwaltungsschwierigkeiten mit diesen Schulbüchern aufwerfen, veranlassen mich zu der Überlegung, ob denn so wie mit den Verlagen auch eine Regelung mit der Postsparkasse getroffen worden ist, die doch bekanntlich eine Buchungsgebühr einhebt, wenn sie im normalen Geschäftsverkehr tätig wird. Wenn ich mir so vor Augen führe, daß diese Buchungsgebühr, wenn ich richtig informiert bin, normalerweise 30 Groschen beträgt, und jetzt 10 Millionen Bücherschecks abgewickelt werden, müßte die Postsparkasse Einnahmen von etwa 3 Millionen Schilling erzielen. Ich hoffe nur, daß hier auch ein

Dipl.-Ing. Hanreich

Rabatt vorgesehen ist, ein entsprechender Abschlag, damit diese zusätzlichen Kosten nicht das Budget belasten.

Von wegen Budget und der angeführten Verbrennungsvorschriften: Ich hoffe doch, daß Sie einen Posten für Verbrennungseinrichtungen vorgesehen haben werden, wenn wir im Herbst dann die Frage des Unterrichtsbudgets diskutieren.

Etwas, was mich an der ganzen Frage der Gratisschulbücher und ihrer technischen Ausgestaltung besonders stört, ist die Tatsache, daß den Verlagen nunmehr als Monopolabnehmer der Staat gegenübersteht. Allein daß der Bundesminister für Finanzen in diese Verkaufsverhandlungen eingeschaltet ist, zeigt ja schon, daß hier etwas vor sich geht, was nicht im Interesse einer funktionierenden Marktwirtschaft sein kann, auch nicht im Interesse einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft, daß nämlich ein einziger Abnehmer gegenüber einer Reihe von Verlegern auftritt und damit den Preis für einen bestimmten Artikel fixiert und die Möglichkeit hat, die Verleger in einer Art und Weise unter Druck zu setzen, die vielleicht im Moment noch nicht spürbar ist, die mir aber doch als eine Form von kalter Sozialisierung erscheint. Dies halte ich nicht für sehr erfreulich, vor allem dann, wenn das System, was mir als typisch sozialistisch erscheint, Verteilungsmängel hat. Die Schwierigkeiten in zentral gelenkten Systemen treten bekanntlich nur selten in der Produktion, aber immer in der Verteilung auf. Ich hoffe aber doch, daß das System der Gratisschulbücher so geändert wird, daß wir nicht unter den Verteilungsmängeln eines sozialistischen Systems zu leiden haben werden.

Zuletzt möchte ich mich noch einmal mit dem Hinweis des Präsidenten Schnell auseinandersetzen, der sagt, das Geld an die Eltern oder an die Kinder zu geben, sei unzumutbar und führe zur mißbräuchlichen Verwendung. Aber ist es denn keine mißbräuchliche Verwendung, wenn die Gratisschulbücher dann ungebraucht in den Bücherschränken stehen, wie die Frau Kollegin Dobesberger das zuerst von den gekauften Büchern behauptet hat? (*Zwischenruf des Abg. Gratz.*) Es wird bei den Gratisschulbüchern um nichts besser sein, mit dem Unterschied, daß die Korrektur in dem einen Fall bei den gekauften Schulbüchern den Eltern obliegt und ohne Schwierigkeiten möglich wäre, wenn sie sich über die Elternvertretung mit den Lehrern auseinandersetzen, während es im anderen

Fall von oben gesteuert ist und dadurch ins Auge geht. Die Planung funktioniert selten so ins Detail, wenn sie zentral durchgeführt ist.

Grundsätzlich muß ja dazu gesagt werden, daß eine derartige Bevormundung und Gängelung des einzelnen Staatsbürgers einfach unzumutbar ist. Wo kommen wir denn hin, wenn wir bei all den Dingen, selbst bei so einfachen wie der Anschaffung von Schulbüchern, dem einzelnen Vorschriften machen, wenn der einzelne nicht mehr frei entscheiden kann, in welcher Form er das Geld anlegt, daß ihm die Entscheidung genommen wird, zu sagen: Ich borge mir das Buch aus, ich gebe das Geld für etwas Sinnvolleres aus, weil ich glaube, daß ein ausgeborgtes Buch in diesem Fall genügt! Man zwingt ihm auf, die Bücher zu nehmen, und gibt so das Geld, das man ihm auf dem Umweg über den Familienlastenausgleich zuteilt, ohne seine Entscheidung aus.

Aber diese Tendenz, den einzelnen zu bevormunden, finden Sie in allen Bereichen, und es ist betrüblich, daß diese Tendenz der Bevormundung und der Gängelung hier bei einem freien Schulbuch so deutlich demonstriert werden muß, und das von einer Regierung, die behauptet, daß sie der Selbstverwirklichung des einzelnen Rechnung tragen möchte. (*Abg. Haas: Das ist eine Argumentation!*) Wenn das alles noch als sozialistischer Erfolg dargestellt wird, kann ich nur sagen: Es ist sehr betrüblich, und ich muß mit Bedauern feststellen, es sind — um mit den Worten meines Kollegen Zeillinger zu sprechen — in diesem Haus um zwei Chaoisten zuviel! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit den Parteien lege ich dem Hohen Haus folgenden Antrag vor:

Der Herr Bundespräsident wird ersucht, die außerordentliche Tagung, zu der der Nationalrat mit Entschließung des Herrn Bundespräsidenten vom 29. August 1972 einberufen worden ist, mit 15. September 1972 für beendet zu erklären.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 50 Minuten